

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

F 57291

Jan. - December
1920

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 1. Juli 1920, Nr. 216.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Sonntag werden im 12. Bezirke italienische Frühkartoffel zum Preise von K 10.- per kg und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

.....

Anerkennung des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Kanzleidirektor Karl Hönisch anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für seine langjährige ersprießliche Tätigkeit als Kanzleidirektor die Anerkennung ausgesprochen. - Desgleichen wurde den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Pötzleinsdorf Hauptmann-Stellvertreter Franz Wimmer, und den Exerziermeistern Leopold Wimmer und Leopold Paul für ihre vieljährige verdienstvolle Tätigkeit im Feuerwehr- und Rettungsdienst der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

.....

Erlödigte Schulleiterstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen 92 Leiterstellen an Volks- und Bürgerschulen zur Besetzung. Gesuche sind bis längstens 15. Juli einzureichen.

.....

Erste österreichische Sparkassa. Im Juni wurden 56,870.565 K eingelegt, und 29,314.055 K zurückgezahlt. Der Gesamteinlagenstand betrug am 30. Juni 768,758.667 K. Hypothekendarlehen wurden 888.100 K zugezählt, dagegen 1,199.290 K zurückgezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekendarlehen am 30. Juni auf 302.560.098 K stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende des Monats auf 17,567.513 K, 60jährige Pfandbriefe waren 18,524.000 K im Umlauf. Wechsel wurden 25.812.654 K eskontiert, dagegen 19,482.708 inkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 30. Juni 187,168.534 K.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 2. Juli 1920, Nr. 217.

Kinder aus Hadersleben. Morgen Samstag um 9 Uhr früh kommt der 2. Schleswiger Rücktransport mit Wiener Kindern aus Hadersleben am Nord-westbahnhof an. Die Eltern werden ersucht die Kinder ab-zuholen.

Straßenbahnzüge zum Schaufliegen in der Freudenau. Sonntag findet am Freudenauer Rennplatz ein Schaufliegen statt. Aus diesem Anlaß werden Züge der Straßenbahn zur Endstation Rennplatz verkehren. Nach den Fahrpreisbestimmungen wird für eine Fahrt vor der Kaiser Franz Josefbrücke zum Rennplatz oder zum Lusthaus der Fahrpreis von 15 K eingehoben.

Die Budgetberatungen im Rathaus. Im Finanzausschuß haben die Beratungen des Voranschlags für das Jahr 1920/21 begonnen und wurden vom Finanzreferenten StR. Breitner durch einen allgemeinen Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinde Wien eingeleitet. In seinen Ausführungen verwies StR. Breitner darauf, daß er zwar noch nicht in der Lage sei, ein Bedeckungsprogramm im Hinblick auf die Regierungskrise vorzulegen, daß es aber zweifellos sei, daß die Steuern neuerlich in außerordentlich starker Weise erhöht werden müssen. Dennoch könne auf diesem Wege eine Sanierung der Finanzen der Stadt Wien nicht erfolgen. Es müsse vielmehr in einem Umfange, wie es bisher niemals der Fall war, und in glücklicheren Zeiten auch nicht notwendig war, ein System der Ersparnis Platz greifen, daß sich auf alle Gebiete erstrecken müssen. Es wird ein Abbau des überschüssigen Personals, es wird eine Einschränkung aller nicht zu den unbedingt notwendig gehörigen Sachauslagen und Verzicht auf die Bautätigkeit eintreten müssen. Nach den Erklärungen des StR. Dr. Kienböck und des GR. Dr. Schwarz-Hiller, daß eine Stellungnahme zu dem Voranschlag erst möglich sei, wenn das Bedeckungsprogramm bekannt gegeben ist, wurde in die Einzelheiten der Beratungen eingegangen, die fortgesetzt werden. Als eine Neuerung ist zu verzeichnen, daß über Veranlassung des Bgm. Reumann der Finanzreferent heute Nachmittag vor den leitenden Beamten des Magistrates und der Unternehmungen sowie den Personalvertretungen der Beamten und Arbeiter über die Finanzlage der Stadt Wien und über den Voranschlag des laufenden Verwaltungsjahres halten wird.

Das niederösterreichische Jugendfürsorgewerk. StR. Winter berichtete im Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge über

die Bedingungen, unter denen die Gemeinde Wien an dem niederösterreichischen Jugendfürsorgewerk teilnimmt und stellte einen Antrag, der dahin abzielte, daß das Jugendfürsorgewerk seine Kraft soweit als möglich in den Dienst der Sache stelle an die Gewährung einer Subvention von 2 Millionen Kronen, die von der Gemeinde in Aussicht genommen ist, gebunden ist. Das Geld solle in erster Linie dazu verwendet werden, dauernde Einrichtungen zu schaffen, es sollen Horte eingerichtet werden, so daß der heimatischen

Jugend zur Erholung Dauerstätten gesichert werden. StR. Winter konnte auch mitteilen, daß nach den Beschlüssen des Kabinettsaktes von staatsweisen 5 Millionen Kronen und vom Lande Niederösterreich 1 Million Kronen gegeben wurden. Von christlichsozialer Seite wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß bei dem Jugendfürsorgewerk nicht viel herauskommen werde, wofür verschiedene Erscheinungen sprechen. Insbesondere sei es auch die Elternbeiträge, die grundsätzlich mit 10 K angesetzt wurden, die zu hoch seien. StR. Winter erwiderte, daß auch die Befürchtung teile, daß für das heurige Jahr nicht viel beim Jugendfürsorgewerk herauskomme, daß aber die Ursachen allein nicht bei den Eltern liegen, von denen es vielen schwer fällt, täglich 10 K zu zahlen, von denen auch viele durch die unentgeltliche Aufnahme der Kinder im Auslande so verwöhnt sind, daß sie auch nicht eine bescheidene Zubeße zur Rettung ihrer Kinder beisteuern wollen. Eine andere Ursache liege darin, daß die Erwartungen, die an die Bauernschaft geknüpft waren, sich nicht erfüllt haben. Bisher sei durch die Bauernschaft volle Verpflegung für insgesamt 1000 Kinder in Aussicht gestellt worden, während das Jugendfürsorgewerk darauf abzielt 40.000 mehr oder weniger unterernährte Kinder während der Ferien auf das Land zu bringen. Es werde bei dem Jugendfürsorgewerk aber dennoch kein Mißerfolg eintreten, weil es sich ja um ein Dauerwerk handle. Es gilt die Eroberung der niederösterreichischen Schulen allmählich durchzuführen. Daß dabei große Widerstände zu besiegen sind, nicht nur bei der Bauernschaft sondern auch bei der ländlichen Lehrerschaft, das sei nicht von der Hand zu weisen. Auch der Spendenlauf für das Jugendfürsorgewerk bleibe stark hinter den Erwartungen zurück. Insbesondere versage fast vollkommen die Sammlung im Inlande, was ein deutlicher Beweis dafür ist, wie richtig der Grundsatz war, von dem das niederösterreichische Jugendfürsorgewerk aufgegangen ist, in dem die Eltern der gefährdeten Kinder darauf verwies, daß sie sich vor allem auf ihre eigenen Kräfte verlassen müssen. Diese Kräfte seien in den Jugendfürsorgeorganisationen, die von den Eltern gebildet werden, verankert, und mit dem Aufstiege dieser Organisationen werde auch das Fürsorgewerk seinen allmählichen Aufstieg durchmachen. Der Antrag des StR. Winter wurde genehmigt.

Zwei neue Tagbaue im Zillingdorf. Der Stadtsenat hat über Antrag des VB. Emmerling den Beschluß gefaßt, die Kohlenvorkommen im Zillingdorfer Gebiet weiter zu erschließen. Zunächst werden zwei neue Tagbaue eröffnet. Die Abräumungsarbeiten werden der Firma Redlich & Berger übertragen. Für die ersten Kosten ist der Betrag von ungefähr 36 Millionen Kronen in Aussicht genommen. Nach Bohrversuchen ist mit einem Kohlenvorkommen von 10 Millionen Meterzentner zu rechnen. Die Arbeiten werden unverzüglich in Angriff genommen.

W i e n e r R a t h s a n s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Freitag, dem 2. Juli 1920. - Abendausgabe.

Betriebsstörungen der Strassenbahn durch das gestrige Unwetter.

Der gestern abends niedergegangene Wolkenbruch bewirkte eine Störung im Betriebe der Strassenbahn, die besonders bei den Linien 49 und 52 in Hütteldorf zur Geltung kam. Diese Linien konnten nur bis zum Baumgartner Spitz verkehren und Mannschaften der Bahnhöfe Breitensee, Rudolfsheim, Meidling, Hernalis und Speising sowie die freiwillige Feuerwehr Baumgarten mussten gerufen werden, um die Strassenbahngleise von dem stellenweise 1/2 m hohen Schotter zu befreien und die Strecke wieder fahrbar zu machen. Um 1/2 2 Uhr nachts waren die Räumungsarbeiten so weit vorgeschritten, dass die ausserhalb des Baumgartner Spitzes abgesperrten Strassenbahnzüge die Rückfahrt antreten konnten. Die Strassenbahndirektion berichtet hierüber: Am 1. Juli um 8 Uhr abends hat ein Gewitterregen eingesetzt, der in der Gegend von Hütteldorf in einen Wolkenbruch ausartet hat. Durch die von Satzberg herunterströmenden Wassermengen ist die Linzerstrasse zwischen Baumgartner Spitz und Endstation Hütteldorf an verschiedenen Stellen derartig verunruhrt worden, dass der Verkehr unterbrochen war. Die letzten 3/4 Stunden vor Betriebschluss, d. i. ab 3/4 10 Uhr, sind deshalb die Züge der Linien 49 und 52 am Baumgartner Spitz zur Stadt umgekehrt worden. Zur Freimachung der auf der Endstrecke nach Hütteldorf abgesperrten Strassenbahnzüge ist sofort das Entsprechende veranlasst worden. Ausser den nächstgelegenen Müstwagenmannschaften sind die Werkstättenbediensteten der Bahnhöfe Rudolfsheim, Breitensee und Meidling, die sofort zur Verfügung gestanden sind, mit Hilfe von Sonderzügen an Ort und Stelle gebracht worden. Ausserdem ist die Bauleitungsmannschaft der Bahnhöfe Hernalis, Breitensee und Speising so-

Wiener Rathauskorespondenz.

Wien, Freitag, den 2. Juli 1920. - Abendausgabe.

Betriebsstörungen der Strassenbahn durch das gestrige Unwetter.

Der gestern abends niedergegangene Wolkenbruch bewirkte eine Störung im Betriebe der Strassenbahn, die besonders bei den Linien 49 und 52 in Hütteldorf zur Geltung kam. Diese Linien konnten nur bis zum Baumgartner Spitz verkehren und Mannschaften der Bahnhöfe Breitensee, Rudolfsheim, Meidling, Hernals und Speising sowie die freiwillige Feuerwehr Baumgarten mussten gerufen werden, um die Strassenbahngleise von dem stellenweise $1/2$ m hohen Schotter zu befreien und die Strecke wieder fahrbar zu machen. Um $1/2$ 2 Uhr nachts waren die Räumungsarbeiten so weit vorgeschritten, dass die ausserhalb des Baumgartner Spitzes abgesperrten Strassenbahnzüge die Rückfahrt antreten konnten. Die Strassenbahndirektion berichtet hierüber: Am 2. Juli um 8 Uhr abends hat ein Gewitterregen eingesetzt, der in der Gegend von Hütteldorf in einen Wolkenbruch ausartet hat. Durch die von Satzberg herunterströmenden Wassermengen ist die Länzerstrasse zwischen Baumgartner Spitz und Endstation Hütteldorf an verschiedenen Stellen derartig verunreinigt worden, dass der Verkehr unterbrochen war. Die letzten $3/4$ Stunden vor Betriebsschluss, d. i. ab $3/4$ 10 Uhr, sind deshalb die Züge der Linien 49 und 52 am Baumgartner Spitz zur Stadt umgekehrt worden. Zur Freimachung der auf der Endstrecke nach Hütteldorf abgesperrten Strassenbahnzüge ist sofort das Entsprechende veranlasst worden. Ausser den nächstgelegenen Rüstwagenmannschaften sind die Werkstättenbediensteten der Bahnhöfe Rudolfsheim, Breitensee und Meidling, die sofort zur Verfügung gestanden sind, mit Hilfe von Sonderzügen an Ort und Stelle gebracht worden. Ausserdem ist die Bauleitungsmannschaft der Bahnhöfe Hernals, Breitensee und Speising s-

ber geweckt und zusammengeholt und ebenfalls nach Hütteldorf gebracht worden. Die freiwillige Feuerwehr von Baumgarten und die Rüstwagenmannschaften mussten bei drei Entgleisungen, die durch die verlegten Schienen verursacht worden sind, intervenieren. Das angeschwemmte Stein- und Schottermaterial hat stellenweise, insbesondere bei der Einmündung des Flötzersteiges in die Hütteldorferstrasse eine Höhe von über 50 cm erreicht und sind die Säuberungsarbeiten dadurch erschwert worden, dass die vom Satzberg zufließenden Wassermengen keinen Abfluss finden konnten. Die Kanaleinstiegschächte, die in der Länzerstrasse im Riensal liegen, waren bis zur Oberfläche vollgefüllt mit Schotter und Sand, so dass zum Schliessen der Gitter ein Ausschauen in der Schacht notwendig war. Ungefähr um $1/2$ 2 Uhr früh waren die Säuberungsarbeiten soweit gediehen, dass die letzten abgesperrten Moursüge in den Bahnhof geführt werden konnten und sind um diese Zeit die Werkstättenmannschaften abkommandiert worden. Die restlichen Reinigungsarbeiten waren um 4 Uhr früh beendet und konnte deshalb der Frähauslauf auf den in Betracht kommenden Strecken anstandslos durchgeführt werden. Geringsfügige Störungen sind durch das Unwetter auch in Mauer verursacht worden, doch ist dort das Wasser rasch abgelaufen und sind keine grösseren Anschwemmungen vorgekommen. Beamte des Betriebes und der Bauleitung waren an Ort und Stelle und haben die Reinigungsarbeiten überwacht.

o o o o o o o o o o

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 3. Juli 1920, Nr. 218.

Margarineabgabe. Vom 4. bis 10. Juli werden bei den städtischen MARGARINEABGABESTELLEN pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 199 und der beiden Abschnitte Nr. 199 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.-.

Kartoffelabgabe. Montag bis Mittwoch werden im 13. und 14. Bezirke ausländische Frühkartoffeln zum Preise von K 11.10 per kg, im 15. Bezirke inländische Frühkartoffeln zum Preise von K 8.60 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „H“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Höchstpreise. Das Marktamt der Stadt Wien hat folgende Höchstpreise festgesetzt: Für inländische Kirchen auf den Märkten K 16.60 pro kg, in Geschäften K 17.60 pro kg; für Johannisbeeren auf den Märkten K 20.- pro kg, in Geschäften K 21.- pro kg. Diese Höchstpreise treten am 2. ds. in Kraft und werden Überschreitungen zur Anzeige gebracht.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 3. Juli 1920, Nr. 219.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Dienstag und Freitag um 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Höchstpreise für Eierschwämme. Das Marktamt der Stadt Wien hat die Wahrnehmung gemacht, daß für Eierschwämme (Rötlinge) vielfach zu hohe Preise gefordert werden. Das Marktamt hat daher Höchstpreise festgesetzt, die ab 2. Juli gelten. Kleinhandelspreise auf den Märkten und in den Markthallen K 18.-, in Geschäften K 19.- per kg. Jede Überschreitung dieser Preise wird unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werden.

Ausgabe von Materialien für Kleingärtner. Die Kleingartenstelle gibt in ihrer Abgabestelle XIV., Zollernspergasse 3 an Kleingärtner ab: Sämereien, Hülsenfrüchte, Werkzeuge, harte und weiche Stiele, Rechen, Holzbottiche, Kübel, Bretter, Zeltstangen als Bohnenstangen und zur Errichtung von kleinen Lauben, Holzwolle als Streu u.s.w. Auch eine Post Wasserleitungsröhre aller Kaliber ist eingelangt. Bestellungen hierüber sind unter genauer Angabe des Schrebergartenvereines und der Längen und der Kaliber der benötigten Rohre an die Kleingartenstelle I., Kaiser Wilhelmring 8 zu richten.

Zerwerb. Vom 4. bis 10. Juli Frank Kaffee-Zusatz, Rumcreme, Kakaopulver, Zwirn, Scheuertücher und Glühlampen. Textilwaren: Herrenhemdkragen, Unterhosen für Kinder im Alter bis zu 3 Jahren, Wettermäntel für Kinder, Kinderkappen, Stopfwolle und Restbestände der Vorwaschen. Brennstoffabgabe: Siehe „Städt. Angestellten“ vom 1. Juli.

Die Gesundheitsverhältnisse im Mai. Der Krankenstand der Stadt Wien war im Mai mit Rücksicht auf die günstige Witterung relativ niedrig. Die Infektionskrankheiten wiesen günstige Verhältnisse auf und waren relativ sehr wenig verbreitet. Die Sterblichkeit war abzwief geringerals im April, immerhin aber noch sehr hoch. Es starben insgesamt 3.001 Personen, um 371 weniger als im April. Die meiste Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skrophulose mit 793 Fällen.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Zeitung - Korrespondenz.
Verleger und Redakteur Franz Wimmer
Wien, Neues Rathaus

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 5. Juli 1920, Nr. 220.

Der Beitrag für die Hausgehilfenkrankenkassa. Der Wiener Gemeinderat hat den Betrag der für das Jahr 1920 zu entrichtenden Versicherungsgebühr bei der Hausgehilfenkrankenkassa mit 50 K für jeden angemeldeten Hausgehilfen bzw. jeder Hausgehilfin festgesetzt. Jeder versicherte Dienstgeber ist demnach verpflichtet für jeden zur Anmeldung gebrachten Hausgehilfen, bzw. jede Hausgehilfin den Betrag von 35 K nachzuzahlen.

Kerzenausgabe. Vom 11. ds. an werden durch die städtischen Abgabestellen an nachstehende Bezugsberechtigte Kerzen im Gewicht von $1/32$ kg ausgegeben:

- 1.) Für jeden Haushalt gegen Abtrennung der Nr. 11 des Einkaufscheines eine Kerze, 2.) für Wohnungen, die ausschließlich auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, gegen Abtrennung des Abschnittes für Kerzen der alten Petroleumkarte 2 Kerzen, 3.) für finstere Wohnungen gegen Abtrennung der beiden Abschnitte (7 und 8) der besonderen Petroleumbezugskarte 3 Kerzen, und Heimarbeiter
- 4.) für Untermieter/gegen Abtrennung des Abschnittes für Kerzen der alten Petroleumkarte 2 Kerzen. Auf Karten für Haus- und Stiegenbeleuchtung wird $1/6$ Liter Petroleum wöchentlich ausgegeben. Eine Kerze kostet K 2.50. Es wird darauf aufmerksam gemacht, den Bedarf ehestens zu decken, da es noch unbestimmt ist, wann die nächste Kerzenausgabe erfolgen wird.

Vergebung von Zimmermannsarbeiten. Wegen der Herstellung einer provisorischen Holzriegelwand beim Bau des Kesselhauses in den Werken Ebenfurth findet am Samstag, den 17. Juli um 10 Uhr vormittags in der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4 eine schriftliche Anbotsverhandlung statt.

Wiener Rathauskorrespondenz.

Wien, Samstag, den 3. Juli 1920. - Abendausgabe.

Gewitterschäden in Kaiser Ebersdorf. Der heftige Gewitterregen am 1. ds. hat auch in tiefergelegenen Bezirksteilen von Kaiser Ebersdorf grosse Schäden angerichtet und durch Ueberflutung tiefergelegener Wohnungen von Häusern in der Krautzgasse eine grössere Anzahl von Familien unterstandslos gemacht. Ueber Intervention des Bürgermeisters Reumann ist es Dank dem Entgegenkommen des Staatsamtes für Heerwesen gelungen für die durch diese Unglück getroffenen Personen provisorische Unterkunftsplätze in der Artilleriekaserne in Kaiser Ebersdorf zu beschaffen. Die Behebung der Schäden wurde sofort eingeleitet.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Montag den 5. Juli. 1920. Abendausgabe.

Kinder aus der Schwäbe. Morgen (Dienstag) um 2 Uhr nachmittags kommen am Westbahnhof jene Kinder an, welche mit dem Kinderzug der Berner Aktion (Dr. Richter) am 21. April in das Berner Oberland gefahren sind. Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder abzuholen.

Von den Kraftstellwagen. Ab Dienstag, den 6. ds. verkehren die Wagen der städtischen Kraftstellwagenunternehmung zwischen
Aspernbrücken^{gasse} und Kai nicht mehr über die Praterstrasse und Ferdinandsbrücke, sondern fahren in beiden Fahrrichtungen durch die Aspernbrücken^{gasse} über die neu eröffnete Aspernbrücke und den Kai zur Rotenturmstrasse. Gleichzeitig werden bei Urania^{der} zwei neue Bedarfshaltestellen eröffnet.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Wicheu
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 6. Juli 1920, Nr. 221.

Liebsgaben im 11. Bezirk. Das Frauenarbeitskomitee dieses Bezirkes verteilt morgen Mittwoch von 9 bis 4 Uhr nachmittags Lebensmitteln an Familien mit 2 Kindern gegen Entrichtung eines kleinen Regiebeitrages.

.....

Pensionierung. Der Stadtsenat hat dem Ansuchen des Oberrechnungsrates Hermann Löffler um Versetzung in den dauernden Ruhestand über Antrag des StR. Speiser Folge gegeben.

.....

Lehrererennungen. Der Stadtsenat hat über Antrag des StR. Speiser folgende Lehrer und Lehrerinnen zu Bürgerschullehrern bzw. Bürgerschullehrerinnen ernannt: Franz Bartl, Dr. Gabriele Bauer, Marie Breitenberger, Berta Brunner, Leopold Dolat, Christine Ehrenberger, Dr. Stefanie Endres, Leopold-Fiala, Adalbert Fieber, Franz Frank, Herta Frank, Anton Frisch, Dr. Martha Furlani, Friedrich Gadringer, Josef Grögler, Hans Günther, Viktor Habermüller, Irma Hanzlik, Alois Herglotz, Franz Huschak, Ferdinand Illichmann, Dr. Georg Kainrat, Josef Kastner, Hermine Kellermann, Josefina Kindler, Johanna Kinzel, Wolfgang Koller, Johann Kraft, Johann Krajanek, Dr. Friederike Krenn, Sofie Kris, Konrad Pata, Hermine Lang, Leopoldine Melichar, Leopoldine Müller, Margarete Neidhart, Marie Niemansky, Wilhelm Nowotny, Pauline Orgonas, Marie Popp, Gustav Preissler, Rosa Rumler, Friederike Salzmann, Julius Schachner, Sofie Schosserer, Dr. Helene Sporer, Richard Steinbach, Olga Stoitzner, Julie Stoppel, Justine Strassmann, Robert Wagenknecht, Aloisia Weiß, August Witack, Heinrich Wolf, Dr. Friederike Wurmfeld, Johanna Zelbr, Johann Zierl, Leopold Kaniak, Olga Ludwig, Karola Dürmayer, Anna Fabrici, Anna Gradt, Margarete Karabatzek, Friedrich Klein, Paul Koller, Margarete Kunst, Marie Löffler, Anton Patzer, Dr. Marie Reinagl, Heinrich Rinesch, Alois Sattmann, Alois Scheda, Angela Schlösinger, Ida Schostal, Marie Sefčik und Anton Simonic.

.....

Das Bezirksjugendamt Brigittenau übersiedelte von der Laystraße in die Sântergasse.

.....

Die Erweiterung des Zentralfriedhofes. Im Stadtsenate wurde auf Grund einer Vorlage des Stadtbauamtes die Erweiterung des Zentralfriedhofes beschlossen. Das gesamte Territorium der Erweiterung umfasst 51.27 Hektar mit 55.000 Gräbern. Diese Fläche dürfte für 6 bis 7 Jahre ausreichen. Die Gesamtkosten stellen sich auf ungefähr 31 Millionen Kronen. Für das Jahr 1920 wird nur ein Teil der Fläche von 3.31 Hektar mit 4.255 Gräbern zur Erweiterung ins Auge gefasst. Die Kosten hierfür werden mit rund 2 Millionen Kronen berechnet. - Diese Erweiterung des Zentralfriedhofes ist die sechste, die vorgenommen wird. Zur Erweiterung wird eine quadratische Fläche zwischen dem Zentralfriedhof, dem protestantischen Friedhof und dem 2. israelitischen Friedhof und der Aspangbahn, weiter eine segmentförmige Fläche nach dem Süden anschließend zwischen Zentralfriedhof und Aspangbahn herangezogen.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mieser
Wien Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 7. Juli 1920, Nr. 222.

Ehrengrab für Professor Dr. Wertheim. Der Gemeinderatsausschuß für Sozialpolitik und Gesundheitswesen hat beschlossen, für die Beisetzung der Leiche des im Februar verstorbenen Universitätsprofessors Dr. Ernst Wertheim ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof zu widmen.

Das Stadtbüro des Zentralfriedhofes. Das Stadtbüro des Zentralfriedhofes ist aufgelassen worden und werden Auskünfte in Friedhofsangelegenheiten nunmehr bei der Magistratsabteilung 13 und bei der Verwaltung des Zentralfriedhofes erteilt.

Heime für Obdachlose. Die Gemeinde Wien hat in der Unverzahnstraße im 20. Bezirk und in der Wiesbergstraße im 13. Bezirk durch das Wohnungsamt Heime für obdachlose Familien errichten lassen. Der Gemeinderatsausschuß für Sozialpolitik und Gesundheitswesen hat nun beschlossen von den diese Heime bewohnenden Familien einen Beitrag zu den Verwaltungskosten einzuheben, der sich nach der Größe der benützten Wohnung richten wird.

Kinder aus Schlesien. Morgen Donnerstag um 6 Uhr 30 Min. früh kommen am Nordbahnhof jene Kinder an, die am 7. Mai durch das städtische Jugendamt nach Schlesien entsendet wurden. Die Eltern werden ersucht die Kinder vom Bahnhofs abzuholen.

Die Erneuerungsgebühren für verfallene Gräber. Die Erneuerungsgebühren für verfallene Gräber sind in der Zeit 4 Wochen vor bis 4 Wochen nach dem Verfallstage zu entrichten.

Von der Stadtbibliothek. Mit Rücksicht auf die vorzunehmende Reinigung und die Revision der Bücherbestände bleibt die Stadtbibliothek vom 16. Juli bis 15. September geschlossen.

Kommunalsparkasse Döbling. Gesamteinlagenstand am Ende des Vormonates K 21.833.004. Eingezahlt wurden von 1160 Parteien 2.541.784 K, rückgezahlt wurden an 660 Parteien 1.264.735 K. Gesamteinlagenstand am Ende des Monats 23.110.052 K auf 14.504 Konten. Zuwachs 1.277.048 K. Stand der Einlagen im Scheckverkehr 1.629.375 K, aushaftende Hypothekendarlehen 11.958.119 K, Darlehen auf Wertpapiere 46.301 K und Stand der Wertpapiere (Nominale) am Ende des Monats beliefen sich auf 9.013.050 K.

Eine Kleingartenausstellung im Rathaus. Der Gemeinderatsausschuß für Sozialpolitik und Gesundheitswesen hat beschlossen, im Herbst im Wiener Rathaus die 2. Kleingartenausstellung zu veranstalten. Als Ausstellungsräume werden die Volkshalle, der Arkadenhof und die beiden Vorhöfe in Aussicht genommen. Für die Kosten der Ausstellung wurden 80.000 K bewilligt.

Wiener Rathauskorrespondenz.

Wien, Mittwoch, den 7. Juli, 1920. Abendausgabe.

300 Waggon italienische Frühkartoffeln für Wien. Die italienische Regierung erließ am 15. Juni ein generelles Ausfuhrverbot für Frühkartoffeln, da durch starke Einkäufe des Auslandes insbesondere Deutschlands die dortige inländische Versorgung gefährdet schien. Durch dieses Ausfuhrverbot wurde die Approvisionierung Wiens, die in erster Linie auf diese Zufuhren angewiesen war, schwer geschädigt. Nunmehr hat die italienische Regierung in Berücksichtigung der besonders ungünstigen Ernährungslage Wiens ausnahmsweise die Ausfuhr von 300 Waggon Frühkartoffeln bewilligt, die unmittelbar an den Bürgermeister der Stadt Wien geleitet werden. Bürgermeister Reumann hat aus diesem Anlass ein Danktelegramm an den italienischen Ministerpräsidenten Giolitti gerichtet.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Donnerstag, den 3. Juli 1929.-Abendausgabe.

Kinder aus Mantua. Samstag, den 10. ds um 10 Uhr vormittags kommen am Südbahnhof jene Kinder an, welche am 5. Feber vom städtischen Jugendamt nach Mantua entsendet wurden. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

Die angeblichen Verbrechen an den Kindern in Italien. Amtsführender Stadtrat Winter hat heute von Bürgermeister Caldara aus Mailand folgendes Telegramm erhalten : Assessor Marangoni hat die ihm übertragene Aufgabe streng durchgeführt und autorisiert Sie Lügen zu strafen die Uebertreibungen und lügenhaften Entstellungen, die in der Anklage der Reichpost enthalten sind. Ein ausführlicher Bericht folgt. Caldarae

.....
W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

.....
Wien, Donnerstag, den 8. Juli 1920.

Heute keine Nachmittagsausgabe ! !

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Juli 1920, Nr. 224.

Ein Preis der Stadt Wien für das Wetschwimmen „Quer durch Wien“. Der Arbeiter- und Soldaten-Sportverein veranstaltet am 26. Juli ein Wetschwimmen „Quer durch Wien“ und „Quer durch die alte Donau“. Der Stadtsenat hat beschlossen, für diese Veranstaltung eine Bronzestatette, die Siegerin als Wandpreis der Stadt Wien zu widmen.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Montag werden in den Bezirken 16 bis 19 ausländische Kartoffel zum Preise von K 11.10 per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Juli 1920, Nr. 225.

Die Aufhebung der Automatenanlagen. Im Dezember 1905 wurde mit der Ausführung der Automatenanlagen für die Gasabgabe begonnen und bis Mitte des Jahres 1914 fortgesetzt. Die während des Krieges bestandenen und auch jetzt noch andauernden Verhältnisse machen die weitere Ausführung von Automatenanlagen unmöglich. Die Verhältnisse, die die Form der Durchführung der Gasabgabe durch Automaten bestimmten, haben sich derart geändert, daß sich bereits die Notwendigkeit ergab, die wesentlichste Eigenart der Abgabe von Gas durch Automatenbestimmungen - die Vorauszahlung des Gases - aufzulassen. Diese Form der Bezahlung der verbrauchten Gasmenge ist an die Voraussetzung geknüpft, daß der Gaspreis auf lange Zeit hinaus keine Änderung erfährt. Der im Jahre 1917 eingetretenen Gaspreiserhöhung von 17 auf 20 Heller konnte noch durch die monatliche Einhebung eines Zuschlages Rechnung getragen werden. Die späteren Gaspreiserhöhungen gestatteten die Anwendung dieses Aushilfsmittels nicht mehr. Die Verrechnung und Geldeinhebung der durch Gasautomaten verbrauchten Gasmenge mußte dann im allgemeinen in der gleichen Weise durchgeführt werden wie beim Bezug von Gas durch gewöhnliche Gasmesser. Jetzt bezahlen die Mieter von Automatenanlagen den gleichen Gaspreis und die gleiche Zählermiete wie die übrigen Abnehmer und außerdem für die Benützung der seinerzeit hergestellten Leitungen und der beigegebenen Gasverbrauchsgeräte eine monatliche Mietgebühr von 60 Heller. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hat der Stadtsenat beschlossen, die Abgabe von Gas durch Automatenanlagen und die mietweise Ueberlassung von Gasverbrauchsgeräten aufzulassen. Den Mietern von Automatenanlagen werde die von ihnen benützten Gasverbrauchsanlagen

käuflich überlassen. Für mehrflamige Luster ist ein entsprechender Ablösebetrag festzusetzen. Der Kaufpreis kann in 6wöchentlichen Teilbeträgen von mindestens 30 K abgestattet werden. Die Automatenwerke werden ausgeschaltet, so daß die Gasmesser als gewöhnliche Gasmesser verwendbar sind. Die Miete für den Gasmesser wird mit monatlich 60 Heller festgesetzt. Durch diese neue Einrichtung wird wie früher durch die Automatenanlagen den minderbemittelten Kreisen, in deren Wohnungen weder Gasleitungen noch Verbrauchseinrichtungen vorhanden sind, die Möglichkeit gegeben, Gas zu verwenden, ohne daß vorerst der Wohnungsmieter die Kosten für die Herstellung der Gasleitungen in seiner Wohnung aufgewendet werden müssen.

Falsche Strassenbahn-Vorverkaufskarten nicht festgestellt. wie uns von der Direktion der Strassenbahn mitgeteilt wird, konnten bis jetzt gefälschte Strassenbahn-Vorverkaufsscheine nicht festgestellt werden. Ebenso wenig konnte auch der Ursprung der Gerüchte nicht eruirt werden. Zur Sicherheit der Fahrgäste empfiehlt es sich aber jedenfalls, nur bei den Vorverkaufsstellen der Strassenbahn Vorverkaufsscheine zu lösen, weil nur für solche Fahrscheine seitens der Direktion eine Haftung übernommen wird.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 9. Juli 1920.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß GR. Alois Jockl mit Rücksicht auf seinen geschwächten Gesundheitszustand gezwungen ist, das Gemeinderatsmandat niederzulegen. An seine Stelle wird der Bürgermeister den nächstfolgenden Ersatzmann Georg Strasser, Straßenbahner in den Gemeinderat einberufen. Gespendet haben:

Die Oesterreichisch-Ungarische Hilfe in Chigago für die notleidende Bevölkerung 416.667 K.

Der Französische Konsul in Wien Graf Saint Jean de Saint Sauveur als Erträgnis einer Sammlung des Vereines „Bienfaisance France Belge“ zu Gunsten der armen Kinder 6183 K.

Helene Deutsch, XIX., für arme alte Döblinger 4000 K.

Johann Track, Direktor der Mädchenschule X. Keplerplatz als Erträgnis einer Vorstellung und einer Sammlung für eine nach ihm zu benennende und von der Gemeinde zu verwaltende Stiftung zur Unterstützung armer und würdiger SchülerInnen der bezeichneten Schule 3070 K.

Emilie Offensandt als Legat zu Gunsten der Dr.-Lueger - Stiftung 4000 K.

Josefine Winter zugunsten der notleidenden Bevölkerung Wiens 1000 K.

Franz und Helene Klokus in Cleveland, Stadt Ohio in Nordamerika zugunsten der notleidenden Wiener Kinder 1000 K

Baudirektor Rudolf Bode XIII., für die Armen dieses Bezirkes 5000 K,

Prof. Dr. Ing. R. S. Zsigmondy in Göttingen für wohltätige Zwecke 400 K,

Der Hilfsfond für die hungernden Wiener Kinder in Philadelphia in Nordamerika zur Verteilung an besonders bedürftige Schulen 10 Anweisungen auf 50 Dollar-Pakete.

Rafael Soro für notleidende Wiener Waisenkinder eine Anweisung auf 4 10-Dollarpakete.

Ein Antrag des GR. Karl Paulitschke (chr. soz.) wegen Erhöhung der Diensteszulagen der als Konzeptreferenten verwendeten Kanzleikräfte mit der Magistratsdirektion ^{zur} Berichterstattung zugewiesen.

Ein Antrag des GR. Johann Gröbner (Soz. Dem.) wegen Abstellung des nächtlichen Treibens von Dirnen und deren „Uhalttern“ auf dem Neulerchenfeldergürtel wird an den Magistrat wegen Vorlage an die Polizeidirektion geleitet.

Ein Antrag des GR. Johann Körber (chr. soz.) wegen Freigabe der ungarischen Obst- und Gemüsezufuhren wird an den Magistrat zur weiteren Veranlassung gewiesen.

Ein Antrag des GR. Rotter (chr. soz.) wegen Erlassung eines Verbotes der unbefugten Entnahme von Holz aus dem Wiener Wald wird dem Magistrat zur Berichterstattung an den zuständigen Ausschuss zugemittelt.

Ein Antrag des GR. Vaugein (chr. soz.) in Angelegenheit der Preiserhöhung der den Bediensteten in den Humanitätsanstalten verabreichten Speisennur wird dem amtsführenden Stadtrat Winter zugewiesen.

Zu den Geschäftsstücken der Tagesordnung 1, 2, 6-10, 13-16, 18-20, und 22 ~~Wäre keine Wortmeldung erfolgt, sie sind daher als angenommen zu betrachten.~~

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling berichtet über die Eröffnung zweier neuer Tagesbaue in Zillingsdorf und Neufeld bzw. Zillingtal und sagt, die Gemeinde Wien habe das größte Interesse, die in der Nähe Wiens befindlichen Kehlenverräte aufzuschließen. In der Nähe der bereits bestehenden Tagesbaue in Zillingsdorf wurden mehr als 30 Bohrungen vorgenommen und diese haben ergeben, daß sich dieselben weitere

Kohlenverräte befinden, die es rentabel erscheinen lassen, diese Kohle unseren Werken zuzuführen. Die Kohle ist allerdings überlagert von einem Deckgebirge, das zwischen 6 - 20 Metern schwankt. Aber wir haben eine solche Flözschicht gefunden, daß man ernstlich daran denken kann, diese Tagesbaue zu erschließen. Der Tagbau 2 liegt zum Teil in Oesterreich, zum Teil in Ungarn. Er hat eine Flözfläche von 59.280 Quadratmetern. Sein reines Kohlenvermögen beträgt 4.3 Millionen Meterzentner Kohle. Die durch-

schnittliche Ueberlagerung beträgt 23 Meter. Die Abraumung wird bis auf 4 Meter Die restlichen 4 Meter, die aus Füllgestein bestehen, sollen getrennt gefördert werden. Aus diesem können 20 Millionen Stück Ziegel erzeugt werden, die zum Aufbau unserer eigenen Werke von großem Vorteil sein können. 500 Meter südlicher liegt der Tagbau 3. Er hat ein reines Kohlenvermögen von 116.000 Quadratmetern, eine Mächtigkeit von 5.7 Metern gegenüber 9 Metern des erstgenannten, sein reines Kohlenver-

mögen beträgt 5.3 Millionen Meterzentner. Wir haben also zusammen 9.6 Millionen Meterzentner Kohle, mit denen wir rechnen können. Das gesamte Ertragnis beträgt in diesem Gebiete ungefähr 96.000 Waggen Kohle. Wenn wir täglich 60 Waggen produzieren, so haben wir mit einer Versorgung an Kohle aus diesem neuen Tagbaue für 5 Jahre zu rechnen. Die Qualität der Kohle ist ähnlich derjenigen, die wir heute schon in Zillingdorffördern. Die notwendigen Kosten werden sich auf zusammen 6 Millionen Kronen belaufen. Die Verarbeiten sind soweit abgeschlossen, daß unverzüglich an die Vergebung der Arbeiten geschritten werden kann, wenn der Gemeinderat heute beschließt, daß diese Tagesbaue erschlossen werden sollen. Wir rechnen, daß die Gesamtschließung in drei Jahren beendet sein wird, und daß wir im ersten Jahr schon zur Kohle kommen werden und auch schon in der Lage sind, den Tögel verarbeiten zu können. Wir haben die leistungsfähigsten Irmen zur Offertstellung eingeladen und schließlich mit einer österreichischen Firma einen Vertrag geschlossen, der die Gewähr bietet, daß die Arbeiten klages zur Durchführung kommen werden.

GR. Ing. Schmid (christl.-soz.) betont, dass es ein Glück gewesen sei, dass der damalige Gemeinderat die Opposition gegen die Erwerbung des Kohlenbergwerkes Zillingdorf überwunden hat und dass das städtische Elektrizitätswerk in die größten Schwierigkeiten gekommen, ja vielleicht zur Einstellung gezwungen gewesen wäre, wenn Zillingdorf nicht Gemeindebesitz gewesen wäre. Es ist zu begrüßen, dass an die Erweiterung der Tagbaue geschritten wird. Dass die Sache kostspielig sein wird, ist unzweifelhaft weil eine starke Decke über den Kohlenflötzen liegt. Die Sache wird aber dadurch gemildert, dass dieses Abraummaterial nicht nutzlos auf eine Halde geworfen werden muss, sondern ein grosser Teil davon zur Ziegelfabrikation verwendet werden kann. Der Herr Referent hat uns gesagt, dass wir für Grunderwerb 90.000 K., für Pumpen und Rohre 3 Millionen Kronen und für Förderungseinrichtungen ebenfalls 3 Millionen, in Summe also 6 Millionen Kronen veranschlagen müssen ein Vertrag. Er hat uns weiter gesagt, dass bezüglich der Bakkerungen besteht, es soll für diese ein Zeitraum zwischen ein und drei Jahren festgesetzt werden. Wir haben aber gar nichts davon gehört, was sich der Herr Referent über die Kosten der Bakkerung denkt. Man spricht ~~da~~ von grossen Summen; ich habe von 30 Millionen, ja sogar von 90 Millionen gehört. Im Ausschuss ist uns davon nichts mitgeteilt worden. Ich möchte mir daher die Anfrage erlauben, wie sich der Herr Vize-Bürgermeister die Kosten vorstellt, damit

man ein Bild über die ganze Arbeit hat, deren Notwendigkeit wir nicht bestreiten. Wir werden auch für die 6 Millionen stimmen, möchten aber bitten, über die Kostenfrage der Bakkerung aufgeklärt zu werden.

GR. Dr. Glasauer (christl.-soz.): Ich begrüße es, dass Sie in der Sache von Zillingdorf so ganz in den Fusspuren unserer Partei wandeln. Hierdurch wird es möglich sein, die Sparmassnahmen wenigstens einigermaßen abzubauen. Es ist nur zu bedauern, dass die Kohlengruben auf ungarischen Gebiet liegen und durch den Boykott, den die sozialdemokratische inszeniert hat und fortgesetzt, für uns keinen Wert haben. Bezüglich der Finanzierung des Unternehmens wurde nichts gesagt und ich beantrage entweder in einer vertraulichen Sitzung des Gemeinderates oder im Ausschuss für die Unternehmungen darüber etwas mitzuteilen. Vor den Wahlen ist viel von der Ausnützung der Wasserkräfte gesprochen worden, von der man aber jetzt nichts mehr hört. Ich richte den Appell an Sie in dieser Richtung endlich einmal einen Schritt nach vorwärts zu machen. (Beifall von den Christlichsozialen).

GR. Körber (christl.-soz.): Die Vorlage ist von grosser Bedeutung und sie kennzeichnet die Grösse eines Werkes der früher herrschenden Partei in diesem Hause. Es ist ein weiterer Ausbau der Bergwerke in Zillingdorf und Neufeld notwendig, dann ist es möglich von dort auch Kohle für die Industrie und Briketts zur Beheizung zu bekommen. Es ist aber überraschend, wenn man hört, dass jetzt Kohle von Wien nach Zillingdorf hinausgeführt werden muss, um zu verhindern, dass die dortigen Werke nicht zum Stillstande kommen. Das ist eine Folge des Boykottes, weil man die Kohle aus den Werken auf ungarischen Boden nicht herüberbekommen kann, ~~weil~~ so dass Wien von seinen knappen Vorräten noch abgeben muss. Diese Wirtschaft kann nicht geübt werden und man muss nur fürchten, wie es dann im Winter sein wird. Wir sind ein armes Land und müssen nehmen, was wir bekommen, wir müssen also Kohle aus Neufeld nehmen und sind durch den Boykott in die schwierigste Lage gekommen. Ebenso wie Zillingdorf noch ausgebaut werden muss, so ist es auch notwendig, dass eine Auswertung der Wasserkräfte zur Gewinnung von Energie vorgenommen wird. Das wird aber nicht durch die fortwährenden Streiks geschehen, sondern es muss endlich herangegangen werden, in den Reihen der sozialdemokratischen Partei Umkehr zu machen. Mit schönen Vorlagen allein ist nichts getan. Wir stimmen für die Vorlage, ~~sprechen~~ sprechen uns aber gegen das unselige Moment in der Verwaltung und der Wirtschaft der sozialdemokratischen Partei aus (Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Referent Vize Bgr. Emmerling (Schlusswort): Es ist unmöglich zu sagen, was der ganze Abraum kosten wird, die Ziffer, die ermittelt wurde, ist nur eine Schätzungsziffer. Bei einem Abraumpreis von ungefähr 32 K pro m³ wird man mit einem Betrag von 90 Millionen Kronen zu rechnen haben. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass in dem Ausschuss für Unternehmungen Einzelheiten über den Vertrag bekanntgegeben werden und ich ersuche den Herrn GR. Dr. Glasauer seinen diesbezüglichen Antrag zurückzuziehen. Die Vorwürfe, dass wir im Ausbau der Wasserkräfte nichts gemacht hätten, finde ich merkwürdig, weil man auch sagen kann, dass der Donau-Oder-Kanal nicht zustande gekommen ist, dessen Bauprojekt schon vor 17 Jahren fertig war, und der uns in eine viel bessere Lage versetzt hätte, als in der wir uns jetzt befinden.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

VR. Emmerling referiert/weiters über einen Vertrag, den die städtischen Elektrizitätswerke mit der Raaber Spiritusfabriks- und Raffinerie A.G. in Wien wegen 3monatlicher Miete von 40 Kesselwagen für Heizöl abschließen soll. Der Preis sei allerdings sehr hoch und betrage 500 K für einen Wagen. Diese Miete bedeute für den Preis des Heizöls eine Erhöhung von 70 Hälern per Kilogramm. Dies sei nur eine geringfügige Belastung. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Dr. Fränkel (Soz. Dem.) berichtet über das Uebereinkommen mit der allgemeinen Depositenbank, betreffend die Erwerbung und Verwertung von Freischürfen der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft bei Wien, und verweist auf die knapp vor den Toren von Wien auf die verschiedenen Gesellschaften vorgenommenen Bohrungen auf Wasser, welche abgebrochen wurden weil Kohle gefunden wurde. Dann hat die Österreichische Bohr- und Schurfgesellschaft, hinter der die Depositenbank steht, in Maria Lanzendorf eine Bohrung unternommen, bei der in einer Tiefe von 95 Meter dann bei 163 Meter Kohlen Spuren gefunden wurden, die sich bei 347 Meter verdichten. Schließlich hat diese Bohrung, die behördlich konstatiert wurde, bei 375 Meter eine nicht mehr durchlöcher verunreinigte Kohle gezeigt. Es wurde eine Mächtigkeit des Kohlenflötzes von 3 Meter konstatiert. Bei einer zweiten Bohrung hat man wieder bei über 340 Meter Kohlenverkommen gefunden. Die bei der spülenden Bohrung gefundene Kohle ergab einen Kaloriengehalt von über 4000. Wenn die weiteren Bohrversuche ~~zu~~ zu gleichen Resultaten führen, stehen wir vor einem Kohlenverkommen, das vom Steinfeld aus auf das Wiener Terrain und von diesem die Donau untersetzt, und von dem wir uns, wenn sich alles bewahrheitet, Ungeheures Versprechen können.

Dieses Kohlenverkommen ist von der Bohr- und Schurfgesellschaft mit Freischürfen vollständig belegt, die an unsere Zillingdorfer Schurfgesellschaft. Dieses Verkommen wurde der Gemeinde Wien zum Kauf bzw. zur Mitarbeit angeboten. Der Unternehmensausschuss hat ein Komitee gewählt, welches sowohl mit der Bohr- und Schurfgesellschaft als auch mit der Depositenbank selbst Verhandlungen gepflogen und die Anträge zu verbessern gesucht. Der vorliegende Antrag abzulehnen. Diesem Verträge ist ein Uebereinkommen angeschlossen, welches nach langen Fällischen zustande gekommen ist das Ergebnis, welches nach langen Fällischen zustande gekommen ist. Wir haben zuerst mit der Depositenbank als unseren Kompagnen zu verhandeln. Durch einen zweiten Vertrag konnten wir bei der Bohr- und Schurfgesellschaft diese Rechte, auf die Kohle weiter zu bohren, eventuell Terrain der Gesellschaft abzukaufen und Schächte abzulehnen. Diesem Verträge ist ein Uebereinkommen angeschlossen.

nachdem die Bohr- und Schurfgesellschaft berechtigt ist, für uns nach Lohn zu bohren. Nach dem heute geltenden Bergrechte haben wir keine Möglichkeit dem zweiten Vertragsschließenden Teile von seinen Bergrechten etwas wegzunehmen, sondern wir müssen auf seine Bedingungen eingehen. Wir müssen den Vertrag schließen in dem Bewusstsein daß er nicht immer ^{ganz} zu Gunsten der Gemeinde Wien ist. Wir dürfen nicht glauben, daß jemand aus lokalpatriotischen Gründen der Gemeinde Wien bei diesem Geschäft etwas schenkt. Wir gehen ein Hoffungsgeschäft ein, aus welchem eventuell sehr große Resultate hervorgehen kann und riskieren dabei eine verhältnismäßig sehr kleine Summe.

Redner bespricht weiter eingehend die einzelnen Punkte des Vertrages und erwähnt hierzu, dass die Bohrgesellschaft der Gemeinde 3 Bohrzeuge übergeben hat und dass die Gemeinde die Bohrungen durchführen könne, wie sie wolle. Für das Bohrzeug ist eine monatliche Leihgebühr von 15000 K zu zahlen und die Bohrungen, welche bereits laufen, gehen auf Kosten der Kompagnie, d. i. der Gemeinde und die Depositbank. Die Kosten, welche auflaufen, abzuschätzen ist sehr schwer. Vorerst sollen 2½ Millionen Kronen als Kredit gegeben werden von der Gemeinde, die verbort werden können, dazu kommt ein gleicher Betrag der Depositbank. Zu betonen wäre auch dass die Führung der Dorgesellschaft den Elektrizitätswerken übertragen wird, die sich für die Bohrungen interessieren und die die Möglichkeit haben, die Kohle an Ort und Stelle zu vergasen. Wenn die Sache mit den Bohrungen sich so gestalten sollte, wie man hofft, wenn Kohlenvorkommen konstatiert werden, so wird sie die ganze Wirtschaft in Wien ändern müssen. Die Strassenbeleuchtung wird anders werden müssen, da es ein Unding ist, dort Gas zu verwenden, wo Strom vorhanden ist. Es wird mit ~~Strom~~ Strom beheizt und mit Gas gekocht werden müssen. Die Verwüstung der Kohle wird ein Ende nehmen müssen. Denn in Zukunft wird mit jeder Kalorie gespart werden müssen. Wenn vorläufig das ganze Kohlenvorkommen ~~in den Händen der Elektrizitätswerke~~ überlassen wird, so wird es später notwendig sein, das gesamte Kohlenvorkommen in eine Hand zu legen. Ein Kohlenamt der Stadt Wien mit einem tüchtigen Fachmann an der Spitze, wird das regulierende Moment sein, und es wird bestimmen können, ob wir und wie weit wir uns von den Sparmassnahmen lösen können.

Was die Resolution des Finanzausschusses bezüglich der Unterstützung des Staates bei der von der Gemeinde geplanten Unternehmungen betrifft, so glaubt, der Referent sagen zu müssen, dass die Gemeinde Wien froh sein wird, die Möglichkeit zu haben, dass die Kohle, die sie selbst abbaut und die ihr Eigentum ist,

selbst für sich zu verwerten. Die Gemeinde wird trachten müssen, die Bevölkerung so mit Kohle und Energie zu versorgen, dass die Menschen ihre Arbeit und ihr Brot finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Schmid (christlichsozial) bespricht in ausführlicher Weise die technische Seite der Vorlage und meint, dass die Gemeinde Wien das Risiko des Schürfens mit Rücksicht auf die günstigen Gutachten der Geologen und der bisherigen Bohrungen übernehmen könne. Den Punkt des Vertrages, dass die Beschlussfassung, ob Bohrungen fortzusetzen oder einzustellen sind, müsse mit Stimmeneinhelligkeit erfolgen, findet Redner gefährlich und schlägt vor, den Wortlaut der Bezüglichen Vertragsstelle folgendermassen festzusetzen: „Die Beschlussfassung, ob die Bohrungen fortzusetzen sind, muss in Verwaltungsrate, bzw. im Ausschusse mit 2/3 Majorität erfolgen. Schliesslich erklärt Redner, dass unter der Voraussetzung, wenn diese neue Belastung für die Gemeinde erträglich ist, sein Klub für die Anträge stimmen werde, weil er nicht die Verantwortlichkeit übernehmen will, dass durch ein absprechendes Urteil zum Ausdruck gelange, dass wir in die Sache kein Vertrauen setzen und weil wir nicht wollen, dass eine Gelegenheit verpasst wird, die vielleicht niemals wiederkehrt.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) steht auf dem Standpunkt dass niemand in der Gemeindeverwaltung gegen einen derartigen Antrag stimmen kann, hält es aber für seine Pflicht auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der Gemeinde Wien dann drohen wenn sie nur aus der Not der Zeit heraus, unter allen Umständen für die Kohlenversorgung der Stadt vorzusehen, Verträge schliesst, die ihr vielleicht grosse materielle Auslagen verursachen können. Er wendet sich gegen die Bestimmung des Vertrages, wonach die Beschlussfassung, ob die Bohrungen fortzusetzen oder einzustellen sind, mit Stimmeneinhelligkeit erfolgen müsse, und sagt: Man müsste annehmen, dass es noch ein drittes gibt, was geschieht, wenn weder ein einhelliger Beschluss für die Fortsetzung der Bohrungen noch ein einhelliger Beschluss auf Einstellung der Bohrungen zustande kommt? Gerade dieser Absatz beeinflusst den Wert des ganzen Vertrages für die Gemeinde in höchst ungünstiger Masse. Wenn die Bank die Gemeinde dewart in der Hand hat, hat unsere scheinbare Majorität in der Frage nichts zu bedeuten. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, dass dieser Vertrag mit dieser oder ähnlichen Bestimmungen im Gemeinderat angenommen werden

kann. Ich will die Sache nicht verzögern und schliesse mich dem Antrage des Regierungsrates Schmid an, dass das Komitee beauftragt wird, den Vertrag in diesen Punkten abzuändern. Ich rechtlicher Beziehung ist zu bemängeln, dass in der Frage der Umwandlung der jetzigen Gesellschaftsform in eine Aktiengesellschaft die von bürgerlichen Gesetzbuche geforderte genaue Spezialisierung des Vorvertrages fehlt. Ich bin für die Annahme des Referates, stimme aber nur unter der Voraussetzung zu, dass der Herr Referent sich damit einverstanden erklärt, dass das Komitee beauftragt wird, diese beiden Änderungen vorzunehmen.

Referent GR. Dr. Fränkel (Schlußwort): Das Komitee war nicht in der Lage den Vertrag eine ganz klare Fassung zu geben und auch der Antrag des GR. Dr. Schwarz-Hiller enthält nicht das, was wir alle wünschen. Ich möchte daher folgenden Vorschlag machen: Der Gemeinderat soll sich für die drei Markt Verträge aussprechen mit Ausnahme des § 5 l. Absatz des ersten Vertrages. Das Komitee soll mit der Aufgabe betraut werden, den Vertrag so zu formulieren, wie er am besten der Gemeinde entspricht und die Verhandlungen mit der Depositbank so zu führen, damit die feste Formulierung durchgesetzt werden kann. Wenn die Formulierung eine klare ist so läuft die Gemeinde ein Risiko mit 2½ Millionen Kronen. Die Kreditfrage ist in dem Vertrage zum Teil gelöst und es ist schwer heute zu sagen, ob wir die Kapitalien, die der Betrieb eines solchen Werkes verhängt, glatt decken können. Der Geldmarkt wird in der nächsten Zeit sehr in Anspruch genommen werden, ändert die Depositbank wird auch der Gemeinde später Kredite einräumen müssen. Es wäre aber sanguinisch zu glauben, daß die Kohlenfrage in den nächsten Jahren glatt gelöst werden wird. Ueberall sehen wir das Bestreben, das darauf hinausgeht, möglichst viel Energievorräte zu bekommen. Es ist daher auch Pflicht der Gemeinde dort zuzugreifen, wo Kohle zu haben ist. Wenn wir dies Glück haben so große Kohlenvorkommen in der Nähe zu haben, so wäre es ein schwerer Fehler, wenn wir diese Kohlenmengen auslassen würden. (Beifall).

Bei der Abstimmung wird die Vorlage/einstimmig angenommen.

Hrn. Pannmann: Die Wortmeldung zu Post 17 wurde zurückgezogen und ist dieses Geschäftsstück daher angenommen.

GR. Richter (Soz. Dem.) berichtet über die Stiftung eines Wanderpreises der Gemeinde für das Witschwimmen „Quer durch Wien“ und „Quer durch die alte Donau“ des Arbeiter- und Soldatensport-Vereines. Sein Antrag wird angenommen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über die Erweiterung des Zentralfriedhofes, dessen Belegraum nahezu erschöpft ist. Es ist not-

wendig Verkehrungen zu treffen, das Platz für Graber geschaffen wird. Das ganze Projekt wird ungefähr 41 Millionen Kronen erfordern das ist vorläufig nur an die Durchführung eines Teiles der Erweiterung gedacht, die 2 Millionen Kronen beansprucht wird. Bei dieser Erweiterung soll der Versuch unternommen werden, dem Friedhofe

unser Anblick, den jeder Friedhof vor seiner Fertigstellung zu nehmen. Er soll mit Bäumen bepflanzt werden.

GR. Rötter (christl.-soz.): Sie vergrößern den Zentralfriedhof, scheinen also von der Idee der Leichenverbrennung abgegangen zu sein. In der Vorlage nennen Sie einen Betrag von 31 Millionen, dem Herr Referent auf 41 Millionen erhöht hat. Ich verweise aber wie gross die neue Fläche sein wird. Der Betrag erscheint mir viel zu hoch und ich kann nicht annehmen, dass die Grunderwerbung und Befriedung so viel kostet. Ich möchte auch erwähnen, dass der Zentralfriedhof heute einen jämmerlichen Eindruck, jetzt zeigt es sich was für furchtbare Folgen die exorbitante Erhöhung der Grabaussehmelzungsgebühren nach sich gezogen hat. Vor drei Wochen habe ich den Herrn Bürgermeister bezüglich der Kriegsgräber befragt, und zur Antwort bekommen, es fehle an Arbeitern. Wir wissen genau, dass es an Arbeitern nicht fehlt, sondern an Arbeit. Von einem Leidtragenden wurde mir berichtet, welche Zustände auf dem Zentralfriedhof zur Zeit des Streiks geherrscht haben. Schön aus sanitären Rücksichten hätten Sie darauf hinwirken sollen, dass die Leichen getragen werden. Die Zustände, die heute auf dem Zentralfriedhof herrschen, sind beschämend.

GR. Siegel (Sozialdemokrat): Ich glaube den Herrn Redner nicht auf alle die Dinge, die er vorgebracht hat, erschöpfend antworten zu können, aber eines möchte ich sagen, Sie irren, wenn Sie glauben, dass die Idee der Leichenbestattung von uns aufgegeben wurde. Ich kann Ihnen ankündigen, dass Sie sich in den nächsten paar Wochen mit einem diesbezüglichen Antrag beschäftigen können. Ich bin von unserer Seite niemals behauptet worden, dass durch die Einführung eines Krematoriums die Friedhofsfrage gelöst ist. Wir wissen, dass nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung davon Gebrauch machen wird, aber was wir wollen ist, dass die Leute, die ihren Leichnam lieber verbrennen lassen, Gelegenheit dazu finden. Was nun die Verwahrlosung der Friedhöfe anbelangt, so machen Sie eben keine Ausnahme von den Verhältnissen. Wenn Sie die Häuser und Strassen anschauen und in das Inventar jedes Bürgers dieser Stadt schauen, werden Sie finden, dass eine Verwahrlosung eingetreten ist, die in den Verhältnissen liegt. Was die Kriegsgräber anbelangt, so anere ich mich nicht, dass der Herr Bürgermeister die Schuld auf Mangel an Arbeitern geschoben hat, sondern die Ursache liegt da in, dass man sich genötigt sieht, die Gräber in möglichst einfacher und billigster Form auszumachen. Was den Streik anbelangt, möchte ich feststellen, dass er sehr unangenehm ist, aber

da die dem Verlangen der Gemeinde die Leichenbestatter insofern Rechnung getragen haben, dass sie heute schon den Streik beendet haben, um in Verhandlungen einzugehen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über die Kosten verschiedener Arbeiten für die Kriegswehnhäuser Siedelung Schmelz und beantragt die Mehrkosten von 850.000 Kronen für die Herdlieferung, das Mehrerfordernis von 4.029.809 K für die Einrichtung der Wasserleitung, die Kosten von rund 2.700.000 K für die Gasanrichtungsarbeiten, für die Herstellungsarbeiten von 427.200 K und die jährlichen Gasverbrauchsarbeiten 63.360 K für die öffentliche Gasbeleuchtung sowie das Mehrerfordernis von 2.000.000 K für die Spengler-, Ziegel- und Spenglerarbeiten zu genehmigen.

GR. Rötter (chr. soz.) bemerkt, er hätte bei einer Forderung von Mehrkosten im Betrage von 10.185.809 K erwartet, dass der Referent über die ganze Siedelung mehr berichtet. Er frage daher den Referenten wie groß die gesamten Kosten dieser Häuser sind, wieviele Wohnungen und wie groß diese sind, wie groß der Zins ist und wie hoch sich diese Wohnungen stellen.

GR. Gabriele Walter (chr. soz.) spricht den Wunsch aus, dass bei Bauten und bei Adaptierungen von Häusern darauf Rücksicht genommen wird, in den Wohnungen Gasherde einzubauen.

Referent GR. Siegel (Schlußwort): In der Budgetdebatte wird sich Gelegenheit geben, ausführlich über den Bau der Wehnhäuser auf der Schmelz zu sprechen. Ich will nur dem GR. Rötter sagen, dass die Gesamtkosten dieser Häuser im Kriege auf ungefähr 15 Millionen Kronen zu stehen kamen, und dass sie ungefähr 1000 Wohnungen enthalten haben. Als man vor Jahresfrist daran ging das Projekt auszuführen hat man die Wohnungen aus ein Drittel zusammengestutzt, der Betrag hierfür ist auf 40 Millionen Kronen gestiegen. Als nun im Dezember des Vorjahres die Preiswelle eintrat, so hatte das zur Folge, dass wir heute ungefähr 500 Wohnungen bekommen, die 72 Millionen Kronen kosten werden. Eine Wohnung bestehend aus Zimmer, Küche und Kabinett, eventuell mit ^{kleinen} Nebenräumen würde einen Mietzins von ungefähr bis höchstens 14 bis 16.000 Kronen verlangen. Ueber den Mietzins kann aber derzeit noch keine Ziffer angegeben werden. Es muß auch angegeben werden, dass der Baufortschritt auf der Schmelz kein befriedigender ist. Das hängt damit zusammen, dass lange Zeit hindurch ein ungeheurer Mangel an Zement geherrscht hat und dass heute noch die die Spenglerarbeiten auszuführen sind, Blech fast nicht zu haben ist und das 80fache des Friedenspreises kostet. Was die Einbauung von Gasherden anlangt, so kann dieses Verlangen nicht durchgeführt

werden, weil der Gaskonsum ein beschränkter ist. In den Wohnungen auf der Schmelz ist überall für Gasbeleuchtung und für die Anbringung von Gasherden gesorgt.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

GR. Speiser (Soz. Dem.) referiert über die Bezugsregelung der Hilfsärzte im Jubiläumsspital. Es sollen erhalten: Assistenten jährlich 2.800 K Gehalt, 6000 K Teuerungszulage und 1200 K Spitalzulage, Sekundärärzte 2000 K Gehalt, 7.600 K Teuerungszulage und 1200 K Spitalzulage, besoldete Aspiranten 1200 K Gehalt, 3000 K Teuerungszulage und 1200 K Spitalzulage.

Mit den Bezügen, die der Herr Referent empfiehlt, ist es heute einer Familie möglich, die im Spital zur Ausgabe gelassene Kost zu beziehen. Eine Bedienerin im Spital bezieht 1300 Kronen monatlich, der Arzt, der mehr als 7 Jahre bereits Dienst macht, hat bis heute alles in allen 680 K. Auch in den heutigen Ansätzen ist die Bezahlung in keiner Weise befriedigend. Es ist vielleicht das sozialdemokratische Prinzip, dass alle Menschen den gleichen Lohn haben. Es hat sich aber gezeigt, dass Sie dieses Prinzip nicht mehr einhalten. Es gibt von Ihnen angestellte Aerzte, die bedeutend höhere Bezüge haben, als die andere. Rodner ist als Beispiele der Generalstabarzt Dr. Pöck und Oberstabsarzt Dr. Schaerf an. Ich stelle den Antrag des Referenten zur Verbesserung zurückzuverweisen und besonders darauf zu sehen, dass jene Aerzte, denen keine Dienstwohnung gewährt werden kann, ein Wohnbeitrag entsprechend den Wohnverhältnissen in Hietzing, gegeben werde, und dass überhaupt die Löhne der Aerzte entsprechend den anderen Angestellten der Gemeinde Wien geordnet werde.

Referent erklärt sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, welcher abgelehnt wird.

GR. Speiser (Soz. Dem.) bedauert in seinem Schlußwort, dass unter der Herrschaft der Christlichsozialen Arztwohnungen in einer Kapelle in eine Messnerwohnung umgewandelt wurden, dass Arztwohnungen christlichsozialen Beamten, die mit der damals herrschenden Partei in guten Beziehungen gestanden sind, zugeschenkt wurden. Hilfsärzte sind nicht Angestellte der Gemeinde Wien, sondern es handelt sich um Aerzte, die dort ihre erste Praxis machen und ein gewisses Lebensminimum bekommen. Zur Zeit der Herrschaft der Christlichsozialen hatten die Hilfsärzte 60 K monatlich und das Recht auf das Essen im Spital nur dann, wenn sie im Spital wirklich im Dienst gestanden sind. In der Messnerfrage wird den Aerzten bei den Verhandlungen über die Aufhebung der Bestandenheiten von der Bevölkerung nicht mehr ertragenden all-

gemeinen Begünstigung ein weit über das Ausmaß des den anderen Bediensteten bewiesenen entgegenkommenden hinausgehendes entgegenkommen entgegengebracht werden. Es ist unmöglich, dass die Gemeinde zwischen den Hilfsärzten im Jubiläumsspital und in den Fondospitalern eine große Unterschiede schafft. Sie sind um einen Schritt vor den übrigen Hilfsärzten in den Fondospitalern voraus. Ich vertere was bei den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gemeinde möglich ist. Ich hoffe, dass Kollege Glasauer für sein Eintreten für die Aerzte den gewünschten politischen Erfolg wird einheimen können.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates angenommen.

GR. Winter (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegungskosten für alle Versorgungsanstalten ab 1. April, die von diesem Tage an mit 40 K pro Kopf und Tag festgesetzt werden sollen.

GR. Gabriele Walter (christl.-soz.) spricht die Erwartung aus, dass diese Erhöhung auch einen unmittelbaren Nutzen für die Pflöglinge in Bezug auf Quantität und Qualität der Kost anlangt. Sie weist darauf hin, dass besonders die Handwerker durch das Entgelt, dass für ein Mittagessen bezahlt werden muß, hart getroffen werden. Wenn diese für ein Mittagessen 22 60 K zahlen müssen, so ist das ein Preis, der nicht erschwinglich ist.

Referent GR. Winter weist darauf hin, dass die Versorgungsanstalt sich bei der Verabreichung der Mittagkost und des Entgeltes dafür an den entsprechenden Gemeinderatsbeschluss halten. Dieser schafft einen Zustand der Verantwortlichkeit für alle Angestellten.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber Franz M i c h e l u.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 10. Juli 1920, Nr. 226.

Fettausgabe. Vom 11. bis 17. Juli werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.- gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 200 und der beiden Abschnitte Nr. 200 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40.

Kartoffelabgabe. Sonntag bis Dienstag werden im 20. Bezirke ausländische Kartoffel zum Preise von K 11.10 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Kartoffelkarte abgegeben. Der 21. Bezirk wird von der Gemüse- und Obstverteilungsstelle nicht beliefert insofern der Bezirksarbeiterrat Floridsdorf die Versorgung dieses Bezirkes mit inländischen Kartoffeln durchführt.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 10. Juli 1920, Nr. 227.

An die Mütter, welche nicht stillen können. Die Society of friends (engl. amerik. Gesellschaft der Freunde, welche sich besonders Hilfsmaßnahmen für Säuglinge und Kleinkinder zum Ziele gesetzt hat, beabsichtigt im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss für gesundheitliche Jugendpflege und Jugendfürsorge eine Aktion einzuleiten, um jenen Säuglingen, die laut ärztlichen Ausspruches nicht gestillt werden können, durch Zugabe eines Ersatzpräparates an Stelle der für die Säuglinge nicht lieferbaren Frischmilch die Erlangung des für sie unentbehrlichen Milchquantums sicherzustellen. Es wurde hiefür folgender Vorgang vereinbart:

1.) In den Mutterberatungsstellen, wo die Säuglinge bisher in Fürsorge standen, erhält jede Mutter, die ihr Kind nicht stillen kann, eine Trockennmilchkarte, mit der die Mutter an der für ihren Bezirk zuständigen Depotstelle der Society of friends gegen Bezahlung von derzeit 25 K eine für mehrere Tage reichende Menge eines Ersatzpräparates (Trockennmilch) für 4 Liter Vollmilch beziehen kann. Die Untersuchungsstelle für Säuglinge, die bisher nicht in Fürsorge standen, erfährt die Mutter in ihrer Brotkommission.

2.) Nach dem erstmaligen Bezuge dieses Ersatzpräparates kann ein weiterer Bezug erst dann wieder erfolgen, bis die bereits abgegebene Menge des Ersatzpräparates durch die entsprechende Anzahl von Fehlmilchscheinen gedeckt erscheint.

3.) Die Mütter der nichtstillbaren Säuglinge wenden sich nämlich an die Milchabgabestelle, wo sie rayoniert sind, um den Bezug des ihnen von dort zuzuweisenden 1 Liters Frischmilch.

4.) Sobald die Milchabgabestelle nicht in der Lage ist, diesen Anspruch zu decken, gibt sie über betreffenden Partei nach Abnahme des Milchkartenabschnittes außer jener Menge Frischmilch, die sie liefern kann (Sauer- und Kondensmilch ist für solche Säuglinge nicht abzugeben) für je 1/4 Liter nicht ausgefolgter Frischmilch einen Fehlmilchschein.

5.) Die Art der Bereitung des Frischmilchersatzes aus den neuen Ersatzpräparate wird der Partei jeweils in der Mutterberatungsstelle bekanntgegeben.

Bemerkt wird hiezu, daß die Milchversorgungsstelle an die Mütter und die Milchabgabestellen Weisungen wegen des Bezuges der Trockenmilch hinausgegeben hat und daß auch in den Mutterberatungsstellen Anweisungen über die Art der Zubereitung der Trockenmilch zu erfahren sind.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Dienstag und Freitag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Abmeldung in die Sommerfrische. Die Haushalte, welche anlässlich der Uebersiedlung in die Sommerfrische oder der Uebersiedlung zum dauernden Aufenthalte in einer Provinzgemeinde den Mehl- und Brotbezug in Wien abmelden, werden aufmerksam gemacht, daß diese Gemeinden das Kochmehl und Brotmehl jedesmal für eine zweiwöchentliche Periode, welche mit der auf der Mehlbezugskarte mit einer geraden Zahl bezeichneten Woche beginnt zugewiesen erhalten. Da die Gemeinden daher den Brot- und Mehlbezug der zugezogenen Parteien erst mit Beginn der ihrer Anmeldung folgenden Doppelwoche eintreten lassen können, ist es zur Vermeidung einer Unterbrechung des Brot- und Mehlbezuges angezeigt, die Abmeldung in Wien unmittelbar nach dem Bezuge für eine mit ungerader Zahl bezeichneten Woche vorzunehmen, so daß der Mehlbezug in der neuen Aufenthalts-gemeinde mit der nächsten Woche mit gerader Zahl bereits erfolgen kann.

Die städtischen Ziegelwerke in Oberlaa und die städtischen Kalkwerke in Hinterbrühl gewerbliche Unternehmungen. Die Gemeinde Wien hat im vergangenen Jahre die Ziegelwerke in Oberlaa und das Kalkwerk in Hinterbrühl in der Absicht käuflich erworben, die Gemeinde mit den nötigen Baustoffen für ihre Bauarbeiten zu versorgen. Da nun die Bautätigkeit sehr eingeschränkt ist und die Gemeinde weit über ihren eigenen Bedarf erzeugt, so soll für die in den genannten Werken gewonnenen Produkte eine Absatzmöglichkeit gefunden werden. Um die Produkte dieser Werke verkaufen zu können, hat der Stadtsenat über Antrag des StR. Siegel beschlossen: Die Ziegelwerke in Oberlaa und das Kalkwerk in Hinterbrühl sind künftig als gewerbliche Betriebe zu dem Zwecke zu führen, die für die städtischen Bauzwecke nicht benötigten Erzeugnisse an Private zu verkaufen und wird der Magistrat beauftragt, die Anmeldung des Gewerbes und die Eintragung in das Handelsregister vorzunehmen. Die Firmenzeichnung hat zu lauten „Ziegelwerke Oberlaa der Gemeinde Wien“ und „Kalk- und Schotterwerke der Gemeinde Wien“.

Wettschwimmen „Quer durch Wien“. Aus Anlaß des vom Verbands österreichischer Schwimmvereine veranstalteten Wettschwimmens „Quer durch Wien“ wurde mit Zustimmung der Schifffahrttreibenden für Sonntag, den 18. ds. nachmittags die Schifffahrt im Wiener Donaukanal in der Strecke Nußdorfer Vorkopf - Haidingergasse (Sofienbrücke) geboten.

Zewiverba. Vom 11. bis 17. Juli: Himbeersaft (Gefäße mitbringen), Maggiwürze, Margarine. Textilwaren: Restbestände der Vorwochen. Brennstoffabgabe: Siehe „Städtischer Angestellte“ vom 1. und 15. Juli. Neurayonierung bis 1. August möglich.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Samstag, den 10. Juli 1920.- Abendausgabe.

Entfallende Sprechstunde. Montag entfällt wegen dienstlicher
Verhinderung die Sprechstunde beim Amtsführen Stadtrat Winter.

Auslandshilfe für Lehrer. Schulweise Abholung der Liebesgaben
bezw. Anweisungen auf schwedische Pakete Montag, 12. ds. die
Bezirke 1 bis 8, Dienstag, 13. ds. die Bezirke 9 bis 14, Mitt-
woch, 14. ds. die Bezirke 15 bis 21 täglich von 8 bis 12 und
3 bis 7 Uhr. Die Abholenden müssen zuerst in die Schule,
6, Stumpergasse 56, sodann in die Lehrerhauskanzlei sich be-
mühen, da die Gaben an diesen zwei Stellen lagern, in der Leh-
rerhauskanzlei jedoch die Bestätigung des Empfanges aller Ga-
ben bezw. Anweisungen erfolgen muss. Rucksäcke und grössere
Papiersäcke mitbringen. Ausfolgung nur an dem festgesetzten
Tag gegen Abgabe des Einzahlungszettels.

WIENER KATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber Franz Michen.
26. Jahrgang, Wien, Montag, den 12. Juli 1920, Nr. 228.

Das Wiener Notgeld bis 31. Dezember gültig. Es wird hiedurch neuerlich auf merksam gemacht, daß das am 30. Juni abgelaufene Wiener Notgeld zu 10, 20 und 50 Heller laut seinerzeitigen Beschlusses des Gemeinderates bis 31. Dezember ds.J. volle Geltung hat.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im 1. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 11.10 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „D“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Kinder aus der Schweiz. Donnerstag, um 2 Uhr nachmittags kommen am Westbahnhofs jene Kinder an, welche am 19. Mai 1920 vom städtischen Jugendamte in die Schweiz (Kanton Zürich) entsendet wurden. Die Eltern werden gebeten die Kinder abzuholen.

Pensionen für Gemeindefunktionäre. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung beschlossen, dem VB. Franz Hoss ein Ruhegehalt von 16.200 K jährlich zuzuerkennen, der fällig wird, sobald er aus dem Stadtsenat ausscheidet. Der Ruhegehalt des mit Ende Mai aus dem Stadtrate geschiedenen GR. Heinrich Schmid wird unter Zugrundelegung einer anrechenbaren Dienstzeit von 10 Jahren ab 1. Juni ds.J. mit 4.500 K bemessen. Dem ehemaligen StR. Felix Kraba wird aus Billigkeitsgründen ab 1. Juli eine außerordentliche Zuwendung von jährlich 3000 K auf die Dauer von drei Jahren bewilligt.

Das Bürgerrecht der Stadt Wien für C.M. Zierer. Der Gemeinderat hat dem Kapellmeister C.M. Zierer anlässlich seines 77. Geburtstages in neuerlicher Würdigung seiner Verdienste um die Wiener Musik das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Rücksicht der Taxen verliehen.

Pferdefleischkonserven für Mindestbemittelte. In der 144. Aktionswoche erhalten die Besitzer der rosafarbigem Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch pro Person 1 Dose Pferdefleischkonserven zum Preise von K 12.- gegen Abtrennung des Abschnittes „C“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Donnerstag, den 15. Juli für A - F, Samstag, den 17. für G - K, Montag, den 19. für L - R und Mittwoch, den 21. für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1 Dose Pferdefleischkonserven und zwar an die ersteren zum Preise von K 12. per Dose, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Georg und Anna Fillgrader Stiftung. Am 1. August gelangen die Zinsen dieser Stiftung zur Verteilung. Anspruch haben Bürger von Wien, die infolge von Unglücksfällen in augenblickliche Notlage gekommen sind. Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingrube genießen den Vorzug. Gesuche sind bis längstens 15. Juli in der Kanzlei der Bezirksvertretung Mariahilf Amerlingstraße 6 einzubringen.

Wien, Montag, den 12. Juli 1920. - Abendausgabe.

Der angeblich bevorstehende Streik der Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen. In den heutigen Blättern ist die Nachricht enthalten, dass die Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen den Streik erklären will. Die Beamten der Unternehmungen haben vor einigen Wochen Forderungen gestellt und haben sich gleichzeitig bereit erklärt, andere Arbeitsbedingungen als die bisherigen, die zu einer stärkeren Ausnützung des Personals führen sollten, anzunehmen. Daraufhin ist die Gemeindeverwaltung mit ihnen in Verhandlungen eingetreten, in denen sie aber keineswegs ein Hehl daraus gemacht hat, dass es zu einem Eingehen auf die Forderungen nur dann kommen könne, wenn zugleich Reorganisationsmassnahmen getroffen würden, durch die ~~nur~~ starke Ersparungen in den Betrieben erzielt würden. Auf eine Beeverschussung des Arbeitswillens der Angestellten der städtischen Unternehmungen konnte aber ebensowenig eingegangen werden, wie auf eine Zuwendung unter dem Titel der Net, die ja auf alle städtischen Angestellten und auf die gesamte Bevölkerung gleichermaßen drückt. Die Forderungen der Angestellten der städtischen Unternehmungen fallen alle in den Kreis jener Gesamtforderungen von 700 Millionen Kronen, die jetzt zu bewilligen der Gemeinde infolge ihrer finanziellen Lage unmöglich ist. Man nimmt an, dass die Nachrichten über den bevorstehenden Streik nicht zutreffen, sondern dass die Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen bereit sein wird, auf dem Wege der eingeleiteten und durchaus nicht abgebrochenen Verhandlungen weiter zu schreiten.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber Franz M i c h e u.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 13. Juli 1920, Nr. 229.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden in den Bezirken 2 bis 9 ausländische Kartoffel zum Preise von K 11.10 per kg und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „0“ der Kartoffelkarte abgegeben.

8 Millionen Kronen Voranschlag für Steinklamm. Im Stadtsenat kam heute der Voranschlag für die Lungenheilstätte Steinklamm zur Verhandlung. Vom Berichterstatter StR. Grünwald sowie von den StRe. Breitner, Siegel und Vaugoin wurde übereinstimmend darauf hingewiesen, daß die ganze Anlage in Steinklamm auf die Dauer nicht als Lungenheilstätte werde geführt werden können. Die Gewichtszunahmen, die bei den Patienten infolge der regelmäßigen Ruhe und der gleichmäßigen Ernährung zu verzeichnen sind, sind zwar begrüßenswert, doch ändert dies nichts an der Tatsache, daß die ganze Anlage nicht von dem Gesichtspunkte einer Lungenheilstätte aus errichtet wurde. Die Baracken bedürfen alle großer Reparaturen und von StR. Vaugoin wurde auch darauf hingewiesen, daß eine Baracke infolge des Ungeziefers überhaupt nicht benützt werden kann. Die Errichtung einer neuen Baracke hat über eine halbe Million Kronen erfordert. Es wurde auch festgesetzt, daß der Personalaufwand ein zu großer ist, wo auf 250 Pflöglinge 142 Personen Personal entfallen, worin allerdings auch jenes mit inbegriffen ist, das zu der an die Lungenheilstätte angeschlossenen Landwirtschaft gehört. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß ein Patient derzeit nahezu auf 33.000 K jährlich zu stehen kommt. Einmütig wurde auch der Anschauung Ausdruck gegeben die Lungenheilstätte durch Adaptierungen nicht mehr zu vergrößern, sondern die Baracken in dem notwendigen Bauzustand zu erhalten. Dafür sei dahin zu trachten, zu einer wirklich modernen Anlage als Lungenheilstätte vielleicht in Verbindung mit Alland zu gelangen. Verurteilt wurde, daß die Bemühungen, das Öffentlichkeitsrecht für Steinklamm zu erlangen ergebnislos geblieben sind, weil die Landesregierung den Standpunkt einnimmt, daß Steinklamm nicht als ein Annex des Jubiläumsspitals anzusehen sei, weil der örtliche Zusammenhang fehle, obwohl es ohne weiteres klar ist, daß eine Lungenheilstätte nicht im Weichbilde der Stadt errichtet werden kann. Es wurde darauf hingewiesen, daß mit den Krankenkassen Fühlung genommen werden möge, um sie zu veranlassen, sofern diese auf die Aufnahme von Kassenmitgliedern Gewicht legen, daß sie die für öffentliche Spitäler festgesetzten Beiträge zahlen. Im Voranschlag für das Jahr 1920/21 erscheint die Lungenheilstätte Steinklamm mit einem Betrag von über 8 Millionen Kronen bei einem Krankenstand von 250 Personen.

Der Wiener Südwestfriedhof. In Anbetracht des Umstandes, daß der Belegraum der Wiener Friedhöfe nahezu erschöpft ist, hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Zentralfriedhof zu erweitern. Für die westlichen Bezirke der Stadt soll nun ein neuer Friedhof, der Südwestfriedhof, erstehen. Der Stadtsenat hat heute den technischen Entwurf für diesen Friedhof genehmigt, der sich auf die Gräberverteilung, auf die Ausschmückung, auf die Bepflanzung des Grundes u.s.w. bezieht. An die Verwirklichung des preisgekrönten Objektes von Professor Seidel kann nicht gedacht werden, weil diese eine Summe von 4 bis 500 Millionen Kronen erfordern würde.

Freitag kein Gemeinderat. Die für Freitag Nachmittag einberufene Sitzung des Gemeinderates wurde abgesagt.

Unrichtig markierte Straßenbahnfahrtscheine. Die Direktion der Straßenbahn macht aufmerksam, daß Beschwerden wegen unrichtiggelochter Vorverkaufsfahrtscheine nur dann behandelt werden können, wenn durch Angabe der Wagennummer, der Fahrtrichtung, des Einsteigeortes und der Zeit der Schaffung, der den Fahrchein gelocht hat, festgestellt werden kann.

Die Erhöhung der Gasmesserkautionen. Ein heutiges Mittagsblatt brachte die Meldung, dass die Stadtverwaltung "bei der Suche nach augenblicklichen Geldquellen" eine Erhöhung der Gasmesserkautionen von Geschäftsleuten und anderen grösseren Gasabnehmern verlange. Hierbei sei der Gemeinde hauptsächlich daran gelegen, Bargeld zur Deckung der laufenden Auslagen zu erhalten. Diese Behauptung ist unrichtig. Die von den städtischen Gaswerken ausgehenden und noch weiter ergehenden Aufforderungen von Nachtragsicherstellungen sind nur darauf zurückzuführen, dass die vor längerer Zeit erfolgten Sicherstellungen dem heutigen Gaspreise und somit auch der Höhe der derzeitigen Gasrechnungen in keiner Weise mehr entsprechen. Richtig ist, dass die städtischen Gaswerke als Sicherstellungen nur Barkautionen oder Einlagebücher einer Wiener städtischen Sparkasse annehmen. Dies aus dem Grunde, weil die Gebarung mit anderen Sicherstellungen mit Umständlichkeit und Verwaltungskosten verbunden wäre, die soweit als nur möglich vermieden werden müssen. Aus diesem Grunde müssen die Gaswerke auch ersuchen, angeforderte Sicherstellungen sofort zu erledigen, um weitere Kosten von Parte u. s. v. zu vermeiden. Nachtragsicherstellungen wurden übrigens seit jeher verlangt, wenn es sich zeigte, dass die Gasrechnungen eines Abnehmers einen grösseren Betrag ausmachten als bei der Gasbezugsanmeldung angenommen wurde.

Richtigstellung: In der in der heutigen Nachmittagsausgabe enthaltenen Notiz „8 Millionen Kronen Veranschlag für Steinklamm“ soll es gegen Ende der Notiz nicht heissen „weil die Landesregierung....“, sondern es soll richtig heissen „weil der nö. Landesrat"

Die Gemeindesteuern im Juli 1920. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30. Juni den Beschluß gefasst, zur Deckung der Gemeindebedürfnisse außer den Gemeindeabgaben und Zuschlägen, die im Voranschlage vorgesehen sind, in der Zeit vom 1. bis 31. Juli folgende Gemeindeumlagen und Gemeindeabgaben einzuheben: 1.) 100 Heller von jeder Krone der Grundsteuer, 2.) 25 Heller von jeder Krone der Hauszinssteuer und Hausklassensteuer, 3.) 30 Heller zur 5 %igen Steuer vom Zinsertrage der von der Hauszinssteuer befreiten Gebäude, 4.) 100 Heller von jeder Krone der allgemeinen Erwerbssteuer I. Klasse, 90 Heller bei der Erwerbssteuer II. Klasse, 60 Heller bei der Erwerbssteuer III. Klasse und 40 Heller bei der Erwerbssteuer IV. Klasse 5.) 80 Heller von jeder Krone der Erwerbssteuer von den begünstigten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und der Vorschusskassen, 6.) 120 Heller von jeder Krone der Erwerbssteuer von den übrigen nach dem zweiten Hauptstück des Personalsteuergesetzes zu behandelnden Unternehmungen, 7.) 100 Heller von jeder Krone der Rentensteuer, 8.) 28 Heller von jeder Krone der Zuschlagspflichtigen Besoldungssteuer von höheren Dienstbezüglern, 9.) Den städtischen Zuschlag zur Verzehrungssteuer, und zwar im Ausmaße von 30 % für sämtliche Artikel des Verzehrungssteuertarifes mit Ausnahme des Bieres im geschlossenen Verzehrungssteuergelände, soweit sie nicht unter die Ausnahme des Gesetzes fallen, im Ausmaße von 1000 % für Bier im geschlossenen Verzehrungssteuergelände und im Ausmaße von 30 % von der außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergeländes eingehobenen staatlichen Verzehrungssteuer. 10.) Die Gemeindeabgabe von Wein, Weinmost, Obstmost etc. und von weinähnlichen und weinhaltigen Getränken im Ausmaße von 40 Kronen per Hektoliter mit Ausnahme von gemußfertigem Obst- und Beerenmost, bei dem die Gärung gehemmt wurde, und von 200 K per Hektoliter bei allen übrigen abgabepflichtigen Gegenständen. 11.) Die Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten im Ausmaße von 10 K per Hektolitergrad für die mit dem Alkoholometer meßbaren, von 550 K per Hektoliter für die nichtmeßbaren Flüssigkeiten und von 700 K per Hektoliter für alkoholische Essenzen. 12.) Die Bierauflage von 20 K pro Hektoliter in den Gebieten außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergeländes. 13.) Die Abgabe von Schaumwein mit 300 % nach den Sätzen des Gesetzes. 14.) 8 1/4 Heller von jeder Krone des Mietzinses als Umlage für Gemeindezwecke (3 1/2 Heller) und für Volksschulzwecke (4 1/2 Heller) 0.1 Heller von jeder Krone des Mietzinses als Militäreinquartierungsbeitrag durch die verpflichteten Hauseigentümer. 15.) Für Vorspannumlage mit 30 Heller für jedes vorspannpflichtige Pferd. 16.) Die Auflage für Hunde mit dem Jahresbetrag von 20 K für jeden Hund. Die Gemeindeumlagen zu den direkten Steuern sind gleichzeitig mit der Steuer, auf welche sie ungelegt werden, die Mietzinsumlagen gleichzeitig mit der Hauszinssteuer einzuzahlen.

Oberhollabrunn für die Sommerjugendfürsorge. Der Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge hat denselbstigen Beschluß gefasst, die überzähligen Baracken des städtischen Jugendheimes in Oberhollabrunn der Sommererholungsfürsorge für 1000 Wiener Kinder auf 6 Wochen zu überlassen, wo die Kinder in zwei Turnussen untergebracht werden sollen. In Betracht kommen nur jene schwerstgefährdeten Kinder, die von der Auslandsfürsorge nicht mehr erfasst werden konnten, insbesondere Knaben, die vielfach bei den Aktionen den Mädchen gegenüber zurückstehen mußten. Sämtliche Kinder sind im Jugensamte bereits seit Monaten vorgemerkt und ärztlich untersucht und wird die Aktion sofort einsetzen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber Franz Michen.

26. Jahrgang, Wien, , den 15. Juli 1920. Nr. 230.

1. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Juli 1920, Nr. 230.

Die Anforderung von Wohnungen und Wehräumen von Ausländern. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat eine Kundmachung betreffend die Anforderung von Wohnungen und Wehräumen von Ausländern erlassen, in der es heißt: Mit dem Tage der Verlautbarung der Kundmachung anheben die Wohnungen und Wehräume (mit Ausnahme der Wehräume der gewerbmäßigen Fremdenbeherbergung), deren Mieter oder Inhaber Ausländer sind, sofern sie seit dem 1. August 1914 wegen Preistreiberei oder einer aus Gewinnsucht begangenen strafbaren Handlung rechtskräftig verurteilt und bestraft wurden oder sofern sie nach den Bestimmungen der Kundmachung der niederösterreichischen Landesregierung betreffend die Abreisendmachung von Fremden oder nach den jeweils erlassenen Verschriften betreffend die Regelung des Reise- und Sommerverkehrs sich unberechtigterweise im Wiener Wohnungsgebiet aufhalten, als angefordert zu gelten. Als Tag der Anforderung gilt der Tag der Kundmachung bzw. der Tag der Verkündigung oder Zustellung des gerichtlichen Urteils oder Straf-erkenntnisses. Durch die Anforderung wird dem Hauseigentümer und dem Mieter die Verfügung über die angeforderten Räume entzogen. Bestehende Mietverträge gelten mit dem Ablauf der Kündungsfrist aufgelöst. Übertretungen der Kundmachung werden, sofern sie nicht einer strengeren Bestrafung unterliegen mit Geldstrafen bis zu 5000 K oder Arrest bis zu 6 Wochen geahndet.

.....

2. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Juli 1920, Nr. 231.

Zweite Kleingartenausstellung. Anfangs September d.J. wird im Arkadenhof und in der Volkshalle des Rathauses die 2. Kleingartenausstellung veranstaltet. Zur Ausstellung werden zugelassen: Gemüse, Obst, Kleintiere, (sämtliche Produkte aus der Kleingartenwirtschaft), Bilder, Pläne, Entwürfe über Kleingartenanlagen und Gartensiedelungen sowie Kleingartenwirtschaften, weiters Firmenerzeugnisse, welche mit der Kleingartenwirtschaft in Beziehung stehen. Die Auswahl der Aussteller soll durch ein Ausstellungskomitee erfolgen, dem auch die Leitung der Ausstellungsarbeiten selbst obliegen soll. Anmeldungen sind unter genauer Angabe des Ausstellungsobjektes sowie des Ausstellers bis spätestens 10. August an die Kleingartenstelle, I., Kaiser Wilhelmring 8 zu richten. Mitglieder von Schrebergartenvereinen wollen ihre Anmeldung dem Vereinsvorstande machen, der die gesammelten Anmeldungen der Kleingartenstelle übermitteln wird.

Öffnung des Mondenaparkes. Wie im Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten mitgeteilt wurde, wird der Mondenapark im 3. Bezirk demnächst zur allgemeinen Benützung geöffnet werden. Der Park, der stellenweise den Charakter eines Wildparkes trägt, gehört zu den schönsten Anlagen der Stadt Wien.

Die Schönbrunner Vorparkwiese als Spielplatz. Im Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge wurde die strittige Vergebung des Schönbrunner Vorparkes zur Befriedigung der sich darum bewerbenden Körperschaften bereinigt. Dem Turnverein Jahn wurde die Wiese zur Benützung für Montag, Dienstag und Freitag zugewiesen. Dem Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschösterreichs, der übrigens als erste Organisation bereits am 15. März um die Ueberlassung der Wiese angesucht hat, damals aber abgewiesen wurde, steht nunmehr die Benützung an allen Tagen der Woche mit Ausnahme von Samstag von $\frac{1}{2}$ 7 bis 9 Uhr abends zu.

Der Bau der Floridsdorfer Brücke. Der Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten hat beschlossen, für den weiteren Bau der Floridsdorfer Brücke 5.6 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen.

6666 Mark für die Wiener Kinder. Durch Frau Gräfin Hagenburg in Darmstadt wurde das Ergebnis eines „Wiener Abends“ zu Handen des deutschen Konsulates im Betrage von 6666 Mark erlegt, und von Konsul Vivenot Bürgermeister Reumann zur Verfügung gestellt.

Straßensperre für Lastkraftwagen. Das Befahren des nördlich der ehemaligen Militärschießstätte von der Wagramerstraße abzweigenden zum Strandbad Alte Donau führenden Weges wird für Lastkraftwagen verboten. Uebertretungen des Verbotes werden mit Geldstrafen bis zu 2000 K oder mit Arrest bis zu 14 Tagen geahndet.

Gräberwiederbelegung. Nach dem 1. August werden am Sievringer Friedhof eigene Gräber der Gruppe X sowie einfache Gräber der Gruppe XI wiederbelegt. Enterdigungen sind nur vor der Wiederbelegung der Gräber zulässig. Gesuche bis längstens 1. August an die Magistratsabteilung 12, Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 17. Juli 1920, Nr. 233.

Margarineausgabe. Vom 18. bis 24. Juli werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 201 und der Beiden Abschnitte Nr. 201 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20.

Nährmittelzubeßen für Kinder. Vom 22. bis 31. Juli werden für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre Nährmittelzubeßen bei den städtischen Abgabestellen und bei den Verschleißstellen der Konsumentenorganisationen abgegeben. Jedes Kind bekommt 1 kg Feinmehl zum Preise von K 11.20 gegen Verweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes 1 der entsprechenden Milchkarte. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen wollen sich wegen Zuweisung an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 2 wenden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 17. Juli 1920, Nr. 234.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. - der Gemeinderat tritt Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Zwiverba. Vom 18. bis 24. Juli: Java-Reis, Schokolade, Keks, Brösel, Sose-Kaffee-Ersatz, Feigenkaffee, Kalodont, Schmollpasta und Kristallsoße. Textilwaren: ab Dienstag Decken, Pölster, Kinderstrümpfe, Schürzen und Restbestände der Vorwochen. Brennstoffe. Neuraufyonierung bis 1. August möglich.

Auslandshilfe für Lehrer und Altpensionisten. Die in Wien wohnhaften vor dem 1. Februar 1920 in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen, können Bezirke 1 - 8 am Montag, den 19. Juli, Bezirke 9-14 am Dienstag, den 20. Juli, Bezirke 15-21 am Mittwoch, den 21. Juli, jedentags von 8 bis 12 in der Schule, VI., Stumpergasse 56, gegen Vorweisung des Pensionsdekretes Liebesgaben beheben. Spesenersatz K 3.- Rucksack und Papiersäcke mitbringen.

Der neue Fortbildungsschulrat. Montag hat sich der neue Fortbildungsschulrat für Wien konstituiert. Er unterscheidet sich wesentlich von den Fortbildungsschulräten der früheren Jahre. Mit dem Gesetze vom 11. II. 1920 wurden die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates abgeändert. Die wesentliche Änderung bestand darin, daß nun die Vertreter der Gewerbebetriebe nicht mehr ausschließlich von den Unternehmen durch die Genossenschaft gewählt werden, sondern daß die Hälfte dieser Vertretung auf die Gehilfenausschüsse entfallen. Auch sonst wurden noch einige Änderungen vorgenommen, die sich deutlich in der Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates ausdrücken. Der Wiener Fortbildungsschulrat hat nun nach den Neuwahlen auch eine sozialdemokratische Majorität. Demgemäß wurde auch Landeshauptmann-Stellvertreter Laurenz Widholz zum Obmanne gewählt. Nach dem bestehenden Landesgesetz und der Geschäftsordnung des Fortbildungsschulrates sind die Wahlen nach dem Majoritätsprinzip vorzunehmen. Die sozialdemokratische Mehrheit, die aus dem Zusammenarbeiten aller an der Fortbildung der Lehrlinge interessierten Kreise die beste Bürgschaft einer glücklichen Entwicklung dieses Schulwesens erblickt, machte aber von diesem Rechte keinen Gebrauch, sondern traf mit der Minorität Vereinbarungen, nach denen sie dieser auch Stellen im Präsidium überließ, wie es ungefähr dem Kräfteverhältnis der Parteien entspricht. Zu Stellvertretern wurden daher

Vizebürgermeister Franz Hess (chr. soz.) und Alexander Täubler (Soz. Dem.) in gleichem Range gewählt. Ebenso wurden Gemeinderätin Leopoldine Glöckel (Soz. Dem.) und Stadtbauinspektor Karl Schmidt (chr. soz.) zu Schriftführern gewählt.

Der neue Fortbildungsschulrat besteht aus 50 Mitgliedern gegen bloß 27 Mitgliedern der früheren Jahre. Er setzt sich aus den Vertretern folgender Interessentengruppen zusammen. Staatsamt für Inneres und Unterricht: Prof. Dr. Gustav Frankl und Bürgerschullehrer Franz Halmschlager. Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten: Ing. Josef Schlieschka. Landesschulrat: Bezirksschulinspektor Karl Höttil, Direktor Franz Kratochwil, Prof. Rudolf Mayerhöfer, Stadtrat Karl Rummelhardt, Prof. Max Wäxenez und Gemeinderätin Leopoldine Glöckel. Landesrat: Landtagsabgeordneter Josef Heigl, Buchdrucker August Marianek, Landesrat Karl Müller, Landtagsabgeordneter Hans Rett und Landeshauptmann-Stellvertreter Laurenz Widholz. Gemeinderat: Sekretär Karl Henay, Vizebürgermeister Franz Hess und die Gemeinderäte Alexander Täubler und Leopold Haller. Magistrat: Mag. Sekretär Franz Marusch. Handels- und Gewerbeamt: Die Handelskammerräte Moritz Weidner und Kornel Spitzer. Außerhalb des Wiener Gewerbevereinsverbandes stehen die Gewerbetreibenden: Die Handelskammerräte Dr. Otto Thorach und Samuel Wellesz. Gewerbetreibende: Anstreicher Leopold Bernann, Maschinenschlosser Roman Fischer, Friseur Wilhelm Wolf, Kleidermacher Michael Steinschauer, Baumeister Karl Schmidt, Bäckermeister Johann Körber, Firmeninhaber Ferdinand Meyerhofer und Tischler Oskar Fehlinger. Gremium der Wiener Kaufmannschaft: Vizepräsident Leopold Langen, Handelskammerräte mit Ausnahme des Gremiums: Eduard Nechwatal. Arbeiterkammer: Sekretär des Österreichischen Metallarbeiterverbandes Hans Drechsler, Gehilfenschaft: Buchdrucker Eduard Straß, Drechsler Karl Metschi, Schuhmacher Stefan Stergeritsch, Bauarbeiter Franz Burda, Handlungsangestellter Rudolf Feldmann, Hotelangestellter Martin Scheffler, Mechaniker Franz Hoffenreich, Bäcker Julius Zipper, Tischler Franz Tomandl, Kleidermacher Adalbert Wondra, Textilarbeiter Josef Heiß und Schriftsetzer Hans Philipp. Lehrkräfte an den Wiener Fortbildungsschulen: Hans Vogel, Karl Lintner, Johann Christ und Albert Haupt. Außer diesen 50 Mitgliedern nehmen 4 Fachinspektoren an den Sitzungen des Fortbildungsschulrates mit beratender Stimme teil u. zw.: Direktor Georg Philipp, Hugo Lehmann, Prof. Otto Prutscher und Julius Mauch. Das neue Präsidium hat die Leitung der Geschäfte bereits übernommen.

Genossenschaftsversammlung. Montag, den 19. ds. um 3 Uhr nachmittags findet in der Volkshalle des Wiener Rathauses die Genossenschaftsversammlung der Genossenschaft der Fleischhauer in Wien statt.

Lebensmittelfälschungen und andere Unzukömmlichkeiten. Dem Berichte des Wiener Marktamtes für den Monat Juni über seine lebensmittel- und marktpolizeiliche Tätigkeit ist zu entnehmen, dass 1978 Anzeigen hinsichtlich der dem Amte obliegenden Handhabung der Gewerbe- und der im Lebensmittelverkehr einschlägigen Sanitätsverschriften erstattet wurden. Von den Lebensmittelfälschungen sind zu erwähnen die Fälschungen bei Milch, die noch immer sehr zahlreich sind, und bei Käse, wo sie allerdings etwas nachgelassen haben. Die untersuchten Milchproben ergaben einen Wasserzusatz von 4 bis 30 %. Matthias Fischer VII, Zieglergasse 44, verkaufte entrahnte und gewässerte Milch mit 30 % Wasserzusatz. Die abgenommenen Proben von der per Bahn eingelangten „Milk“ ergaben auch Anstöße, wobei die gelieferte Milch von der Milchgenossenschaft Ober-Abadern mit 25 % und die von Oswald Messer in Matzleinsdorf bei Melk mit 26 % Wasser versetzt war. Mornmehl Fischer II, Glockengasse 14 verkaufte „Amländer Hoquefortkäse“. Das Produkt stellte einen Magerkäse höchst minderwertiger Beschaffenheit dar. Viel Missbrauch wird noch bei der Herstellung von Würsten getrieben. Die Firma Karl Mladitschka, s. Nachf. Inh. Josef Porsch I, Köllnerhofgasse 4, brachte Tirolerwurst in den Verkehr, die Starkmehl zugesetzt hatte und deren Darm mit orangefarbenem Teerfarbstoff und ausserdem mit einem schwarzen, in Lösungsmitteln unlöslichen Körper (vermutlich „As“) gefärbt war. Bei Weina und Spirituosen sind erwähnenswert: Rudolf Kemnik VI, Aegydiagasse 20, brachte ein Weindestillat in Verkehr, das mit Geruchs- und Geschmacksfehlern behaftet war, die vermutlich von essigstichigen verderbten Ausgangsmaterial herrühren; weiter einen Teerum, der Musessenz in so geringer Menge enthielt, dass die Bezeichnung Rum falsch ist. M. Reich II, Grosse Messergasse 35 belieferte einen Geschäftsmann mit „Karlwitzer Dessertwein“, der mit Zucker versüßter gewöhnlicher Rotwein war. Unter der Bezeichnung „Finst Jamaika Rum“ kam ein gewöhnlicher Branntwein in Verkehr. Backwaren und Bäckereien wurden trotz des noch bestehenden Verbotes häufig aus Kadelmehlen hergestellt. Die Zuckerwarenfabrik Bier u. Co. V, Backergasse 5, erzeugte „Buserlin“ unter Verwendung von schlechtem Kartoffelwetz- und Charkmehl. Scherfner u. Frießl XII, Niederhorstrasse 15 erzeugte Bäckereien aus Roggen-, Weizen- und Kartoffelmehl. Beim Bäckermeister Franz Stepanek XVIII, Semperstrasse 15 wurden für Kaffeekäuser Salzstangen und Semmeln hergestellt. Es wurden 18 kg fertige Salzstangen und Semmeln und 60½ kg Mehl beschlagnahmt. Im Buffet des Opernkines I, Elisabethstrasse 3 (Richard Nitsche) wurde Schokoladenkonfekt verabreicht, das ungenießbar und verdorben war. Gemischtwarenversuchswasserin Karoline Jowch XVII, Petalergasse 72, verkaufte Himbeersaft bestehend aus gefärbtem Wasser, mit künstlichem Fruchtaroma, Weinsäure und Saccharin versetzt und mit Salicylsäure konserviert. Dieser Himbeersaft war verdorben und gesundheitsschädlich.

Im Sinne des Lebensmittelgesetzes hat das Marktamt zahlreiche Tuben von diversen Wurst- und Fleischpasten und kosmetischer Mittel der Untersuchungsanstalt zur Überprüfung übergeben. Die Tuben der Zahncreme Anatherin bestanden aus gewalztem Bleiblech mit 96 % Bleigehalt, die der Korallenzahnpasta enthielten 93 % Blei.

An den Strassen der Stadt und im Prater wurde dem Wanderhandel mit Obst besonderes Augenmerk zugewendet und es wurden Obstpreisüberschreitungen von 12 bis 16 Kronen per Kilogramm, sowie Gewichtverkürzungen durch betrügerische Manipulationen an den verwendeten Wagen (Unterlegen von Beschwerungsmitteln unter die Wagschalen, Verbiegen der Wagenzungen etc.) festgestellt. Beim Grünwarenhändler Max Eisler II, Kleine Messergasse 2, wurden ca. 1000 kg zum Teil minderwertige Kirschen beschlagnahmt, die dieser trotz der Anrechnung mit 15 K um 16 K verkaufte, was die Mitschuld der Konsumenten am verhinderten Abbau der Preise wieder deutlich zeigt.

Die Freigabe des Schweinehandels führte auf dem Franz-Josefsbahnhof zu Unzukömmlichkeiten. Dort kamen jeden Donnerstags 600 bis 1000 Stück geschlachtete Schweine an. Obgleich diese Sendungen für den Donnerstag in St. Marx stattfindenden Jung- und Stechviehmarkt bestimmt waren, erschienen am genannten Bahnhof zahlreiche Fleischhauer, Fleischselcher und Gastwirte, um den Händlern die Ware dort abzukaufen. Es entwickelte sich ein regelrechter Winkelmarkt mit Jung- und Stechvieh. Im Sinne der Verordnungsverordnung wurden 124 Fleisch etc. dem Kriegswucheramte zur Anzeige gebracht, 109 geschlachtete Schweine wurden beschlagnahmt.

Beschlagnahmt wurden nachstehenden Warenmengen: 1271 kg Mehl und Mehlprodukte, 45 kg Bäckereien, 24 Laib Brot, 240 kg Fleisch und Fleischwaren, 108 kg Fische, 37 Dosen verschiedene Konserven, 197 kg Fett, 1620 kg Gemüse, 57.800 kg Sauerkraut, 6276 kg Obst, 400 Kisten Zitronen, 739 kg Kartoffel, 87 kg Pilze, 4703 Stück Bier, 353 Liter und 57 Dosen Milch, 147 kg Zucker, 30 Fässer Himbeersaft, 142 kg Paprika, 960 Gewürzbriefe, 840 kg Ersatzlebensmittel, 95 kg Tabak, 28 kg Karbid sowie kleinere Mengen Bier, Anilinsücker, Saccharin, Kakaoschalpulver, Mehl, Salz und Zahnpastatuben.

Morgen keine Stadtsenats-Sitzung. Die für morgen vormittag festgesetzt gewesene Stadtsenats-Sitzung findet nicht statt.

Der Einkauf von Schwämmen. Die Marktamtsdirektion teilt mit: Anlässlich der Haupterntezeit für Pilze (Schwämme) werden die Verbraucher darauf aufmerksam gemacht, Schwämme nur auf Märkten und in Markthallen zu kaufen, wo sie vom Marktamt auf ihre Genussfähigkeit geprüft werden. Vor dem Kauf von Schwämmen bei Hausierern, Waläghern und unbefugten Strassenhändlern wird eindringlich gewarnt. Selbstgesammelte Schwämme wollen vor dem Gebrauche bei der Marktamtsabteilung des Wohnbezirkes zur kostenlosen Untersuchung vorgelegt werden. Die im Vorjahre durch den Genuss von giftigen Pilzen so häufig vorgekommenen Erkrankungen und Todesfälle erfolgten nur infolge des Genusses von selbstgesammelten oder bei Hausierern und Waläghern gekauften, nicht beschauten Schwämmen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Miesner.

1. Ausgabe.

85. Jahrgang. Wien Dienstag, den 20. Juli 1920. Nr. 237.

Vorläufiger Abschluss der Verhandlungen mit den Angestellten der städtischen Unternehmungen. Die Verhandlungen mit den Angestellten der städtischen Unternehmungen wurden heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Eumann und in Anwesenheit des Vizebürgermeisters Emmerling sowie der Stadträte Speiser, Breitner und Grünwald abgeschlossen. Die beteiligte Gewerkschaft stellte eine Reihe von vorläufigen Forderungen auf, die zum Größtenteile die Genehmigung der Gemeindevertreter fand. Es wurden verschiedene abgestufte Zuwendungen, die sich aus der Eigenart der Betriebe ergeben vereinbart. Ebenso fand die Frage der Gebührenentlohnung besondere für die Überstunden eine vorläufige Regelung durch die Erhöhung der Ansätze, wobei diejenigen Angestellten, die nicht 8 sondern nur 7 Stunden normale Arbeitszeit haben, für die achte Stunde eine geringere Überstundenentlohnung erhalten. Die Angestellten erklärten sich bereit, die weiteren Verhandlungen unter dem Gesichtspunkte einer verstärkten und ausgekehrteren Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Verbesserung des Personalstandes durch natürlichen Abbau zu führen, um so bei der möglichsten Besserstellung des Personals tunlichst grosse Betriebsersparnisse zu erzielen. Die Verhandlungen über die entgeltliche Regelung der Fragen werden fortgesetzt.

.....

2. Ausgabe.

Wien, Dienstag, den 20. Juli 1920. Nr. 238.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden in den Bezirken 10 bis 13 ausländische Kartoffeln zum Preise von 11.10 K per kg gegen Abtrennung eines Abschnittes 0 1/2 kg pro Person abgegeben.

.....

Dänische Liebesgaben. Die dänische Hilfsaktion hat neuerlich in wechsellageriger Weise der Gemeinde Wien für die notleidende Bevölkerung 32.000 kg Fisch und 800 kg Margarine gespendet. Diese Liebesgaben gelangen demnächst durch die Frauenarbeitskomitees zur Verteilung.

Wiener Kinder in Lichtenstein. Das kleine und durch die Kriegsfolgen schwer getreffene Nachbarland hat ebenfalls Mitleid mit den Wiener Kindern. Ueber Veranlassung des fürstlichen Hofkaplans Feger in Vaduz wurde in Lande eine Sammlung veranstaltet, wodurch 94 Wiener Kinder einen mehrwöchentlichen Erholungsurlaub bei den dortigen Bauern und Bürgern haben könnten. Die fürstlich liechtensteinsche Gesandtschaft in Wien übermittelt nunmehr dem Wiener städtischen Jugendamte den Betrag von 14.890 K, der aus der Sammlung erübrigt wurde, zur Verteilung an die Kinder, die sich die Liebe ihrer Gastgeber erworben haben. Es ist dies gewiss eine Tat der Liechtensteiner, die unsere volle Anerkennung und unseren Dank verdient. Eine Fortsetzung der Aktion ist für die Zeit nach der Ernte wieder eingeleitet.

.....

Freie Arztstellen. In der Lungenheilstätte Steinklamm der Gemeinde Wien gelangt eine eventuell auch eine zweite Stelle eines Sekundararztes zur Besetzung. Entsprechend belegte Gesuche bis 31. Juli an das städtische Gesundheitsamt Wien I, Neues Rathaus.

.....

Die schwedische Hilfsaktion. Das schwedische Hilfskomitee, das sich unter der bewährten Leitung des Direktors der Schwedischen Hilfsaktion Kapitän Carl Levén in hervorragender Weise des hilfsbedürftigen Wiener Mittelstandes annimmt, hat neuerdings eine Aktion ins Leben gerufen. Die Schweden beliefern die grossen Gemeinschaftsküchen mit Lebensmitteln und es ist dadurch möglich gemacht, den Gästen ermässigte Mahlzeiten zu verabreichen. Auch die Mariahilfer Gemeinschaftsküche im Bureau Mariahilferstrasse 85, eine der grössten und bestgeführten Küchen Wiens, nimmt an dieser Aktion teil. Ueber ausdrücklichen Wunsch der Schweden sollen in erster Linie Pensionisten und geistige Arbeiter, die ohne Erwerb sind, berücksichtigt werden. Den Gästen wird eine Mahlzeit bestehend aus Suppe, Gemüse und Mehlspeise, einmal wöchentlich Fleisch, zweimal wöchentlich Beilage zum Preise von 4 K verabreicht. Ferner trägt sich die Leitung der Mariahilfer Gemeinschaftsküche mit der Absicht eine Abendaktion in die Wege zu leiten. Auch hierbei wird es die Hilfe der Schweden ermöglichen, nicht, wie es bisher allgemein üblich war, nur Gemüse zu verabreichen, sondern die Gäste werden auch Mehlspeisen, Salat, Würstel mit einer kleinen Beilage, Karfiol mit Butter, Nockerl mit Salat, Hirn mit Ei, Innereien, geröstete Leber, Benschel mit Knödel, Augsburger u. dgl. erhalten. Hiefür soll ein Betrag von 7 bis 9 Kronen eingeheben werden.

.....

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz M I C H E U.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 21. Juli 1920, Nr. 238.

Freitag Stadtsenat. Der Stadtsenat hält am Freitag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab.

.....

Der Wiener Rathauskeller ist von nun an täglich ab 9 Uhr vormittags geöffnet.

.....

Von der Kohlen- und Holzstelle. Das Bezirkswirtschaftsamt Wien Stelle 5 (Kohle Petroleum, Kerzen) und das Bezirkswirtschaftsamt Wien Stelle 8 (Holz) übersiedeln am 22. ds. in den I. Bezirk, Werdertorgasse 6.

.....

Pferdefleisch für Mindestbemittelte. In der 145. Aktionswoche erhalten die Besitzer der rosafarbigem Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch gepöckeltes ausgelöstes Pferdefleisch im Ausmaße von 1/4 kg pro Kopf zum Preise von K 9.- gegen Abtrennung des Abschnittes „D“ in den Geschäften der Großschlächtereier an folgenden Tagen: Samstag, den 24. Juli für A - F, Montag, den 26. für G - K, Mittwoch, den 28. für L - R und Freitag, den 30. Juli für S - Z.

.....

Auslandshilfe für Lehrer. Die Witwen nach Wiener Volks- und Bürgerschullehrkräften können Freitag den 23. d., 1. bis 11. Bezirk und Samstag den 24. d., 12. bis 21. Bezirk, immer von 8 bis 12 Uhr, in der Schule VI., Stumpergasse 56 Liebedgaben in Empfang nehmen. Spesenersatz 3.- Kronen. Dekret für Witwenbezug mitbringen.

.....

Direktor Georg Philp. Für den bekannten verdienten Schulmann Direktor Georg Philp fand anlässlich seines Uebertrittes in den Ruhestand eine erhebende Schulfeier statt. Der prev. Schulleiter Rötzer feierte in schlichten, zu Herzen gehenden Worten das hervorragenden Wirken des Direktor Philp im Schulwesen und die besonderen Verdienste in dem öffentlichen Vertretungskörpern, im Landtage, Bezirksortschul- und Fortbildungsschulrate. Als Zeichen der Dankbarkeit und Wertschätzung überreichte ihm Redner eine prachtvolle Mappe mit dem Bildnissen des Lehrkörpers. Bezirksschulinspektor Tremml, Religionsinspektor Pfarrer Mechtler, Bezirksvorsteher Charwat und Direktor Allram würdigten in besonderer Weise das Wirken des Direktor Philp. Der Obmann des Elterrates Dr. Sennleithner ~~überbrachte~~ überbrachte den Dank der Eltern und überreichte ein Diplom als Ehrenmitglied des Elterrates der Pherusschule. Direktor Philp dankte in bewegten Worten jedem Redner und erklärte, daß er noch Kraft und Lust genug besitze, um in den öffentlichen Stellungen wirken zu können.

WIENER HATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Franz M i c h e u.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 22. Juli 1920, Nr. 239.

Die Straßenbahnkatastrophe am 2. Mai nicht Unfall, sondern Verbrechen.

Der katastrophale Zusammenstoß vom 2. Mai, welcher 4 Tote und viele Schwerverletzte zur Folge hatte, wurde bisnun als Folge eines Verschuldens des tödlich verunglückten Wagenführer Havran angesehen. Tatsächlich beschäftigt die Kriminalbehörde schon seit längerem Recherchen, welche rücksichtlich des gegenständlichen Unfallereignisses unwillkürlich jene Fälle in Erinnerung rufen, welche sich in den letzten Jahren gemehrt haben. Ahnungslosen Spaziergängern wird ein Schuß oder ein Messerstich zugebracht, obwohl die Täter nicht einmal geltend machen können, daß sie irgend ein Ziel verfolgten: Uebermut, Tollheit, Lust am Böswilligen an sich sind die Beweggründe! Im gegenständlichen Falle wurde durch bei der Kriminalbehörde erfolgte Einvernahmen festgestellt, daß bei der Haltestelle Märzstraße ein Mann in den ersten Beiwagen des später „durchgehenden“ Zuges einstieg und von der vorderen Plattform aus ungeachtet der Mahnung eines Fahrgastes das Bremskabel, welches dem Motorwagen mit den folgenden Beiwagen verbindet, brennte. Dadurch geriet, da die Beiwagen im dortigen Gefälle nachdrängten, der Zug in ein übergroßes Tempo, er „ging durch“! Wenn bei einem Zuge das Bremskabel zwischen Trieb- und Beiwagen entfernt wird, so bremst eben der Triebwagen nur allein und schieben die rollenden Beiwagen an. Die Bremswirkung wird dadurch überaus beeinträchtigt, Gleiten des Zuges ist die weitere Folge und dies in umso höheren Maße, je größer das Gewicht der Beiwagen ist, und je stärker der Triebwagen gebremst wird. Da der Unfallszug zwei große, überfüllte Beiwagen hatte und im Gefälle fuhr, war der Unfall somit durch die frevelhafte Handlung des Uebeltäters unausweichlich geworden! Wenn die bisherigen Vigilierungen der Kriminalbehörde den Täter bisnun auch noch nicht zustandebringen konnten, so stehen über die Person desselben immerhin bereits Anhaltspunkte zu Gebote, welche dessen schließliche Eruiierung nicht außer den Bereich der Möglichkeit setzen. Vielleicht würden in diesem Falle, wie in so vielen anderen Kriminallfällen, sachgemäße Mitteilungen aus dem Publikum den Erfolg beschleunigen. (Referent Staatsanwalt Dr. Johannes Meissner.)

.....

Fälschungen von Wagscheinen. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Fälschungen von Wagscheinen der städtischen Brückenwagen vorgekommen sind.

Die Marktantsdirektion hat daher angeordnet, daß diese Wagscheine mit der antlichen Stampiglie der betreffenden Marktantsabteilung zu versehen sind, damit der Käufer jederzeit in der Lage ist, bei der betreffenden Antswage Nachfrage zu halten, ob das eingesetzte Gewicht mit dem im Durchschreibverfahren angefertigten Original-Wagscheine verzeichneten Gewichte übereinstimmt. Es wird daher aufmerksam gemacht, nur Wagscheine in Empfang zu nehmen, welche die Antsstampiglie tragen.

.....

Materialabgabe für Kleingärtner. Die Kleingartenstelle gibt in ihrer Abgabestelle XIV., Zollernsperggasse 3 an Schrebergärtner Rohre zu ermäßigten Preisen frei nach Wahl ab. Außerdem verkauft sie die neueingelängten Drahtgitterhandflechtmaschinen, welche die Selbsterzeugung von Drahtgeflecht ermöglichen. Der Preis einer solchen Flechtmaschine stellt sich auf K 96.-

.....

Kartoffelabgabe. Freitag bis Sonntag werden in den Bezirken 14 bis 18 ausländische Kartoffeln zum Preise von K 11.10 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „C“ der Kartoffelkarte abgegeben.

.....

kommen einige Tage später wenigstens im Rahmen des Möglichen auf einige Zeit zufriedengestellt werden sollen. Sämtliche durch die Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten vertretenen Angestellten der städtischen Unternehmungen erhalten eine außerordentliche einmalige Erhöhung und zwar die Definitivangestellten 1500 K., die anderen ... Die Überstundenvergütungen werden rückwirkend vom 1. Jänner 1920 wie folgt erhöht: Die Überstunden-

gebührensätze für die 8te Stunde um 100 %, die Gebührensätze für weitere Überstunden, sowie für Dienstleistungen an freien Tagen und in der Zeit von 10 Uhr Abend bis 7 Uhr Früh um 200 %, die Überstundenpauschalien und die übrigen aus dem Gebühreennormale erschießenden Pauschalgebühren die Dienstpauschalien, Werkszulagen etc. ebenso die diesen entsprechenden Funktionszulagen und Spesenpauschalien um 150 % . Das Minoritätsvotum des Gemeinderates Vaugoin, daß diese außerordentlichen Zuwendungen auch den Angestellten der Lagerhäuser und Versicherungsanstalten zukommen bitte der Referent die Zustimmung nicht zu erteilen, damit diesen Gruppen eigene Verhandlungen gepflogen werden.

GR. Doppler (Christl. soz.) spricht sich nicht gegen die Zuwendungen aus, aber gegen die Art, wie die Vorlage zustande kam. Es sollen für eine Kategorie von städtischen Angestellten Zuwendungen gemacht werden, während andere Gruppen ausgeschaltet bleiben. Er höre, dass die Beträge bereits ausgezahlt sind, dass dies schon vor der Beratung in der Personalkommission und vor der Bewilligung im Gemeinderate geschehen ist. Dagegen müsse der schärfste Widerspruch erhoben werden, weil jetzt eine Beschlussfassung über den Gegenstand die reinste Ironie ist. Er müsse es auch bedauern, dass durch die Vorlage eine Scheidung zwischen den Angestellten der Gemeinde gemacht werde, dass die Beamten gegenseitig ausgespielt werden um ihre Solidarität zu untergraben. Die Majorität scheint ein großes Interesse daran zu haben, die Solidarität der Angestellten zu durchbrechen. Dr. Renner hat den Versuch unternommen, alle öffentlichen Angestellten unter einem Hut zu bringen. Es ist die paritätische Lohnkommission zustande gekommen, die allerdings nicht lang keine paritätische ist. Andererseits hat Dr. Renner sehr häufig bei Vorsprachen darauf verwiesen, daß es nicht angeht, die Kategorien gegeneinander auszuspielen. Es scheint, daß Sie das divide et impera wieder einführen wollen. Diese Art der Angestelltenpolitik ist sehr bedauerlich. Mit dem ewigen zum Narrenhalten der Angestellten werden Sie nicht weiter kommen. Es ist lä-

cherlich, daß zwei Gruppen von Angestellten, die des Lagerhauses und des städtischen Versicherungsanstalten von diesen Zuwendungen ausgeschlossen sein sollten, weil sie sich noch nicht entschieden konnten, der neuen Gewerkschaft beizutreten. Das muß Erbitterung hervorrufen. Unser Verlangen, daß eine gleichmäßige Behandlung der Angestellten Platz greife, ist ein gerechtfertigtes. Weichen Sie endlich von dem ungangbaren Wege ab und erfüllen Sie ihre Pflicht, alle Angestellten gleichmäßig zu behandeln.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Zu den Verhandlungen ist nicht ein einziger Vertreter der Minorität beigezogen worden. Wie ein echter Oligarch macht Referent Speiser alles allein aus. Solange dieses System der Gehaltsregulierungen bei verschlossenen Türen mit Ausschluß der Minoritätsvertreter beibehalten wird, werden wir immer und immer das Wort ergreifen und darauf hinweisen müssen, daß diese Art der Gehalts- und Lohnregulierungen weder der Gemeinde noch den Angestellten zum Nutzen gereicht. Es hat eine Versammlung der Angestellten der städtischen Unternehmungen stattgefunden, bei der ein Teil nicht ganz einverstanden war mit der derzeitigen Behandlung der Forderungen und die während der Reden ihren Unmut Ausdruck verliehen und Zwischenrufe, wie Hunger u. s. w., gemacht haben sollten. Diesmal wurde nicht gesagt, sie sollen nachrechts oder links treten, diesmal sind von rückwärts andere Angestellte und nach Zeitungsberichten auch Wehrmachtleute gekommen, und haben ihnen diesen Hunger mit Prügel ein wenig ausgetrieben, so daß nur solche Versammlungsteilnehmer übrig geblieben sind, die mit der Art der Behandlung einverstanden waren. Wir sehen zwei Arten von Versammlungen: In der einen wo das Reden und in der anderen wo das Zwischenrufen verboten wurde. Da aber die Unzufriedenen trotz Prügel nicht von ihren Forderungen abgesehen haben, wurden die Verhandlungen mit ihnen aufgenommen und das Resultat derselben liegt heute vor. Es ist eine Abschlagszahlung. Es wurde in den Vereinbarungen aber auch - was der Referent nicht mitgeteilt hat - festgelegt, daß die Gemeinde gegen die Errichtung einer eigenen Personalkommission für die Unternehmungsbeamten bei entsprechender Revision der Dienstordnung nichts einzuwenden hätte. Wenn der Dienstgeber es für notwendig findet irgendwelche Zuwendungen an Unternehmungsbeamte zu machen, so muß er sie für alle machen und hierzu gehören auch die Versicherungsanstalten und das Lagerhaus. Diese wurden nur aus dem Grunde ausgeschlossen, weil sie sich nicht der neuen Gewerkschaft angeschlossen haben. Wir haben ein Minoritätsvotum angeordnet, weil es klar ist, daß man bei Zuwendungen an Unternehmungsbeamte

nicht einen Teil von Unternehmungsbeamten ausschließen kann, und diesen Minoritätsvotum haben sich auch sämtliche Angestelltenvertreter angeschlossen. Die Angestelltenpolitik die jetzt getrieben wird zeigt deutlich, daß diese die Gemeinde auf die Dauer unmöglich erhalten kann. An die Massengemeinde werden von 10 verschiedenen Gewerkschaften Forderungen gestellt. Ich weiß nicht ob es überhaupt noch möglich ist die Sache zum Stillstand zu bringen. Die heutige Vorlage ist ein typisches Beispiel dafür, wie man eine Gehaltsregulierung nicht machen sollte.

GR. Müller (Soz. Dem.): Hetzen Sie die Arbeiter nicht auf!

Heftiger Widerspruch auf Seite der Christlichsozialen.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Wenn wir die städtischen Angestellten aufhetzen wollten in dieser schweren Zeit, würde die ganze Lage anders aussehen. Wir machen es nicht so wie Sie und sagen, "Ihr müßt noch mehr verlangen." Und wenn wir unsere politischen Interessen verfolgen würden, müssten wir anders reden. Und wenn Sie jetzt empfindlich sind, so muß Ihnen doch gesagt werden, daß mit der heutigen Vorlage kein Ruhepunkt gefunden wird.

GR. Ferencz (Soz. Dem.): Das hätten Sie schon im 14er Jahr wissen sollen!

GR. Vaugoin (chr. soz.): Wenn Sie hiesig das Lied von der "Riegshetze" meinen, so gebe ich Ihnen Recht. Es sind Leute hier gewesen, die gegen das russische Reich zum Riege gehetzt haben, und zwar auf Ihre Seite.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Stahlbad!

GR. Vaugoin (chr. soz.): Mit dem Stahlbad haben Sie das Elendbad des Zusammenbruches über uns gebracht. Und was treiben Sie denn jetzt? Sie basieren von der bolschewikischen Siegen in Rußland und haben zu gleicher Zeit mit dem Boykott begonnen. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Nach dieser kleinen Absträufung erkläre ich, daß wir auch heute auf unser Minoritätsvotum bestehen und ich glaube, wenn Sie etwa Sinn für Gerechtigkeit haben, müssen Sie dafür stimmen, daß die Beamten der städtischen Unternehmungen dasselbe bekommen, seien sie vom Lagerhaus oder von der Leichenbestattung. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen.)

GR. Speiser (Soz. Dem.): Herr GR. Doppler hat hier plötzlich angefangen gegen ein System der Zuckerlins und Auspielen der verschiedenen Gruppen aufzutreten. Er hat allerdings gesagt, was ein solches Vergehen vom Staate geübt wurde. Es wäre doch besser in diesem Saale zu sagen, daß das System der Zuckerlins diesen

Saale und in diesem Hause durch 20 Jahr für die Angestellten hittere Jahre geherrscht hat. Die Herren haben davon gesprochen, daß durch diesen Antrag die Keinheit einen Bruch der Solidarität begangen habe. Ich kann nur sagen, daß wir es durch 20 Jahre gesehen haben, daß die Angestellten sich nicht getrauen durften, jene Organisationsform zu wählen, die ihnen beliebt hat. Und daß viele von ihnen um ihre Brot gebracht wurden, wegen ihrer

Organisationsbestrebungen. Herr Kollege Vaugoin hat Klage geführt, daß die Angestellten der Stadt in verschiedenen Verbänden organisiert sind oder verschiedenen Gewerkschaftsgruppen angehören. Da müssen Sie trachten, wenigstens zu diesen 10 wirklichen und großen Organisationen nicht auch noch 5, 6 oder 10 Größerenorganisationen zu schaffen. Mir wäre es auch angenehmer mit einer einzigen Organisation zu verhandeln, aber ich bin nicht der Vertreter der alten Zeit, der die Bedienten,

GR. Speiser berichtet hierauf über den Arbeitsvertrag mit den Funktionären der städtischen Straßenbahn und teilt u.a. mit: Die ursprünglichen Forderungen nach Kündigung des alten Vertrages haben die Summe von 21 1/2 Millionen Kronen ausgemacht. Infolge Herabminderung dieser Forderungen gelegentlich der Kollektivverhandlungen mit den übrigen Straßenbahnern hätte sich daraus eine Forderungssumme von 14 1/2 Millionen Kronen ergeben. Die Direktion hat weitere Verhandlungen geführt, die eine Herabdrückung dieses Voranschlags auf rund 11 1/2 Millionen Kronen beinhaltet haben. Die vorliegenden Vereinbarungen machen eine Kostensumme von 10 1/4 Millionen Kronen aus. Der Referent bittet zum Schlusse den Arbeitsverträge mit den Funktionären der städtischen Straßenbahn die Zustimmung zu geben.

GR. Heider (chr. soz.): Im vorigen Jahre hat beim Abschlusse des ersten Kollektivvertrages mit den Straßenbahnern Referent Kollege Weggel erklärt, daß nur die Majorität der Organisierten berechtigt ist, mit dem Arbeitnehmer Arbeitsverträge abzuschließen. Heute sehen wir das traurige Schauspiel, daß nicht dieser Behauptung bei der Verhandlung des vorliegenden Arbeitsvertrages Rechnung getragen wurde, sondern daß der heutige Kollektivvertrag nicht mit der Majorität sondern mit der Minorität der Unterbeamten von der Gemeinde Wien abgeschlossen wurde. Wenn der Versuch gemacht werden sollte, meine Behauptung zu widerlegen so verweise ich darauf, daß bei der vor ganz kurzer Zeit stattgefundenen Wahl in die Krankenkasse die Kandidaten der Funktionäre unserer Gewerkschaft die Mehrheit erhalten haben, die Sozialdemokratischen Kandidaten aber unterlegen sind. Auf Grund einer geheimen Abstimmung hat sich also gezeigt, daß der größte Teil der Funktionäre in der christlichen Eisenbahnergewerkschaft organisiert erscheint. Es hätten also eigentlich die Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wien einerseits und unserem Verbands andererseits gepflogen werden müssen. Sie werden vielleicht einwenden, daß sich die Majorität in der letzten Stunde durch die Abstimmung in der Volkshalle für ihren Kollektivvertrag entschieden hat. Wenn diese Abstimmung unbefußt gewesen wäre, wäre ich der Letzte, der das Abstimmungsresultat anfechten würde. Von der Form aber, hinter der sich die Abstimmung bewegt hat, kann nicht behauptet werden, daß sich die Majorität unbefußt für den Kollektivvertrag entschieden hat. Der Abschluß dieses Vertrages widerspricht allen gewerkschaftlichen Grundsätzen, weil/der Majorität nicht möglich war, auf ihn Einfluß zu nehmen. Ich unterlasse es, eine Kritik am Inhalt des Vertrages zu üben, weil wir wissen, daß alle Abänderungsanträge abge-

lehnt wurden. Wir müssen aber mit aller Entschiedenheit und mit vollem Rechte gegen die Form des Abschlusses dieses Vertrages protestieren.

StR. Weigel (Soz. Dem.): Schon beim Abschlusse des ersten Vertrages hat die Minorität der Funktionäre protestiert, daß der Kollektivvertrag auf die Funktionäre angewendet werden soll. Bei der Abstimmung hat sich aber ergeben, daß der vielsagigste Teil der Funktionäre die Regelung im Wege des Kollektivvertrages wünscht. Es ist eine schriftliche Abstimmung, damit eingeleitet worden. Auf die Verhandlungen so gut als abgeschlossen waren, hat ein Herr im Senat bezweifelt, daß die Mehrheit der Funktionäre mit der Regelung einverstanden ist. Das Präsidium hat den Funktionärvertag von der Tagesordnung abgesetzt und neuerlich die Frage gerichtet, ob die Mehrheit der Funktionäre mit der Regelung auf diesem Wege einverstanden ist. Aus diesem Grunde wurde eine Funktionärversammlung einberufen, an der Funktionäre beider Richtungen teilgenommen haben, und zu der auch der Personalreferent geladen wurde. Diese Versammlung hat in der Volkshalle stattgefunden. Es wurde die Abstimmung einwandfrei in der Form durchgeführt, daß nach dem die Minorität das Ergebnis ursprünglich anzweifelt hat, eine zweite Abstimmung derart durchgeführt wurde, daß jener Teil, der für den Kollektivvertrag ist, auf die eine Seite und der andere Teil auf der anderen Seite anzutreten hatte. (Zwischenrufe bei der Minorität, wieviel Warte war dabei?) Da war nicht eine einzige Warte. Es wurde scharf kontrolliert wer in diese Versammlung kommt. Es waren nur Funktionäre in dieser Versammlung. Es hat sich ergeben, daß die von der Gegenseite aufgestellte Behauptung, daß die Mehrheit der Funktionäre gegen den Kollektivvertrag ist, nicht haltbar ist, sondern daß die Minorität die Einreihung in das Schema wünscht. Auf Grund dieser Tatsache wurden die Verhandlungen zu Ende geführt, deren Ergebnis heute vorliegt. Es ist auch die Mehrheit der Funktionäre im Handels- und Transportverbands organisiert.

G.R. Vaugoin (Chr. soz.): G.R. Weigel hat von einer Versammlung gesprochen, in der Wunsch der Unterbeamten einstimmig zum Ausdruck gekommen sein soll. Direktor Spängler hat uns aber gesagt, daß die Zahl der Funktionäre 484 beträgt. Die Versammlung in der Volkshalle, die leicht 2500 Personen umfaßt war aber recht gut besucht, zum Teil von Herren in Uniform zum Teil von Herren in Zivil. Redner fährt nun weiter die Vorgänge in der Versammlung aus, erwähnt, daß Wortmeldungen vom Präsidium zur Kenntnis genommen wurden und daß die Abstimmung über den Kollektivvertrag einstimmig angenommen wurde war. Bei den

Unterbeamten war schon seinerzeit, fährt Redner fort eine starke Stimmung für die Einreihung in das Schema vorhanden, wenn auch die Unterbeamten hiedurch über den Kollektivvertrag in den Bezügen verkürzt werden. 189 Unterschriften waren auf einer Petition, die um die Einreihung in das Schema ersuchte. Bei der Einreihung in den Kollektivvertrag waren keine sachlichen Gründe maßgebend. Die Unterbeamten auf der Dampfstraßenbahn wurden in das Schema eingereiht, die Unterbeamten der Straßenbahn nicht, weil der Handels- und Transportarbeiterverband es untersagt hat. Die Unterbeamten sind mit dem Kollektivvertrag zum Großteil unzufrieden. Der Kollektivvertrag kostet der Gemeinde um 13 Millionen Kronen mehr als die Einreihung in das Schema. Die ganze Lohn- und Gehaltsfrage ist aber in ein solches Stadium gelangt, daß die Gemeinde mitten in der finanziellen Katastrophe steht und daß sie 75.000 Angestellte hat, von denen kaum 70 zufrieden sind.

G.R. Speiser sagt gegenüber den Ausführungen des Gemeinderates Vaugoin. Es ist nicht richtig, daß in der Versammlung mehr Personen anwesend gewesen sind, als der Stamm der Funktionäre der städtischen Straßenbahnen ausmacht. Es war mein erstes, daß ich mich durch Abstimmung davon überzeugt habe, daß 420 Leute anwesend waren. Wenn der Herr Kollege Vaugoin seine Angaben auf Schätzung stützt, so wiederhole ich, daß meine Angaben auf Zählung beruhen. Durch aufgestellte Vertrauensmänner wurde entgegengesetzt, daß es sich nur um Bedienstete, die zur Gruppe der Funktionäre gehören handelt hat. Als jene Abstimmung durch ausgetreten von einer auf die andere Seite gepflögen wurde, hat sich auf die eine Seite die ungeheure Uebersahl der anwesenden Funktionäre begeben und auf der anderen sind meiner Zählung nach nicht ganz 40 Mann übrig geblieben. Es wird allerdings angeführt, daß man eine solche Abstimmung durch auseinandretreten nicht hätte machen sollen ich weise aber darauf hin, daß früher bei einer schriftlichen Abstimmung ebenfalls die Mehrheit der Funktionäre den Kollektivvertrag gewünscht hat. Ich bestreite daher auf das entschiedenste, daß hier von einem gewerkschaftlichen Prinzip abgegangen wurde. Wenn dieser oben ein Kampf um Kollektivvertrag oder Schema in dem schon ein Jahr hindurch alle Argumente gewechselt wurden nur so ausgegangen ist, so war selbstverständlich, daß mit der Mehrheit verhandelt, mit ihr der Vertrag geschlossen und dieser vorgelegt wurde. Ich begreife daß die Herren nach den letzten Ansprachen machen, vielleicht hoffen sie aus den Trümmern noch etwas zu retten. Nach meiner Überzeugung

hat in dieser Frage vollste Korrektheit geherrscht und ich bitte um die Annahme der Vorlage.
Die Anträge werden sodann angenommen.
G.R. Speiser referiert über die einmalige außerordentliche Sitzung und Erhöhung der Überfunktionenlohnung für die Angestellten der städtischen Unternehmungen und bemerkt, daß jene städtischen Bediensteten, die diese einmalige Zuwendung nicht be-

G.R. Dr. Glasauer (Chr-Soz.) stimmt der Errichtung eines Holzmarktes zu und sagt: Es wäre wünschenswert gewesen, daß diese Sache zum Zwecke der Erzielung einer Einheitlichkeit in der Holzversorgung früher zustande gekommen wäre. Vor kurzem wurde die Brennholzversorgung von Wien der Länderbank ausgeliefert. Es muß auch schon damals die Absicht der Errichtung eines Holzmarktes bestanden haben und es wäre eine Vereinigung der beiden Aktionen zweckmäßig gewesen. Es ist notwendig, daß auch den Holzverarbeitenden Gew-erben ein Einfluß auf die Gebarung des Holzmarktes gesichert wird. Der Platz des Holzmarktes ist nicht günstig gelegen und es wäre zu erwägen, ob nicht eine Dezentralisation getroffen werden könnte um große Fahrspesen zu vermeiden. Im übrigen werden wir für die Vorlage stimmen.

G.R. Angeli (Chr-Soz.) gibt ebenfalls seine Verwunderung dahin Ausdruck, daß nicht eine ähnliche Aktion bezüglich der Brennholzversorgung getroffen wurde, und tritt für die Errichtung von Filiallagerplätzen in den einzelnen Bezirken ein. Er gibt weiter der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Errichtung des Holzmarktes eine gewisse Gewähr geboten wird, daß die Schieberei in Holz aufhört und billiges Holz beschafft werden kann. Es gäbe auch große Privatindustrien in Wien, die auch an der Aktion teilnehmen könnten. Zum Schlusse verlangt Redner, daß nicht nur den Arbeiterkonsumvereinen, sondern auch den Holzverarbeitenden Gewerbevereinigungen das Recht eingeräumt wird, billiges Holz zu beziehen.

G.R. Breitner weist darauf hin, daß die Holzaufbringung ja nicht Sache des Holzmarktes sein kann, abennwenig wie der Holzhandel. Der Holzmarkt soll nur ein technisches Instrument sein. Die Brennstoffversorgung wird eine Erleichterung dadurch erfahren, daß eine Lagerungsmöglichkeit da sein wird und daß auch die Holzzerkleinerung in ausgiebiger Weise durchgeführt werden kann. Die Ahlage des Holzmarktes wird von Fachleuten als günstig bezeichnet, weil sie am Wasser und an Bahnananschlüssen liegt. Dies kommt für den Durchfuhrhandel besonders in Betracht. Sache des Holzmarktes wird es auch sein Lagerplätze innerhalb des Stadtgebietes zu errichten. Was die Vertretung der verarbeitenden Industrien anlangt, so ist in den Statuten festgelegt, daß fünf Delegierte vom Staatssekretär für Handel und Gewerbe entsendet werden können. Die Gemeinde hat auf die Delegierung keinen Einfluß. Im übrigen wurde ja gegen die Vorlage kein Einwand erhoben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

V. Bgm. Emmerling berichtet über die Einführung eines Sonntagsverkehrs mit Kraftstellwagen zwischen Praterstern und Gänsehäufel an schönen Sonn- und Feiertagen und über die teilweise Einstellung der Kraftstellwagenstrecke Bürgertheater - Rochuskirche. Auf dieser Strecke soll der Verkehr während des Tages eingestellt werden, während er in den Nachstunden wie bisher geführt werden soll. Die diesbezüglichen Anträge werden angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Auflösung der Kommission zur Kontrolle des unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fonds. Für die Aufrechterhaltung dieser Kommission bestehe keine Notwendigkeit, da ihre Agenden in den Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten verlegt werden können.

G.R. Angeli (Chr-Soz.) spricht sich aus rein praktischen Gründen gegen die Auflösung der Kommission aus. Die Ueberwachung des unbeweglichen Vermögens der Gemeinde sei im eigensten Interesse der Gemeinde gelegen. Den Gemeinderäten des betreffenden Bezirkes wird es leichter möglich sein, eine Ueberwachung und Ueberprüfung vorzunehmen, als einer einzigen Stelle

Referent V. Bgm. Emmerling betont, daß die Erfahrungen, die mit der Kommission gemacht wurden, bestätigt haben, daß sie in vielen Fällen eine reine Pharse waren. Wenn von Pachtverträgen gesprochen wird, so hat die Gemeinde das größte Interesse daran, alle diese Verträge in einer einzigen Stelle beisammen zu haben. Denn früher wurden Pachtverträge gemacht aus Gründen, auf die Redner nicht eingehen wolle. Er könne sich den Ausführungen des Gemeinderates Angeli nicht anschließen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

H.R. Siegel (Soz-D.) berichtet über den Verkauf von Blochholz im Nagwald. Das im dortigen Forstwirtschaftsbezirke angefallene Blochholz soll mit Ausnahme des für eigene Zwecke bestimmten an die Papierfabrik Schöller & Co. um den Preis von 620 K pro fm ab Triftbach verkauft werden. Das Holz kann zum Großteil nicht aufgearbeitet werden, und stehen auch die Fuhrkosten für den Abtransport als zu groß da. Das Holz eignet sich auch für den Schnitt nicht mehr.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

G.R. Speiser (Soz-D.) berichtet über die Erhöhung der Jahresremuneration für die Schwestern des I. und VIII. städtischen Waisenhauses und beantragt diesen vom 1. März 1920

an die Jahresremuneration auf den Betrag von 2400 K zu erhöhen.

GR. Dr. Alma Seitz (chr. soz.) fragt den Referenten, wie lange noch der Skandal im Jubiläumsspitale und im Versorgungshause der allmonetlich ein Todesopfer unter den Pflegerinnen fordere, fort-dauern werde.

GR. Speiser weist darauf hin, daß er gerade in seiner Begründung gesagt habe, „dieselben Remunerationen wie sie den Schwestern im Jubiläumsspitale und im Versorgungshause zugebilligt werden.“ Die Angelegenheit erleide aus bestimmten Gründen noch eine formelle Verzögerung, werde aber selbstverständlich erledigt werden.

GR. Speiser referiert sodann über die Systemisierung von Oberamts- und Amtsgehilfenstellen in den städtischen Versorgungsanstalten und die Qualifikation der Küchengehilfen als Schwerarbeiter.

GR. Dr. Alma Seitz (chr. soz.) sagt, sie benütze diesen Anlaß, um die Bitte vorzubringen, daß die Fürsorgerinnen im städtischen Jugendamte, die schon lange Dienst machen, und noch immer auf ihre Systemisierung warten, auch berücksichtigt werden.

GR. Speiser erwidert: Für diese Fürsorgerinnen hätten schon eine große Anzahl von Gemeinderäten auch seiner Partei interveniert, trotzdem sei bisher nicht möglich gewesen die Sache zur Durchführung zu bringen, doch sei man bestrebt, auch auf diesem Gebiete zu leisten was möglich ist. Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Bgm. Reumann verkündet, daß die Punkte 31 und 32, da keine Wortmeldung vorliegt, angenommen erscheinen.

GR. Speiser: Berichtet über die leitende Zulage für die Bediensteten der städtischen Lastkraftwagenbetrieb für die Monate Mai und Juni und zwar: Für männliche Angestellte über 22 Jahre 1100 K, unter 22 Jahren 600 K, unter 18 Jahren, sowie für Frauen 330 K.

GRin. Walter (chr. soz.) sagt, es sei eine bedauerliche Erscheinung, daß bei allen Lohnerhöhungen stets die Frauen sehr schlecht abschneiden. Auch hier zeige sich wieder, daß die Frauen den Jugend-

lichen unter 18 Jahren gleichgestellt werden. Dies sei desavouiert das sozialdemokratische Prinzip, daß Mann und Weib den gleichen Lohn haben sollen.

GR. Speiser (Soz-Dem.): Wie sind programmäßig für gleiche Entlohnungen bei gleicher Arbeitsleistung. Hier handelt es sich aber nicht um gleiche Arbeitsleistung. Referent wundert sich, daß gerade Frau GR. Walter diese Beschwerde vorgebracht habe, da sie sich doch erinnern müsse, daß gerade ihre Partei den Lehrerinnen die Gleichstellung mit den Lehrern verweigert habe. Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Kraftstellwagen zum Gänsehäufel. An schönen Sonn- und Feiertagen wird ein direkter Kraftstellwagenverkehr vom Praterstern zum Gänsehäufel geführt werden. Der erste Wagen fährt vom Praterstern um 8 Uhr früh ab, der letzte Wagen um 8 Uhr abend vom Gänsehäufel. Für eine Fahrt vom oder zum Gänsehäufel wird ein Sondertarif von K 10.- pro Person eingehoben. Die Wagen verkehren bei günstiger Witterung Sonntag, den 25. ds. zum ersten Male.

Englisch-amerikanische Trockenmilchaktion. Zur Ernährung jener Säuglinge, welche nicht gestillt werden können und während des heißen Sommers zu wenig Frischmilch bekommen, wird bekanntlich, da auch die Kondensmilch in dieser Zeit leicht verdirbt, von der englisch-amerikanischen Gesellschaft der Freunde ein hochwertiges Trockenmilchpräparat aus reiner Vollmilch hergestellt, ausgegeben. Jede Mutter, die darauf Anspruch erhebt, begibt sich zu ihrer Mutterberatungsstelle, so das Kind bisher in Fürsorge stand oder untersucht wurde, und läßt vom Arzte feststellen, daß sie nicht stillen kann, worauf er ihr eine Trockenmilchkarte ausstellt. Damit geht sie zur Depotstelle der englisch-amerikanischen Gesellschaft der Freunde, wo sie ein Paket, für 4 Liter Vollmilch reichend für 25 K., also bedeutend ermäßigt, erhält. Bei der Milchabgabestelle weist die Mutter die Trockenmilchkarte vor, worauf sie von der Milchfrau für jeden fehlenden Viertelliter Frischmilch den ihr die Milchabgabestelle nicht ausfolgen kann, je einen Fehlmilchschein erhält. Diese Fehlmilchscheine sind gut aufzubewahren, bis soviel Fehlmilchscheine gesammelt sind, als dem Milchwert der bezogenen Trockenmilch entspricht, derzeit also für jedes Paket Trockenmilch 16 Fehlmilchscheine. Diese sind dann für Säuglinge unter drei Monaten jedesmal in der Mutterberatungsstelle, für die älteren Säuglinge monatlich wenigstens einmal in der Mutterberatungsstelle, sonst in der Depotstelle abzugeben. Stillende Mütter erhalten keine Trockenmilch, sondern Kondens- oder Sauermilch zur Ergänzung der bezogenen Frischmilch. Für die Zubereitung der Vollmilch aus der Trockenmilch ist die genaueste Einhaltung der Trockenmilch-Gebrauchsanweisung notwendig, besonders wichtig ist die kühle, trockene Auf-

bewahrung des Präparates, die Lösung in heißem Wasser, die Mischung mit der erhaltenen Frischmilch und die genaue Herstellung der vom Arzte bestimmten Verdünnung und Zuckering der Säuglingsnahrung.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Montag werden im 19. und 20. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 11.10 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „O“ der Kartoffelkarte ausgegeben. An den gleichen Tagen werden im 1. und 2. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 9.- per kg und zwar 1 kg (ein) pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „P“ und „Q“ der Kartoffelkarte abgegeben.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 23. Juli 1920.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Ersatzmann für Gemeinderat Alois Jackl, Georg Strasser, auf die Einberufung mitgeteilt hat, daß er angesichts seines erschütternden Gesundheitszustandes und seiner Schwerhörigkeit nicht in der Lage sei, der Einberufung Folge zu leisten. Der nächstfolgende Ersatzmann Oberlehrer August Ronge hat die Einberufung angenommen, gleichzeitig aber, da er krankheitshalber sofort nach Schulschluß Landaufenthalt nehmen mußte, um einen Urlaub bis Mitte September angesucht. Da ein einberufener Ersatzmann die Mitgliedschaft des Gemeinderates, wie sich aus dem Zusammenhalte der §§ 23 und 67 des Gemeindestatutes ergibt, schon mit der Annahme des Mandates ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Ablegung des Gelöbnisses als Gemeinderat erwirbt, obwaltet rechtlich kein Anstand, die Mitte um Urlaub zu gewähren. Die Abnahme des Gelöbnisses wird beim ersten Erscheinen des Herrn GR. Ronge im Gemeinderat erfolgen.

Gesendet haben: Von der argentinischen Gesellschaft in Berlin als Notstandsspende K 103.406.--

Von Oberregierungsrat Paul Emmerling in Darmstadt als Ergebniß eines „Wiener Abendes“ Mk. 6.666.--

Ing. Juan Wosge am Oruro, Bolivien, durch die Redaktion des Wiener Extrablattes zur Verteilung an 20 Wiener Kriegswaisen Mk. 500.--

Dr. Robert Steinhauser für die Armen der Stadt K 3.000.--

Bezirksrat Robert Auer, IX., zu Gunsten der Armen des IX. Bezirkes K 1000.--

Die Mainzer Verlagsanstalt als Rest der Sammlung zur Unterstützung der Wiener Kinder Mk. 395.--

Johanna Adler, IV., durch Verzicht auf die Bezahlung von 1390 Armenbadekarten zu Gunsten der Armen des IV. Bezirkes K 417.--

Josef Siber, Kaufmann, Wien, VI., für die Armen des VI. Bezirkes K 200.--

Schlome Schweizer in Frankfurt am Main zu Gunsten der notleidenden Kinder K 50.--

Die ökonomische Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung 32.000 kg Fische und 800 kg Margarine.

E.H. Fischer in Danbury Connecticut, Nordamerika für die notleidende Bevölkerung 155 kg Lebensmittel.

Nikolaus Harry Shebo, Wien I., für die Armen Wiens K 150.--

W.A. Maurer in Council Bluffs, Iowa, Vereinigte Staaten zum Ankauf von Milch und sonstigen Nahrungsmitteln für notleidende Wiener Kinder K 9.615.--

Bgm. Reumann teilt mit, daß zu der Geschäftsstücken 1 - 28 keine Wortmeldung vorliegt, diese daher als angenommen zu betrachten sind.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

StR. Breitner referiert über die Gründung des „Holzmarktes Wien, gemeinschaftliche Anstalt“, die Beteiligung der Gemeinde Wien an dieser Gründung und die Stellung eines provisorischen Geschäftsführers. In Friedenszeiten sei Wien ein wichtiger Handels- und Industrieplatz für Holz gewesen. Mit dem Zusammenbruche habe sich die Gefahr ergeben, daß dieser wichtige Zweig eine Schädigung erleide. Hierzu müßten vor allem große technische Anlagen geschaffen werden. Es fehlte aber auch der Holzmarkt. Dies aus eigener Kraft zu schaffen, wäre die Gemeinde bei ihrer gegenwärtigen finanziellen Schwäche nicht in der Lage und auch die Industrien seien nicht geneigt, die erforderlichen bei den heutigen Verhältnissen so außerordentlich großen Mittel beizustellen. Das sei der Anlaß gewesen, zur Gründung einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt. Die hierzu erforderlichen 36 Millionen Kronen werden zu je 6 Millionen von der Regierung dem Lande und der Stadt Wien beigesteuert, die übrigen 18 Millionen durch Teilschuldverschreibungen aufgebracht. Die Gemeinde Wien werde abgesehen von der finanziellen Beteiligung durch Widmung von Grundflächen das Zustandekommen dieser gemeinwirtschaftlichen Anstalt ermöglichen. Der Holzmarkt sei in Ebreichstal geplant und werde auch mit Sägewerken und anderen Holzverkleinerungsanlagen aller Art ausgestattet werden. Ferner sei auch ein Holzlagerhaus, ein

Maierent u.s.w. vorgesehen. Dadurch werde auch eine Verlegung der Holzplätze aus dem Weichbilde von Wien ermöglicht, das von Seite der Feuerhohheit zu wünschen sei. Damit sei aber nicht ausgesprochen, daß alle Holzengeng, die nach Wien kommen, auf der einen Platte gesammelt werden müssen. Der Ausdruck „Johnindust 1er“ habe Bedeutung, sei aber nur der technische Ausdruck für Verkleinerungsanstalt. Diese werde den Kleingewerbetreibenden zu Nutzen kommen, die nicht in der Lage sind, sich selbst die maschinellen Anlagen zu schaffen. An der Verwaltung werden teilnehmen von der Handels- und Gewerbekammer 5 Interessenten und als Vertreter der Konsumentenden ein Vertreter des Zentralverbandes der deutschösterreichischen Konsumvereine. Bis zur ersten ordentlichen Anstaltsversammlung müsse für eine Geschäftsführung Vorsorge getroffen werden und diese sei in die Hände des ersten Sekretärs der Handels- und Gewerbekammer Dr. Max Thegenenthal und des Oberstaatsbahnrat Dr. Bessie gelegt worden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Donnerstag, den 22. Juli 1920, Abendausgabe.

Neue Gemeindesteuern. Der gemeinderätliche Finanzausschuss wird sich Samstag zur Beratung der Bedenkungsverschlüsse, die Finanzreferent Breitner unterbreiten wird, versammeln.

Beantragt wird die Erhöhung der Abgabe von höheren Mietzinsen. Die Anträge gehen dahin, bis zu Zinsen von 2500 K an den bisherigen Zustände nichts zu ändern. Es sollen also alle Wohnungen und Geschäftslokale bis 900 K Jahreszins vollständig frei bleiben. Von 900 bis 1200 Kronen Mietzins werden nach wie vor 5%, von 1200 bis 1500 Kronen 10%, von 1500 bis 2000 Kronen 15% und von 2000 bis 2500 Kronen 20% eingehoben werden. Erst von dieser Kategorie an, die also tatsächlich nur wirklich große Wohnungen und Geschäftslokale umfassen, erhöhen sich die Sätze in starker Progression und zwar sollen bei einem Jahreszins von 9000 bis 10.000 Kronen 100% (bisher 30%) als Abgabe in Betracht kommen, also den jeweiligen Mietzins gleich sein, zwischen 19.000 und 20.000 Kronen sollen 200% (bisher 40%), also das Doppelte des Mietzinses ausmachen und zwischen 29.000 und 30.000 Kronen Mietzins erreicht die Staffel ihren Endpunkt mit 300% Mietaufwand, also mit dem Dreifachen des Mietzinses. Der Ertrag, der der Gemeinde hierdurch zufließen soll, kann auf rund 120 Millionen Kronen veranschlagt werden.

Eine neue Einnahme soll geschaffen werden durch Einhebung einer Abgabe für öffentliche Fürsorgezwecke. Abgabepflichtig sind alle jene, die zur Besorgung einer auf Erwerb abzielenden Tätigkeit im Gemeindegebiet von Wien ferne Arbeitskräfte verwenden. Die Bemessungsgrundlage ist die ausbezahlte Lohn- oder Gehaltssumme, in die alle Naturalleistungen einzubeziehen sind. Die Abgabe wird mit 2% der Bemessungsgrundlage vorgeschrieben werden, gegenüber einer 10%igen Steuer gleicher Art, die vor einiger Zeit in Deutschland zur Einführung gelangt ist. Die in Betracht kommende Lohnsumme wird, da Staat, Land, Niederösterreich und die Gemeinde selbst von der Abgabe befreit sind, auf rund 6 Milliarden Kronen geschätzt, was einen Ertrag von 120 Millionen Kronen entspricht. Hervorzuheben ist, dass durch eine eigene

Bestimmung eine Ueberrückung dieser Abgabe auf Angestellte oder Arbeiter ausdrücklich untersagt ist.

Eine Ergänzung findet diese Abgabe durch eine solche auf die Haltung von Hauspersonal. Ähnliche Abgaben wurden schon früher wiederholt in Vorschlag gebracht und bestehen auch in anderen Ländern und Städten. Abgabepflichtig ist, wer im Gebiete der Stadt Wien für sich oder die Mitglieder des Hausstandes zur Verrichtung von Dienstleistungen zwei oder mehrere Personen verwendet, die in seine Hausgemeinschaft aufgenommen sind. Es bleiben also jene Leistungen, die etwa durch Bedienerinnen, stundenweisen Unterreich von Lehrkräften etc. vollbracht werden, von jedweder Abgabe frei. Ebenso ist das Halten 1 Hausgehilfin von jeder Zahlungsverpflichtung ausgenommen. Erst was darüber hinausgeht und wirklichen Personalaufwand darstellt, wird der Abgabepflicht unterliegen. Diese wird in dem bezüglichen Gesetze dadurch ausgedrückt, dass die jährliche Abgabe für zwei Personen 600 K beträgt, für jede weitere Person sich um 600 K verneht. Für männliche Personen ist die Abgabe in doppelter Ausmasse zu entrichten. Eine Ertragschätzung ist, da eine diesbezügliche Statistik in Wien nicht geführt wurde und es in keiner Weise feststeht, in welchen Haushalten mehr als eine Hausgehilfin gehalten werden, nicht zu ermitteln, dürfte aber kaum über den Betrag von 8 bis 10 Millionen Kronen hinausgehen, da seit Kriegsausbruch bei der Haltung von Hauspersonal ganz ausserordentliche Einschränkungen erfolgt sind.

Zur Einführung gelangen soll ferner eine Abgabe von der Verabreichung von Speisen und Getränken in allen jenen Betrieben, in denen ein höheres als das durchschnittliche Entgelt verlangt wird. Welche Lokale als derartige Luxuslokale anzusehen sind, wird von Magistrat nach Anhörung der Genossenschaften entschieden werden. Die Höhe der Abgabe beträgt 10%, bei den Luxuspen-^{werden} sion zwei Drittel des Gesamtentgeltes als Bemessungsgrundlage genommen. Der Ertrag wird naturgemäss davon abhängig sein, wie gross die Anzahl der Betriebe ist, die als solche Luxuslokale anzusehen sind. Zweifellos werden gewisse erstklassige Hotels und Restaurants und alle Nachtlokale dieser Steuer unterworfen werden.

Von den Erwerbsunternehmungen, die auf Grund des Lokalbesitzes konzessioniert sind und alle einen besonderen Schutz geniessen, soll künftig eine Abgabe je nach der Erwerbsteuerklasse, in die sie eingereiht sind, eingehoben werden. Die hauptsächlichsten Unternehmungen dieser Art sind: Gast- und Schankgewerbe, Pfandleihanstalten, Buch- und Steindruckereien, Bad-, Kunst-

und Musikalienhandlungen, Leihbibliotheken, Leichenbestattungsunternehmen, Kinos, Apotheken, Informationsbüros etc. Als Gebühr werden in Vorschlag gebracht für die 1. Erwerbsteuerklasse 5000 K, für die 2. Erwerbsteuerklasse 3000 K, für die 3. Erwerbsteuerklasse 2000 K und für die 4. Erwerbsteuerklasse 1000 K. Eine besondere Begünstigung erfahren alle jene Betriebe, welche von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften geführt werden und bloss eine Abgabe von 200 K entrichten sollen. Bei Uebertragungen kommt die dreifache Jahresgebühr in Anrechnung. Aus dieser Abgabe wird ein Ertrag von etwa 10 Millionen Kronen erhofft.

Schliesslich sollen die gegenwärtigen Gemeindefürschüsse zur Grundsteuer, allgemeinen Erwerbsteuer, Rentensteuer und der Aktiengesellschaften wesentlich erhöht werden. Die Grund- und Einkommensteuer, die bisher 100% ausmachen, sollen auf 300%, die Steuer von den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Körperschaften auf 200% erhöht werden, wobei noch eine wesentliche Erhöhung sich dadurch ergeben wird, dass die ausserordentlichen Staatszuschüsse (früher Kriegszuschüsse genannt), die bisher von Gemeindefürschüssen ausgenommen waren, in Sinne eines vor wenigen Tagen gefassten Beschlusses der Nationalversammlung künftighin gleichfalls abgabepflichtig werden. Die Landesregierung wird noch eigens entscheiden, wieviel von ausserordentlichen Staatszuschüssen zum Gegenstande des Gemeindefürschusses gemacht werden darf. Die allgemeine Erwerbsteuer, die bisher abgestufte Zuschüsse hatte, soll einen einheitlichen Zuschlag von 300% erfahren. Auch bezüglich dieser Kategorie ist eine besondere Begünstigung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Verschusskassen beabsichtigt, indem an der bisherigen Zuschlagsausmasse von 85% keine Änderung geplant ist.

Insgesamt wird der Gemeinde aus diesen neuen Steuern und Abgaben ein Ertrag von über 300 Millionen Kronen zufließen.

Italienische Kartoffel für Wien. Bekanntlich hat die italienische Regierung durch das italienische Ernährungsamt dem Bürgermeister der Stadt Wien 300 Waggon Kartoffel überwiesen. Die ersten Waggon dieser Sendung sind bereits in Wien eingelangt. Sie tragen in italienischer und deutscher Sprache die Aufschrift „Expedition des kgl. italienischen Ernährungsamtes an den Bürgermeister von Wien.“ Dieser Anschlag enthält auch die Aufforderung, die Expedition wegen Verderblichkeit der Ware ohne Verzögerung durchzuführen.

wie es ihm paßt, in eine Organisation zusammen treibt und mit Klumbl und Basatara Spalier bilden läßt, sondern der mit ungeheuren Schwierigkeiten zu rechnen hat, die die Nachkriegszeit geschaffen, die durch Ihre Leute geschaffen wurde, die die Menschen ins Unglück hineingetrieben haben. Was die nachträgliche Genehmigung betrifft, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß der Herr Speiser in Ausübung seines durch Art. 73 c gewährleisteten Rechtes gehandelt hat und daß heute diese Vorlage zur nachträglichen Genehmigung erfolgte. Dieser formale Einwand ist durch unser Verbandsstatut klar und deutlich erledigt. Sie wollten die Sache noch weiter hinausschieben, eine solche Rediensteilenpolitik versuche ich nicht. Wenn man sieht, daß man etwas geben kann, so man sobald als möglich geben. Eines kann ich befreiden, daß wir auf eine Zufriedenheit mit dieser oder jener Lohnbewegung mit der Führung der Lohnbewegung unter den heutigen Zuständen nicht rechnen können und gestatte mir Zweifel dazuzusetzen, daß Herr GR. Vaugoin mit dieser Zufriedenheit rechnen könnte, wenn er auch die Mehrheit auf seiner Seite hätte.

Das Wort „Aufhätzen“ kann ich nicht gebrauchen für diese Tätigkeit wie sie die Herren betreiben. Wenn aber gesagt wird, daß Sie niemals Anträge wegen Betreibung der Politik gestellt haben, so muss ich doch an die Debatten vom November und Dezember des vorigen Jahres erinnern, die nur darauf da waren, treibend auf die Angestellten zu wirken. Das Wort „Schüren“ paßt hier viel besser als das Wort „Hetzen“. Die Herren, welche wünschen, dass die Angestellten mehr bekommen, werden heißt die Freundlichkeit haben müssen, mitwirken, damit viele Steuerquellen eröffnet werden und die reichen Leute zur Steuerleistung ordentlich herangezogen werden.

Ruhe bei den Christl. Chozialen! Aber nicht die Gewerbetreibenden!

GR. Speiser: Ja da kommen die Herren wieder mit den Gewerbetreibenden. Auch unter diesen gibt es sehr reiche Leute, die ebenso wie die jüdischen Schieber und Schläckhändler, christliche Schieber und Schleichhändler sind. Und diesen die Gelder abzuzapfen, dagegen darf sich sich Niemand in dieser Saale widersetzen.

Aus den Reden der Herren hat zum Schluss der Hinweis auf die Ereignisse, die sich jetzt auf dem politischen Himmel abspielen geklungen und es hat daraus der begreifliche Abscheu gegen das Korschysystem in Russland gesprochen. Ein gewisser Zusammenhang besteht bei all diesen Dingen immer, weil auf der einen Seite immer die Ausgebeuteten und auf der anderen Seite die, welche die Ausbeuter sind. Die einen stellen die revolutionäre Seite, die anderen die reaktionäre Seite dar. Es spielen sich neben wirtschaftlichen Kämpfen auch politische Kämpfe ab. Es stehen sich gegenüber revolutionäre Gesinnung und reaktionäre Mache. Die Angestellten werden bei all diesen Dingen eben einsehen müssen, dass ihnen nur geholfen werden kann, durch die Führung der grossen Wahlkämpfe um die wirtschaftliche Entwicklung. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Kunschak berichtet tatsächlich, dass sich seine Partei nicht gegen die Wünsche der Angestellten gewendet habe, sondern dass es ihr lediglich um die Einhaltung der Verpflichtungen des Bürgermeisters und um die Achtung und Würde des Gemeinderates zu tun war. Bei der Abstimmung wird das Minoritätsvotum des GR. Vaugoin abgelehnt, die Anträge des Referenten Speiser werden mit genügender Mehrheit angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 24. Juli 1920, Nr. 241.

Fettabgabe. Vom 25. bis 31. Juli werden bei den städtischen Schweinefettabgabestellen pro Person 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 202 und der beiden Abschnitte Nr. 202 für nichttrayeniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40.

Kartoffelabgabe. Sonntag bis Dienstag werden in den Bezirken 3 bis 8 ausländische Kartoffeln zum Preise von K 9.- per kg und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „P“ und „Q“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 24. Juli 1920, Nr. 242.

Kinder aus der Schweiz. Donnerstag, den 29. Juli, 2 Uhr nachmittags kommen am Westbahnhof jene Kinder an, welche mit dem 18. St. Galler Kinderzug am 31. Mai durch das städtische Jugendamt in die Schweiz abgegangen sind. Die Eltern werden gebeten ihre Kinder vom Bahnhofs abzuholen.

Ansprüche für verlorene Zivilkleider gefallener Militärpersonen. Den Hinterbliebenen nach Gefallenen oder im Kriege verstorbenen Mannschaftspersonen, denen da seinerzeit bei der Einrückung in k. k. Verwaltung übergebene Zivilkleid nicht mehr rückgestellt werden konnte, wurde eine Geldersatz von 350 K zuerkannt. Der Anspruch hierauf kann von dem erbberechtigten Hinterbliebenen österreichischer Staatsbürgerschaft bei der Konskriptionsabteilung des Mag. Bezirksamtes ihres Wohnortes mündlich (ohne Gesuch) geltend gemacht werden und ist hiebei folgendes beizubringen. 1.) Der Nachweis der Erbberechtigung, (Einantwortungsurkunde des Abhandlungsgerichtes oder Bestätigung dieses Gerichtes, daß es gegen die Erfüllung des Ersatzes keinen Einwand erhebt). 2.) Totenschein oder Todesbestätigung des Gefallenen, bzw. Verstorbenen. 3.) Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft des Anspruchswerbers (Heimatschein, Staatsbürgerschaftserklärung, wenn eine solche vor dem 1. April 1919 abgegeben wurde). 4.) Polizeilicher Meldezettel. 5.) Bestätigung des Gruppenkörpers des Gefallenen, bzw. Verstorbenen, daß die Zivilkleider in k. k. Verwaltung gegeben und nicht mehr rückgestellt wurden.

Zewiverba. Vom 25. bis 31. Juli Margarine zu K. 95.-, Salz per kg. K. 5.76. Textilwaren: Die Restbestände der Vorwochen. Brennstoffe. Die Frist für die Neuraufzeichnung wurde bis 15. August l. J. erstreckt.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Kustos der städtischen Sammlungen Dr. Hugo Kosch den Titel „Vizedirektor der Stadtbibliothek“ und den technischen Beamten Franz Kotowsky, Ing. Karl Schulz und Ing. Emil Rudzanek den Titel „Vizeinspektor“ verliehen.

Dank des Gemeinderates. Anlässlich der über sein Ansuchen erfolgten Enthebung von der Stelle als Verwalter der städtischen Filialkirche zu Unter St. Veit hat der Gemeinderat in vertraulicher Sitzung dem Felix Hraba für die pflichtgetreue und äußerst gewissenhafte Führung dieses Ehrenamtes den Dank des Gemeinderates ausgesprochen.

Promotion. Dienstag um 10 Uhr vormittag findet im Festsale der Wiener Universität die feierliche Promotion des Magistratsbeamten Artur Breymann zum Doktor der beiden Rechte statt. Breymann erfreut sich in den Kreisen der städtischen Beamtenschaft allgemeiner Beliebtheit infolge seiner vielseitigen Tätigkeit in den Vertretungen der Beamtenschaft, als Schriftführer der im Klub der städt. Beamten und als Vertrauensmann.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden in den Bezirken 9 bis 15 ausländische Kartoffel zum Preise von 9 K per kg, pro Person 1 kg gegen Abtrennung der Abschnitte P und Q abgegeben.

Sitzungen im Rathause. Stadtsenat und Gemeinderat werden in dieser Woche die Verhandlungen über das Budget der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1920/21 führen. Im Finanzausschuss werden die Beratungen heute nachmittag zu Ende geführt und wird sich der Stadtsenat in Sitzungen am Dienstag und Mittwoch vormittag von 9 bis 1 Uhr und nachmittags um 3 Uhr und Donnerstag vormittag von 9 bis 1 Uhr mit den Vorlagen beschäftigen. Der Gemeinderat wird am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr in die Verhandlungen über den Voranschlag eintreten und diese in den Sitzungen am Freitag und Samstag vormittag von 9 bis 1 Uhr und nachmittags um 3 fortführen.

Die Giltigkeit der Halbjahresnetzkarten. Wie bereits mitgeteilt, verlieren die für die Zeit vom 2. April bis 1. Oktober gelösten Halbjahresnetzkarten der Strassenbahn mit 2. August ihre Giltigkeit. Die Giltigkeitsdauer kann jedoch für die Zeit vom 2. August bis einschliesslich 1. Oktober durch den Ankauf einer Ergänzungswertmarke, die in allen Vorverkaufsstellen zum Preise von 200 K erhältlich ist, verlängert werden.

Auslandhilfe für Lehrer. Die nach dem 1. Feber l. J. in den Ruhestand getretenen städtischen Lehrpersonen erhalten am Mittwoch, den 28. ds. und Donnerstag den 29. ds. von 8 bis 12 Uhr vormittags in der Lehrershauskanzlei, VIII, Josefgasse 12, Anweisungen auf Schwedenpakete oder sonstige Liebesgaben. Spesenersatz K 3. Pensionsdekret mitbringen.

Kartoffelabgabe. Mittwech bis Freitag werden in den Bezirken 16 bis 20 ausländische Kartoffeln zum Preise von 9 K pro Kg und zwar 1 kg pro Person gegen die Abschnitte P und Q der Kartoffelkarte abgegeben.

Zusatzkarten für Arbeitslose. Am 31. ds. laufen die Zusatzkarten für Arbeitslose ab. Die neuen Zusatzkarten (die bisherigen gelben Karten mit rotem Aufdruck) werden ab. 29. ds. an allen Wochentagen bei den Brotkommissionen während der Dienststunden unter den bisherigen Gepflogenheiten ausgegeben. Zur Beachtung sind vorzuweisen: Der mit dem Kontrollstempel der vorangegangenen Woche versehenen Zahlungsbogen betreffend die städtische Unterstützung für Arbeitslose oder die den gleichen Stempel tragende Kontrollkarte des zuständigen Arbeitslosenamtes, ein Ausweisdokument wie Tauf-, Geburts-, Trauungs-, Heimatschein, Gewerbeschein, Steuerbogen u. dgl. der weiße amtliche Einkaufsschein; der graue Einkaufsschein für Rindfleisch nur im Falle gewünschten Umtausches in einen rosa Einkaufsschein für Wohlfahrtsfleisch.

Vom Kraftstellwagenverkehr. Ab morgen (Donnerstag) verkehren die Kraftstellwagen während der Tagesstunden auf der Linie Volkseper - Landstrasse nur bis zum Bürgertheater. Der Teil Bürgertheater - Rochuskirche wird nur mehr im Nachtverkehr, nach 10 Uhr abends, befahren.

Wiens Gesundheitsverhältnisse Wiens im Juni. Infolge des günstigen Witterung war der Krankenstand günstig beeinflusst und sind die Erkrankungen der Atmungsorgane wesentlich zurückgegangen. Die für die heisse Jahreszeit charakteristischen Darmerkrankungen haben keine wesentliche Verheerung erfahren. Von den Infektionskrankheiten haben Scharlach, Diphtherie und Bauchtyphus eine ziemlich starke Zunahme erfahren, während die Ruhr fast stationär geblieben ist. Beim städtischen Gesundheitsamte liefen 257 Anzeigen ein, wovon 153 auf Scharlach, 110 auf Diphtherie, 28 auf Typhus 37 auf Ruhr und 1 auf Malaria. Die Sterblichkeit war die niederste der letzten drei Jahre. Es starben 2475 Personen.

Die Budgetberatung im Stadtsenat. Im Stadtsenat wurde heute vormittags mit der Beratung des Voranschlages für das Verwaltungs-jahr 1920/21 begonnen. Finanzreferent StR. Breitner erstattete ein ausführliches Referat über die finanzielle Lage der Gemeinde Wien und wies darauf hin, dass das sich ergebende Defizit, welches sich nach den letzten Zusammenstellungen auf 1237 Millionen Kronen beläuft, angesichts der getübten kassereten Sparsamkeit als ein Minimaldefizit angesehen werden müsse. Allerdings dürfen die Verhältnisse in Bezug auf Personal- und Sachausgaben nicht eine weitere empfindliche Verteuerung erfahren. Ob dies allerdings angesichts der Beschlüssen, welche die Nationalversammlung in Bezug auf die Getreidepreise gefasst hat, aus wirklich der Fall sein wird und ob nicht der Herbst eine neue Teuerungswelle bringen wird, könne im Augenblick nicht gesagt werden.

Die Gelegenheit der vorjährigen Budgetdebatte im Juni herrschende Auffassung, dass mit dem damaligen Abgang von 400 Millionen Kronen bereits ein gewisser Höhepunkt der Finanzkrise erreicht sei, fusst auf der Voraussetzung, dass der Friede auch den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich bringen und Wien die zweite Hauptstadt der grossen deutschen Republik sein werde. Wenn man die Haltung der Mark gegenüber der Krone in Betracht zieht, die trotz aller Zwangsmassnahmen der Entente weitens günstigeren Kohlenlage betrachtet und vergleicht, welche Mengen an Mehl und Kartoffeln in Deutschland zugewiesen werden, so erweist sich auch, dass dieser Optimismus seine Rechtfertigung erfahren haben würde, wenn eben nicht gewisse Einflüsse den damals gewiss möglichen Anschluss vereitelt hätten.

Trotzdem sei die Finanzlage der Stadt Wien nicht als verzweifelt anzusehen, zumal von den 1237 Millionen Kronen Defizit 600 Millionen Kronen auf einmalige und in den kommenden Jahren in diesem Ausmass kaum wiederkehrende Ausgaben entfallen. 320 Millionen Kronen ergeben sich ^{als} Kurverlust bei der Rückzahlung der heuer fällig werdenden 83 Millionen Mark. Wenn sich die Stadt noch weitere Valutaschulden hat, so sind diese doch nicht in einem solchen Masse zu künftige Budgets in dieser Weise zu belasten. 228 Millionen Kronen sind aufzubringen für produktive Investitionen der Unternehmungen, darunter 181 Millionen Kronen für die Elektrizitätswerke, welche sich durch Erschliessung heimischen Kohlenvorkommen von Auslands möglichst unabhängig

machen wollen. 52 Millionen Kronen erfordert die Fertigstellung der Wohnkolonie auf der Schmelz, wonit dann allerdings die Betätigung der Gemeinde, solange die gegenwärtigen Preisverhältnisse andauern, ihren Abschluss erreicht hat. Durch die geplanten neuen Steuern und Steuererhöhungen, die in sechs Vorlagen zusammengefasst sind, sollen der Gemeinde neue Einnahmen von etwa 330 Millionen Kronen erwachsen, wodurch sich die Steuererlebigkeit auf das Fehnfache der Friedenszeit stellen würde. Der Referent wies darauf hin, dass seiner Ansicht nach durch die blossen Steuermechanik eine Sanierung des Gemeindehaushaltes voll kommen ausgeschlossen sei. Die könnte nur geschehen, wenn durch den Krieg etwa lediglich Verschiebungen in der Vermögensverteilung ermöglicht würden. Dann könnte es ja allerdings gelingen, durch Erfassung der Steuerträger das Gleichgewicht herzustellen. Die Wahrheit sei vielmehr, dass durch die wirtschaftliche Zerreissung der im Laufe der Jahrhunderte einander ergänzenden Teile der Monarchie gerade für Wien, welches das Verwaltungszentrum dieses ganzen Organismus dargestellt hat, die schwierigste Lage geschaffen worden ist. Auf der ganzen Welt gibt es keinen Staat, dessen Landeshauptstadt 1/3 der Einwohner zählt. Durch die furchtbaren Zerstörungen, welche der Krieg hervorgerufen hat, sind auch innerhalb des Gemeinwesens viele Tausende von Haushalten zugrunde gegangen worden. Dies trifft nicht nur auf die immer wieder betonten freien Berufe sondern auch auf die Angestellten und nicht minder auf die Arbeiterwelt zu. Wenn Letztere auch durch die Kraft ihrer Organisationen etwas bessere Zahlungen erringen konnte, so reichen dieselben doch höchstens hin, die Ernährung in dem Masse zu sichern, dass eben die Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Auch in diesen so viel benedeten Proletarierhaushalten ist der Hausrat zerstört, Wäsche und Kleider sind aufgebraucht und bedeutet jede Neuanschaffung ein nicht zu lösendes Rätsel. Da nun die Gemeinde nichts anderes ist als die Zusammenfassung aller Haushalte im Gemeindegebiet, so geht schon daraus hervor, dass durch das blosses Anziehen der Steuerschraube der Aufbau nicht bewerkstelligt werden kann. Gewiss wird es notwendig sein, weit höhere Steuern einzuhoben als im Frieden, was am besten das Beispiel Englands beweist, das schon im Jahre 1916 bis zu 75 % Einkommensteuer gegangen ist.

Vor allen anderen wird es sehr als notwendig erweisen die Ausgabenseite im Budget dort wo ohne die Unternehmungen 2559 Millionen Kronen unlassig, um Dutzende von Millionen herab-

zusetzen. Dies sei durchaus möglich, da bisher in der Wiener Gemeindeverwaltung eine besondere Sparsamkeit nicht geübt hat. Allerdings wird man sich nicht davor zurückschrecken dürfen, einen entsprechenden Personalabbau zu vollziehen. Nur durch intensivste Arbeit und durch die Anspannung aller Kräfte wird es, allerdings nicht im Laufe von einem oder zwei Jahren, aber doch in absehbarer Zeit gelingen, zu geordneten Verhältnissen zu gelangen und den sonst unvermeidlichen Zusammenbruch hintanzuhalten.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Debatte an, der sich die Stadträte Dr. Kienböck, Vangois, Rummelhardt und Vizebürgermeister Ross beteiligten und in der die Inausschließung der Steuerentwürfe auf den Herbst verlegt wurde. Ein diesbezüglich gestellter Antrag blieb in der Minderheit.

Hierauf wurde in die Spezialdebatte eingegangen, die morgen vormittag fortgesetzt wird.

Geehrter Herr Kollege! Heute nachmittag findet keine Sitzung des Stadtsenates statt.

Springer.

Richtigstellung !! In der in der heutigen Ausgabe enthaltenen Notiz „Kartoffelabgabe“ soll es nicht heissen „Mittwoch bis Freitag“ sondern richtig „Dienstag bis Samstag“.

1. Ausgabe.

Bedeutende Erleichterungen bei der Mietaufwandsteuer. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses, in der die Erhöhung der Mietabgabe beschlossen wurde, ist gleichzeitig auf Antrag des Stadtrates Speiser eine Bestimmung eingefügt worden, die die bisher bestehende Härte beseitigt und für weite Kreise insbesondere für viele Ärzte, Advokaten und eine gewisse Anzahl von Gewerben wie Kleidermacherinnen etc. einen grossen Vorteil bedeutet. Nach den bisher geltenden Bestimmungen werden von Wohnungen und Geschäftsräumen, die sich in ein und demselben Hause befinden und untereinander in unmittelbarer Verbindung stehen, die Abgabe nach dem gesamten Zins berechnet. Es hat dies zur Folge, dass jemand, der Wohnung und Kanzlei zusammengefasst hat und beispielsweise 3000 K Zins zahlt bievon nach dem erhöhten Tarife 30 % zu zahlen hätte, während für eine Kanzlei, die 1500 K und eine Wohnung, die die gleiche Miete hat, wenn sie zufällig nicht unmittelbar verbunden miteinander stehen, nur je 10 % zu entrichten wäre. Bei den kleineren Betrieben können sich noch krassere Fälle ergeben. Eine grössere Wohnung, die 1800 K kostet und teilweise als Werkstatt dient, hat eine Abgabe von 15 % zu entrichten, während Wohnung und Werkstatt um je 900 K vollkommen frei bleiben. Bei der sehr stark aufsteigenden Staffel, welche künftig für die Mietabgabe gelten soll, spielt es eine ganz bedeutende Rolle, ob diese Bemessung einheitlich oder geteilt erfolgt. Wenn beispielsweise ein Professor oder ein Advokat für Wohnräume mit anschliessendem Kanzlei- oder Ordinationsbetrieb insgesamt 10.000 K Miete zu entrichten hat, so beträgt also eine Mietaufwandabgabe von gleichfalls 10.000 K, da in dieser Stufe der Abgabesatz nur 50 %. Es hat Fälle der Betroffene von zweimal 5000 K je 50 %, das gibt zusammen 3000 K als Abgabe zu erstatten, erspart als genau die Hälfte der Abgabe.

Die bezüglich von Stadtrat Speiser beantragte und vom Finanzausschuss einstimmig gutgeheissene Bestimmung hat folgenden Wortlaut: Bei der Auswahl des Abgabesatzes werden mehrere Mietobjekte desselben Anhabers, die sich in dem gleichen Hause befinden und in unmittelbarem räumlichen Zusammenhange stehen, als ein Mietobjekt gerechnet. Diese Bestimmung greift nicht Platz, wenn Wohnung und Geschäftslokal (Kanzlei, Ordinationszimmer) räumlich zusammenhängen. Wir dhiefür ein einheitlicher Mietzins entrichtet, so ist eine entsprechende Aufteilung vorzunehmen. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind in der Vollzugsanweisung zu treffen.

2. Ausgabe.

Wien, Mittwoch, den 28. Juli 1920. Nr 246.

Sparmassnahmen im Gemeindebetrieb. Wie in der letzten Sitzung des Stadtsenates gelegentlich der Beratung des neuen Voranschlages mitgeteilt wurde, hat der Bürgermeister die Verfügung getroffen, dass von nun ab im gesamten Verwaltungsdienst der Gemeinde Wien nicht mehr als sechs Personenautos verwendet werden dürfen. Nach den Bestimmungen des Gemeindestatutes hat der Bürgermeister Anspruch auf zwei Wagen, jeder der beiden Vizebürgermeister auf je einen Wagen. Der Bürgermeister hat nun für seine Person auf das ihm gebührende zweite Auto Verzicht geleistet und angeordnet, dass es ausser Betrieb gesetzt werde. Neben der drei Präsidialwagen wird es also künftig nur drei Dienstautos geben, die für alle Verwaltungszweige insgesamt zu dienen haben. Mit Rücksicht auf diese geringe Anzahl kann es eine persönliche Zuteilung, wie sie bisher beispielsweise für den Stadtbaudirektor, Stadtphysikus, das Stadtphysikat als solches, Wohnungsamt, Küchenkommissariat, Jugendamt etc. bestanden hat, nicht mehr geben. Die drei Autos werden vielmehr unter die zentrale Verfügung des ausführenden Stadtrates Siegel gestellt, in dessen Büro alle Fahrten tagvorher anzumelden sind, worauf die entsprechende Verfügung und Zuteilung erfolgt. Durch diese neue Sparmassnahme wird es möglich, die Budgetpost für Dienstwagen um 1.500.000 Kronen zu verringern. Gelegentlich der im Stadtsenate hierüber gepflogenen Erörterung wurde vom Referenten Stadtrat Siegel festgestellt, dass bei Übernahme der Geschäftsführung durch die Gegenwärtige Verwaltung im Mai vorigen Jahres 18 Dienstwagen in Betrieb vorgefunden wurden. Schon vor einigen Monaten ist im Hinblick auf die stetig steigenden Kosten von Benzin und Bereifung und Personal die Anzahl auf 10 herabgesetzt worden. Abgesehen von den Präsidialwagen etwa die Dienstwagen vollständig abzuschaffen, ist nicht möglich, weil das Stadtbauamt bei gewissen Ereignissen, wie Kanaleinbrüchen, Einsturzgefahr eines Hauses, Überschwemmung nach Welkenbrücken etc. rasch an Ort und Stelle sein muss. Einzelne ausführende Organe, sowohl Stadträte wie Magistratspersonen, denen Dutzende von Humanitätsanstalten aller Art unterstehen, können ihre Inspektionen in ausreichendem Umfang nur dann machen, wenn sie bei den vielfach so weiten Entfernungen die Möglichkeit der raschen Beförderung haben.

Der Streik im Simmeringer Elektrizitätswerk und Gaswerk.

Dienstag abends traten im Arbeiterheim im Favoriten die Vorständekonferenz der Gewerkschaften, der Wiener Ausschuss der politischen Sozialdemokratischen Organisationen, die Betriebsbesitzer der grössten Wiener Betriebe, die führenden sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindeverwaltung und die Betriebsräte der Gas- und Elektrizitätswerke zu einer Konferenz zusammen an der die Lage an den grossen Werken der Gemeinde beraten wurde. Den Vorsitz führten der Sekretär der Gewerkschaftskommission Hueber und Abgeordneter Weiser. Nach längerer eingehender Debatte wurden 2 Einigungsverschlüsse zur Abstimmung gestellt. Der erste Antrag verlangte, dass den Arbeitern der Elektrizitätswerke eine 15 % ige Erhöhung des Grundlohnes zugestanden wurde, womit die Lohnbewegung im Elektrizitätswerk zu beendigen sei. Der zweite Antrag ging dahin, dass den Gasarbeitern ihr bisheriges Deputat zu belassen sei, womit die Lohnbewegung der Gasarbeiter ebenfalls abgeschlossen wäre. Bei der Abstimmung, an der nur die Vertrauensmänner der genannten Organisationen, an jedoch nicht die Mitglieder der Gemeinde-

vertretung und die Betriebsräte des Gas- und Elektrizitätswerkes teilnahmen, wurden beide Anträge zum Beschluss erhoben und zwar der Antrag bezüglich des Elektrizitätswerkes einstimmig, bezüglich des Gaswerkes in allen gegen drei Stimman. Anwesend waren etwa 300 Vertrauensmänner die die gesamte Wiener Arbeiterschaft vertraten.

Heute um halb 9 Uhr früh traten trotz dieses Beschlusses die Arbeiter des Elektrizitätswerkes in Simmering in den Streik. Das hatte zur Folge dass in ganz Wien die Strassenbahnstillstände. Die Wagen standen bis etwa halb 11 Uhr auf der Strasse worauf die in die Remisen zurückkehrten, da der Strom aus diesen Zweck für kurze Zeit eingeschaltet wurde.

Dem Streik im Simmeringer Elektrizitätswerk schlossen sich später die Arbeiter des Simmeringer Gaswerkes an.

Um halb 12 Uhr mittags traten in den Räumlichkeiten der Gewerkschaftskommission die Vertreter der verschiedenen Organisationen und der Gemeinde Wien zu weiteren Beratungen zusammen.

Um 12 Uhr mittags erstattete der Personreferent Stadtrat Speiser, der inzwischen mit den gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung getreten war, dem Stadtrat einen neuerlichen Bericht über die Lage in den Werken, sowie einen Bericht über die Vereinbarungen, die Dienstag abends mit den Vertretern der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke getroffen worden waren.

Der Bericht im Stadtsenate.

Im Stadtsenate, der zur Beratung des Hauptvoranschlages unter dem Vorsitz des Bürgermeisters versammelt war, erstattete Vizebürgermeister Emmerlög den Bericht über die Arbeitseinstellung an Elektrizitätswerke. Er wies darauf hin, dass der Arbeiterschaft in unausgesetzten Verhandlungen von Seite der Gemeinde alle nur mögliche Entgegenkommen gezeigt wurde. Die Forderungen, die erhoben wurden, gingen jedoch über die Kraft der Gemeindeverwaltung. Es wurde trotzdem versucht, einen Ausgleich herbeizuführen. Dieser Ausgleich wurde gefunden. Nussel aber gegen den Willen der Betriebsräte der Streik ausgebrochen. Bürgermeister Reumann hob hervor, dass durch den Streik die industriellen Betriebe Wiens in Mitleidenschaft gezogen werden, dass aber auch die gesamte Bevölkerung unter den Streik schwer zu leiden habe. Der Streik sei heute früh ganz unerwartet ausgebrochen und es sei notwendig, auszusprechen, dass die Gemeindevertretung die schwere Schädigung der Fahrgäste in ihrem vollen Umfange zu würdigen wisse. In der folgenden Aussprache wurde dieser Standpunkt allgemein anerkannt und hervorgehoben, dass alle Massnahmen ergriffen werden müssen, damit solche, selbst von der Organisation nicht gebilligten Ausstände unterbleiben.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Mittwoch, den 28. Juli 1920. Abendausgabe.

Beendigung des Streiks in den Elektrizitätswerken. Um 12 Uhr mittags begann in den Räumen der Gewerkschaftskommission eine Konferenz unter dem Vorsitz des Abgeordneten Domes, an der Vertreter der Gemeinde, Mitglieder der Gewerkschaftskommission, der sozialdemokratischen Wiener Organisation und der beteiligten Gewerkschaften und Betriebsräte des Gas- und Elektrizitätswerkes teilnahmen. Die Situation wurde in eingehender Debatte erörtert, wobei von Seite der Vertreter der Gemeinde Wien neuerlich erklärt wurde, dass es unmöglich sei, über die bereits gemachten Zugeständnisse hinauszugehen. Nachmittags fanden Beratungen der Betriebsräte und Vertrauensmänner statt. Morgen vormittag wird in der großen Saale des Ottakringer Arbeiterheimes eine Versammlung der Arbeiter des Elektrizitätswerkes unter Teilnahme von Vertretern der Gewerkschaften abgehalten.

In Gaswerk Simmering wurde der Betrieb in den ersten Nachmittagsstunden wieder aufgenommen. Im Elektrizitätswerke wurde der Betrieb gegen 6 Uhr abends aufgenommen und ungefähr eine halbe Stunde nachher wurde auch der Verkehr der Strassenbahn wieder aufgenommen.

Nachmittags erstattete Bürgermeister Reumann im Stadtsenat neuerlich einen Bericht in der Angelegenheit.

Das Budget im Stadtsenate erledigt. Der Stadtsenat hat heute in später Abendstunde die Beratungen über den Voranschlag beendet und die Vorlage in unveränderter Form angenommen. Morgen nachmittags wird der Gemeinderat das Budget in Beratung ziehen und in seinen Sitzungen sowohl die Generaldebatte wie auch die Spezialdebatte über den Voranschlag abführen und auch die neuen Steuervorlagen verabschieden.

WIENER HAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Tschou.

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, den 29. Juli 1920. Nr. 247.

Holländischer Besuch bei Wiener Kindern. Herr Andre de Bper, der Obmann des Komitees zur Unterbringung der Wiener Kinder in Belward, und Herr J. Walraven aus Belward sind Samstag nacht in Wien angekommen, um wieder Wiener Kinder nach Holland zu bringen. Ihre Wiener Anwesenheit benutzten die Herren dazu, die Wiener Kinder zu besuchen, die in Belward in Holland zur Erholung weilten. Auf dem Westbahnhof wurden die Herren von Wiener Kindern empfangen und von einem Mädchen in einer Adresse in holländischer Sprache begrüßt. Die Herren besuchten die Wiener Kinder in ihren Wohnungen und beteiligten sie mit Schokolade, Kondensmilch und Geldgeschenken. Sie unternahmen mit den Kindern Ausflüge nach Schönbrunn und auf den Kahlenberg und bewirteten sie. Die Wiener Kinder waren über den Besuch sehr erfreut. Heute vormittag wurden die Herren von Stadtrat Winter empfangen.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 29. Juli 1920.

Vorsitzender BWM. Heumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass gespendet haben:

- Die amerikanische Hilfe für das deutsche Volk in Chicago 165.000 K.
- Der Kinderhilfsfond für Mitteleuropa. Zweig Cincinatti 150 ersten Kondensmilch.
- Die „Vaterland Vereinigung“ in NewYork 25 kg Lebensmittel.
- Die Firma Swift u. Co. in Chicago 40 Kisten Corned beef und 86 Kisten Kondensmilch.
- Karl Grünwald, Wien I, für die Armen Wiens 200 K.
- Das nordamerikanische Methodistenhilfswerk für Europa 500.000 K.

Die Geschäftsstücke der Tagesordnung 1 bis 3 sind als erledigt zu betrachten, da hierzu keine Vertretung vorliegt.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschrieben und der Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1920/21 in Beratung gezogen.

Dr. Breitner (Sozialdem.) führt ins einem Exposé zum Voranschlag aus: In den Jahren 1908, 1909, 1910, 1911, 1912 und 1913 waren die Gesamtausgaben der Gemeinde Wien für alle Zweige der Verwaltungstätigkeit einschliesslich aller Investitionen bei den Unternehmungen 1810 Millionen Kronen. Für das kommende Verwaltungsjahr stellt sich der Abgang, wenn man jene Deckung ausser Betracht lässt, die

in den vorhandenen Anleihenresten gefunden werden, auf 18 Millionen Kronen. Mag man die Unmöglichkeit der sozialdemokratischen Verwaltung, noch so hoch einschätzen, so wird doch niemand behaupten wollen, dass, wenn am 30. Juni 1913 die Besorgung der Gemeindegeschäfte in die Hände der gegenwärtigen Mehrheit übergegangen werden, sie es zustande gebracht hätte in einem normalen Verwaltungsjahr zu wirtschaften, dass sich ein Defizit ergibt, welches den gesamten Aufwand von 6 Jahren gleichkommt. Was eben heute vor uns liegt, das sind die Folgen des Krieges, jener völlige wirtschaftliche Zusammenbruch, der die unläs- bare Wirkung dieses fast 5 jährigen Vernichtungswerkes bildet. Schon gelegentlich der Beratung des Voranschlages für das abgelaufene Jahr wurde darauf verwiesen, dass es keine Stadt der Welt gibt, die in ihren Haushalten durch diesen Weltkrieg so erschüttert worden ist wie eben Wien. Wien war der Mittelpunkt eines im Laufe der Jahrhunderte gewordenen grossen Wirtschaftsgebietes, das sich trotz aller nationalen Kerkämpfungen in wirtschaftlicher Beziehung harmonisch ergänzte. Wien war der Sitz aller Verwaltungsbehörden und von hier aus wurde die ganze Monarchie in Gang gehalten. Hier war auch der Ort, wo die Steuern aus ganz Oesterreich zusammenflossen, wo sich auch in ausserordentlich grosser Masse der Verbrauch des in der ganzen Monarchie geschaffenen Mehrwertes vollzog. Durch den Krieg und den Gewaltfrieden ist Wien die Hauptstadt eines Landes geworden, das 6 Millionen Einwohner zählt, den es an Kohle fehlt, dessen Boden nicht produktiv genug ist, um die Menschen auch nur ein Viertel Jahr hindurch zu ernähren, dessen Wasserkraft auszubauen im Erie den versäumt worden ist, den ein Zugang zum Meere fehlt und dass all die Kriegsjahre hindurch das Zerstören der Leiden und Entbehrungen gewesen ist. Wenn trotzdem gelegentlich oder vorjährigen Beratung des Voranschlages der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, dass das damals vorgelegte Budget mit einem Defizit von 400 Millionen Kronen vielleicht schon einen Höhepunkt darstellen würde, so geschah dies nicht in der absichtlichen Form vertrittlich, dass Wien durch den Anschluss an Deutschland wieder in ein grosses Wirtschaftsgebiet eingefügt und die zweite Hauptstadt eines 70 Millionenstaates sein würde. Diese Hoffnung wurde zunichte gemacht und das erschütternde dabei ist, dass es gleichwohl nicht hätte so kommen müssen. Es hat Augenblicke gegeben in denen durch das sinnliche und

unabhängige Haltung aller Kreise der Bevölkerung möglich gewesen wäre, der Anschluss auch tatsächlich durchzusetzen. Zu jener Zeit aber haben die Christlichsozialen den Standpunkt eingenommen, den ihr Führer erst kürzlich vor aller Welt verkündet hat, dass es für Deutschösterreich auch eine andere Draht geben könne. So wurde jene günstige Gelegenheit verschwendet und das ist die entscheidende Ursache dessen, dass uns heute in einer noch schmerzlicheren Lage befinden als damals. In Juni 1919 hatten wir zwar einen Stand von nicht weniger als 140.000 Arbeitslosen in Wien. Es war dies aber doch eine Ermahnung, die man als die unmittelbare und kann vermeidbare Wirkung des Zusammenbruches ansehen konnte und die demnach viel leichter zu ertragen war, als jene gewaltige Arbeitslosigkeit die uns heute bedroht, da wir schon hofften, in geregelte Wirtschaftsverhältnisse gelangt zu sein. Nach wie vor fehlt es uns an Kohle, wiewohl der Preis noch im Juni 1919 20 K für 100 kg gewesen ist, aber heute 300 K überschritten hat. Die Scheinkonkurrenz des Ausverkaufes ist vorüber und wir sind natürlich immer zurückgeblieben als wir früher waren. Der November 1919 hat mit dem völligen Zusammenbruch der Valuta die furchtbare Feuerungswelle gebracht, die alle öffentlichen Haushalte zu erschrecken drohte. Dass es sich hier um ein Verwaltungsproblem handelt, beweist am deutlichsten die Tatsache, dass ganz dieselben Erscheinungen in den Ländern, in allen Landeshauptstädten zu verzeichnen sind, dass Berlin und die meisten deutschen Städte einer finanziellen Katastrophe ausreihen und beispielsweise der „Berliner Börsenkrach“ am 12. Juli ohne jede Verhinderung von dem Zusammenbruch Grossberlins spricht und nachweist, dass nach Berücksichtigung aller Wertsteigerungen, die die Bodeninflation hervorgerufen hat, noch eine völlig unbedeckte Schuldenlast von Milliarden vorhanden ist, dass in Berlin alle städtischen Betriebe mit Unterbilanz arbeiten und, wie es wörtlich heisst „Die früher mit so grossen Stolz gebrauchte Bezeichnung, werbende Anlagen“ zur Ironie geworden sind. Sie waren einst der Stolz der Gemeinde und sind heute in neuem Grossberlin mehr als je das Sorgenkind der Verwaltung“. In Prag ergaben sich im Vormonate Schwierigkeiten, bei der Auszahlung der Löhne, der Lieferantenrechnungen und auch die eigentlichen Siegerstaaten führen über die Zerrüttung der öffentlichen Haushalte klagen und greifen zu früher nie gekannten Besteuerungen. Der Krieg hat sich eben überall als ein Vernichter aller materiellen und moralischen Güter der Menschheit erwiesen.

Der Referent geht sodann in eine gründliche Zergliederung des Budgets ein und verweist darauf, dass gegenüber dem letzten Friedensbudget der Gemeinde, das eine Gesamtausgabensumme von 237 Millionen Kronen aufweist, das Erfordernis für das neue Verwaltungsjahr 2550 Millionen Kronen, also etwa das 11 fache beträgt. Es wurde schon bei den Vorberatungen in Finanzausschuss alles zurückgestellt, was nicht schon im Zuge der Ausführung begriffen war und jene Sparsamkeit geübt, zu die wir uns eben werden gewöhnen müssen. Manche Zurückstellung kann vielleicht nicht mehr abwirtschaftlich betrachtet werden, weil sich später noch umfangreichere Arbeiten erfordern wird. Es fehlt aber an den nötigen Mitteln. Denn die Zurückstellung wird wohl auch die Folge haben, dass gewisse Herstellungskosten dadurch eine Verminderung erfahren. In einer Zeit, in der ein Pflasterstein 1000 Mark kostet, ein Meter kubischer Holz 100 K statt wie früher kaum 10 K kostet, müssen es also an und für sich notwendige Erhaltungsarbeiten zunächst aufgeschoben werden.

Mehr als Drittel des gesamten Aufwandes verschlingen die Personallasten; für Gehalte, Löhne, Pensionen und Steuern der Angestellten hat die Gemeinde über 870 Millionen Kronen zu zahlen, ungeschätzt der in den letzten Tagen gemachten Zugeständnisse und ohne dass dabei noch der Wert von Dienstkleidern berücksichtigt erscheint. Mit den Unternehmungen übersteigt der Personalaufwand 2 Milliarden Kronen. Die Stadt Wien beschäftigt gegenwärtig 54 Tausend Beamte, Lehrer und Arbeiter aller Kategorien und jene fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die das Lohnproblem allerorts bindet, steigern sich angesichts dieser Ziffern und angesichts der Vielfältigkeit der Betriebe und Dienstzweige ins Ungemessene.

Eine entscheidende Post im neuen Voranschlag bildet der Schuldendienst, der 514 Millionen Kronen erfordert gegenüber 36 Millionen Kronen im Jahre 1913. Aus hier zeigen sich wieder die Folgen des Zusammenbruches und die Wirkungen einer unkaufmännischen Geschäftsführung. Dass das Goldanlehen von Jahre 1902 eine Valutadifferenz von 86 Millionen Kronen verursacht, ist ein Unglück. Doch kann bei objektiver Beurteilung daraus kein Vorwurf abgeleitet werden, da wir es t der Aufnahme dieser Schulden gewisse niemand den Weltkrieg vor Augen haben konnte. Ganz anders aber liegen die Dinge, bezüglich jener Valutaschul-

wurden, um
den, die bereits während des Krieges kontrahiert, ~~und~~ viel-
geringfügige
fach ganz nicht der Rede wert, Steigerun-
gen, die sich zu jener Zeit eingestellt haben, zu erpa-
ren. Jene Geschäftsleute, die solche Spekulationen ein-
gegangen sind, haben dafür vielfach mit der Vernichtung
ihrer Existenz zu büßen gehabt. Dass aber eine öffentli-
che Körperschaft sich auf ein so ungewisses Gebiet, wie
es die Valutaspekulation ist, begibt, ist unverantwort-
lich. 93 Millionen Mark, die während des Krieges auf
dieses Art aufgenommen wurden, werden in diesem Jahre
fällig, und erfordern Aufzahlungen von nicht weniger als
320 Millionen Kronen. Schon im Jahre 1919, unmittelbar
nach Übernahme der Geschäfte wurde diesen Valutaspekula-
tionen endgültig ein Ziel gesetzt und so weit es die
Mittel erlaubten Rückzahlungen geleistet. Es gelang dama-
ls, eine Schuld von 24 Millionen ozechische Kronen,
mit einer Aufzahlung von 12 Millionen Kronen aus der
Welt zu schaffen. Wäre dies nicht geschehen, so würde die
Differenz gegenwärtig über 100 Millionen Kronen betragen.
Eine Schuld von 1 Millionen Schweizerfranken, die gera-
de in einer Zeit fällig war, als die Krone den tiefsten
Stand von etwa 1/40 erreicht hatte, konnte prolongiert
werden.

Ein weiteres entscheidendes Gepräge verleihen
dem Budget die Aufwendungen für die öffentliche Fürsorge
und den Sanitätsdienst. Für diese beiden Zweige müssen
volle 388 Millionen Kronen aufgewendet werden, das
1 1/2 Fache dessen, was im Jahre 1913 für den gesamten
Gemeindedienst erforderlich war. Referent beleuchtet
eingehend den Zustrom zur geschlossenen Armenpflege,
verweist darauf, dass in Lains jetzt ein Erdbeleg von
600 Personen ist und ein jeder Pflingling auf 14.000 K
jährlich gegen 700 K in Frieden zu stehen kommt.

Die volle Bedeckung für den Abgang zu finden,
wurde nicht versucht weil es von vorn herein unmöglich
erscheinen muss, aus dieser zusammengebrochenen Stadt
einfach im Wege der Steuerschraube die Bedeckung heraus-
zuholen. Jede solche etwas umfangreichere Besteuerung
muss nach dem Wirtschaftssystem, in dem wir leben, eine
gewisse neue Teuerungsbewegung auslösen. Und dies so-
weit als möglich hinten zu halten, liegt im ganz ausser-
ordentlichen Interesse gerade der Gemeinde Wien, die
mit ihrem Heer von Angestellten natürlich sofort jede
Teuerungsbewegung zu verspüren hat. Ebenso wenig
war es aber möglich auf jede Bedeckung einfach zu ver-

zichten und den blossen Weg des Schuldensuchens zu be-
schreiten. 12 Millionen Kronen für grösstenteils unpro-
duktive Zwecke zu erlangen ist unmöglich, da kein Ka-
pitalist sein Geld der Gemeinde Wien unter solchen Ver-
hältnissen zur Verfügung stellen würde. Es müsste sich
sich bitter rächen, wenn gerade jetzt die Gemeinde das
Schuldensuchen nicht so weit als irgendwie möglich ein-
schränken würde. Das Geld, das jetzt aufgenommen wird,
hat nur eine sehr geringfügige Kaufkraft. Es kann fast
nichts damit hergestellt werden. Nach 20, 30 oder 50
Jahren wird aber dann doch eine Rückzahlung in voll-
wertigerem Gelde geschehen müssen. Angesichts der Steu-
erleistungen, die gerade jetzt der Staat in verschie-
denen Formen aufbringt und in voller Erkenntnis der Tat-
sache, dass das Geschäftsleben ins Stocken geraten ist,
ja die Anzeichen einer industriellen Krise ganz unver-
kennbar sind, hat sich die Gemeinde auf jenes Mindest-
mass beschränkt, das für die Aushaltung der Kredit-
fähigkeit und zur Fortführung der Geschäfte notwendig
ist.

Der Referent geht dann in die Besprechung der be-
reits bekannten Steuerprojekte ein und verweist auf die
Erläuterungen, die insbesondere bei der Misaufwandate
er noch durchgeführt worden sind und fährt fort: Es wur-
de in die Beratungen des Finanzausschusses von der Mino-
rität der Versuch gemacht, die Lage noch trister zu
schildern, als sie ist. Die Absicht kam, Liegenschaften zu Ta-
ge. Es soll jenen Kreisen, die jetzt gewiss harten und
drückenden Steuern unterworfen werden, der Eindruck her-
vorgerufen werden, dass ihre Opfer ja ohne hin nutzlos
sein werden und der Zusammenbruch nicht vermieden werden
kann. Es wurde im Staatsrat förmlich angeregt, sich jetzt
um keine Bedeckung zu kümmern, nur ein Budgetprovisorium
bis zum September zu machen und inzwischen nachzudenken,
wie die Gemeinde am besten den finanziellen Zusammenbruch
arrangieren solle. Es wurde auch nachgerechnet, dass der
Abgang gar nicht 130000, sondern 2 oder 3000 Millionen und
mehr beträgt. Gewiss ist das Budget ein gedrosseltes und
die Ueberschreitungen können sich als unvermeidbar er-
weisen. Unrichtig aber ist es, dass unter Voraussetzung
des gegenwärtigen Preisniveaus von vorn herein in der-
art unrichtiger Weise finanziert worden ist. Wenn sich
allerdings nach der Ernte, so aussichtsreich sie ist eine
neue gewaltige Teuerungswelle erhebt, weil in der Nati-

onalversammlung mit den Stimmen der Christlichsozialen und
Grossdeutschen der Getreidepreis von 200 auf 1000 Kronen
für den Meterzentner erhöht worden ist und in Zusammen-
hänge damit die 54.000 Angestellten neue hohe Forderungen
erheben, der Betrieb aller Wohlfahrtsanstalten sind un-
gehenerlich verteuern wird, dann allerdings werden die Zif-
fern des heurigen Voranschlags ebenso wenig standhalten,
wie sie es gegenüber der Teuerungswelle von November 1919
konnten. Wenn es aber doch noch gelingt diesen verhängnis-
vollen Beschluss, wie es die Gemeinde Wien anstrebt, aus-
ser Kraft zu setzen, dann wird auch der Voranschlag in je-
nen Grenzen, in denen er heute überhaupt möglich ist, ein
Haushalt, in dem 2500 Millionen ausgegeben werden, genau
zu errechnen, eingehalten werden.

Die Steuern, welche jetzt der Bevölkerung
aufgelegt werden, und insbesondere hart für Handel, Ge-
werbe und Industrie sein werden sind ganz und gar nicht
von irgend einer Feindseligkeit diktiert. Und nichts liegt
der verwaltenden Mehrheit ferner, als jenen produktiven
Betrieben, die wir in Wien haben ihre Existenz unmöglich
machen und sie von hier zu vertreiben. Das würde einfach
heissen, planmässig den Untergang der Stadt herbeizuführen.
Allerdings werden auch jene Schichten, die bisher in ihrer
Lebensführung von den Folgen des Krieges verschont wor-
den sind, daran glauben müssen, dass wir eben zu Bettlern
geworden sind und den entsprechend alle Einscheidenden
und bitteren Opfer bringen müssen. Die Steuern könnten nicht
erspart bleiben. Sie waren vor wenigen Monaten noch in einem
stärkeren Ausmass geplant, wurden aber den wirtschaft-
lichen Verhältnissen entsprechend abgeändert. Unter Zustim-
mung des Staatsrates für Finanzen hätte eine zehnprozentige
Lohnabgabe eingeführt werden können, es wurde davon aber
nur in dem Ausmass von 2 % Gebrauch gemacht; die für
alle Gast und Kaffeehausbetriebe und Konditoreien zugestan-
dene Berechtigung einer 10 % igen Abgabe wurde auf Luxuslo-
kale beschränkt, ein Zeichen, dass sich die Stadtverwaltung
den Notwendigkeiten des Tages nicht verschliesst. Worauf
die Steuerträger Anspruch erheben können und was ihnen
förmlich als Gegenwert von der Gemeinde geboten werden

soll, ist die Gewissheit, dass mit diesen Steuergeldern, die zweifellos sehr viele nicht bloss unangenehm empfinden werden, sondern deren Existenz schwer beeinträchtigt wird, das ist dass mit diesen Steuergeldern in sorgfältiger, sparsamer ja knauseriger Weise verfahren werden wird.

In Vorjahren wurde gelegentlich der Budgetberatung von selbst Referentenplätze ausgesagt - was allerdings damals ziemlich ungeschickter Verklungen ist - „Wir sprechen es offen aus, dass dieses Wien nur lebensfähig werden kann, wenn härter gearbeitet wird, als vor dem Kriege, wenn viel größere Sparankheit einsetzt.“ Was damals noch keine Beachtung fand, dessen ist man sich nun doch allmählich bewusst geworden in den Kreisen der Angestellten-schaft und in denen der Bevölkerung. Vielleicht war der rücksichtslose Hinweis auf die Lage, in der sich die Gemeinde befindet, die sich von den aller anderen öffentlichen Gewalten gar nicht unterscheidet, war diese fürliche Furcht in der Öffentlichkeit dazu notwendig. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung ist gewillt, mit aller Energie in allen Zweigen der städtischen Verwaltung die denkbar größte Sparankheit einzutreten zu lassen - Einzelne Verfügungen, die aber bloss als kleine Verbote zu bewerkstelligt werden müssen, sind bereits erfolgt, zum erstenmal seit Decennien ist der Voranschlag nicht mehr gedruckt worden, was eine Ersparnis von 1 Million Kronen bedeutet. Durch eine Verfügung des Bürgermeisters wurden die Dienstaten, die noch im Mai 1919, 18 waren, auf 6 vermindert. Damit konnten 6 Millionen Kronen an Ausgaben in Wegfall. Alle technischen Einrichtungen wurden einer Überprüfung unterzogen. In einer Frist von wenigen Tagen wurde das Fernheizwerk im Jubiläumshospital, das bloss zum Auskochen von ein paar Instrumenten nachtsüber in Betrieb war, durch eine Gasanlage ersetzt, mit der Wirkung, dass täglich, 35.000 Kronen erspart werden. Die Abgabe der Naturalverpflegung in allen Humanitätsanstalten an die Angestellten und deren Angehörige zu Preisen die unter den Gesteuerungskosten wurde eingestellt; den Angestellten wurde eine monatliche Zulage von 200 Kronen zugewilligt, was auch dann noch eine Ersparnis von über 15 Millionen Kronen beinhaltet.

Aber auch auf dem Gebiete des Personalabbaues ist bereits Erhebliches erzielt worden. Der Stand der Angestellten des Wiener Magistrates betrug am 31. Jänner 1919 18774 und am 10. Juli 1920 auf 17888 gesunken. Von der Verminderung, die also 886 Mann umfaßt, entfallen 456 auf die Strassenreinigung. Die Zahl der Kassehilfskräfte wurde um 51 vermindert.

ger. In den unten ist keine Lohnverhandlung geführt worden, die nicht gleichseitig von Seite der Gemeinde die Erzielung höherer Arbeitsleistung anstrebte. Es wurde auch jedesmal ein gewisser Erfolg erzielt. So ist beim Kollektivvertrag mit den Gaswerkern der Stand der Laternenreparatur abgebaut, im Fuhrwerkbetrieb eine wesentliche Herabsetzung der Pferdewärter durchgeführt worden. In allen Unternehmungen der Gemeinde wird an den sogenannten kleinen Parteien wie an Werkstücken gearbeitet. Auch in den Kreisen der Beamten macht sich das Verständnis für die Lage der Gemeinde geltend. Die Unternehmungsbeamten haben aus eigenem Antrieb die achtstündige Arbeit für die Betriebsbeamten bereits angeboten. Es werden wohl auch die Verwaltungsbeamten erkennen müssen, dass in dieser zusammengebrochenen Wirtschaft der Sechsstundenarbeit ein Ding der Unabsehbarkeit und nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Ein Kreis der Magistratsfunktionäre und es ist gerade der wertvollste arbeitet übrigens schon jetzt weit, weit länger.

Dieser Personalabbau ist gewiss kein einfache Sache und mag auch noch gewisse materielle Opfer in Form von Abfertigungen und Pensionen erfordern, wird aber sich vollziehen müssen.

Der Referent schließt mit den Hinweisen, dass die Finanzlage der Stadt Wien, zweifellos niemals so ernst war wie jetzt, dass aber nichts verfehlter wäre, als einfach die Dinge so treiben zu lassen, wie sie eben gehen. Die Folgen eines finanziellen Zusammenbruches sind unaußenbar. Mit der Fortführung der Humanitätsanstalten, der Aufrechterhaltung der Armenversorgungsanstalten und der Fortführung der sozialen Ordnung in dieser Stadt verknüpft. Die 300 Millionen Steuern soll eben dazu dienen, alle diese Einrichtungen zu erhalten und den Angestellten ihre trotz aller Erhöhungen kargen Bezüge zu gewährleisten. Wer dies verweigert muss auch die Verantwortung für den Zusammenbruch tragen, der sich angesichts der bis zum Zerreißen angespannten Nerven aller Menschen dieser Stadt nur in den grauenvollsten Formen mit den furchtbarsten Verwüstungen für uns noch gabliefenen wirtschaftlichen Ödter abspielen kann. Wer also diese letzte Katastrophe vermeiden will, der muss auch angesichts der Tatsachen für die Steuern stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Richtigstellung! In Gemeinderatsbericht soll es auf dem 1. Bogen dritte Zeile von unten nicht heißen 1819 sondern 1891.

Bogen, 2. Spalte Zeile 2 soll es nicht heißen 13 sondern 1803.

1. Bogen, 2. Spalte Zeile 21 soll es nicht heißen „von hier aus würde die ganze Monarchie“ sondern richtig „von hier aus würde die Monarchie der ganzen Monarchie...“

1. Bogen, 3. Spalte Zeile 24 soll es nicht heißen „Kein Verwaltungsproblem“ sondern richtig „Kein Verwaltungsproblem“.

2. Bogen, 1. Spalte Zeile 12 soll es nicht heißen „Schon im Jahre 1919“ sondern richtig „Schon im Mai 1919“

2. Bogen, 2. Spalte Zeile 2 statt 13 Millionen 1300 Millionen.

2. Bogen, 3. Spalte kommt nach dem 1. Absatz dazu: Wenn wir in diesem Monat bis vor wenigen Tagen nicht wussten, woher die Löhne am 31. gezahlt werden sollen, so war der Zustand bei Übernahme der Verwaltung gar nicht anders. Es wird so hingestellt, als ob uns gefüllte Kassen übergeben worden wären. Tatsache ist, dass auch im Mai 1919 die Löhne so war, dass die Gehälter nur für zwei Monate gedeckt waren.

Als erster Redner in der nun folgenden Generaldebatte spricht O.R. Dr. Kleinböck (chr.-soz.). Die Rede, die wir jetzt gehört haben erinnert mich etwas an meine Gerichtspraxis, und zwar an diejenigen Fälle, wo ein Verteidiger an einen Platz gestellt wird, wo er den Tatbestand nicht leugnen kann und wo er weil er nicht auf Freispruch plädieren kann, auf mildere Umstände plädieren. Wir sind hier nicht in einem Gerichtsverfahren, und zwar unterscheidet sich die Verhandlung hier wesentlich dadurch, dass das Urteil nicht in diesen Sälen gesprochen wird, sondern das Urteil über den Tatbestand wird die Bevölkerung sprechen. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.)

Wenn ich nun zum Budget und zu den Bedeckungskontingenzen meiner Partei Stellung nehme, so verweise ich darauf, dass die Beratung, die wir hier pflegen, nicht eine ernsthafte Beratung eines Veranschlagtes ist. Was hier in diesem zusammengeschrunzten Heft geboten wird, ist vor allem heute längst nicht mehr wahr. Der Referent hat eine Masse von Dingen von denen man mit Bestimmtheit weiss, dass sie nicht vermieden werden können oder dass sie sogar schon willig sind, aus seinem Veranschlag ausgeschlossen damit er sein Plädoyer in der Weise schliessen kann, wie wir es eben gehört haben. Wir wissen, dass die Personalabbaue, welche den größten Teil des Budgets ausmachen, durch den Zwang der Umstände inzwischen bewilligt werden ist, noch sehr ansteigend werden. Das wurde gar nicht berücksichtigt. Es wurde vielfach damit gerechnet, dass mit den ganz minimalen Aufwendungen

welche z.B. für die Erhaltung der öffentlichen Strassen eingesetzt sind, keineswegs das Auslangen gefunden werden kann. Es sind das wirklich nur Hausnummern, wie man sich auszudrücken pflegt aber nicht wirkliche Ausgabenposten. Das Budget zeichnet sich dadurch aus, dass die Investitionen nahezu auf Null herabgesetzt sind es wird von einem Schulden überhaupt nicht mehr gesprochen auch von öffentlichen Anstalten ist keine Rede mehr es handelt sich nur mehr um ein Ausschlagen, Auflösen, Nichtermachen. Es werden nur mehr als Beuten auf der Schmelz und am Margarethenberg fortgesetzt, die erstens in einem ganz reduzierten Umfang der auf den Wohnungsmarkt nicht den geringsten Einfluss haben kann. Hinsichtlich derjenigen Investitionen die der Referent am Schluss genannt hat die schliesslich auf die Elektrizitätswerk und was damit zusammenhängt beziehen, möchten wir alle hoffen, dass sie der Stadt zum Vorteil gereichen. Freilich sind Hoffnungen auch in der Zeit keine Erfüllung.

Wenn nun der Referent von dem Defizit gesprochen hat, welches sich aus dem Budget ergibt, glaube ich, dass seine Ausführungen nicht ganz stichhaltig waren. Er hat gesagt, dass das Defizit mit 1.257 Millionen angesetzt ist, er hat uns aber glauben machen wollen dass wenn man allelei subtrahiert nicht viel übrigbleibe. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Erstens muss man diejenigen Belastungskosten die das Defizit zusammensetzen sehr ernst nehmen, man muss natürlich auch die Valutenschuld dabei durchaus ernst nehmen. Der Referent hat einen Verwurf gegen die frühere Majorität eingestreut wegen derjenigen Schulden die in fremder Währung während des Krieges aufgenommen worden sind nur hat er unterlassen zu sagen ob der Zweck zu denen die Schulden kontrahiert worden sind auf anderem Wege hätte erreicht werden können. Gewundert hat es mich, dass er schwerhörig hat das Anleihen in Markwährung aufgenommen wurden. Wir können keine Hoffnungen auf ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet lange Zeit bevor die volle Schwere der Niederlage zum Ausdruck gekommen ist mit Berechtigung hegen. (Zwischenrufe bei der Majorität) Sie haben in Öffentlichkeit in Unklaren gelassen über die Schwere und die Folgen einer Niederlage und darüber, dass wir wenn wir bestigt an Boden liegen, eine Erfüllung unserer Herzenswünsche nicht erhoffen können. (Neuerliche Zwischenrufe.)

Dass unsere Partei den Krieg verursacht habe glauben sie selber nicht. Die Geschichte der Monarchie sind gelenkt worden von einer kleinen Zahl von Personen, unter welchen die hohe Biederste eine wichtige Rolle spielt hat, bei welcher gerade Ihre Partei viel mehr Anklang gefunden hätte unsere. Eines gebe ich Ihnen zu, dass nachdem der Krieg zur Tatsache geworden ist jeder von uns seine Schuldigkeit getan hat. Dessen schämen wir ras nicht, denn für das Vaterland muss man Opfer

ringens (Beifall bei den Christlichsozialen, Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten) Wenn nicht jemand gefragt hat, so ist eingedrückt war, so sage ich ihm ja schon, auch eingedrückt. (Hofe: Und in sozialistischer Kriegesgeistesnacht.)

Im Budget welches mit einem Defizit von 1237 Millionen Kronen formell abschliesst, sind nicht einbezogen, nicht nur die Ausgaben von welchen wir wissen, dass sie gemacht werden müssen, sondern auch die Defizite der Unternehmungen die nicht unter 100 Millionen Kronen getragen werden. Dort wo man sich von den Unternehmungen ein aktives Resultat erwartet, vom Lagerhaus und Brauhaus, sind die betreffenden Posten als Aktivum in das Budget eingestellt, wo es aber zu Defiziten kommen wird, haben sie diese nicht eingesetzt und zwar deswegen, weil der Referent auf dem Standpunkte steht, dass die Unternehmungen ihre Defizite selber tragen müssen. Wenn sie diese aber doch nicht werden tragen können, bleiben selbstverständlich diese gewaltigen Defizite doch auf dem Stadtseckel und er belastet die Gesamtheit doch auch wieder. Es ist doch nur ein Men Kopf in den Sand stecken wenn man diese Defizite mit Schweigen übergeht. Wenn man die einzigen Aufwendungen die gemacht werden müssen und die Defizite in Rechnung stellt, ist es klar, dass es mit einem Defizit von 1237 Millionen nicht geschehen ist, sondern dass man etwaige 100 Millionen dazu rechnen muss. Das tue ich durchaus nicht und die Lage der Stadt schlechter darzustellen als sie ist. Schliesslich bleibt sie unsere Vaterstadt und wir haben ein gemeinsames Interesse daran, dass die Dinge nicht schlimmer aussehens als sie sind. Wenn aber die Budgetberatung keinerlei nicht zum Ausdruck. Das ist von den weitest tragenden Folgen. Wir müssen uns klar darüber sein, dass nicht nur die Glüte der Stadt sondern die Aufrechterhaltung der städtischen Gebahrung sich in absoluter Abhängigkeit von dem Geschicke der städtischen Finanzgebahrung befindet. Das ist bei der Bedenklichkeit in der sich die staatlichen Finanzen befinden, ein erheblich Gefahrenmoment. Die Zuflucht des Staates ist nichts anderes als die Notenpresse, und es gehört kein aussergewöhnlicher Scharfblick dazu, um zu erkennen, dass wir auf derschiefer Bahn, auf der sich der Staat befindet sehr bald am unteren Ende angelangt sein werden. Wenn das geschehen ist, ist infolge der Abhängigkeit von den staatlichen Finanzen auch das Schicksal unserer Stadt besiegelt.

Ich glaube das der Referent uns die Auskang schuldig geblieben ist, wie er die restliche halbe Milliarde, die noch offen bleibt, eigentlich bedecken will. Es heisst im Wege einer Kreditoperation. Ich wünsche der Stadt Wien weitaus den allerbesten Kredit, aber nach demjenigen was der Finanzreferent ins seinem gewissen Alarmpartikel gesagt hat, hat er sich selber den Weg der Kreditoperation ausserordentlich schwer gemacht. So sehr ich die Fähigkeiten des Herrn Finanzreferenten gelten lasse, sohat er sich doch in

zwei Dingen etwas verstiessen, Das einmal in der Rede in Zirkus Busch, allerdings vor den Wahlen, nund das zweitemal von aneren Sinn hat als eine Gewässernetz-erschung und Generalbeichte so muss man diese gründlich ablegen. Es ist auch nicht geschnaet mit den Lasten, welche der Gemeinle auf den neuen Krankenanstalten bis jetzt erwachsen. Der Referent sagt, dass dieses Gesetz in Wirksamkeit getreten sein wird, wird an dem Defizit des Jubiläumsspitales und von Stein Klamm auch der neue Fond teilnehmen und nach seiner Rechnung werden sich die Ziffern nicht erheblich ändern. Das ist eigentlich doch nichts mehr als eine blesse Vermutung. In Wirklichkeit müssen wir, wenn wir vorsichtige Hauswirte für die Stadt sein wollen, auch damit rechnen, dass ein Defizit zu dem bisher unbekanntem noch dazu tritt und daher eine Quelle der Mehrbelastung für die städtischen Finanzen werde.

Charakteristisch für die heutige Situation ist zunächst die Abhängigkeit in der sich das Budget der Gemeinde von den staatlichen Leistungen befindet. Jeder Mensch, der sich ernstlich mit den Finanzen der Stadt Wien abgibt, muss sich vollständig klar darüber sein, dass sich die Stadt Wien in eine zunehmende Abhängigkeit von den staatlichen Leitungen begibt. Das kommt in den un vorgelegten Elaboraten jetzt als er in einer für ihn allerdings sehr bedenklichen Weise das Wort bankrott als Finanzreferent in den Mund genommen hat. Ich wünsche dem Referenten sehr viel Glück, wenn es ihm gelingt den schweren Fehler den er durch diese Fern des Alarmrufes begangen hat wieder wettmachen zu können. Nun komme ich zu den sechs Steuervorlagen. Das dies in der jetzigen Situation eine Operation der allergefährlichsten Art sind, darüber wird sich niemand in diesem Saale täuschen. Dadurch, dass sie die Bevölkerung und insbesondere die Gewerbetreibenden einem konzentrischen Feuer aus verschiedenen Batterien aufsetzen unternehmen sie etwas, was mit einer Katastrophe für Wien enden kann. Der Herr Referent irrt sich, wenn er über die erwerbende Bevölkerung Wiens mit einigen höflichen Bemerkungen hinwegsehen will. Je mehr man Zwangsmassnahmen im wirtschaftlichen Leben einführt, die mit dem gesunden Menschenverstande im Widerspruch stehen umso mehr wird die Sorte der Spekulanten und Schieber prosperieren. Die Steuervorlagen zerfallen in zwei Kategorien, die einen sind Luxussteuern, die anderen sind Erwerbsteuern. Bezüglich der Luxussteuer sind wir mit ihnen ziemlich derselben Meinung. Gewiss sind sie wenn sie den übermässigen Gebrauch für die Wirtschaft nicht allzu schädlich. Aber es müssen sie betreffenden Steuergesetze so gefasst sein, dass sie wirklich nur den Luxus treffen und jenes Schützen, die keinen Luxus treiben. Von

den Luxussteuern betrifft eine das Gast und Schankgewerbe. Soferne sie von den Luxuslokalen die Bars und Nachtlokale angehen sind sie ganz richtig. Aber an der Vorlage ist nur anzusetzen, dass keine genügende Garantie geboten wird, dass wirklich nur diese Luxuslokale getroffen werden. Die Hausgehaltsteuer hat auch ihre Berechtigungen. Aber man sollte allerdings bei der Abgrenzung auf die Anzahl der Familienmitglieder Krankheitsfälle und andere Umstände Rücksicht nehmen. Auch die Mietaufwandsteuer sollte eine Luxusabgabe sein. Wenn es sich dabei um eine erhöhte Heranziehung der luxuriösen Wohnungen handeln würde, würde ich es in jeder Beziehung richtig halten, freilich wird die Anzahl dieser Fälle immer geringer, weil im Wege der Wohnungsanforderung die entbehrlichen Wohnräume ohne hin der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Aber das ist ja nur zum geringsten Teil die wirkliche Natur dieser Steuer alles ist mehr oder weniger Erwerbsteuer. Die Erwerbsunternehmungen haben sie zum gemeinsamen Objekte eines ganzen Zumes von Steuern gemacht und erwarten sich daraus einen günstigen finanziellen Erfolg. Sie tun dies zu einer Zeit, wo in der Nationalversammlung die Erwerbsteuer herabgesetzt wurde, mit Rücksicht auf die Verringerung des Geläwertes. Gleichzeitig erhöhen sie hier die Erwerbsteuer einseitig in unerhörter Weise. Es ist ein schweres Verkömmiss damit dass eine Steuer hier einführen will gewissermassen verstecken spielt und den hohen Faktor der Gesetzgebung die Nationalversammlung nicht rechtzeitig informiert was man hier vor hat. Eine Erwerbsteuer die die Erwerbunternehmungen nur nach Massgabe ihres Mietzinses belastet, ist einseitig weil nur die Tragfähigkeit derselben die Miete allein nicht massgebend ist. Wir haben uns im Ausschusse bemüht eine Erwerbsteuer herbeizuführen, aber es war ganz vergeblich. Reichskonferenz der Landes- und Bezirksschulinspektoren Oesterreichs. Eine Rundgebung für die Schulreform und die Staatschule. In Traiskirchen fand in den ersten vier Tagen die erste Reichskonferenz der Landes- und Bezirksschulinspektoren Oesterreichs statt. Der Leiter des Unterrichtsamtes, Unterstaatssekretär Otto Glöckel, eröffnete, von der Versammlung stürmisch begrüsst, die Beratungen, welche sich ausschliesslich mit Themen der Schulreform beschäftigten. Aus den Wechselreden ergab sich, dass die Lehrerschaft ganz Oesterreichs entschlossen ist, die Schulreform durchzuführen. Schwierigkeiten ergaben sich in der Landesschulbezirke durch die noch bestehenden Einrichtungen der Schulbesuchserleichterungen, deren Aufhebung allseitig gefordert wurde. Auch zur Frage „Verstaatlichung oder Verländerung des Schulwesens“ nahm die Konferenz Stellung. Mit 125 gegen 8 Stimmen wurde folgender Antrag angenommen: Die Reichskonferenz der Landes- und Bezirksschulinspektoren Oesterreichs spricht sich für die

Staatschule und die Einheitslichkeit der Schulaufgabe aus. Die Beratungen haben ihren Zweck erreicht, aber die praktische Durchführung der Schulreform aufzuklären. Nach Schluss der Beratungen traten die Mitglieder der Reformkommission zu einer Sitzung zusammen, um auf Grund der in der Reichskonferenz gegebenen Anregungen und der eingehenden Berichte der Bezirksschulinspektoren die endgültige Passung der Lehrpläne vorzubereiten.

Reichskongress: Im Gemeinderat sprach Referent GR. Preissner 7. Dogen, 1. Spalte, 5. Zeile von unten ist nach dem Wort „1913“ einzufügen „also in sechs Jahren.“ Eine Erwerbsteuer anderer Art ist für die sogenannte Fürsorgesteuer. Einseitig nach der Höhe der ausgezahlten Löhne. Der Herr Referent schmeichelt sich damit, dass er sich mit 2 % sehr bescheiden gehalten habe. Er hat uns versichert, dass es unzulänglich 10 % nehmen wollte. Aber ausser der Höhe ist

diese Steuer aus einem andern Grunde geradezu mahnsinnig zu nehmen sie erzwingt nämlich jeden Gewerbeunternehmer sich mit einer neuen Stelle wegen Auszahlung seines Personales auseinanderzusetzen. Sie wollen dass sich 127-000 Unternehmer allmählich in Wien mit dem Magistrate bezüglich der Lehnziffern ins Einvernehmen setzen. Einige gresse Unternehmen werden dies tun können, den andern 100-000 muten sie etwas unmögliches zu. Wenn Sie sich einen Rest von Besonnenheit bewahrt haben, würden Sie diese Verlage einer Revision unterziehen.

Eine Erwerbsteuer besonderer Art ist die, die Sie von den Konzessionen einheben. Dies ist auch eine Unmöglichkeit. Ich würde mich vielleicht bezüglich der ersten zwei Klassen nicht stark erheben, aber in den unteren Klassen eine kleine Konzession mit 500 K neuen Steuern zu den alten belasten ist eine reine Unmöglichkeit. Eine richtige Steuer, eigentlich Gebühr, ist jene bei Uebertragungen von Konzessionen.

Und nun die Erhöhung der Umlage auf 300 %. Das ist ebenso wie die Mietaufwandsteuer der eigentlich Sitz des Unsinn. Sie eröffnen damit einen Kampf mit jedem Einzelnen, der den Steuerbehörden eine unmögliche Aufgabe zuweist. Was hier geplant ist, kann nicht durchgeführt werden. Die Erwerbsteuer war bisher immer noch dadurch erträglich, weil sie kontingentiert war. Aber geradezu zum Unsinn wird es, wenn mit der Abschaffung der Kontingentierung die städtischen Umlagen noch mit 300 % festgesetzt werden. Wundern Sie sich nicht, wenn Sie mit solchen Massnahmen den einmütigen Widerstand aller Gewerbetreibenden hervorrufen. Sie können nicht gegen die haßbehaftete Welt gleichzeitig Krieg führen, das ist nur die ungeschickteste Art, die Volkswirtschaft umzubringen. Dass Sie keine bessere Art des Abganges finden, wundert mich. Was Sie tun ist entweder Unbesonnenheit oder Wahnsinniger Hass gegen alles Bestehende oder Verbissenheit in Ihren Parteikreisen, wegen der die Früchte zu ernten haben werden.

Wenn Sie sagen, dass wir, wenn wir für diese Steuern nicht sind, gegen die Erhöhung der Beamtengelalte sind, so glaubt Ihnen das doch Niemand. Da wir die Minderheit hier bilden und Sie allein alles beschliessen können, was sie beschliessen wollen, brauchen Sie unsere Stimmen nicht, und es wäre für uns nichts einfacher, als von vornherein zu sagen, wir werden gegen jede Abgabe stimmen, wir werden uns auf jene Rolle beschränken, die Sie früher in diesem Saale gespielt haben. Aber wir haben diesen Weg nicht betreten und haben uns jetzt neuerlich vor Augen gehalten, in welcher Lage die Stadt Wien sich befindet. Wir haben gesagt, sie können in ihrer Mehrheit beschliessen, was sie wollen aber eine gewisse

Mitwirkung an den Problemen die die Stadt Wien um ihr Wohl bei der Gemeinde, war eine ausserordentliche Ungleichheit. treffen versagen wir nicht- Was ist darauf geschehen? Man hat uns 8 Tage ohne Antwort gelassen und hat uns dann gesagt, was sie beschliessen haben. Zu Beratungen haben sie uns nicht herangezogen. Es hätte eine gewisse Rückwirkung gehabt, wenn man gesehen hätte, dass sich die Verwaltung bestimmt und die Mitbüsser aller heranzieht. Einer solchen Partei gegenüber belibt nur eine Konsequenz, sie haben es ja so gewollt, sie glauben, dass sie es allein verstehen also haben sie ihren Willen machen sie sich die Sachen ganz allein.

Der Herr Referent hat gesagt, dass nicht allein die Sozialdemokratie schuld sei an der Situation in der wir uns befinden. Ich gehe ihnen darum ohne weiters zu, dass sie die Situation mit Absicht nicht herbeigeführt haben. Aber wie stellt sich das Bild ihrer Verwaltung dar. Mit ihrer grossen Majorität haben sie die Möglichkeit gehabt die Stadt zu repräsentieren. Aber wieist das geschehen? Unter ihrer Verwaltung fällt die leider weitgehende Entfremdung der Stadt Wien von den Ländern. Sie führen eine Politik, die uns nach Aussen hin kompromittiert. Sie schreiben zwar immer Anschluss an Deutschland in Wirklichkeit wollen sie den Anschluss an das bolschewistische Russland. Sie führen insbesondere Ungarn gegenüber eine Politik die eine andere Deutung nicht mehr zulässt. Wenn das die in Wien herrschende Partei tut, sehen sie nicht welche Masse von Verantwortung sie auf sich laden, wehin sie unsere Vaterstadt führen. Die Probleme von denen das Gedeihen ja die Fortführung der Geschäfte der Gemeinde Wien abhängig ist, sind eigentlich im Wesentlichen Probleme der Personalbehandlung. Nach ihren Reden hätte man allerdings annehmen müssen, dass es ihnen gelingt diese Dinge zu meistern. Sie haben aber vollständig versagt. Ich würde wünschen, dass es gelingt, eine wirkliche demokratische Regierung herbeizuführen. Ich bin auch dafür dass die Arbeitereinteressen in jeder Beziehung gewahrt werden. Aber wenn sie die Arbeitereinteressen mit ihrer Parteipolitik und mit revolutionären Kampfideen verknüpfen, dann ruinieren sie alles und schädigen nur die Arbeitermelkt am aller-meisten.

Sie müssen dafür sorgen, dass möglichst viel Getreide hereinkommt. Das kann nur geschehen, wenn eine Wirtschaft entwickelt wird, die sich mit den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Lande vereinbart. Sie aber wollen versperren den Osten wollen Krieg mit Ungarn führen und mit den Bauern- Das ist ein Wahnsinn. Unsere Zukunft beruht nicht auf der Gewalt sondern auf der Idee des Zusammenwirkens. Aber die Wirtschaft die sie im herrigen Jahre geführt haben, hat uns nicht überzeugen können. Die Politik sowohl im Staate als im

Die Verwaltungsreform ist auch kein Ruhmestitel für die Verwaltung. Es hat sich in diesen wenigen Wochen gezeigt, dass die Arbeit in den Ausschüssen nicht eine wirkliche Mitarbeit der Gemeinderäte ist, es ist eine kleine Zahl der Oligarchen in ihrem Kreise alles ausmachen die die Geschicke der Städte bestimmt. Die Beratungen des Stadtsenates waren auch nicht so wie sie sein sollten. Mit einem Werte der Rückblick lässt sich auf einige wenige Werte zusammenfassen: schlechte Verwaltung unerträgliche Steuern und ein Zusammenbruch auf der ganzen Linie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen beizts.)

Gem. R. Retter. In Strassburg sind im Jahre 1903 die Sozialdemokraten ans Ruder gekommen. Nach einer kurzen Zeit haben sie dasselbe gemacht, was Sie gemacht haben. Die Steuern erhöht, eine Schuldenlast angesammelt und nach Verlauf eines Jahres hatten sie schon mehr Schulden als das Reichsland Elsas Lothringen von 1870 - 1905.

Das jetzige Budget und die jetzige Zeit gibt uns Anlass zurückzublicken auf die Zeit vor 25 Jahren. Viele von Ihnen waren damals natürlich noch nicht in Wien. Aber denken wir zurück was geschehen ist von 1895 - 1914. Was wir in dieser Zeit in mühevoller Arbeit aufgebaut haben, haben sie in einem Jahre zerstört. Die liberalen haben die Werte einverleibt und aus Wien eine ~~grosse Stadt~~ gemacht, aber Wien war noch immer

keine Weltstadt. Die meisten Strassen waren noch nicht gepflastert wir hatten fast keine Gartenanlagen, das Gas war im Besitze der Engländer die Pferdebahn im Besitze eines Kapitalisten und die Gemeindefinanzen waren in Unordnung. Unnötig zu sagen haben wir obwohl wir eine ungeordnete Finanzlage unternommen die Steuern und Umlagen nicht erhöht. Lueger hat Wien zu einer Weltstadt gemacht ohne Belastung der Bevölkerung. Die grossen Unternehmungen haben uns in die Lage versetzt, durch 20 Jahre keine Umlagen-erhöhung vorzunehmen.

Redner wirft in weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Frage auf, was mit den grossen Lebensmittelvorräten geschehen ist, die Egn. Dr. Weiskirchner den Egn. Rousann als eisernen Vorrat übergeben hat, und fährt dann fort: Der Finanzreferent sagt die Finanzlage der Stadt ist infolge des Krieges so schlecht. Gewiss spielen diese eine Rolle, aber diese traurige finanzielle Lage ist hauptsächlich eine Folge der Zertrümmerung Oesterreichs. Agg. Ellenbogen hat seiner Freude Ausdruck gegeben, dass Oesterreich auf dem Schindanger verreckt ist, hat aber vergessen zu sagen, dass Wien „mitverreckt“ ist. Es war ein Verbrechen von Ihnen, dass Sie gemeinsam mit den hochverräterischen Tschechen auf die Niederlage und die Zertrümmerung Oesterreichs

hingearbeitet haben. Eine weitere Ursache der unheilvollen Finanzlage der Stadt Wien ist ihre unglückselige Lohnpolitik, die Sie nur nach dem Gesichtspunkte des Klassenkampfes aufweisen. Es ist Ihnen gelungen, die städtischen Unternehmungen die 20 Jahre ein glanzvolles Ergebnis hatten in einem Jahre zu ruinieren. Sie haben durch ihre Preispolitik der unglückseligen Bevölkerung innerhalb eines Jahres 3 Milliarden herabgerissen. Ausserdem Lohnpolitik ist auch die Desorganisation an dem Defizit der Unternehmungen schuld. Ich will da nicht die Dir...

toran und die leitenden Beamten beschnitten, denn diese sind machtlos und missen frohen, was unvorantwärtliche Punkte waren.
Redner geht dann auf die einzelnen Unternehmungen über, zielt aber dann vornehmlich auf die Sozialdemokraten gegen die christlichsozialen Verwaltungsbeamten wegen der Errichtung der Casernte und betont, dass diese bei 111 Millionen einen Jahresertrags von 6-7 Millionen unter christlichsozialer Verwaltung ergeben haben, während sie unter der sozialdemokratischen Herrschaft obwohl der Bevölkerung im Laufe eines Jahres 3000 Millionen Kronen für Gaspreise kr...

ausgepresst wurden ungeheuer passiv geworden sind. Dasselbe ist bei den Elektrizitätswerken trotz einer 10 und 20fachen Erhöhung der Tarife der Fall.

Auch das Ellingsdorfer Bergwerk, welches vom sozialdemokratischen Gemeinderat Skaret als ein ^{Berg} Dreckswerk bezeichnet wurde, wurde von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung errichtet und liefert täglich 220 Waggons Kohle. Durch den unglücklichen Boykott gegen Ungarn bekommen wir allerdings nur 20 Waggons. Die Sozialdemokraten wollten Ungarn boykottieren, sie boykottieren aber uns. 100 Waggons der Kohle verfeuern die nährischen Staatsbahnen und der ~~entfährn~~ Stadtrat hat gesagt, wir regressieren uns an den 4 - 500 Waggons Kohle, die für Ungarn in Strasshof stehen. Es sollen aber schon einige Waggons verdunstet sein. Wenn wir uns auch an diese Kohle rekrutieren, wo müssen wir dann doch die Preisdifferenz zahlen, die mehrere Millionen betragen wird. Wir müssen jetzt täglich 50 - 60 Waggons nach Ebenfurth hinaus-schicken damit das Werk nicht stillsteht. Diese Kohle hätten wir uns als Wintervorrat aufsparen können. Beim Ybbsthaler Kohlenbergwerk bedrängt Redner, die Art der Durchführung der Arbeiten und den Mangel an Unterkünften. Er bespricht dann die Strassenbahn nicht einen Vergleich zwischen den Tarifen unter ~~den~~ christlichsozialer und sozialdemokratischer Verwaltung bemerkt, dass man gerade bei der Strassenbahn die Wirkungen der unglücklichen Lohnpolitik der Gemeinderatsmehrheit sehr ~~den~~ Personalregion von 75 % halte beim Unternehmen aus. Bei steigenden Ausgaben, sei eine bedeutende Frequenzabnahme feststellen. Er reht an, dass die Vorwerkkaufkarten auch von den Schaffner blockweise verkauft werden wollen, um die eigenen Verkaufshütten zu ersparen. Die Tarife der mit Autobusse seien so hoch, dass sie nur Schieber benutzen können, so dass die Frequenz auf 40 % gesunken sei. Er bezeichnet die Ausgestaltung der Lagerhäuser als eine Grostat der christlichsozialen Partei und bemerkt weiter, dass das Brauhaus durch lange Jahre ein Preisregulator gewesen sei. Er freue sich über den Reingewinn, doch erscheine ihm ein solcher von 30 % des Umsatzes doch etwas zu hoch.

Redner weist weiter darauf hin, dass die städtische Leichenbestattung als Preisregulator gewirkt hat auf die anderen Leichenbestattungsunternehmen, dass sie immer ein ^{Ertr}gebnis abgeworfen hat, jetzt aber ein Defizit hat, während die privaten Leichenbestattungen existieren können. Ja die privaten Leichenbestattungen hätten sich sogar bereit erklärt, die städtische Leichenbestattung zu übernehmen und der Gemeinde jährlich noch 800.000 K abzuliefern.

Im Budget sei keine Fest für Schulbauten, Strassenbauten etc. enthalten, dafür sei aber eine Fest für die Errichtung eines Krematoriums darinnen. Diese Fest sei wohl auch nur eine Juxpest.

Was die Verwaltung im allgemeinen anlangt, so sei im Budget für 1917/18 ein Betrag von 23 Millionen Kronen, für das Jahr 1919/20 126 Millionen Kronen und für das Jahr 1920/21 290 Millionen Kronen eingebracht gewesen, heuer also zehnmal so viel als im Vorjahre. Redner bespricht weiter die einzelnen Posten der allgemeinen Verwaltung und im besonderen die Posten für die städtischen Sammlungen, für die Büchereinkäufe, für das städtische Museum, für das Haydnmuseum, für das Schubertmuseum, die er alle als lächerlich gering bezeichnet.

Redner fragt was die Durchzugsgebühr und die Einquartierungsgebühr im Budget zu tun habe, da wir doch kein Militär mehr haben.

Die Verlage nennt Redner ein Dokument des Haagen gegen den Mittel- und Gewerbestand, das eine ungeheure Belastung der Bevölkerung auferlegt und eine neue Teuerungswelle auslösen wird. Die Verlage nimmt keine Rücksicht auf das bedienstete Gewerbe, sondern geht von dem Standpunkt aus, dass sich die Gewerbetreibenden im Kriege alle bereichern haben.

Redner sagt auch, dass die Gemeinde nicht das Recht hat, Gesetze zu beschliessen, sondern dass sie nur Umlagen festsetzen könne; sie könne daher auch keine Steuern beschliessen und bespricht nun die einzelnen Steuerverlagen, die er in abfälliger Weise kritisiert. Bei der Mietaufwandsteuer wären alle Mieter entsprechender Weise zu einer Abgabe heranzuziehen. Die Hausherrn werden es ablehnen, diese Steuer für die Gemeinde einzukassieren. Die Besteuerung der Werkstätten und Geschäftslokale sei unsozial. Die Mietzinssteuer müsse überwältigt werden, was die Bevölkerung nicht mehr wird ertragen können. Die Folge davon wird eine Abwanderung von Wien sein. Die Steuer für die öffentliche Fürsorge nennt Redner eine Besoldungsteuer, die der Staat abgeschafft habe. Bei der Steuer für die Luxuslokale werde den Gewerbetreibenden der Rekursweg zum Verwaltungsgerichtshof verweigert. Bei der Steuer für die konzessionierten Gewerbe anlangend, erklärt Redner, dass die Konzession keine Begünstigung sondern ein Vertrauen bedeute und dass die Gefahr bestehe, dass einzelne Gewerbe, wie z. B. das Hotelgewerbe schon so mit Steuern überlastet sind, dass sie durch die neuerliche Steuerbelastung dem Ruin zugeführt werden. Die Steuerbehörden können ihren Steuererhöhungen gar nicht mehr nachkommen; Sie müssen neue Steuerarten, aber

auch gleich die Armehäuser vermehren. Ihr Ziel ist die systematische Ausrottung des bediensteten Wienertums; die Schieber und Schleichhändler, die in den Kaffeehäusern die Hundertmillionengeschäfte machen, treffen Sie nicht Sie ruinieren bewusst einen großen Teil der Wiener Bevölkerung, und wenn Sie sich auf die schlechten Verhältnisse ausreden, so ist das nicht richtig. Nur Ihre Wirtschaftspolitik ist schuld, dass Sie in diese Lage gekommen sind. Wir können für diese Verlagen nicht stimmen (Beifall bei den Christl. soz.)

G. G. R. Weber (Soz. Dem.): Herr G. R. Dr. Kienböck meinte er befinde sich auf der Richterbank, in Wahrheit waren aber seine Ausführungen nichts als eine einzige Anklage gegen seine Partei und jenes System, welches die Christlichsozialen verteidigen. Es wurde zu beweisen versucht, dass an unserem tieftraurigen finanziellen und wirtschaftlichen Zustand nicht der Krieg schuld sei, sondern lediglich der Zusammenbruch und die schlechte Verwaltung der Sozialdemokratie. Es ist wahr, dass unsere wirtschaftliche Notlage durch den Zerfall des alten Staates ganz außerordentlich vergrößert wurde und ein Aufstieg nicht nur ungeheuer erschwert, sondern vielleicht ausgeschlossen ist, wenn wir nicht bald an ein größeres Wirtschaftsgebiet angeschlossen werden. Aber die Ursache mit der Wirkung zu verwechseln, ist

stark. Der Zusammenbruch des alten Staates und damit die dieser traurigen Ueberreste war eben nur möglich, weil der Staat gewissenlos in einen Krieg hineingetrieben wurde, den er nicht hätte führen brauchen. Er wurde nicht etwa nur von den Habsburgern und ihren Nutznießern hineingetrieben, sondern von den horreckenden Klassen, dem kapitalistischen Bürgertum, welches das Rückgrat der inneren und äusseren Politik des alten Staates gewesen sind. Der Krieg war nur möglich unter der unglückseligen Handelspolitik, an der sehr hervorragende Persönlichkeiten Ihrer Partei wie ~~der~~ Bürgermeister Dr. Weiskirchner als Handelsminister aktiv mitgewirkt haben. Die Politik, die die Christlichsozialen in Städten und auf dem Lande im Verein mit der damals noch ~~den~~ ungarischen genannt ~~genannt~~ genannt haben, war es, die vollends in den Abgrund gestürzt hat. Dass man selbstverständlich die schwere Abrechnung bekommen ist, ist nur allzu begreiflich. Wenn Dr. Kienböck eingewendet hat, dass die christlichsoziale Partei eigentlich nicht für den Krieg war, dass sie immer eingetreten ist, dass er abgeschlossen wird, möchten wir dagegen halten die Politik, die man in den bürgerlichen Zeitungen verfolgt hat an der Spitze neben den jüdischen Neuen Freien Presse in der Reichspest und die in den Versammlungsreden seit dem Jahre 1908 bis zur Ueberreichung des Ultimatus festgehalten ist. Es war ein Schrei durch die ganze christlichsoziale bürgerliche Presse nach dem Krieg, also

ein Schrei nach dieser Katastrophe. Als nun das Verhängnis durch diese unglückselige Politik seinen Lauf genommen hat und der Krieg ausgebrochen war, da waren es wir Sozialdemokraten, die wir unausgesetzt vom ersten Tag an gerufen haben, Frieden um jeden Preis. Weil wir diesen Frieden um jeden Preis gefordert haben, waren es es wieder Sie, die uns des Volksverrates bezichtigt haben. Sie haben die berühmte Durchhaltepolitik gepredigt, die uns um den letzten Rest unserer Ersparnisse gebracht hat, die uns den U-Bestkrieg und damit den Krieg mit der letzten Grossmacht, mit den Amerikanern gebracht hat. War haben dagegen mit aller Energie Stellung genommen, aber unsere Kraft hat nicht ausgereicht, weil die sogenannten öffentliche Meinung, die das Bürgertum mit seiner Presse und mit den Versammlungsreden ganscht hat, haranguiert und in einen Blutrausch hineingestossen war. Nachdem seit Wochen der Kriege getobt hat und ich als Verwundeter zurückgekommen bin, sah ich noch die Demonstrationen der Christlichsozialen Partei mit flatternden Fahnen und Musikkapellen, wie sie den Sieg verhimmeln haben. Das sollten eigentlich Trauerszüge gewesen sein, für die Hunderttausende, die durch den Krieg zugrunde gerichtet wurden. Zu dieser Zeit war es klar, dass wir den Krieg gegen die ganze Welt nicht führen können, sondern unterliegen müssen. Nachdem allen zum Bewusstsein gekommen ist, dass wir nun mit den Menschen fertig sind, dass durch Requisitionen alles herausgeholt werden war, was an Vorräten in den einzelnen Wirtschaften noch vorhanden war, haben Sie noch immer nicht den Mut aufgebracht, Ihre Macht für die Rettung dessen einzusetzen, was noch zur Verfügung stand. Ich erinnere Sie an die Friedensverhandlungen von Brest-Litewsk und Bukarest. Sie haben geredet von dem sogenannten ehrenvollen Frieden, von dem sogenannten Brotfrieden, Ihre Parteimänner waren es, die Czernin am Nordbahnhof erwartet haben, der jenes schmähliche Machwerk eines Friedensvertrages in Brest-Litewsk ausgearbeitet hat und der die Ursache war, dass das Verhängnis weiter seinen Lauf nahm. Dass unter solchen Umständen der Staat zusammenbrechen musste, ist klar. Er ist nicht zusammengebrochen, weil die Tschechen gekniet haben, er ist nicht zusammengebrochen, weil etwa die Generalität mit dem ganzen Offizierstab nicht mehr in der Lage war mit brutalen Mitteln die Disziplin aufrecht zu erhalten, sondern er ist zusammengebrochen infolge der Durchhaltepolitik, weil die Soldaten aus Ermattung und vor Hunger nicht mehr weiterkämpfen konnten. Wann Sie die Dinge betrachtet haben, wissen Sie, wer am Zusammenbruche eigentlich schuld ist.

Jetzt ist die sogenannte schmerzhafteste Viertelstunde gekommen. Der Krieg ist aus und jetzt müssen die Folgen des Krie-

ges liquidiert werden. Dass wir dieses traurige Erbe haben ist eine logische Folge des Zusammenbruchs und der Revolution. Sie freuen sich tief innerlich, dass Sie bei den vorigen Wahlen in die Minderheit gekommen sind. Es wäre Ihnen sehr unangenehm, wenn Sie diesen Staat und diese Stadt übernehmen müssten, weil Sie sonst beweisen müssten, dass Sie es könnten. Das, was in Ungarn möglich ist, ist in diesem Staate und in dieser Stadt zur Unmöglichkeit geworden, weil durch Jahrzehnte lange Arbeit der Sozialdemokratie dafür gerügt wurde, dass die Massen klassenbewusst sind. Sie sehr freuen Sie sich, dass Sie nicht die Mehrheit haben, weil Sie sonst schon lange zusammengebrochen wären. Und wenn wir nicht zusammengebrochen sind, Sie haben wir das nicht den Bürgern dieser Stadt und dieses Staates zu danken, sondern der Arbeiterklasse. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Da nun das Zahlen beginnt und dass Sie nun mit anderen Methoden arbeiten als früher, das ist bei Ihnen selbstverständlich. Sie haben salnerzeit vom Klassenstandpunkte aus dasselbe gemacht gemacht, wie wir heute, nur haben Sie das Bürgertum von den Lasten freigelassen. Sie haben heute viel über die Eingewerbtreibenden geredet. Sie haben sich darüber entrüstet, dass die Gewerbetreibenden dutzendweise zugrunde gehen werden. Der Referent hat gesagt, dass die Steuern eine ausserordentliche Belastung sind und wir wissen, dass durch diese Steuern eine ganze Reihe von Unternehmungen vielleicht bis hart an die Grenze ihres Bestandes gebracht werden. Aber während des Krieges sind Tausende von Gewerbetreibenden vor Ihren Augen zugrunde gegangen, wegen Sie keinen Einspruch erheben haben. Wir haben es hinausgeschrien, dass der Krieg, dass der Krieg die Existenzen in den Abgrund stösst. Da muss man nun ihre Liebe zu den Gewerbetreibenden, die Sie jetzt entdecken, werkwürdig finden, wenn Sie das nicht den Mut aufgebracht haben, für die Gewerbetreibenden im Kriege zu sprechen. Wenn wir auch den Friedensvertrag haben, so geht der Krieg heute mit anderen Mitteln eben so lange fort, bis der notwendige wirtschaftliche Ausgleich zustandegkommen sein wird. Das vermögen wir aber von der Stadt aus nicht, in der nur kranke Menschen leben und die die Kinder zu Zehntausenden ins Ausland schicken muss, die wir nicht ernähren können, weil jene Schichten, die zu Ihrer Partei zählen, so kartharische Kapitalisten sind (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wenn gemeint und gesagt wird, dass wir durch unsere Politik und durch unser Aussprechen dessen, was wahr ist, das Ansehen der Stadt und des Staates im Auslande herabsetzen, so kann ich Ihnen sagen, dass Niemand die Stadt mehr herabsetzt in Ihrem Ansehen als die Politik der Christlichsozialen in der

Gemeinde und im dem anderen Hause drüben. Wer soll zu uns noch Vertrauen haben, wenn die Sendboten der christlichsozialen Partei von Dorf zu Dorf gehen und bewusst die Unwahrheit sagen, dass wir das Geld der Stadt vergeuden und dass wir Löhne für wenig und für rechte Arbeit zahlen. Wir haben zur Verminderung des Verbruchs nichts beigetragen und gerade das Gemeindegeld in Ordnung zu bringen, das ist etwas, was das Vertrauen wieder in die Höhe bringen kann.

Über die Anschlusspropaganda ist leicht zu lachen. Ich erinnere Sie aber an die Politik der Christlichsozialen und Klerikalen, die zuerst versteckt, aber dann immer offener gegen den Anschluss an Deutschland gewühlt haben und noch wählen. Das Ziel dieser Politik ist doch sehr durchsichtig. Glauben Sie ja nicht, dass die Volksmassen so dumm sind und nicht wissen, dass Sie eine Monarchie im Westentaschenformat aufrichten wollen. Sie hoffen, dass irgendein Habsburger wieder ins Land kommt. Sie wollen auf dem Wege über die Verzweiflung der Volksmassen zur Diktatur kommen, zur Diktatur des Galgens und Arrestes (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Auch der gestrige Streik ist eine Sache, an der Sie mitschuldig sind. Denn Sie waren es, die Sie jede organisatorische Entwicklung der städtischen Angestellten unterbunden haben, Sie haben verhindert, dass diese zu jederzeit das Mögliche erkennen. Wenn Sie mit 600 bis 800 Kronen in der Woche mit Ihrer Familie leben sollen, dann versuchen Sie es. Und wenn Sie von Ungarn reden, dann möchte ich Sie fragen, warum bekommen wir denn das Getreide nicht von unseren Bauern, unseren Volksgenossen. Sie haben es durch Ihre Politik so weit gebracht, dass wir von den Lebensmitteln aus dem Inlande für die breiten Massen der Bevölkerung nichts bekommen.

Und wenn von Ihrer Seite so sehr gegen die Gemeindeverwaltung und gegen das Budget Stellung genommen wird, so muss ich Sie wieder fragen, was denn Sie gemacht haben. Sie haben die Ringstrasse und die vrenahmen Viertel in der Stadt den Reichen kergerichtet, aber für die Massen haben sie nicht gesorgt. Reden Sie nur von dem dem, was Sie nicht getan haben.

Der Krieg hat eben dazu geführt, dass es der Gemeinde so geht, wie jedem Unternehmer, dass er naturgemäß ein Defizit hat. Aber Sie haben wohl keine Berechtigung zu einer solchen Kritik. Unsere Politik kann und wird uns nicht irritieren, ebenso nicht wie die Massen, die das ja im Verjahre aussprechen haben und es auch im Herbst wieder aussprechen werden. Die breiten Massen des Volkes haben nicht vergessen, was sie Ihnen zu danken haben: dass hier in dieser Stadt einzelne Menschen des kapitalistischen Bürgertum, vertreten durch die

Christlichsozialen und deutschnationale Partei, guttun haben.
Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen.

zu Ausgehen

Kinder aus Horwagan Samstag, den 3. August, um 9 Uhr vormittags kommt der dritte Horwagan Kindertransport am Nordwestbahnhof an. Die Ausgabe der für die Kinder bestimmten Pakete erfolgte nicht. Bahnst. Sonntag, den 3. August im Bezirksgericht 20. Bezirk, Danubierstr. 37 von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 6 Uhr. Legationspapiere (Einkaufsschein etc.) mitbringen.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z

Sitzung vom 30. Juli 1920

Fortsetzung der Generaldebatte über den Voranschlag

O. R. Brayer (Christlichsozial) Meint der Voranschlag eine getreue Widerspiegelung der Art und Weise, wie die Gemeinderatsmehrheit die Gemeinderatsverwaltung auffasst. Der Referent habe unweicht, wenn er sagt, dass die Wirtschaft in einer Gemeinde kein Verwaltungsproblem ist. In diesem Sinne hätte die Mehrheit keine Verwaltungsreform einführen brauchen, wodurch sie beweisen wollte, dass die Wirtschaft in der Gemeinde doch ein Verwaltungsproblem ist. Behauptungen über diese Verwaltungsreform ja nicht, was der vorliegende Voranschlag deutlich beweist. Der Referent habe auch gesagt, dass der Krieg, die Umwälzung und der nichterfolgte Anschluss an Deutschland an den Verhältnissen in dieser Stadt schuld sind. Er hat auch gesagt, dass der Anschluss zu nichte gemacht worden ist und hat dafür unserer Partei den Vorwurf gemacht. Wenn man aber die wahre Ursache erfahren wollte, so müsse man die Gröszen der sozialdemokratischen Partei fragen, denn der Anschluss sei an der unglückseligen Politik der sozialdemokratischen Machtergreifer Dre Bauer gescheitert. Der Referent habe auch begründen wollen, warum in dem Voranschlag eine ganze Reihe von Abgaben und Steuern vorgesehen sind. Er hat auf das grosse Elend der Bevölkerung hingewiesen, er hat gesagt, dass in dem Versorgungskomitee 600 Personen auf der Erde liegen. Das ist richtig, aber wenn die Politik auf dem Gebiete der Verwaltung so weiter geht, wie sie jetzt geübt wird, weitergeführt wird, dann werden nicht 600 Personen auf der Erde liegen, sondern es werden die grossen Massen der Bevölkerung in Rücksicht des Standes unter der Erde liegen. Der Referent hat auch gesagt, dass die Lasten und Abgaben der Bevölkerung nicht leicht werden ertragen können. Ich sage, dass auch die Beamten, die Arbeiter und Arbeiter auf alle Dauer nicht in der Lage sein werden, alle diese Lasten zu tragen, die ihnen in jeder Gemeinderatsitzung auferlegt werden. Die ganze Politik, die es sich um wirtschaftliche

ge, Steuerfrage, oder Lehnanliegenheiten handelt, ist eine solche, dass sie nicht in der Lage ist, die grosse Gemeinde in die Höhe zu bringen, oder zu retten. Sie wird durch ein solches Dünnegetriebe an den Abgrund gebracht.

Es muss konstatiert werden, dass die derzeitige Mehrheit gleich beim Antritt ihrer Herrschaft erklärt hat, dass sie eine bedeutende Verwaltungsreform für die Gemeinde und den Magistrat durchführen würde. Diese ist in einer Art gemacht worden, die unüberlegt war und unter der wir leiden. Statt der Verwaltungsreform hätte die Mehrheit auch andere Sorgen gehabt. Aber die Kontrolle der öffentlichen Stadträte wäre ihnen unangenehm und aus diesem Grunde haben sie die überreife Reform der Gemeindeverwaltung vorgenommen. Sie haben an Stelle des Stadtrates ein Stadtsenat und erst haben die 8 amtierenden Stadträte. Mit diesen wurden neben dem jeweiligen Bürgermeister 8 Nebenbürgermeister errichtet, die in ihrem Ressort schalten und walten wie sie wollen. Diese 8 amtierenden Stadträte haben sie natürlich vollständig alle in ihre Parteizellen genommen, damit sie unter sich standen der grossen Genossenfamilie. Genossen leitete sich ab von Genossen. Die Genossen wollen allein genossen. Sie haben aber damit auch vollständig den Einfluss der Beamtenschaft auf die Gehaltung in der Gemeinde ebenfalls abgestellt. Er hat heute nicht mehr der jeweilige Beamte die Möglichkeit die Geschäfte in objektiver Weise zu erledigen. Er ist abhängig von einem sozialdemokratischen Stadtrate und von einem solchen können wir keine Objektivität erwarten. Zu diesem können wir und auch die grosse Bevölkerung niemals irgend welches Vertrauen besitzen.

Wir waren der Meinung, dass sie von Ersparungsmaßnahmen geleitet gewesen sind. Das wäre wenigstens etwas gewesen, womit die Verwaltungsreform hätte gebründet werden können. Aber früher als der Stadtrat noch aus 50 Mitgliedern bestanden hat, finden sie im Budget des Vorjahres eine Post, von 180.000 Kronen für die Stadträte. Jetzt wo nur 8 amtierende Stadträte sind, also um 22 weniger als früher, finden sie eine Post von 760.000 Kronen. Sie haben damit bewiesen, dass ihnen Brot und Mehl der Gemeinde einen Pfifferling bekümmert wenn nur diese 8 Stadträte Parteipolitisch tätig sein können.

Sie haben auch 3 verschiedene Ausschüsse gebildet und man hätte glauben sollen, dass sie wenigstens auf dem Ernährungsausschuss grosses Gewicht gelegt hätten. Vor den Wahlen in der Gemeinderat im Vorjahre haben sie mit ihrem Wahlaufrufen Plakate ausgeben geschrieben „Wer haben will, dass Brot und Mehl billiger werden, wähle Sozialdemokratisch!“ Wer soll das nicht wollen, und es war daher selbstverständlich, dass die grosse Masse zum Teile wirklich ihre Versprechungen geglaubt hat. Jetzt haben sie in diesem Ausschuss die Gelegenheit ihre Versprechungen einzulösen

aber von alledem nichts. Weil man billigere Brot und Mehl nicht billiger, sondern beliebig teuer geworden. Sie wissen, dass wir mit unserer Ernte in diesem Kleinen Oesterreich nicht in der Lage sind die grossen Massen mit Brot und Mehl zu befriedigen. Sie wissen, dass wir gezwungen sind, fast 9/10 unseres Bedarfes an Getreide aus dem Ausland zu beziehen. Obwohl Sie dies wissen, verschließen Sie sich der Tatsache, dass wenn wir darauf gehen würden, und Ihnen Wege weisen würden, dieser Katastrophe auf dem Gebiete der Ernährung abzuwehren, und beschreiten diesen Weg nicht. In Ernährungsausschuss auf die Schwierigkeiten in der Brotfruchtbeschaffung hingewiesen und erklärt, dass der Ausschuss die Aufgabe hätte, an den kompetenten Stellen dahin zu wirken, dass die Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich aufgenommen werden, um Brot und Getreide für die Bevölkerung zu bekommen. Von Ihnen wurde im Ausschuss erklärt, dass er dazu nicht kompetent sei. Wozu brauchen wir dann einen Ernährungsausschuss, einen amtierenden Stadtrat mit 92.000 Kronen Gehalt? Wenn gesagt wurde, dass es unwichtig ist, dass uns Ungarn Getreide oder Brotfrucht abgeben können, und wenn gesagt wurde, dass es uns während des Krieges nichts gegeben hat, so muss doch auch gesagt werden, dass die Verhältnisse heute andere sind. Ungarn hat einen Überschuss an Brotfrucht, um 2 Milliarden Meissenwert Getreide könnte es an uns abgeben. Dann wäre Wien für 11 Monate vollständig versorgt. Diese Brotfrucht könnte von Ungarn um 6 Kronen pro Kilogramm abgegeben werden, so dass das Brot statt 6 Kronen, 4 Kronen kosten würde. Dafür haben sie aber kein Verhältniss. Sie wollen nicht, dass Brot und Mehl billiger wird und dass die Bevölkerung unter günstigeren Lebensverhältnissen steht. Weil in Ungarn jetzt politische Personen an der Regierung sind, mit denen sie nichts zu tun haben wollen, haben sie mit dem Boykott eingestiegen und lassen die Bevölkerung büssen. Sie verlassen sich auf die Internationalen, aber ihre Genossen in England, Frankreich und Italien kümmern sich einen Pfifferling um die Genossen in Oesterreich. Sie werden nach bei dem Boykott den Kürzeren ziehen und die Bevölkerung wird die Kosten bezahlen müssen. Wir könnten vor den Ungarn auch im Tauschwege gegen Industrieartikel, Brotfrucht und Getreide bestehen. All das aber wird von ihnen nicht beachtet. Sie brufen sich immer wieder auf Horthy, mit dem sie nicht verkehren wollen weil er ein Regime führen soll, dass unselig grausam ist. Wir verurteilen diese Grundsätze, haben aber auch die Greuelthaten des Bela Kun und Konsorten verurteilt. Sie haben sich aber damals über diese Greuelthaten nicht entzweit, haben also keinen Grund sich über die heutzutage Geschehen in Ungarn zu wundern.

Sie haben dafür gesorgt, dass der Erwerb... Ausschuss... mit Ernährungsangelegenheiten nicht... In diesem Ausschuss wären auch alle Fragen der im Besitze der Gemein- de Wien befindlichen landwirtschaftlichen Güter beschäftigt... Sie dem Ausschuss zuzuwenden, haben sie/einfach in Pacht gegeben... Sie haben doch früher immer so viel von Kommunalisierung und Soziali- sierung gesprochen und jetzt wo sie an der Herrschaft sind wo sie Ge- legenheit hätten ihr Programm einzulösen, stossen sie alle Unter- nehmungen einfach ab. Auch das Gebiet der Holzaufbringung haben sie auf diesen Ausschuss hinausgebracht in dem sie es der Länderbank überwiesen haben. Es hat ihnen jedenfalls davor gegnert wenn sie sich an die Holzaufbringung mit vorigen Winter erinnern Aber sie hatten dennoch auf die Erfahrungen des vorigen Winter gestützt alles daran setzen müssen, um zu bewaisen, was sozialdemokratische Kraft sozialdemokratische Verwaltungskunst zu leisten in der Lage sind. Aber ihnen ist es nicht um Sozialisierung und Kommunalisierung ihnen ist es auch nicht um die Bekämpfung des Grosskapitals zu tun, sonst hätten sie die gesamte Holzversorgung der Gemeinde Wien nicht an die Länderbank ausliefern dürfen. Das waren nur Schlagworte um die Arbeiterschaft zu verrühren ihnen den Fusssteiel zu bieten um zur Herrschaft zu gelangen.

Sie haben sich überhaupt die Arbeit in dem Ausschuss sehr einfach gemacht und für ihre verhältnis zweckentsprechend zurechtgelegt. Es gibt keine Tagesordnung. Früher hat der Referent die Referate kurz verlesen und man sollte sich darüber im Augen- blicke ein Bild machen. Jetzt liegen die Referate wenigstens eine Stunde der Beginn der Sitzung auf. Aber auch damit kann man sicher- liche nicht gründlichzugehen, sie wollen eben der Opposition mit allen Mitteln die Arbeit schwer machen.

Durch die Verwaltungsreform seien ein Bürgermeister und 8 Nebenbürgermeister geschaffen worden. Dies geht daraus ent- liche herab, dass an ein und demselben Tage und für dieselbe Stunde die Gemeinderats-Einladungen zu einer Ausschusssitzung und einer Ge- meinderats-sitzung erhalten haben. Daraus ersehen sie, wie die Bezie- hungen zwischen dem Bürgermeister und den amtsführenden Stadträten sind: nämlich keine. Und das wollten sie eben. Sie wollen verschie- dene Sachen aus Gemeinderates der Öffentlichkeit entziehen.

Redner nennt die Versprechungen und die Haltung der Mehrheit auf dem Gebiete der Lehnfrage eine widersprechende, die Arbeiterschaft und die Angestellten werden auf chaisieren Politik nicht zufriedengestellt, sondern sie werden gegenseitig ausgespielt. Die Lehnpolitik der Mehrheitsel eben eine Parteipolitike Zugleich mit der Aufbesserung der Löhne, der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätsw- erke seine die Preise für den Strom um 11 Pf für das Gas erhöht werden und auch die Mietaufwandsteuer sei in die Höhe getrieben worden.

Dadurch werden aber die Arbeiter und Angestellten wieder getroffen. Die Gebühren für den Rauchfangkehrer, für die Kanalreinigung usw. sind erhöht worden, wodurch die Lehnerrhöhung auch illusorisch wird. Durch all diese Erhöhung haben Sie schon Mietzinsteigerungen von 40 - 60% hervorgerufen. Es sei Beziehung, dass gerade unter der Herrschaft der jetzigen Mehrheit die Streiks an der Tagesordnung steigen. Wie kom- men aber die Leute dazu, dass sie z. B. den teuren Fahrpreis auf der Strassenbahn zahlen müssen und mitten auf der Fahrt gezwungen sind aussteigen, weil die Strassenbahn nicht mehr geht. Wenn das unter der christlichsozialen Herrschaft der Fall gewesen wäre, hätten Sie einen unerhörten Skandal gemacht, aber jetzt sind Sie still als ob Sie keine Zunge im Munde hätten. Die Bevölkerung wird aber nicht still sein, das hat eben vor Ihnen niemand mehr eine Autorität, dass um die haben Sie sich selbst gebracht.

Redner kommt nun auf die LOE-Verträge zu sprechen und bemängelt, dass diese nur mit den Organisationen der sozialdemokratischen Partei abgeschlossen werden, weil gesagt wird, dass die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten das Recht hätte, zu bestimmen, mit wem Sie Verträge abschliessen will, und fährt fort: Wie haben Sie frü- her in Bezug auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gesprochen? Aber Sie haben vergessen, was ihre Wertführer seinerzeit erklärt haben. Am 10. Dezember 1908 hat einer Ihrer OBEREN sich bei der Bud- getdebatte gesagt „Zur Freiheit gehört auch die Fränkheit der Meinungs- äusserung und die Freiheit der Gesinnung. Heute würde sich dieser Ihr Genosse schämen, wenn er beobachten würde, wie Sie die Freiheit ausüben.“

Sie haben in Ihrem Budget eine ganze Reihe von Steuern aufgestellt. Die Steuerpolitik die Sie treiben ist eine solche, in Laufe der Zeit gewiss die ganze Bevölkerung ruinieren wird. Merkwürdigerweise haben Sie zum grössten Teile indirekte Steuern einge- führt, die Sie früher für unmoralisch erklärt haben. Wie Sie früher gesagt haben, dass jeder Arbeiter bei jedem Krügel Bier, das er trinkt an den dankt, der es ihm verfertigt hat, so wird jetzt jeder Arbeiter der ein Viertel Wein trinkt an die Genossendanken, die ihm die Abgabe auf dieses Viertel Wein bereitet haben. Sie haben dafür gesorgt, dass die Bevölkerung der Stadt immer an Sie danken wird. Ich Kommunalprogramm vom Jahre 1907 steht in dicktem Gegen- satze zu dem, was sie jetzt durch die Erhöhung der direkter Steuer- sen auf die Konsumartikel tun. Die Bevölkerung erkennt, dass sie durch Ihre Gewaltpolitik und Ihre demagogische Politik elend zugrun- de gehen muss. Mit dem Gewerbestand treffen Sie aber auch die Angestellten an dieses Stücken.

Sie führen aber auch nicht Klassenpolitik, sondern eine sturme Parteipolitik. Was nicht sozialdemokratisch geimpft ist, hat nach Ihrer Meinung kein Recht mitzusprechen. Darin liegt das Unheil Ihrer Verwaltungspolitik. Sie haben nie vorher gesagt, Sie sind die Partei, die in der Lage ist die Arbeiter glücklich zu machen. Sie haben aber keine einzige Schichte von Angestellten, Beamten und Arbeitern in der Gemeinde die zufrieden sind. Jetzt hätten Sie die Gelegenheit dem Volke zu zeigen, dass Sie es ehrlich mit ihm meinen oder einzugestehen, dass Sie unfähig sind. Sie sagen es nicht. Aber Ihr Budget sagt: Wir sind nicht fähig eine Gemeindegewaltigkeit derart zu führen, dass Sie zum Heile mit der Stadt anfallen könnte. Weil wir Sie beobachten konnten, wie Sie diese Stadt in Not und Elend gebracht haben darum haben wir zu Ihnen kein Vertrauen und auch die Bevölkerung hat kein Vertrauen und weil Sie sich nicht anschliessen können etwas zu machen, das nicht von Parteipolitik erfüllt ist, sind wir nicht in der Lage für dieses Budget zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Gesinnungsgenossen.)

G. B. Josef Herrenstein (Sozialdemokrat) Dieser Saal war es, wo die Gewerbetreibenden schon vor Jahrzehnten ihre Hoffnung auf Besserung erwartet haben. In der Meinung, dass diesmaligen Be- herrscher der Gemeinde in Wirklichkeit die ersuchte Rettung bringen werden. Ein ganzes Menschenalter haben die Christlichsozialen, Zeit gehabt, ihre Versprechungen einzulösen und das Ende von Lied war, dass ihnen der liebste Gewerbetreibende der Hausbesitzer geworden ist. Die Geduld der Gewerbetreibenden mit ihren Versprechungen kannte keine Grenzen. Schon zur Zeit als Lueger auf den Rücken der Gewerbetreibenden hier als Sieger einzog.....

Diese Worte finden auf christlichsozialer Seite Widerspruch, der zu einem länger anhaltenden Tumulte führt.

39

G.R. Hernstein (während der heftigen Auseinandersetzung zwischen den Christlichen und Sozialdemokraten fort fahrend): Der kleine Gewerbestand wird in der kommenden Periode nur bestehen können, wenn er sich mit der Arbeiterschaft zusammenschliesst. Der kleine Wäschereizüger, der kleine Schuhmacher, der kleine Tischler usw. sind selbständige Arbeiter, die ein Interesse an den Löhnen anderer Arbeiter haben. Sie brauchen die Hilfe des Arbeiters, um bessere Arbeitsgewinnung für sich selbst zu erzielen. Dann gibt es viele tausende kleine Gewerbetreibende, die sich gegen die kapitalistische Ausbreitung wehren müssen. Die gewerblichen Zwangs-genossenschaften unterstehen der Gemeinde und waren früher fast ausnahmslos Dömmen der christlichsozialen Partei. Die sozialdemokratischen Organisationen der Gewerbetreibenden konnten nicht zur Geltung kommen, da die Macher der Genossenschaften vor keiner Gewalt zurückgeschreckt sind. Die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden legen keinen Wert auf die alten Unerblichkeit, da eine dringende Notwendigkeit steht, dass die Zwangs-genossenschaften entweder reformiert werden oder dass an deren Stelle etwas neues geschaffen wird. Es zeigt sich auch, dass es in den Reihen der Gewerbetreibenden und der christlichsozialen Partei bergab geht, wie einzelne Wahlen in der letzten Zeit gezeigt haben. Der sozialdemokratischen Partei war es möglich Mandate zu erringen, oder doch eine starke Minorität zuzugewinnen. Die Wirtschafts-genossenschaften, an denen die Gemeinde interessiert ist, werden in der kommenden Entwicklungsperiode nicht nur für den kleinen Gewerbetreibenden, sondern auch für den kapitalkräftigen Gewerbetreibenden treibende Kräfte sein. Die sozialdemokratische Organisation der Gewerbetreibenden hat ihre Wirkung darauf gerichtet, alle durch einzelnen Gewerbetreibende, die selbständig sind, in Genossenschaften zusammenzufassen. Die christlichsozialen Genossenschaften umfassen nur einen kleinen Teil des Gewerbestandes und das ist der Teil, der sich von den übrigen abhebt. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung, hat keine Gelegenheit verüben lassen, zu zeigen, dass ihre Gewerbeförderung nicht gleichgültig ist. Das ist z.B. bei der Aktion für die Wiener Messe zum Ausdruck gekommen, wo der Bürgermeister bemüht war die Rücksichtlichkeiten zu bekommen. Und wenn es die finanzielle Lage der Gemeinde erlauben wird, wird sie keine Kosten scheuen, um der Gewerbeförderung dienstbar zu sein.

Die Christlichsozialen wollten aus der Netzer Gemeinde Kapital schlagen. Sie laufen Sturm gegen die neuen Gesetze. Man muss sich aber fragen, wie es aussehen würde, wenn die Christlichsozialen für das Budget zu sorgen hätten. In den kaiserlichen Bezirken ist der grösste Teil der Gewerbetreibenden von der Mietaufwandsteuer nicht berührt und der kleinere Teil kommt nur bei den geringsten Ansätzen der Steuer in Betracht. Die Herren der christlichsozialen Partei rechnen bei allen Ihren Reden mit dem kurzen Gedächtnis der selbständigen Gewerbetreibenden. Die Gewerbetreibenden aber vergessen der christlichsozialen Partei nicht, wie sie von dieser in die Kriegsbegeisterung hineingerissen wurden. Sie vergessen nicht, wie sie infolge der Kriegskälte aus ihren Werkstätten mussten, wie sie die Werkzeuge in den Keller werfen mussten und wie sie die Familien ihrem Elende überlassen haben, zurückgekehrt vom Krieg konnten sie die Tätigkeit nicht aufnehmen. Das alles werden sich die Gewerbetreibenden bei den Wahlen am 17. Oktober ins Gedächtnis zurückrufen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

G.R. Dr. Schwartz-Hiller (Demokrat) meint, dass die gestrige Sitzung mit einer ^{Fanfane} geschlossen habe. Es sei die Frage der Schuld an dem Weltkriege aufgeworfen worden. Er über eine Diskussion eine sehr unproduktive Arbeit ist. Ein solches Elementarereignis könne nicht vom Parteistandpunkt aus allein beurteilt werden und es wäre auch solche Ereignisse von einer einzelnen Person oder einer Personengruppe hervergerufen zu beurteilen. Das eine falsche Auffassung und eine völlige Verkenntnis der Tatsache. Die Menschheit vergesse immer wieder, die Folgen des Krieg mit sich bringt und es komme immer wieder zu neuen Kriegen. Gegenwärtig werde von einem baltischen Reich ein furchtbarer Kampf geführt, der sehr viel Ähnlichkeit habe mit den Revolutionskämpfen aus denen Napoleon hervorgegangen sei und vielleicht gehe auch jetzt ein russischer Artillerieleutnant an die Ziererei, der sich als bolschewikischer Napoleon entpuppt.

G.R. Seidel Amalie übernimmt den Vorsitz.
 G.R. Schwartz-Hiller wendet sich gegen die Ausführungen des G.R. Weber in der gestrigen Sitzung und meint derselbe habe die Budgetdebatte auf ein ganz anderes Geleise geschoben. Er habe weder ^{über} das Budget noch über den Wiederaufbau gesprochen. Es sei gefährlich in der jetzigen Zeit immer wieder Feuer in das Pulverfass zu werfen und die Menschen nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Es ist kein Zweifel, sagt Redner, dass der Krieg die Hauptursache an den Leiden der Bevölkerung von Oesterreich

ist, es ist mir auch niemals beigefallen, Ihnen zum Verwurfe zu machen, dass sie an der Teuerung schuld sind was ich kurz sagen will ist, dass Ihre Verwaltung nach meiner Ueberzeugung nicht geeignet ist, den Weg nach aufwärts, den Weg zur Besserung endgültig festzusetzen. Sodann gibt Redner seiner wiederholt gekussten Meinung Ausdruck, dass der Betrieb der städtischen Unternehmungen in kommunaler Wirtschaft weder der Bevölkerung noch der Gemeinde besondere Vorteile bringe.

Bezüglich der Verwaltung meint der Redner, dass was in den grossen Massen der Bevölkerung am meisten aufreizend wirkt, ist, dass sich die Bevölkerung sagt, wir haben derartige Lasten, erhöhte Ausgaben für die notwendigen Lebensbedingnisse, wir müssen derartige Steuern zahlen, dass wir uns dennoch einmaldie Frage erlauben, was gibt uns denn der sogenannte Staat oder die Stadtverwaltung für unsere Leistungen, da muss man sagen, der Staat und Stadt geben heute sehr wenig, es wird überall mehr verlangt und viel viel weniger gegeben.

In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner auf die Kommunalisierung der Betriebe zu sprechen, gegen die er sich ausspricht, weil dies zum Ruin führen müsse. Er bemängelt, dass im Budget keine Ziffern von der Strassenbahn, das Gas- und Elektrizitätswerken enthalten sind. Wenn erklärt wurde, dass sich die Unternehmungen selbst erhalten müssen, so sei dies eine Fiktion. Auf Ausführungen des Redners wegen Entkommunalisierung der Betriebe sei die Einwendung erhoben worden, dass der Privatunternehmer daraus Vorteile ziehen würde und dass sich übrigens Niemand fänden würde, der die Unternehmungen nehmen würde. Ja, je länger man warte, desto schwerer wird es sein. Die Gemeindeverwaltung hat eben versäumt, gewisse Dinge zu unternehmen, um mit den Unternehmungen allmählich zu einer Besserung zu gelangen. Wenn gesagt wird, dass die privatkapitalistisch geführten Unternehmungen die Tarife ungeheuer erhöhen würden, so würden diese dies vielleicht nicht notwendig haben, weil die Unternehmungen kaufmännischer geführt würden, und dann hätte die Gemeinde immer noch das Recht der Tarifhoheit für sich in Anspruch zu nehmen.

Redner kritisiert die äussere Verwaltung der Unternehmungen, die nicht den Anforderungen entspreche, die man heute bei den hohen Preisen und Steuern verlangen könne. Bei der Strassenbahn und bei den Autostellwagen haben Quatände Platz gegriffen, die für die Beamten und Angestellten charakteristisch sind.

Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen.

Berufung der Beisitzer für die Wahlbehörden. Nach den Bestimmungen der Wahlordnung für die Nationalversammlung gilt der 23. Juli 1920 als Tag der Verlautbarung der Wahlausschreibung. Es heissen daher jene Wählergruppen (Parteien), welche die Berufung ihrer Vertrauensmänner als Beisitzer und Ersatzmänner der Wahlbehörden anstreben, ihre Anträge längstens 14 Tage nach Verlautbarung der Wahlausschreibung, d.i. bis einschliesslich 6. August an den zur Entgegennahme der Anträge berufenen Wahlleiter zu stellen. Als Wahlbehörden kommen in Betracht: 1.) die Hauptwahlbehörde, 2.) die Kreiswahlbehörden, 3.) die Wahleinspruchbehörden und 4.) die Ortswahlbehörden. Die Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzmänner für die Hauptwahlbehörde sind an den Staatssekretär für Inneres und Unterricht, für die übrigen Wahlbehörden an den Kreiswahlleiter zu richten. Bezüglich der Wahleinspruchbehörden und der Ortswahlbehörden gilt jedoch die Besonderheit, dass die Parteien ihre Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzmänner in diese Behörden auch noch bis längstens 48 Stunden nach Verlautbarung der Beschlüsse der Kreiswahlbehörden über die Sprengelteilung stellen können.

Abgabe von Wählerlisten an die wahlwerbenden Parteien. Auf Verlangen der zustellungsbevollmächtigten Vertreter der wahlwerbenden Parteien sind gegen Ersatz der Kosten Abschriften der Wählerverzeichnisse gleichzeitig mit ihrer Auflegung von der Gemeinde auszufolgen. Das Begehren um Abschriften der Wählerverzeichnisse ist innerhalb der Frist von 14 Tagen, gerechnet vom Tage der Wahlausschreibung, d.i. bis einschliesslich 6. August bei der Gemeinde zu stellen. Es werden daher die zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Parteien eingeladen, innerhalb der obigen Frist bei der Magistratsabteilung 49, neues Rathaus, allfällige Bestellungen zu Protokoll zu geben und hierbei die Bezugsbedingungen entgegenzunehmen. Auf spätere Bestellungen kann keine Rücksicht genommen werden.

Ernennungen im gemeinderätlichen Stenographenamte. Der Bürgermeister hat den Chefreviser des gemeinderätlichen Stenographenamtes Rechnungsrat Karl A. Hirt zum Vorstand, den Reviser Oberkontrollor Karl Miltner zum Chefreviser und den Stenographen Oberrevidenten Adelf Reichert zum Reviser dieses Amtes ernannt.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 30. Juli 1920. 3 Uhr nachm.

Versitzender Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

G.R.Dr. Schwarz-Hiller nimmt seine Rede wieder auf und bespricht die Mängel in der Strassenpflege, für die im Budget keine Post eingesetzt sei. In den letzten Jahren haben sich eine Reihe von Uebelständen eingeknistert und wenn man schon bei Neuanschaffungen und bei Ausführung von Arbeiten sparsam sein muss, so gibt es doch eine Reihe von Auslagen, die absolut nicht verringert werden dürfen und wo Versäumnisse eingeholt werden müssen. Einer der unerträglichsten Uebelstände seien die Misthaufen, die in vielen Straßen der Stadt sich befinden. Er bemängelt weiter, dass in der Fuhrwerkswesen keine Disziplin gebracht werde und fragt, was da die Gemeindeverwaltung mache, da doch ein Bauamt bestehe, das gerade in dieser Zeit nicht mit Ueberarbeit belastet sein wird.

Ein Kapitel, dem große Bedeutung zukommt, sind die Fragen der Jugendfürsorge und für diese Fragen hätte sich die Gemeindeverwaltung vor allem zu interessieren, für die Fürsorge der heranwachsenden Jugend und für die Fürsorge der Jugendlichen. Bei der Fürsorge für die ersteren hat die Gemeinde sehr böse Erfahrungen gemacht und es hat sich gezeigt, dass die Privatinitiative nicht vermisst werden kann, am wenigsten von den Aemtern allein. Was man bisher auf dem Gebiete der Jugendfürsorge zu sehen bekam, kann nicht beruhigen. Bei der Jugendfürsorge können die Gründe der Sparsamkeit, die für alle andern Zweige der Verwaltungstätigkeit gelten mögen, nicht angeführt werden, denn das verlorene Menschenmaterial ist unersetzlich. Redner vermisst ein großzügiges Jugendfürsorge-Programm bei der Gemeinde. Der Frage der Errichtung der Lehrwerkstätten für verwehrteste Jugendliche muss näher getreten werden. Es genügt nicht, dass man eine Musteranstalt gründet und dass dann dort ein ausländischer Besuch seine Zufriedenheit über die Anstalt ausspricht. Redner regt an, dass in allen Bezirken der Stadt unter Heranziehung aller Bevölkerungskreise Arbeitskomitees geschaffen werden, die sich mit den Fragen der Jugendfürsorge beschäftigen sollen.

Ferner wünscht der Redner, dass dem Spital und Versorgungswesen der alten Leute eine grössere Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Bezüglich des Steuerwesens gebe ich dem Herrn Finanzreferenten recht, dass das Steuerwesen unserer Stadt auch wie ich glaube allen andern Kommunen auf eine sehr schwankende Basis gestellt ist und in vielen Beziehungen von der Staatsgesetzgebung abhängig ist. Aber ich richte an jene Herren und Damen, die auch Mitglieder der Nationalversammlung sind die Anfrage, warum es seit den Bestehen der Republik noch nicht möglich war der Stadt Wien die ein Drittel der Bevölkerung dieses Staates ausmacht und nach den Angaben des Herrn Referenten mehr als 80% aller Steuern und Abgaben leistet jene Stellung zu verschaffen, die ihr gebührt. Mit den 6 neuen Steuerverlagen hat die Gemeinde Wien ein Prinzip durchbrechen. Das mag ein Sieg des Herrn Finanzreferenten sein. Ob aber in Zukunft dieses Sieg für unsere Wiener Bevölkerung nicht unangenehme Folgen haben wird möchte ich dahin gestellt sein lassen. Sie haben das Prinzip der direkten Steuern durchbrechen und ich halte es für einen schweren Fehler, dass die Gemeinde Wien mit dieser neuen Steuererträge die Steuereinheit des Staates zerstört hat, indem Sie eine selbständige Kommunale Erwerbsteuer einführt. Sie berechnen die Steuer nicht nach dem Ertrage des Erwerbsunternehmens sondern nach äusserlichen Merkmalen also ganz schablonenhaft. Ich finde dass unsere ganze Finanzpolitik jetzt mechanisiert und schablonisiert wird. Man nimmt sich nicht die Mühe zu individualisieren. Bisher war die Erwerbsteuer kontingentiert. Heute wird sie willkürlich wie in vielen Fällen die Einkommensteuer bemessen. Und zu dieser Erwerbsteuer über die wir heute noch keine Erfahrung haben werden Zuschläge im Ausmasse von 300% beantragt.

Wenn ich näher auf die Verträge eingehen soll, beginne ich mit jener Steuer, die die grösste Aufregung bei der Bevölkerung hervorgerufen hat, mit der Mietzinssteuer. Man hat die Öffentlichkeit zu beruhigen gesagt, diese Mietzinssteuer, sei eine Luxussteuer. Sie mag als solche bei Wohnungen von grössern Ausmasse gelten, aber ich erwähne nochmals, dass Luxussteuern ein Pflanz sind und ein grosser Genosse von ihnen Lassalle hat sich in eingehender Weise mit der Luxussteuer beschäftigt und festgestellt, dass die Luxussteuern ein Schwindel sind. Ich sage, dass sie nur gemacht werden, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von einer Seite auf die andere abzulenken. Man hat schon seit zwei Jahrtausenden im Altertum und im Mittelalter Luxussteuern gehabt und immer mussten sie wieder aufgehoben werden, weil sie keine wirklichen Steuern waren.

Redner gibt der Befürchtung Ausdruck, dass es in vielen Fällen der Unternehmer nicht mehr in der Lage sein wird, die Folgen der Erhöhung der Abgabe zu überwälzen, was eine Katastrophe zur Folge haben wird. Es wird mit einem starken Niedergang des Wiener Handels und Gewerbes zu rechnen sein. Er stellt den Antrag, dass Geschäfte und Betriebslokale, in welchen Waren erzeugt, eingelagert oder veräußert werden die Mietzinsabgabe bis zu 5000 Kronen jährlichen Mietzins nach der Skala der Vorlage eingehoben wird und erst von 5000 Kronen aufwärts die Skala geändert wird. Redner nennt die ganze Steuer als an ihren Ansätzen eine Erwerbsteuer als ungerecht.

Zu den Zuschlägen zur Erwerbsteuer, Grundsteuer und Rentensteuer ist zu sagen, dass sich gewisse Dinge nicht überspannen lassen, denn wenn die Leute mit Steuern überlastet werden, dann findet eine Überspannung der moralischen Kräfte statt und von einer Steuermoral ist dann überhaupt nicht mehr zu reden. Ähnlich ist es mit dem Wunsch, dass die Gemeinde zur Einkommensteuer Zuschläge einheben darf. Denn wenn man zu einer Steuer keinen Zuschlag einheben darf, so ist das die Einkommensteuer.

Die Steuer für die Verabreichung von Getränken und Speisen in Luxuslokalen verspricht keinen besondern Erfolg und ist auf die Dauer nicht als Steuer anzusehen.

Was aber bei allen Steuern gefährlich ist, ist das ⁱⁿ Zusatz/der Vorlage, dass der Magistrat die Steuern nach eigenem Ermessen festsetzen kann. Das zeigt von einem Misstrauen des Wiener Rathhauses gegenüber dem Verwaltungsgerichtshof und schon aus dem Grunde müsse man gegen die Steuern stimmen.

Wenn die Abgabe für das Halten von Hauspersonal als Luxusabgabe gedacht ist, gilt für sie dasselbe was ich schon gesagt habe. Wenn sie aber eine ernstliche Einkommensquelle sein soll, glaube ich, dass sie ihren vollen Erfolg nicht erreichen wird. Es soll jedoch unser Bestreben sein, den vielen weiblichen Kräften die mit Ende des Krieges arbeitslos geworden sind, Arbeit zu verschaffen. Der Redner bespricht sodann die Gefahren der Prostitution, die aus dieser Arbeitslosigkeit erwachsen, und meint, dass es sich hier um eine unsoziale Steuer handle, da sie viele arbeitslose Mädchen und Frauen daran hindere, in eine Haargemeinschaft aufgenommen zu werden. Für jeden Fall bitte er ausdrücklich, die Gebühr von Ammen nicht einzuheben, da bei den gegenwärtigen Verhältnissen auch viele arme Frauen unter grossen Opfern gezwungen sind, für ihr Kind eine Amme zu halten.

Die Fürsorgeabgabe soll der Gemeinde Wien teilweise jene Kosten ersetzen, die ihr durch Artübung verschiedener Fürsorgeaktionen erwachsen. Redner zweifelt an einem Erfolge und fürchtet, dass dadurch eher ein großer Schaden erwachsen werde, weil infolge der großen Belastung viele Betriebe eingestellt werden müssten.

Wenn ich diese Steuern schon nicht als Klassensteuer bezeichnen will, so muss ich doch bemerken, dass sie zum mindesten eine Schichte der Bevölkerung schwer belasten und treffen, das ist der Mittelstand.

Wenn man so unvermittelt mit Neerungen und Lasten von heute auf morgen auf die Bevölkerung losstürzt, so wird sich diese nicht zurecht finden. Wenn man will, dass eine Bevölkerungsgeschichte zugrunde geht, dann wird man ^{so} zurecht fahren. Finanztechniker auf der einen Seite und Finanz-Menschen auf der andern Seite werden dazu beitragen. Denn das, was uns heute hier verliert, ist ein weiterer Markstein für die Wiener Bevölkerung auf dem Wege nach abwärts. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

G. R. Fauguin (Christlichsozial): Trotzdem im Weltkrieg es ungemein schwierig war ein so ^{ein} stiesiges Gemeinwesen wie Wien zu erhalten und trotzdem die Gemeinde Wien durch den Zusammenbruch Oesterreichs am empfindlichsten getroffen wurde, haben wir Ihnen vor einem Jahre die Verwaltung in einem Zustande übergeben, der mit den heutigen nicht verglichen werden kann. Damals war die Lage der Gemeinde sicherlich keine aktive mehr aber sie war keine derartige, dass von einer Trestlosigkeit gesprochen werden könnte. Bei einigen guten Willen, bei Ablassen von parteipolitisch tendentiösen Bestrebungen wäre es möglich gewesen wenn schon nicht aus dem Elend herauszukommen so doch nicht tiefer in dasselbe hineinzugeraten. Damals betragen die Gaspreise 26 Heller die Elektrizitätspreise 7 Heller und die Strassenbahnpreise 30 Heller. Wir haben Ihnen die Gemeinde mit den alten Steuern bei 75 Millionen übergeben, während Sie eine Steuerlast von 750 Millionen auf die Bevölkerung gelegt haben. Die Antwort auf die Frage was in dem einen ^{1/2} Jahre aus Wien geworden ist, gibt die nackte Schlussziffer des Budgets, 1479 Millionen Defizit von dem allerdings in den letzten Tagen ^{durch} allerlei Wegnahmen ein Teil verstritten und das Defizit auf 1237 Millionen reduziert wurde. Diese 1479 Millionen können durch Finanzkünste irgend welcher Art nicht gedeckt werden, und dabei ist das Defizit wesentlich höher als es sich in den Ziffern ausdrückt. Das Jahr Ihrer Verwaltung hat uns gezeigt, dass die fortwähren

den Teuerungswellen eine Resistenz gegen die Forderungen der Angestellten nicht möglich machen, wir können mit einer Milliarde neuerlicher Personalauslagerhöhungen in diesem Jahr rechnen. Dabei ist in diesem auf das Kusserste zusammengestellten Budgetsbuckel keine Ziffer mehr wahr. Es ist das Budget kein gedrehtes, sondern ein erdrehtes mit welchem die Arbeiten keiner Gemeindeverwaltung auch nur 8 Tage möglich wäre. Dagegen erheben Sie Steuern, wie sie blutiger einer Bevölkerung noch nie getroffen haben. Ich will dem Kredit der Gemeinde nicht den geringsten Schaden zufügen, aber eines mitteilen: Die Neigung der besitzenden Kreise, dieser zusammenbrechenden, auf Schulden machen angewiesenen Gemeinde neues Geld zu besorgen vermindert sich von Monat zu Monat. Dies hat kein Christlichsozialer geschrieben, sondern der Finanzreferent selbst am 11. Juli d. J. in der Arbeiterzeitung. Nach diesem Geständnisse kommen Sie heute und sagen, die vielen Millionen, die noch fehlen, werden durch Kreditsoperationen aufgebracht. Es ist dies ein Zeichen für die Wahnkraftigkeit des Aufbaues des Budgets selbst.

Diese ungeheuren Steuerlasten, welche den Fortbestand vieler Existenzen in Gefahr bringen und Tausende von Arbeitern und Angestellten ~~zum~~ Brotlos machen, wollen Sie zur Deckung des Defizits heranziehen. Der Effekt der Steuern ist 316 Millionen Kronen bei einem Defizit von tatsächlich nahezu 3 Milliarden, also kaum 10 % des Defizits. Für diese 316 Millionen Kronen bringen Sie den Gewerbestand in die allerschwierigste Situation. Ich habe heute gestaunt, als der Vertreter des Gewerbes von Ihrer Seite eine Rede gelesen hat, in der er es zum Schlusse versucht hat, den 17. Oktober als Zahlungstag anzurufen. Ich füge dem Kollegen, aber vorher erlaube ich ihm, sich wahrzurufen, was Sie vor den Wahlen versprochen haben. Das ganze Erwerbaleben hat in den letzten Wochen und Monaten auf einen Tiefstand angelangt und nun kommen Sie in dieser Stunde und legen ungeheuerliche Lasten auf, die unmöglich ertragen werden können. Dieses Steuerbouquet ist ein Danaergeschenk. Ist es wirklich sozial gedacht, wenn man die Erwerbsteuer in einem Moment, in dem die Kontingentierung aufgehoben ist, auf diese Steuer einen 300 %igen Zuschlag legt, unbeschadet, ob der Betreffende der vierten oder ersten Steuerklasse angehört.

Es mag Ihnen ja parteipolitisch genehm sein, dem bodenständigen, stadtpatriotischen Gewerbestand ins Herz zu treffen, aber bedenken Sie dabei, dass in dem Augenblick wo das wirtschaftliche Leichenbegängnis des Gewerbestandes stattfindet, der Arbeiter als Leidtragender hinter dem Sarge gehen

wird, der Arbeiter, den Sie beschützen wollen.

Sie wissen selbst, dass diese Steuern auf die Konsumenten überwältigt werden müssen und diese Riesensteuerwelle soll Ihnen vielleicht den ^Hilt bieten, um den Forderungen der Angestellten entgegenzutreten zu können. Ihr Personalaufwand wird nach diesen Steuern wieder steigen und in wenigen Wochen wird das Doppelte des Ertrages dadurch verloren sein.

Nach den Forderungen, die jetzt aufgestellt werden, ergibt sich eine Lohnsumme von nahezu 3 Milliarden. Bisher waren es 2.1 Milliarden; diese teilten sich fast zu gleichen Teilen auf 27.000 Angestellte nach dem Gruppenschema mit 875 Millionen und 27.000 Kollektivverträgler mit 1.225 Millionen. Es muss anerkannt werden, dass Sie damit eine hervorragende gewerkschaftliche Leistung erzielten, aber Sie haben dabei nicht bedacht, dass Sie eine vollständige soziale Umschichtung der städtischen Angestellten vorgenommen haben. Sie haben dabei nicht bedacht, dass Sie die Beamten und Mittelständler auf eine Stufe herabgedrückt haben, auf der sie nie waren und dass Sie eine große Unzufriedenheit dadurch hervorgerufen.

Wie Sie die Löhne regeln, dafür führe ich ein Beispiel an: Ein Straßenbahner bekommt 37.000 Kronen, ein Unterbeamter der Straßenbahn 44.000 Kronen, ein Kutscher des städtischen Fuhrwerkes 23.300 K., ein Kutscher des Brauhauses 48.000 K. Ruh wollen wir diese Kollektivverträgler mit den im Sch. Angestellten vergleichen. Ich nehme zum Vergleich einen Konzeptpraktikanten. Wenn dieser eintritt, bekommt er 16900 Kronen. Als Magistratskommissär hat er 25.370 Kronen; damit hat er also noch nicht den schlechter bezahlten Kutscher erreicht. Erst nach 24 Dienstjahren, wenn er Magistratsrat ist, erreicht er 38.970 Kronen, hat den Kutscher überflügelt, den Fahrer der Straßenbahn erreicht aber den Kutscher des Brauhauses noch lange nicht.

Ähnlich sieht es bei den gleitenden Zulagen aus. Dienstverdiener haben für die beiden vergangenen Monate betragen beim Straßenbahner monatlich 133 K, bei einem Kutcher 350 K und bei einem Magistratsrat 215 K. (Hört ! Hört !) Das ist wohl das Systemleiste, das auf Gottes Erdboden jemals geschaffen werden ist. Vergleichen Sie weiter die Bezüge der gleichen Kategorie untereinander also von Leuten, die dieselbe Arbeit bei der Gemeinde verrichten und nachdem Kollektivvertrag entlehnt werden. Der Kutcher der Leichenbestattung hat 360 K, der des Fuhrwerksbetriebes 565 K, und der des Brauereibes 950 K wöchentlich. (Hört ! Hört !) Alle drei sind Gemeindefunktionäre und der eine hat bei 3mal so viel wie der andere.

Die Ursache, dass Sie eine so systemlose Entlehnungsskala haben liegt darin, dass es wohl einen gemeinsamen grossen nichtpolitischen Verband der städtischen Angestellten gibt, dass Sie sich aber aus parteipolitischen Gründen im Februar vorigen Jahres geweigert haben, dass auch die übrigen Bediensteten diesem Verbande anzuschliessen und dass deshalb neun Gewerkschaften ausser diesem Verbande an den Gemeindefunktionären heran bis die Kassen jenen Stand aufweisen, dender Finanzreferent in seinem Artikel prophezeit hat. Dabei ist die Unzufriedenheit aller Schichten der städtischen Angestellten eine ganz unerhörte. Nun kommen diese im Schema befindlichen Angestellten und fordern und Sie halten ihnen die losen Kassen entgegen bei einem Jahresrückgang von 27.000 Kronen derjenigen, die im Schema eingereiht sind, gegenüber 56.000 Kronen derjenigen, die dem Kollektivvertrag unterstehen. Es ist durch Ihre Lehnpolitik die Sie üben, glauben Sie eine gute Wählerpolitik zu treiben. Aber dass Sie damit eine elende Finanzpolitik gemacht haben, dürfte heute selbst dem Referenten klar geworden sein. Und wenn heute die Angestellten erklären, dass sie nicht auskommen können und wenn Sie ihnen die Christlichsoziale Aera verhalten, dann sage ich Ihnen, in dieser Aera ist es den Angestellten doppelt so gut gegangen als jetzt.

G. H. Müller (Sozialdemokrat) : Bei 2 und 3 Kronen im Tag.

G. R. Vaagein : Auf diesen Zwischenruf könnte ich frage warum zurückgehen begnadigen sich denn Ihre Mandatäre nicht mit den Friedensbezügen ? Sie sagen auch, dass Sie den städtischen Angestellten die Freiheit gegeben haben.

Ich muss nun einiges über den Boykott gegen Ungarn sprechen den Sie anwenden zu müssen erklären, weil Sie über die Schandtaten des weissen Terrors in Ungarn entrüstet sind. Wir teilen die stützende Entrüstung voll und ganz wenn wirk-

lich solche Terrorakte verübt sind. Wir haben das Recht und über solche Akte zu entrüsten, Sie aber nicht, weil Sie voriges Jahr nicht bloss die Akte des weissen Terrors geduldet haben, sondern weil es nur durch Unterstützung der Sozialdemokraten möglich war, die schauerliche Verbrecherdiktatur in Ungarn aufzurichten. Wir sprechen Ihnen aber auch das Recht der Entrüstung deswegen aber, weil Sie während der ganzen Zeit der schauerlichsten Blutbäder, die ungarische Bolschewiken an Christen verübt haben, nicht ein Wort der Entrüstung gefunden haben, geschweige denn, dass Sie eine internationale Kommission aufgefordert hätten, den Boykott über ein Land zu verlangen, in welchem Christenprogramme verübt sind wie Sie sich selbst zur Zeit der christlichen Märtyrer nicht ereignet haben. Ein kroatischer Wüderträger der Augenzeuge war, berichtete Marx im Agramer Tagblatt, dass nach ganze Lasten voll Frauen und Männer zur Ofner Brücke führen wo die Gefangenen niedergeschossen und ins Wasser geworfen wurden. Er gibt die Zahl dieser Opfer mit tausenden an. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Bgm. M. Reumann fordert zur Ruhe auf und macht den Redner aufmerksam, dass Bela Kun nicht zur Sache gehört.

Nachdem einiger Massen Ruhe eingetreten war, sagt Bgm. Reumann zum Redner : Fahren Sie mit diesen Raubergeschichten fort !

Diese Worte entfesseln auf den Bänken der Christlichsozialen heftigen Widerspruch und stürmische Pfuirufe. Es werden Rufe laut wie : Das lassen wir uns nicht gefallen ! Ein solcher Versitzender ist ein Skandal ! Pfui einem solchen Bürgermeister ! Schande und Spott !

Von Seite der Sozialdemokraten wird mit heftigen Rufen erwidert. Man hört: Herthay Husaren ! Herthay Husaren ! Ihr seid Komödianten ! Ihr zeichnet Euch aus !

Der Lärm dauert einige Minuten.

Bgm. Reumann ersucht neuerdings um Ruhe und fordert den Redner auf fortzufahren.

G. R. Angermayer / (Christlichsozial) Herr Bürgermeister, entschuldigen Sie sich, es ist keine Schande wenn man einen Fehler gemacht hat sich zu entschuldigen !

Bgm. Reumann : Es werden hier Dinge erzählt, deren Wahrheit man nicht untersuchen kann.

G. R. Angermayer : Sind Sie nicht so starrköpfig Herr Bürgermeister und entschuldigen Sie sich !

G. R. Vaagein (fortfahrend) : Ich habe Ihnen Respekt vor den Rechten eines Versitzenden. Ich weiss, dass Sie das Recht haben, jeden Redner zur Sache zu rufen. Aber es

Sie mit diesem Zwischenrufe nicht die Würde des Versitzenden verletzt haben, dass überlasse ich der Allgemeinheit. (Dehhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Bürgermeister erhebt sich, worauf die Christlichsozialen demonstrativ applaudieren, während die Sozialdemokraten in stürmische Pfuirufe ausbrechen.

G. R. Vaagein : Was ich sage, ist in einem geschichtlichen Werke niedergelegt. Dieses Buch kann von jedermann nach meiner Rede eingesehen werden. Ich führe nun weiter einige konkrete Fälle aus der Schreckenzeit in Ungarn an.

Ich hätte diese Angelegenheit nicht erwähnt wenn nicht von Ihrer Seite der Boykott angefangen worden wäre, der uns in neues Unglück stürzt. Ich stelle den Antrag der Gemeinderat wolle beschliessen: Das Erbidium wird beauftragt, bei der Regierung unverzüglich vorstellig zu werden, dass der Boykott über Ungarn, welcher nicht nur für die Ernährung Wiens, sondern für die gesamte Industrie und besonders für den Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke von verhängnisvoller Wirkung ist, raschest beendet werde.

Plato hat gesagt: Oft wird die Demokratie nur Oligarchie und dann nur Plutokratie. Zur Oligarchie ist die Demokratie schon geworden. Denn wer hat heute anzuschaffen, als die ansehnlichen Stadträte? Acht Männer haben die ganze Gewalt über diese Stadt in die Hände bekommen. Ohne Bankkapital ist man heute nicht in der Lage, die kleinste Unternehmung der städtischen Verwaltung ins Leben zu rufen. Die Plutokratie herrscht in Wien zur Zeit der Proletarierherrschaft. Man könnte allerdings sagen, wir haben ja auch die Kontrollierenden geschaffen, sind Ihr dann so unfähig? Zum kontrollieren gehört aber vor allem, dass man einen hineinschicken lässt. Dazu müsste einer mit einer Tarakappe versehen sein das können wir nicht, daher lehnen wir jede Verantwortung für eine kontrollierende Tätigkeit bei dieser Verwaltung ab.

Dieser Apparat soll aber auch rascher und billiger arbeiten und das Publikum befriedigen. Das raschere besteht darin, dass jeder Akt nicht einen Ausschuss oder Stadtrat, sondern zwei oder drei passieren muss und dann in den Stadtsenat hineinkommt, so dass einige Wochen mehr vergehen als früher.

Die Billigkeit lässt viel zu wünschen übrig. Ich weiss nicht, ob es billiger ist, wenn ich immer bloß spreche, dass ich abbauen muss, mich aber nicht der Amtsvorstände erwehren kann, die sagen, wir brauchen noch Kräfte, sonst bleibt uns alles zurück. Die Billigkeit äußert sich auch in Voranschlägen. Das Defizit des Jubiläumshospitals der Gemeinde Wien ist von 37 Millionen im neuen Budget auf 74,408.000 Kronen angewachsen, trotz Doktor Pick und trotz des Anführers.

Ein Patient im Jubiläumshospital kostet im Jahr 74.000 Krenen, dass sind im Tag 204 Krenen. Damit könnten Sie die Patienten in das schönste Banaterium geben. In Steinklaus kostet ein Patient im Jahr 33.000 Krenen. Er kommt also hier um die Hälfte billiger als im Jubiläumshospital, trotzdem war die Lebensmittel der Eisenbahn von Wien nach Steinklaus hinausführen muss. Die Kosten für einen Pflingling im Versorgungsheim betragen jährlich 15.000 Krenen, und dabei liegen, wie der Referent sagt, die Leute auf der Erde. Solange Sie Pfründen geben, die einige Krenen ausmachen, wird jeder nach der Naturalverpflegung im Versorgungsheim reifen müssen. Es wäre jedenfalls im Interesse der Gemeinde Finanzen gelegen, wenn Sie die Pfründen erhöhen würden, damit die Leute nicht für die Gemeinde so teure Naturalverpflegung aus dem Versorgungsheim aufsuchen müssen.

Redner bespricht nun eine Interpellationsantwortung die ihm auf eine Anfrage wies es möglich ist, dass in einer Zeit von alleh Sonderszüge, auch für Schüler, ausgeschaltet sind, für den Arbeiterrat Floridsdorf Sonderszüge beigelegt wurden vom Bürgermeister dahingegen wurde, dass es sich nicht um Sonderszüge sondern um eine bessere Versorgung für den Schluss des Betriebes durch Verstärkung der Schlusszüge handelte. Er fragt den Bürgermeister, seit wann eine Verdichtung des Verkehrs der Stammesbahn auf einem Sondereisenfernbus angeordnet wird, auf dem als Besteller der Kreisarbeiterrat Floridsdorf die Anzahl der beizustellenden Wagen mit 3 Meter und 6 Beiwagen und die Abfahrtszeit mit 10 Uhr abends von der Zelinkaschleife angegeben wurde, also eine Zeit, bei welcher überhaupt kein Betrieb mehr stattfindet. Er weist eine solche Interpellationsantwortung zurück, weil er Sie nicht der Würde eines Stadtrates entsprechend finde.

Dann zu den Ausführungen des G.R. Weber, die er gestern hier gehalten hat. Hier möchte ich sagen, dass er uns Raubergeschichten erzählt hat. Er hat gesagt, dass ein Schrei nach der Katastrophe zu Beginn des Krieges durch die christlichsoziale Presse gegangen ist, und er hat gesagt, dass die Sozialdemokraten sich ablehnend verhalten und den Frieden um jeden Preis verlangt haben. Ich staune über die Vergesslichkeit, die den Kollegen Weber da befallen hat.

Redner führt nun Zitate aus der Arbeiterzeitung aus der Zeit, des Kriegsbeginnes und des Beginnes des Krieges mit Italien, sowie Zitate aus Artikeln des Doktor

Renner in der Arbeiterzeitung und Zitate aus dem Prozesse gegen Dr. Adler an, die beweisen sollen, dass die Ansichten der sozialdemokratischen Partei damals die gegenteiligen von denen des G.R. Weber waren, und sagt, wenn eine Partei von/führenden Größen bis zur Parteipresse von Parteitage bis zum Kongresse immer eingetreten ist für die Kriegsbegeisterung, den letzten Mann den Melechkrieg gepflegt hat, das gehört eine eiserne Stine dazu, bei einer Budgetdebatte die eine ein Bankrottbudget auferlegt sich hinter die Kriegskette einer anderen Partei zu verkrühen.

Sie täuschen sich in der christlichsozialen Partei. Die christlichsoziale Partei hat kein Programm von heute auf morgen. Sie arbeitet nicht auf einen verführerischen Wahlsieg hin. Sie hat in ihrem Parteiprogramm fundamentale Grundsätze, die durch 2000 Jahre der einzige Kulturfortschritt aller Menschen waren: Wie kleinlich sind die materialistische Grundsätze ihrer Partei. Einige Jahrzehnte haben Sie um die Herrschaft gekämpft ein Jahr Herrschaft und sie sind ad absurdum geführt.

Wir Christlichsoziale haben kein Verlangen diesmal den Sieg zu erlangen, aber zum Schluss meiner Ausführungen muss ich die schwere Anklage gegen Ihre Partei erheben, dass Sie gewusst haben, was für einernmentsetzlichen Zeit wir entgegen gehen und doch vor den Wahlen die Wähler durch Ihre Aufrufe (zeigt ein Plakat vor) auf besser Zeiten verwiesen haben, wenn Sie aus Ruden kommen. Das ist die Anklage, die gegen Sie spricht, die zugleich beweist, dass es auf der Welt keine größeren Demagogen gegeben hat, als die Sozialdemokraten. Schreiber, Verleumder, Betörer des Volkes, aber in der Tat unfähig, auch nur das geringste zu schaffen. In diesem Sinne erkläre ich, wir Christlichsoziale haben Zeit, zu warten. Es ist keine Freude, in dieser Zeit aus Ruden zu kommen, aber wenn das Volk erklärt, dass es mit Ihren Grundsätzen zu Grunde gehen muss, dass es nicht angcht, den kleinen Kindern aus dem Herzen das Gefühl der Religion und Vaterlandsliebe zu reißen, wenn es erklärt, dass nur in den christlichen Grundsätzen das Heil des Vaterlandes gelegen ist, dann werden wir den Rufe folgend die Verwaltung übernehmen. Wenn nicht, überlassen wir Ihnen die weitere Verwaltung dieser Stadt und des Staates, aber auch die volle Verantwortung für das, was geschieht. Unseren christlichen Arbeitern aber, welche treu an unserer Seite stehen, die erkennen, dass nur der Ausgleich der Klassen in Stande ist, dieses Land und Bettelvolk wieder in die Höhe zu bringen, unseren Gewerbetreibenden und Beamten

rufen wir zu: Haltet aus, es werden bessere Zeiten kommen, wenn die Erkenntnis über das Wiener Volk kommt: hinaus mit diesen Demagogen! (Lange anhaltende Beifall bei den Christlichsozialen.)

Es werden hierauf die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen vorgenommen. Beim Die Wahl eines Mitgliedes des Ausschusses für technische Angelegenheiten, welches Mandat Stadtrat Breißner zurückgelegt hat, wird mit Stimmzettel vorgeschlagen. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die sozialdemokratische Partei den G.R. Iser für diesen Mandat vorgeschlagen hat.

Es wird hierauf die Budgetdebatte fortgesetzt.

G.R. Feldmann (Nationaldem.) gibt zunächst seinem Bedauern Ausdruck, dass der Voranschlag den Gemeinderäten erst in den letzten Tagen eingehändigt wurde, und führt dann weiter aus: Wenn auch kein Abbau der Preise möglich gewesen ist, so hätten doch nicht so unerhörte Preissteigerungen eintreten müssen, wie es tatsächlich der Fall ist. Es hätte Mittel gegeben, diese zu verhindern, aber dieses Mittel ist vom Staate, von der Gemeinde zu benutzen verabsäumt worden. Man hätte die Kreditfähigkeit des Staates, Landes und der Gemeinde mehr stützen müssen. Die Teuerung ist eine Folge der Entwertung des Geldes und diese ist eine Folge des Misstrauens des Auslandes gegenüber unseren Staate und unserer Stadt. Man ist mit den Kautschukpreisen und mit dem Tabakmonopol förmlich hausieren gegangen und dieses eine Beispiel allein lässt den Misserfolg erkennen, den wir im Ausland haben. Es wird der letzte Heller aus dem Volkvermögen herausgezogen und man wird natürlich das Geld eines solchen Volkes nur sehr niedrig bewerten. Ein großer Fehler war auch die Rede des Staatssekretärs für Finanzen, von der Angleichung an den Weltmarktpreis. Staat, Land und Gemeinde sind nach dem Kriege in demselben Fehler fortgefahren, der während des Krieges begangen worden ist, dass für eine Bedeckung der Ausgaben nicht gesorgt worden ist. Man hat einfach die Notenpresse arbeiten lassen. Da muss gründlich Wandel geschaffen werden, um unseren Geldwert zu heben und dann kann sich auch ein Abbau der Preise anschließen.

Die Mehrheitspartei begnügt sich immer nur damit, auf den Krieg als die Ursache alles Übels hinzuweisen. Auch gestern hat der sozialdemokratische Redner wegen des Krieges gegen die deutschnationale Partei Angriffe gerichtet. Redner zitiert einige Stellen aus dem Alldeutschen Tagblatt, und aus der Arbeiter-Zeitung, um darzutun, dass die gegen die Deutschnationalen erhobenen Anschuldigungen ungerechtfertigt sind, und fährt fort:

Wir haben aus der Hauswirtschaft der Habsburger kein Interesse gehabt und haben Sie von jeher bekämpft. Da der Krieg nicht zu verhindern war, haben wir als Deutscher selbstverständlich den Sieg gewollt. Wieder Willen so wir in den Krieg gegangen, aber als wir darinnen waren, haben wir tatsächlich bis zum Ende ausgeharrt gegen unser Pöbelinteresse. Weil bei einem Siege die Habsburger in Oesterreich geblieben wären und sie werden wissen, dass wir die grössten Feinde der Habsburger waren.

Die Lehnpolitik der Gemeinde Wien ist allerdings nicht gleichmässig. Sie haben den manuellen Arbeiter zu mindest bevorzugt, wenn nicht überschätzt gegenüber dem geistigen Arbeiter. Sie reden bei jeder Gelegenheit vom Sparen. Wenn man vom Sparen predigt, muss man bei sich selbst anfangen. Sie reden auch vom Abbau des Personals. Da kommen mir Bedenken, was die Leute, die entlassen werden anfangen sollen. Gegen eines möchte ich mich jetzt schon verwahren, dass bei dem Abbau des Personals nicht die eigenen Volksgenossen, die ersten sind die aufs Pflaster geworfen werden. Ausser dem Sparen empfehlen sie noch das Mittel mehr arbeiten. Das ist recht gut und schön aber wir als der ebenste Staat haben natürlich den Achtstundentag gebraucht. Aber wenn acht Stunden wirklich erdentlich gearbeitet würde, könnte es noch angehen.

Die Steuern und Abgaben sind mit einigen wenigen Ausnahmen nur auf die kleinen Gewerbetreibenden zugeschnitten. Das ist zu begreifen, da Ihre Partei nie ein Hehl daraus gemacht hat, dass der Gewerbetreibende zugrunde gehen muss, um die Reihen der Proletarier zu vermehren. Dr-Renner hat erklärt, das kleine Bürgertum sei der Tandemmarkt aller Klassen, ein überheltes Zwischenglied der Produktion. Da man nun dem Gewerbetreibenden seine Betriebsstätte nicht wegnehmen kann, so nimmt man ihm nach und nach alles weg; das ist der Zweck der neuen Steuern, denn sonst könnte man sie sich nicht erklären. Unter den konzessionierten Gewerben gibt es eine Reihe, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr arg leiden. Und nach den neuen Steuern stehen sie alle zwischen dem Kriegswucheramt und einer schlechten Kalkulation und das ist die Gefahr ihres Unterganges. Die Steuern sind alle ungleich und hart. Die Abgabe für Bürgersgewerke wird die Entlassung eines Teiles des Personals zur Folge haben.

Es wird sich die Arbeitslosigkeit steigern und auf der einen Seite wird man Steuern einnehmen auf der anderen

Seite aber vielleicht den doppelten oder dreifachen Betrag für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müssen. Die Mietzinsabgabe ist eine Steuer in unerhöhter Form. Wir stimmen demnach der Mietzinsabgabe für Luxuswohnungen zu, fordern aber, dass die Betriebsstätten ausgenommen werden.

Durch eine richtige Wirtschaft, durch irdnatische Käufe und Abschlüsse könnte manches erspart werden. Nicht nur in Personalangelegenheiten sondern in allem Übrigen muss gespart werden, wenn der Gemeindehaushalt wieder in Ordnung gebracht werden will. Die Verfälle die wir in der letzten Zeit mitgemacht haben, bestimmen uns dazu gegen die Verlage zustimmen, und wir hoffen, dass Sie die Mehrheit in diesem Belange nicht erhalten.

Vorsitzende Gemeinderat Amalie Seidel gibt bekannt, dass mit allen abgegebenen 96 Stimmen G.R.-Iser zum Mitglied des Ausschusses für technische Angelegenheiten gewählt wurde.

G.R. Siratsch (Tscheche): Die Debatte hat gezeigt, dass Wahlen vor der Tür stehen und jede Partei hat hier eine Wahlrede gehalten. Es war interessant, wir die deutschen Parteien bemüht haben, die Kriegsbegeisterung zu verwischen aber es ist beiden nicht gelungen. Es waren gewiss die Dokumente aus der Arbeiterzeitung sehr belastend. Ich weiss auch, dass Vertrauensmänner in die Betriebe gekommen sind und wie z.B. technische Arbeiter zwei Tage vor Ausbruch des Krieges gefragt haben was werden wir machen, diese beim Recke gepackt wurden und Ihnen gesagt wurde: Du bist auch ein Verräter. Das ganze deutsche Volk war begeistert, dass man endlich gegen die Serben losgeht. Es war ein leichtsinniges Spiel in Oesterreich, dass die deutsche Minderheit gegen den Willen der slavischen Mehrheit den Krieg vom Zaun gebrochen hat. Im Veranschlagungsspiegel sind die Nachwirkungen des Krieges. Ob die Christlichsozialen oder Sozialdemokraten jetzt am Ruder sind alle werden jetzt schwer mit diesen Karren verwärtskommen, weil er so tief in den Schlamme hineingefahren werden ist. Wir müssen aber zwischen den alten und den jetzigen Wien unterscheiden. Jetzt nach dem Umsturz, ich schäme mich nicht zu sagen, dass wir auch dazu beigetragen haben, kann die Letterwirtschaft nicht weitergehen. Jetzt ist Wien in eine andere Lage gekommen. Es sind circa 500-000 Menschen ausgezogen, was jedenfalls sehr ins Gewicht fällt und die Herrschaften, die sich hier so besten unterhalten haben, sind zuerst ausgerissen und haben ihr Geld mitgenommen. Auch viele Zentrale von Fir-

men, die ihre Fabriken in der Cheche-Slawakei haben, sind weggezogen. Es wird noch schlimmer kommen, wenn länger mit den Einschränkungen zugewartet werden wird. Ist es nicht ein Leichtes, hier werden Steuern, die über 100 Millionen herbeibringen und Aufregungen hervorrufen, beschlossen und auf der Schweiz werden Baracken gebaut. Es muss doch Platz genug hier sein. Wir haben doch leere Kasernen, warum schmeisst man das Geld so hinaus. Die Militärbehörden glauben, wenn 10 Leute in einer Gebäude sind, ist es schon besetzt. In der Republik wird deutscher Geredet werden müssen weil dieser Zustand unhaltbar ist.

Von den Christlichsozialen Klasse Anwürfe an die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Verwaltung gemacht werden, so möchte ich Ihnen Einem sagen: Die Sozialdemokraten

haben die Zügel in die Hand bekommen, was es am schlimmsten stand und es ist ein Glück für die Bevölkerung, dass die Sozialdemokraten in der schlimmsten Zeit so viel am Spieltisch in die Hand genommen haben und die Bevölkerung vor grossen Erschütterungen bewahrt haben.

Die Situation dieser Stadt ist ein böse und noch ein gar solche Streiks wie der verfeuert und die Arbeiter verlieren die Sympathie der Bevölkerung. Jeder Streik ist ein Widerspruch. Bringt der Gemeinde Schaden und den Arbeiter nicht er nichts. Wenn sie die Christlichsozialen bekämpfen, das Ihre Arbeiter in den Betrieben terrorisiert werden, so hat es wohl die deutsche Sozialdemokratie dass sie sich nicht unterwirft. Solange ein Volk oder eine Partei in der Minorität ist, ist die demokratische

und vielleicht werden auch wir Tschechen nicht so demokratisch sein wenn wir in der Mehrheit wären. Die Christlichsozialen haben recht, wenn sie verlangen, dass auch ihre Arbeiter bei den Lohnverhandlungen beigezogen werden.

Wenn Sie sagen, dass der Anschluss notwendig ist, damit Deutschösterreich leben und existieren kann, so ist das grundfalsch. Die Deutschen würden sich aber auch beladen, wenn sie eine solche Wirtschaft wie sie jetzt bei uns übernehme sollten.

Als wir Tschechen in den Gemeinderat eingezogen sind, haben wir uns redlich vergewissen, an den Wänden aufbau der Stadt mitzuarbeiten. Wie sollen wir das aber, wenn Sie uns kulturell nicht ausleben lassen wollen. Es ist tief traurig, dass unter dem Regime der Sozialdemokraten unsere Kinder 6 Wochen im Schulstreik stehen mussten. Navor ein Land // Schulgemeinde bekamen. Die Schulfrage der tschechischen Minderheit wird mit einer grenzenlosen Leichtfertigkeit behandelt. Als wir eine Aderdämung unserer Minderheit das erstmal beim Bürgermeister in Angelegenheit der tschechischen Schulen versprach, da war die Aderdämung mehr Überraschung, als Herablassen sie behauptet wurde. Eine deutschnationale Mehrheit in Wien könnte mit der tschechischen Minderheit auch nicht anders verfahren, als es die Sozialdemokraten tun. Redner kommt dann auf den Boykott gegen Ungarn zu sprechen und sagt, dass es nicht richtig ist, dass er nur von den Sozialdemokraten in Wien gemacht wird, sondern, dass auch die denkenden Arbeiter in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien den Boykott mitmachen. Er wendet sich gegen die Behauptung, dass die Sozialdemokraten an der jetzigen Lage schuld seien und schließt: Wenn alle zusammenarbeiten, wird auf dem 5 Millionen Staat ein Staat werden, der existieren wird können.

Dr. B. Hiber (Chr. soz.): Wir schämen uns nicht, dass wir für das Vaterland eingetreten sind. Wir werfen das den Sozialdemokraten vor, dass sie solange sie geglaubt haben, dass der Krieg gut ausgehe, geschweift und Vorteile zu erlangen gesucht haben und erst als das Fährliche sich auf die andere Seite neigte, umstecsten. Wir schrieben auch nicht die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen den Sozialdemokraten in die Schuhe, dass sie aber nach den verlorenen Krieg der Bevölkerung billigeres Fleisch, Brot u. s. w. versprochen, wenn sie gewählt werden, war Lug, Schwindel und Betrug. Was wir ihnen hauptsächlich verwerfen ist, dass durch ihre Wirtschaft und ihre sinnlose Politik, die man

beinahe wahnwichtig nennen könnte, das Land ungeheuer fangt zu versinken an. Wenn man sich in einen solchen Zustand befindet, sollte man helfen, aus demselben herauszukommen. Sie errichten aber einen Terror, sie predigen weiter den Klassenkampf und stürzen dadurch das ganze Volk in einen grenzenlosen Abgrund.

Der Hauptversuch ist ein glattes Geständnis des Bankrottes Ihrer Wirtschaft. Dazu ist die Aufstellung noch falsch. Einige Millionen sollen durch eine Kreditkapitalien aufgebracht werden, aber ein Bankrott wie der Referent soll doch wissen, dass einem Bankrotteur niemand etwas leiht. In der Bilanz sind auch Ausgaben nicht enthalten von denen man weiss, dass sie gemacht werden müssen.

Redner bespricht nun eingehend die im Vorjahr beschlossene Wertzuwachssteuer, die er als ungerecht und als einen förmlichen Raub bezeichnet.

Bei Besprechung der Rentensteuer sagt Redner, dass diese teuer vor allem die Gewerbetreibenden treffe, denen es vielleicht die Arbeit, Fleiss und Tüchtigkeit gelungen ist, sich im Laufe vieler Jahre eine kleine Rente zurückzulegen und die nun besonders hart getroffen werden sollen. Diese Leute gehören nicht zu Reichen, wie die Verlage voraussetzt. Jene Schichten der Bevölkerung, die mit ihren kleinen Ersparungen ihr Leben fristen müssen, sind heute schon am verhungern. Eine 300%ige Erhöhung des Zuschlages zur Rentensteuer ist nicht mehr Raub, das ist schon Ausgeiltheit.

Mit der 12fachen Erhöhung der Erwerbssteuer treten Sie den Gewerbebestand zur Verzweiflung. Vielleicht wäre der Steuerstreik eine Wahnsinnstat, aber Sie treiben ihn zu dieser, weil es dem Gewerbebestand nicht möglich ist, diese Steuer zu zahlen. Höchst ungerecht ist es, dass die Erwerbssteuer nicht vom faktischen Verdienste bezahlt wird, sondern dass sie auch vergeschrieben wird, wennsichs verdient wird. Ungeheuer ist es, wenn für die Erwerbssteuer eine Rückwirkung auf das ganze Jahr 1920 verlangt wird.

Durch die Mietzinsabgabe, wie Sie sie verlangen, vertreiben Sie den Besitz an Wien. Bei Geschäftskalkulen ist diese Abgabe ein Wahnsinn. Sie bringen eine ungeheure Katastrophe über den Gewerbe und Handelstand, aber auch über die Arbeiterschaft. Wie weit wollen Sie die Verödung und Verelendung Wiens nach Zürich 2 Bank Sie behaupten, wir vertreten immerhin das Interesse des Reichtums, so ist noch nie Ärger gelegen worden.

Es ist unklar, wenn gesagt wird, dass man die Klagen der Gewerbetreibenden nicht so ernst zu nehmen braucht. In den Untersuchungen der Gemeinde Wien haben Sie diesen Beweis, wie es den Gewerbetreibenden geht. Mit dem Strafen sind die Gewerbetreibenden reichlich bestraft worden. Arreststrafen könne ohne Berufungsbrecht verhängt werden. Die Art wie Sie wirtschaften, das zeigen auch die Bauten auf der Schmelz. Es ist Ihnen davon abgeraten worden, Sie aber haben gelacht und gesagt dass Sie mit 8 Millionen auskommen werden. Das Bauprogramm ist heute auf ein Drittel zusammenschmelzen und die Baukosten sind schon auf 100 von Millionen gestiegen.

Es ist auch gesagt worden, dass der Boykott gegen Ungarn viel Schaden anrichtet. Und das spürt auch die Industrie bezüglich der Kohle und bezüglich der Kreide, die die Industrie aus Ungarn beziehen hat.

Ich kann Ihnen nur zurufen, kehren Sie um auf dem Wege des Raubes, denn ohne Recht gibt es keinen Staat. Ohne Recht ist der Aufbau des Staates unmöglich. Ihre Verleugern bedeuten eine Rechtsverleugung, weil Sie es dem sinkenden Gewerbebestande unmöglich machen, sich in seinem schweren Kampfe durchzukämpfen.

Redner stellt nun wegen der vorgeschrittenen Zeit die Anträge seiner Parteigenossen, die auf eine Abänderung der Verlage betreffend die Einhebung erhöhter Zuschläge zu den Grundsteuer und Erwerbssteuern, betreffend die Erhöhung der Mietzinsabgabe, betreffend die Einhebung einer Abgabe von Speisen und Getränken, betreffend die Abgabe für Durchführungszwecke und betreffend die Abgabe bei kennzeichneter Gewerben beinhalten.

Über Antrag des O.R. Hefbauer (Sozdem.) Wird die Debatte geschlossen und über Antrag des O.R. Schneller (Sozdem.) werden zu Generalrednern kontra G.R. Kuschak (Christl. soz.) und pro G.R. Skaret gewählt.

G.R. Skaret (Generalredner pro): Wir haben durch 1 1/2 Tage eine Debatte, abgesehen gehört, die sich in ihrem Grundten mit dem Vorwurf beschäftigte, dass die Sozialdemokratische Verwaltung in diesem Jahre eine schlechte war.

Ja, es hätte Redner der Christlichsozialen Partei in Ihrer Demagogie, in Ihren Reden zum Fenster hinaus sich selbst vertrieben, zu erklären, dass die Beamten und Arbeiter heute

unter der sozialdemokratischen Krute seufzen müssen. Das hat einer Ihrer Herren gesagt, der seinen eigenen Parteigenossen die Fenster eingeschmissen hat. Wer Ihre Reden durch 1 1/2 Tage gehört hat, wer Ihre Vergangenheit in den letzten 15 Jahren kennt, der muss sagen, dass Sie nicht weiss, was innerhalb Ihrer Partei vorgegangen oder es fehlt Ihnen jedes Gefühl für das, was Sie in diesen 15 Jahren in diesem Saale gemacht haben. Ich will mich nicht auf das Gebiet der politischen Messregeln begeben. Sie sprechen von der schlechten Verwaltung. Was würden Sie wenn Sie bei den verjährigen Wahlen die Majorität im Gemeinderat erlangt hätten in der Situation anders gemacht als was wir heute machen. Sie werfen uns unsere frühere Wahlagitacion sogar unser kommunales Programm vor, dass wir gegen die indirekten Steuern immer aufgetreten sind. Ist niemand unter Ihnen, dem es aufdämmern könnte, dass wir jetzt in einer vollständig anderen Zeit leben als wir damals gelebt haben? Sie haben alles vermieden um ja keine direkten Steuern zu erhöhen, sondern alles auf die indirekten Steuern zu legen, in der Zeit wo sie förmlich in Fett geschwenken sind. Sie sagen heute, das Finanzreferent habe einen falschen Bericht gemacht, man könnte ihm nachrechnen dass zwei, drei, vier Milliarden Defizit in der Gemeinde seien. Wenn wir alles hineinsetzen würden in den Veranschlag, wende wir meinen, dass es drinnen stehen müsste, so könnten wir zwei, drei, vier und fünf Milliarden Defizit herausbringen. Was würden Sie heute an unserer Stelle tun? Es ist ein böses Geschick, das uns voriges Jahr dazu bestimmt hat, die damals schon ganz verkrachte Gemeindeverwaltung zu übernehmen. Zur Zeit der Übernahme der Gemeindeverwaltung durch uns, waren ihre ganzen Unternehmungen passiv. Sie haben beim verjährigen Veranschlag ein Defizit von über 400 Millionen gehabt. Was haben wir in diesem Jahre alles bewältigen müssen? Sie hätten nie und nimmer die Kraft dazu gehabt, das zu bewältigen. Ich möchte den Herrn unter Ihnen kennen, der heute aus innerer ehrlicher Überzeugung

sagen kann, dass wir etwas getan haben, was Sie zu missbilligen das Recht hätten. Was wir getan haben, haben wir im Interesse der Verwaltung und der Bevölkerung dieser Stadt getan. Wenn Sie sich immer als die Sachwalter Ihrer Vaterstadt aufspielen, dann hätten Sie diesen Ton seit gestern nicht anschlagen dürfen, den Sie angeschlagen haben, dann müssten Sie mit uns gemeinsam einen Weg suchen, diese Stadt aus dem Elend in das Sie der Krieg gebracht hat, herauszuführen. Und nun machen Sie uns den Vorwurf, die neuen Steuern. Ich gebe ohne jeden Rückhalt zu, dass die letzten Steuerverlagen, so wie auch diese die denkbar schlimmsten sind, die wir gezwungen waren, einzubringen. Aber zeigen Sie uns einen Ausweg, wenn Sie gleich uns die Leitung dieser Stadt im Auge haben. Ich weiss meine Herren, dass Sie mehr dafür sind die Steuerschraube nach unten anzuziehen und in einem Atem erklären, die Verlagen haben nichts von einer sozialen Gerechtigkeit an sich. Das verstehe ich nicht. Sie sind hier dieselben, wie drüber in der Nationalversammlung Ihre Agrarier. Sie zeigen immer nur den kleinen notwendigen Bauern auf, und sie hier zeigen uns immer nur den nettleidenden kleinen Gewerbestand. Um das dreht es sich beim Verlage nicht. Nennen Sie mir einen Gewerbetreibenden, der einen Zins von 30-000 Kronen zahlt? Sie sagen immer, Sie sind eine Volkspartei und müssen nicht nur die Rechte der Arbeiter sondern auch die Rechte der Reichen schützen, weil Sie als Wähler und Schützer der Interessen aller Stände auftreten. Sie ~~glauben~~ daher, auch die Pflicht, die reichen und grossen Geschäftsleute zu schützen. Sie denken dabei gar nicht an den kleinen Gewerbestand. Sie brauchen das ja nur für den Wahlkampf.

Ist es denn bei uns in Wien nur allein so? Haben Sie keine Kenntnis davon, wie es in den anderen Städten aussieht, die mit ausschliesslich christlichsozialer Mehrheit verwaltet werden? Sie haben dort dieselbe Eucht nach neuen Steuern zur Deckung des immerwiederkehrenden Defizits. Das haben Sie in Graz, wo die Sozialdemokraten wohl die stärkste Partei sind, aber nicht die Majorität haben. Was ^{Sie} in dieser Saale durch $1\frac{1}{2}$ Tage geredet haben, das haben Sie gegen Ihre

eigenen Parteigenossen in allen Städten Oesterreichs geredet, die unter christlichsozialer Verwaltung stehen. Ihre Haltung ist hier im Gemeinderate deshalb so, weil Sie glauben, damit nach aussen hin Effekt machen zu können. Wir Sozialdemokraten haben an Popularität ungemein eingebüsst, weil wir keine Herrgötter sind. Selbst in England hat der Staatssekretär grosse neue Steuern angekündigt, von denen er selbst sagt, dass ^{sie} über die Grenzen des Möglichen gehen. Das ist aber in einem Staate, der sich sehr leicht im Wege von Krediten oder auch im Wege seiner Geldnoten selbst retten könnte. Was ist Wien dagegen? Die Kassen der Stadt wurden von uns vollständig leer übernommen und trotz allen Steuern konnte der Fehlbetrag nicht ersetzt werden - Was soll die Gemeinde nun tun? Wie sollen Sie die Beträge aufbringen? Jede Partei die hier wäre, könnte nichts anderes tun, als höchstens das, dass sie die Steuerschraube nach unten anziehen.

Es ist sehr missig darüber zu sprechen, werden Krieg verschuldet hat. Wenn aber Oesterreich eine vernünftige Handelspolitik gemacht hätte, so hätte es zu den Konflikten und den Schüssen in Sarajevo nie kommen brauchen. Nachdem aber Oesterreich ausschliesslich von Ungarn und seinen Staatsmännern beherrscht werden ist, nachdem manche Serben wirtschaftlich erdrückt hat, und zu allen Ueberdruss Oesterreich im Verein mit Italien auf der Londoner Konferenz ihnen den eroberten Hafen an der Adria nicht aufzulegen gestattete, so musste ein Haas heraufbeschrieben werden. Das ist der eigentliche Grund des Krieges, aber darüber zu reden, wird den späteren Geschichtsverstand überlassen bleiben.

Kollege Vaugoin hat Sätze aus Artikeln, der Arbeiterzeitung ohne jeden Zusammenhang herausgerissen.

Sie können heute die kriegfeindlichste Rede halten oder den kriegfeindlichsten Artikel schreiben, so werde ich Ihnen aus diesem Artikel wahrscheinlich Sätze herausfinden, die so anklagen, als ob man den Krieg mit Wohlwollenderen Augen betrachtet hätte. Das entschuldigt aber durchaus nicht die Haltung, die die bürgerlichen Parteien während des ganzen Krieges eingenommen haben. Wollen Sie vielleicht in Abrede stellen, dass Ihre Partei schon während des Balkankrieges ununterbrochen in Wort und Schrift dahin gewirkt hat, dass es zu einem Ergreifen der Waffen Oesterreichs im Balkankriege hätte kommen sollen. Warum

1918

Warum haben Sie im November 1918 sich nicht des Zusammenbruches angenommen, die Dinge nicht an sich gezogen und zu meistern gesucht, wie die Massenführerles heraufgezogen sind? Sie haben uns ruhig die ausserordentlich schwierige Arbeit überlassen, mit dem Zusammenbruch des Krieges fertig zu werden. Wo ist in den später darauffolgenden Wochen und Monaten die christlichsoziale Partei geblieben? Wo waren Sie während der Zeit der Räteherrschaft in Russland und Ungarn? Warum auf einmal dieses Aufbegehren, jetzt sind Sie da und würden alles besser machen. Damals waren Sie so klein und haben sich nicht gerührt. Heute tun sie so als ob Sie in einer Lage wären auch wirklich etwas für das Volk leisten zu können. Warum

Es wurde hier auch vom Boykott gegen Ungarn gesprochen. Es hat Kollege Kunschak in einer Versammlung ungefähr in dem Sinne sich geäußert, dass er erklärt hat, wir sind in Oesterreich stark genug, wir brauchen keinen Anschluss, wir haben Kohle, Lebensmittel alles mögliche, was man sich nur denken kann. Ich bin überzeugt, Kollege Kunschak hat dabei an eine Vereinigung mit Ungarn gedacht. Er hat sogar erklärt, dass der Boykott ein schwerer Schaden für Oesterreich sei, wir könnten um 6 Kronen so viel Getreide haben, als wir wollten und brauchten nicht 31 Kronen dafür zu bezahlen. Wie der Boykott gegen Ungarn eingesetzt hat, sind im Triester Hafen 1500 Waggons Getreide mit der Bestimmung für Ungarn eingelagert gewesen. Wenn wir Hoffnung hätten, von Ungarn Getreide zu bekommen, was braucht Ungarn deren mehr als genau so schlecht wie Oesterreichische ist das teure Getreide mit Dollar aus Amerika zu beziehen? Dadurch, dass man Serbien den Süden, Rumänien den Osten und die Tscheche Slowakei abgetrennt hat, ist Ungarn genau so in Lebensmittelarmut wie es heute Oesterreich selbst ist. Ungarn hat nicht auszuführen, das ist die Wahrheit, was etwas andere sagt,

täuscht oder sagt es, um Dammegle zu treiben. Die jüngste Getreideverordnung in Ungarn allein gibt uns mit unzweifelhafter Sicherheit zu erkennen, dass eine Lebensmittelneinfuhr aus Ungarn, einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, ein Märchen, das man den Leuten aufbinden will um sie gegen den Boykott aufzureizen.

Wer in der jetzt so schweren Zeit wo wir alle Hände voll zu tun haben, um über die Klippen hinweg zu kommen - ob wir noch darüber hinwegkommen ist eine andere Frage ob uns die Katastrophe trotz aller Mittel nicht /dennoch erreicht, kann heute niemand sagen - den Mut findet, angesichts dieser traurigen wirtschaftlichen Tatsache solche Reden aufzuführen, wie sie von Ihnen in der Budgetdebatte aufgeführt werden sind, ist sicheres Ernstes der Situation in der wir uns befinden, nicht bewusst. Darum können wir wohl nur das eine hier sagen: Wir werden auf dem von uns betretenen Wege fortfahren, weil wir diesen Weg als den einzig richtigen erkennen, wenn wir Wien aus seiner Schlamm-situation retten wollen, vorausgesetzt, dass es überhaupt zu retten ist.

Sie haben sich mit der Ueberlieferung Ihrer Papiere auf 2000 Jahre zurückgerufen. Das würde nichts anderes bedeuten, als dass diese Partei aus dem jüdischen Volke hervorgegangen ist, das würde nichts anderes bedeuten, dass ihre ganze Tradition dem Judentum entstammt. Ihr Christentum ist aber eben nichts anderes als ein Aushängeschild für die ganzen Dummen, die glauben, dass dahinter etwas wirklich reales verbergen ist. Aber im Grunde ist jeder Sozialdemokrat, wenn er sein Programm hält ein besserer Christ als alle die sich draussen Anhänger der christlichsozialen Partei nennen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

G.R. Kunschak (Christleser) Generalredner kontra Kollege Skarot hat Beschwerde darüber geführt, dass das Budget und der Referent unrecht behandelt worden sind. Zwei Gründe wurden zur Rechtfertigung des Budgets angeführt, wo durch auch die Politik der Partei der Mehrheit im letzten Jahre gerechtfertigt erscheinen soll. Der eine Grund ist, dass die Verhältnisse ungünstig waren, dass konsequenter Weise ein anderes Ergebnis nicht resultieren konnte. Wir haben niemals die Schwierigkeiten verkannt, welche sich der Gemeindevergeltung bei jedem Schritt und Tritt in den Weg stellen. Wir wissen, dass der Umsturz nicht ohne Folgen bleiben konnte wenn aber der Zusammenbruch und seine Wirkungen als Argumente für Sie geführt wurden, so sind Sie nicht

berechtigt sich auf den Zusammenbruch zu berufen. Wer so wie Sie in ein Jubelgeschrei beim Beginn des Zusammenbruches ausbrechen ist, der hat kein Recht diesen Zusammenbruch als Entschuldigung für sich in Anspruch zu nehmen. Es bleibt dabei noch zu untersuchen, wie gross Ihre Mitschuld an dem Zusammenbruch und an seinen Folgen ist. Ganz schuldlos am Zusammenbruch sind Sie nicht und an einem anderen Ort hat ein Parteigenosse von Ihnen sich gebrüstet, dass Ihre Partei den Zusammenbruch vorbereitet hat. Es ist auch gesagt worden, dass wir uns nie bereit gefunden hätten, mit Ihnen gemeinsam den Schwierigkeiten begegnen zu versuchen und das wir auch nicht einen Vorschlag gemacht hätten. Kollege Kleinböck hat im Staatsrat einen Antrag gestellt, dass wir uns mit Ihnen zusammensetzen werden und darüber nachdenken wollen, wie wir die Stadt aus diesen Schwierigkeiten herausbringen können. Daraufhin hat man uns zu einer Besprechung eingeladen, in der uns der Finanzreferent die neuen Steuern vorgelegt hat. Man hat uns also berufen nachdem man mit den Arbeitern schon fertig war, und hat uns diese nur zur Kenntnis gebracht. Von unsern Anträgen zur Mitarbeiterwurde kein Gebrauch gemacht. Wenn Sie aber geglaubt haben, dass das Zusammenarbeiten in eine Koalition ausüben soll, so natürlich gehen wir nicht mit Ihnen. Dass Sie solche Absichten hegt haben, darüber haben Sie uns ja nicht im Unklaren lassen.

Zum Teile ist Ihre Wirtschaft schuld an der Lage der Stadt zum Teile aber auch nicht. Sie werden sich sagen müssen

sen, dass jeder Betrieb zweckwillig geleitet wird durch ihr Eingreifen. Es ist eine Wahrheit, dass se erstklassige Männer von internationalem Ruf, wie Direktor Karel und Direktor Menzel eigentlich nur Schattenfiguren sind, während sie zu unserer Zeit uneingeschränkte Gelegenheit hatten sich zu betätigen. Sie haben in den städtischen Unternehmungen die Überkultur des sogenannten Rätessystems die die Betriebsführung ausserordentlich erschwert und stört und die ja auch die ganze Betriebsunsicherheit nach sich zieht. Ich bin der allerletzte, der sich gegen die Demokratisierung der Betriebe ausspricht, aber was sich auslebt in den städtischen Unternehmungen, ist nicht mehr Demokratisierung des Betriebes das ist Terrorisierung des Betriebes und der Betriebsführung. Nicht nur Christlichsoziale, auch sozialdemokratische Angestellte sagen es sooft man es sagen will, es kannes nicht weitergehen, es müssen die Betriebe rettungslos zugrunde gehen. Gestehen Sie sich endlich ein, sie haben durch das Schäffenlassen der Zügel, dass Sie mit Freiheit und Demokratisierung Behauptung der Arbeiterschaft verwechseln, die Herrschaft über die städtischen Angestellten verlieren. Sie sind heute nicht mehr die schließenden, sondern die geschriebenen. Sie stehen stündlich vor der Gefahr solcher Erscheinungen, wie die Streiks in der vergangenen Woche der vier Stadt Wien ein heiden Gold kostet und die Bevölkerung in der unangenehmsten Weise belastet. Hier müssten sie endliche einmal den Hebel ansetzen. Leicht wird es Ihnen natürlich nicht werden, weil Sie sich dabei nur allzu leicht in den Verdacht setzen, als ob Sie an dem rütteln, was Sie als Program der Arbeiterschaft immer versprochen haben. In der Beziehung bewundere ich dennFreisut des Finanzreferenten, der über die Betriebsführung und Arbeitsleistung in den städtischen Unternehmungen ein sehr offenes und scharfes Urteil abgegeben hat. Er ist aber in diesem Teile seiner Rede von seinem eigenen Parteiorgan unterschlagen worden. Wenn der Finanzreferent selber erkennt, wo die Schwierigkeiten liegen, aber von seiner eigenen Partei im Stiche gelassen wird, kann bleibt keine Erkenntnis für die Wirtschaft der Gemeinde vollständig möglich.

Wenn Sie sich beschweren, dass wir Ihnen keine Anträge vorgelegt haben, so komme ich auf die Sache mit dem ungarischen Geteide. Kollege Skasat hat, getreu der Arbeiterzeitung folgend, an der Ernährungsverordnung des ungarischen Ministeriums feststellen zu können geglaubt, dass Ungarn überflüssiges Getreideverfüge. Die Verordnung

besagt, dass die ungarische Regierung den Ernährungsplan auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat, auf die Grundlage freien Handels einerseits und des unbedingt notwendigen Schutzes der manderbewittelten Bevölkerung andererseits. Die ungarische Regierung gibt dem Getreide- und Mehlhandel frei garantiert aber seiner Bevölkerung bis zu einem Einkommen von 25-000 Kronen zum billigen Preis von 5 Kronen 1 Kg Mehl per Kopf im Monat. Was die Bevölkerung darüber hinaus noch konsumieren will und was die Reichen konsumieren wollen, darum bekümmert sich die ungarische Regierung nicht. Die Regierung sorgt also nicht für die Reichen auf Staatsmitteln, sondern sie sollen für sich selber sorgen. Ich muss gestehen, dass in diesen Punkte der Ernährungsplan der ungarischen Regierung sich sehr vorteilhaft von den unsrigen abhebt, welcher auch dem reichsten Millionär seine Mehlquote zu demselben Preis sichert, den der arme Teufel bezahlen muss. Was ich über Ungarn gesagt habe, stützt sich auf ganz regelrechte Verhandlungen mit ungarischen Regierungsorganen. Es erscheint mir in der Frage, ob Ungarn Getreide abgeben kann, die ungarischen Organe viel kompetenter als Herr Austerlitz und Herr G.R. Skaret. Ich werde vielleicht in den nächsten Tagen schon Gelegenheit haben, hierüber noch weitere Feststellungen machen zu können. Ich konstatiere nur, dass die ungarische Regierung den grössten Wert darauf gelegt hat, mit Oesterreich in Verbindung zu kommen, weil Ungarn einer Reihe von Artikeln, die wir liefern können, ungeheuren Mangel hat, vor allen an den Artikeln der Kleinteilindustrie die Ungarn in Kompensationswege zu bekommen wünscht. Wir würden auf diese Weise in den Besitz von billigen Getreide kommen und wenn ich annehme ~~xxxxxxx~~ ~~xxx~~ Getreide selbst auf den Preis zustehen können würde, den wir unserer Landwirtschaft zahlen, so wäre das immer noch ein um 21 Kronen niedrigerer Preis als wir ihn am Ausland bezahlen müssen. Unter der Annahme, das 2 Millionen Meterzentner, die in Aussicht genommen worden sind, von der Gemeinde gekauft würden, womit die Gemeinde gleichzeitig fast den ganzen Bedarf der Stadt decken könnte, würde das ein Viermilliarden Ersparnis darstellen und wir hätten damit unsere ganzen Budgetsorgen gelöst. Wenn Sie vielleicht noch um die eine oder andere Krone handeln wollen, so ~~xxxxxxx~~ ~~sich~~ doch 2 Dinge ~~xxxxxxx~~, dass die Stadt Wien durch den Zuschuss des ungarischen Getreides vor Ernährungsschwierigkeiten im kommenden Frühjahr gesichert werden könnte und dass wir unter allen Umständen so namhafte Ersparnisse machen würden, dass wir auf diese Wagnissteuern verzichten könnten.

Es ist so berechnend, dass Herr Dr. Renner den Weg nach Prag, Paris Rom gefunden und auch schon die Plätze nach Belgrad geholt hat, dass man aber niemand darauf Ehemann ist, sich mit Ungarn auseinander zu setzen und Ungarn nur zu zeigen, dass man auf ein freundschaftliches Verhältnis mit ihm denselben Wert legt, wie auf ein freundschaftliches Verhältnis Mexiko mit Paris, Prag, Belgrad oder Rom. Hoff ist das nie Gesprochen, im Gegenteil, sie haben alles getan, um den Ungarn zu zeigen, dass sie kein freundschaftliches, sondern ein gehässiges Verhältnis zu Ungarn wollen. Wenn Sie eine Entschlo die für haben wollen, werde ich

Sie Ihnen sagen. In Wien erscheint ein Schandplatz erster Sorte, das ist an Ar Ember es ist dies der unerhörteste was menschliche Phantasie an Rohheiten und Gemütsverwundung überhaupt zusammensetzen kann. Der ungarische Gesandte Dr. Kratz hat diesen Artikel übersetzen lassen und ist über Belagerung seiner Regierung zum Staatskanzler Dr. Renner gegangen und hat ihn gebeten, ob die oesterreichliche Regierung nicht eingreifen könnte. Darauf erklärte Herr Dr. Renner in ähnlicher Stellung, er bedauere diese Anschuldigungen der Presse, aber nach den oesterreichlichen Pressengesetz könne er nicht einschreiten, wir seien in einer demokratischen Republik.

Nachtrag zur gestrigen Gemeinderatssitzung zu den Verhandlungen um 12 Uhr Nachts.

Referent Kreitzer führt als einen Schlusswort zur Generaldebatte aus: Wenn es irgend einen Beweis bedürft hätte, dass die vorliegende Budget mit seinem Defizit nicht die Folge unserer Verwaltung seit dem Mai 1919 ist, so hätte die Debatte diesen Beweis erbracht. Denn wenn Sie wirklich in der Lage gewesen wären aus den einzelnen Posten und Ziffern unsere Gesandung nachzuweisen, dann hätten Sie es sicherlich getan. Zum Kapitel der Kriegsschuld erlauben Sie mir zu bemerken. Gewiss waren auch in unseren Reihen zu Beginn des Krieges die Ansichten nicht vollständig einig, weil es einen Krieg gegen den Zahlismus gegeben hat, weil damals auf der anderen Seite Russland gestanden ist, an dem die Massen, selbst die Hohenzollern sich und habsburgerhässlich noch immer etwas Besseres gesehen ist. In dem Moment, als der Zarismus zusammengebrochen war, im Februar 1918, hat es nicht einen Sozialdemokraten mehr gegeben, der noch gewillt gewesen wäre, diesen Krieg fortzuführen. Da sind die Arbeiter aller Stufen in den Generalstreik getreten. Danach war der historische Augenblick, wo die letzten und verhängnisvollen Folgen des Weltkrieges von Wien noch hätte abgewendet werden können. Damals ist die Arbeiterschaft allein geblieben.

Sie haben es unterlassen, auch nur den Beweis versuchen zu wollen, dass unsere Wirtschaftsgebarung hier schuld ist, weil Sie genau wissen, in welchem Zustande Sie uns die Verwaltung übergeben haben. Wir haben, als wir im Vorjahre am 4. Mai die Verwaltung übernahmen nicht gewusst, wie am 31. Juli die Gehälter bezahlt werden sollten. Wir haben auch unverrechnete Lebensmittel vorgefunden. Es hat sich gezeigt, dass ein Teil davon verfault war, dass über 4 Millionen eine Abrechnung nicht gelegt worden ist und dass über 5 Jahre hindurch in dem berühmten Lebensmittelgeschäft der Gemeinde keine Inventur und Bilanz gemacht worden ist, dass ungeheure valutische

den aufgetürmt waren. Es ist Tatsache, dass der Aufwand für das Personal von 60 auf 870 Millionen gestiegen ist. Es ist aber nicht bloss der Krieg, der die Steigerungen der Lebensmittelpreise verursacht hat, sondern die Tatsache, dass Sie den Angestellten niemals in rechten Augenblicke zu Hilfe kamen. Sie haben den Angestellten Tuierungs- und Kinderzulagen von 3 Kronen monatlich gegeben. Wir haben auch das Wiener Wohnungsleid übernommen, dass die Folge einer 22 jährigen Hausherrnwirtschaft ist.

Es ist eine unabweisbare Tatsache, dass im April 1919 Bürgermeister Dr. Weisskriehen ge und in Finanzkomitee keinen andern Versuch zu machen gewusst hat, als den Verkauf der Gaswerke um 40 Millionen Kronen. Das haben wir abgelehnt. Das hat sich in einer Sitzung des Finanzkomitees unter dem Vorsitz des Bürgermeisters abgespielt, an der auch der G.R. Keimböck in 6 oder 7 Vertreter unserer Partei anwesend waren. Das ist keine Räubergeschichte und ich fordere den Herrn Weisskriehen auf mich zu klagen, wenn er das als Lüge oder Entstellung zu bezeichnen wagen sollte.

Redner zitiert nun Reden aus der vorjährigen Budgetdebatte die über die Geschäftsgebarung in den Werken Aufschluss geben und verliest einen Bericht des Buchhändlerverständigen Prof. Julius Ziegler, der die drei grossen Unternehmungen der Gemeinde wegen ihrer grossen Verschuldung untersucht hat, wobei sich herausstellt, dass die Bilanzen schon damals so gemacht waren, dass die Geschäftsgebarung einen Reingewinn der Unternehmungen aufwies. Ueber die Valutaschulden von 320 Millionen Kronen ⁱⁿ der Debatte sehr wenig gesprochen worden, und mit gutem Grunde. Wenn diese Spekulation nicht gemacht worden wäre, so hätten wir mit diesen Steuern noch warten können. Was die Wechsel anlangt, so fällt auch diese Geschichte noch in den ehemaligen Gemeinderat. Sie haben Wechsel unterschrieben in dem Augenblicke, wo an den Verkauf der Unternehmungen gedacht war.

Bezüglich der Steuer können stimme ich darin überein, dass die Erwerbsteuer in ihrem ganzen Aufbau etwas künstliches ist, warum ist aber in der Nationalversammlung gegen diese Steuern nicht

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 31. Juli 1920, 9 Uhr vormittags.

Vorsitzender Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

Es wird in die Spezialdebatte des Hauptveranschlagtes eingetreten.
Gruppe I, Verwaltung im Allgemeinen.

G.R. Rummelhardt (christlos) erklärt, dass gewisse Vorgänge in der Generaldebatte die Veranlassung gegeben haben, in der Spezialdebatte ausführlicher zu sprechen. Es sei schädl., dass Sozialdemokraten, dass sie zu einem solchen Budget gekommen sind, weil sie das politische Klassenprogramm in die Gemeindeverwaltung getragen haben. Die Gemeinde lasse sich nicht nach Klassengegensätzen verwalten. Alle Sünden der Sozialdemokraten, die sie als Opposition begangen haben, rächen sich aus. Die Agitation bringe es mit sich, dass die Abgestellten der Gemeinde mit Wünschen und Forderungen nicht zur Gemeinde-Verwaltung sondern zum Genossen Reumann und zum Genossen Breitner in Erfüllung kommen. Was die Fraktionsgebühren des Bürgermeisters anlangt, so haben die Sozialdemokraten zur Zeit ihrer Opposition, zu einer davon angerechtfertigt und ungeeicht gesprochen. Das war zu einer als Wien einen Bürgermeister hatte, zu dem Führer und politischen Vertretungen kamen, um die Verwaltung der Stadt kennen zu lernen. Danach habe der Bürgermeister einen Wirkungskreis gehabt, jetzt aber sei er zu einem Hampelmann gemacht worden, an dem auf der einen Seite Herr Breitner, auf der andern Seite Herr Speiser ziehe. Theoretisch habe der Bürgermeister ja eine gewisse Machtsphäre, wirklich aber kümmern sich die 3 Oligarchen nicht um ihn. Bezüglich der Vizebürgermeister, gibt der Redner seinen Erstaunen Ausdruck, dass gerade der sozialdemokratische Vizebürgermeister auch noch dazu anführender Stadtrat ist.

Durch die Einführung der anführenden Stadträte sei weder eine Verbesserung noch eine Verbilligung der Verwaltung eingetreten. Statt einer Verschlechterung des Betriebes sei es Tatsache, dass sich die Akten auf manchen Schreibtischen bereits anhäufen.

Gegen den Stadtrat Speiser sei persönlich nichts einzuwenden, doch zeige sich bei allen Personalreferenzen, der Grundzug, dass die herrschende Partei die Magistratsbeamtenschaft politisch unter ihre Fuchtel bringen wollen. Dies betreffe hauptsächlich die Amtschefs, aber es könne einmal sehr leicht sein, dass diese parteipolitischen Amtschefs bei ihren Untergebenen nicht das Gefühl der Liebe und Verehrung auslösen, sondern das Gegenteil namentlich wenn die Untergebenen merken, dass dieses Amt parteipolitisch klassenbewusst verwaltet werde. Die Politik der herrschenden Partei gehe dahin, die geistigen Arbeiter herabzudrücken und zu unterschätzen, nicht auf Kosten der manuellen Arbeiter, sondern gegen, von denen sie glaube, dass sie sie leicht in ihre Organisationen bringen könne. Man soll sich aber hüten, eine Kategorie gegen die andere auszuspielen.

Was die neueste Erfindung des Finanzreferenten, die Veriager dieser Steuern betreffe, so sei dies kein glücklicher Griff sondern ein echt fiskalischer, kapitalistischer Griff aber gegen die Kapitalisten, sondern gegen diejenigen, die die Sozialdemokratie gerade schützen sollte. Diese habe ja immer von der Proletarisierung des Mittelstandes gesprochen und dies werde ihr mit den gegenwertigen Steuern gelingen. Der Gewerbestand werde zugrunde gehen aber damit auch ein grosser Teil der Steuerzahler. Dies sei für die Finanzwirtschaft der Gemeinde des Landes und der Stadt sehr bedenklich zu einer Zeit, wo gerade ein grosser Teil der jetzigen Arbeiter bereits arbeitslos ist.

Margarineabgabe. Von 1. bis 7. August werden bei der städt. Margarineabgabestelle 12 kg Margarine pro Person zum Preise von 1.40 K gegen Abtrennung des R Abschalttes Nr 203 und des beiden Abschalttes 203 für nichtkayeniertes Fett der Festkarte abgegeben. Organisten-Verbraucher erhalten Pfandentfess zum Preise von 12 K für 12 kg.

Zewerhae von 1. bis 8. August Margarine zu 95 K. Textilwaren ab Dienstag Schürzen, Knabenhosen, Mantels, Decken und Resorbestände der Verwochen. Frist zur Neukayenierung für Brennstoffe bis 15. August verlängert.

Stellung genommen werden

Was die Bauten auf der Schmelz anlangt, so ist es richtig, dass in einem gewissen Zeitpunkt darüber gewartet werden hat. Es waren aber schon Baustoffe für 15 Millionen angeschafft und wenn die Gemeinde die bereits Türen, Fenster u.s.w. in einer Zeit verkauft hätte in einer Zeit wie die Menschen in Kellerwohnungen lebten, so hätte aus einem Schrei der Entrüstung ausgelöst. Die Wohnungen auf der Schmelz an dem gemessen, was die christlichsoziale Partei während ihrer Herrschaft der Arbeiterschaft Wiens als Wohnungen gegeben hat, noch immer ein Eldorado zu nennen.

Auf der einen Seite ist die Bevölkerung benüßigt worden, und auf der anderen Seite heisst es, dass der Gewerbestand jetzt rettungslos zugrunde gerichtet wird. Es wird so da, dass gewisse Dinge überwältigt werden. Wenn sie aber nicht mit einem Aufschlage überwältigt werden, wird übertraglich sein, weil sich der ganze Betrag von 150 Millionen Kronen auf alle Gewerbetreibenden verteilt. Das übrige verfällt auf die grossen Wohnungen, auf die Luxussteuer u.s.w. Gewinne sind viele Gewerbetreibende bei den Banken verschuldet, ein Teil ist zugrunde gegangen, ein Teil ist zur Arbeiterschaft herabgesunken. Es ist davon gesprochen worden, dass in der vierten Steuerklasse nur wenige Gewerbetreibende sind und dass die beantragten 500 Kronen eigentlich nur ein Aufputz nach aussen sind.

300 Millionen Kronen benötigen wir für Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsanstalten zur Anszahlung der Gehälter an die Angestellten und demselben Atemzuge, indem die Angestellten aufgehört werden neue Forderungen zu stellen, wird das verweigert, was notwendig ist, um die Gehälter in den nächsten Monaten zahlen zu können.

Wir können Ihnen sagen, dass wir die Macht, die der Volk uns in die Hände gelegt hat nicht aufgeben werden. Wir tragen was die Kraft zu, diese Stadt in bessere Verhältnisse zu bringen, und wir werden, wenn es nötig ist bis zum Feber 1924 die Verwaltung der Stadt weiterführen, so unangenehm Ihnen dies auch ist und ohne dass sie daran teilhaben werden. (Stimme und anhaltender Pfiff)

Sozialdemokraten.)

G.R.Dr. Kainböck führt in seiner tatsächlichen Befichtigung aus: Der Finanzreferent habe es für wichtig gehalten, sich in seinem Schlusswort auf meine Zeugnenschaft zu berufen, darüber, dass Dr. Weisskirchner im April 1919 in einer Sitzung des Finanzkomitees vorgeschlagen habe, die Gaswerke um 40 Millionen an die Länderbank zu verkaufen, d.h. seine Partei, dass wir aber/das nicht tun wollten, sondern es abgelehnt haben. Ich berichtige tatsächlich, dass ich keineswegs eine solche Zeugnenschaft abgeben kann. In dieser Form ist es schon deshalb unmöglich, weil damals nicht die Partei des Finanzreferenten im Gemeinderat die Mehrheit hatte, sondern unsere. Dass also Dr. Weisskirchner einen solchen Antrag gestellt hat, den die Gegenseite abgelehnt hätte, wäre also in dieser Form ganz unmöglich. Dr. Weisskirchner wird in der Lage sein, dasjenige, was über die in der Zukunft möglichen Notwendigkeiten der Gemeinde Wien gesagt hat, selbst wieder zugeben, was ich natürlich jetzt nach 5 $\frac{1}{2}$ Jahren nicht tun kann. Aber davon dass er den Vorschlag nahe der angegebenen Richtung gemacht hat, kann keine Rede sein. Denn wir hätten ebenso gegen einen solchen Vorschlag, wenn er gestellt worden wäre, entschieden Widerspruch erhoben.

Vizebürgermeister Emerling berichtigt tatsächlich: Im Gegensatz zu den Ausführungen und in Ergänzung zu den Bemerkungen des Finanzreferenten berichtige ich tatsächlich, dass ich damals als Mitglied des Finanzkomitees Zeuge war, wie der damalige Bürgermeister Dr. Weisskirchner dieses Anbot, diesen Vorschlag dem Komitee unterbreitet hat. Ich berichtige tatsächlich, dass unser Kollege Breitenner als erster Redner erklärt hat: Solange wir im Gemeinderat etwas zu reden haben werden und mit Rücksicht darauf, dass nach dem Ausgang der Nationalratswahlen voraussichtlich wir die entscheidende Stimme im Gemeinderat haben werden, werden wir gegen diesen Vertrag sein.

In der Generaldebatte lag ein Antrag des Gemeinderats Schmidt (christlichsozial) wegen Einstellung des Budgets gegen Ungarn vor, der bei der Abstimmung abgelehnt wurde.

= = =

4

Redner bespricht dann die Stellung der amtsanwesenden Stadträte und kritisiert das Vorgehen des amtsanwesenden Stadtrates Winter wegen seines Brisses bezüglich des Besuchs der staatlichen Anstalten durch Gemeindevorsteher.

G.R. Vauguin (christl. soz.) nennt den Gemeinderat eine Schattenfigur und die Gemeindeverwaltung kopflös, weil man ihr den Kopf genommen habe. Der Bürgermeister dürfe nur mehr den Kopf wackeln und reden, die Machtvollkommenheit liege bei den amtsführenden Stadträten. Er habe zwei Vermünder neben sich, Breitner und Speiser und einen Kronprinzen Bamberling. Euter Wille und Fleiss müsse man den Bürgermeistern zugestehen. Aber zwei Dinge seien ihm so die ihm minder Befähigten zu die sein Amt eine gewisse Revthaberei und Mangel an Uebersicht über ein so riesiges Gemeinwesen.

Bezüglich des amtsführenden Stadtrates Breitner sagt der Redner, dass er trotz fachlicher Eignung ernsten Willens und Fähigkeit nicht in der Lage sei dieses Gemeinwesen aus dem Elende herauszuführen, daran sei der Kampf der sachlichen Verwaltung gegen die rückwärtslebenden Ausbeuter der Gemeinde schuld.

Wenn die Verwaltungsreform einen Riesen-Fehler hat und wirklich als Überkult, nach parteipolitischen Masse zu geschnitten erscheint, so ist es die Einteilung in der Gruppe III. Was haben Sie diesem Herrn Winter auf's einerschmecken Schultern gelegt. Die ganze Jugendfürsorge der Gemeinde die Fürsorge für das Alter und für die Kranken der Stadt. Das ist zuviel. Es ist ausgeschlossen, dass Herr Stadtrat Winter die vielen Anstalten in Ordnung bringen wird. Ich schliesse mich der Ansicht des Dr. Adler über Winter an wo er ihn ein politisches Kind nannte. Eines zeigt mir insbesondere, dass er nicht nur ein politisches Kind ist, das ist die Riesenfreude des Herrn Winter an Autofahren. Es sei ihm gegönnt, denn ein amtsführender Stadtrat muss ja öfters im Auto fahren aber das ist dann doch nicht notwendig dass wenn man um 7 oder 8 aus dem Rathaus geht sich ins Auto klemmt und nach Ober St-Veit fährt. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Vizebürgermeister.) Der Zwischenruf Hess bewies mir, dass Sie die neue Gemeindeordnung noch nicht kennen. Dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern gehören Autos. Es steht aber nirgend geschrieben, dass politische Kinder im Auto fahren müssen. Ich würde ihm den Spass noch lieber vergönnen, wenn eine solche Fahrt nicht der Gemeinde Wien jedesmal ein paar 100 Kronen kosten würde.

G.R. Skarot übernimmt den Vorsitz.

G.R. Vauguin (fortfahrend): Zur Gruppe VIII muss ich bemerken, dass ich schon vorherzeit gesagt habe, die Zusammenfassung aller städtischen Unternehmungen in eine Gruppe

erscheinen wir als ein ... Selbst wenn er führende Männer an seiner Spitze steht. Das Resultat ist nunmehr das sämtliche Direktoren jedesmal in Ausschüsse aufmarschieren und fühlen, dass sie die Direktoren verlieren haben. Männer wie Karel und Mensel hat mit einem Vermünder ausgestattet das heisst ihnen die Arbeitsfreudigkeiten nehmen.

Redner schliesst gegen die Mehrheit gewandt: Jeder von Ihnen hat sich am Schlusse seiner Rede geäussert: He, ich freue mich auf den 17. Oktober. Das ist etwas Galgenhumor. Denn wie Sie Ihrer Sache sicherwaren, haben Sie sich nicht geäussert. Ich schliesse mich Ihnen an, wie Sie damals waren, ich lasse jetzt Ihnen die Freude, und werde mich am 18. Oktober freuen.

G.R. Amalie Sedl übernimmt den Vorsitz.

G.R. Heider (christl. soz.) sagt, die Bevölkerung Wiens sei mit der Verwaltung der Gemeinde nicht zufrieden. Diese Meinung sei gewiss nicht auf politischer Ansicht begründet. Man müsse der sozialdemokratischen Mehrheit verwerfen, dass Sie vor den Wahlen zuviel versprochen haben, was Sie jetzt nicht halten können. Die Behauptung des Gemeinderates Heber die Kritik der christlichsozialen Partei sei solange nicht berechtigt, als sie nicht in der Lage sei entsprechende Vorschläge zu machen, die zu einer Besserung der Verwaltung führen, welscham richtig zu stellen, dass von christlichsozialer Seite in allen Ausschüssen bei jeder Gelegenheit immer entsprechende Vorschläge erstattet wurden aber dort und im Plenum sei man rücksichtlos über alle diese Vorschläge hinweggegangen.

Gegen die hohen Personalanforderungen sei es und für sich nichts einzuwenden, wohl aber gegen die systemlose Lohnpolitik. Wenn die Bediensteten eine Forderung nach der andern aufstellen, so seien daran die Leiter der Organisationen schuld, weil sie sagten: Ihr habt euch nicht um die Bedeckung zu kümmern, ihr braucht nur fordern. Als Organisationsvertreter müsse Redner es verurteilen, dass aber die Köpfe der Organisationsleitungen hinweg heute Streiks inszeniert werden. Die christliche Arbeiterchaft stehe auch auf dem Standpunkte, dass die Streiks ihre Berechtigung haben aber nur wenn dadurch die Möglichkeit geboten ist, berechnigte Forderungen der Arbeiterchaft zum Ausdruck zu bringen.

Wenn die Gemeinderäte Bezüge haben, seien daraus der Schluss zu ziehen, dass auch für die Interessen der Bevölkerung einzutreten haben. Aber jeder müsse sei ruhiger Beurteilung zugeben, dass durch den Boykott Ungarns die Interessen der österreichischen Bevölkerung verletzt werden. Redner

will feststellen, dass der Boykott nicht erklärt wurde um die Regierung zu strafen, weil sie der Entwicklung der Arbeiterschaft hemmend entgegensteht, der eigentliche Grund des Boykottes liege daran, weil es das Judentum und die internationale Freimaurerei so haben wolle. Es sei noch niemals ein so unüberlegbarer Beweis für das Zusammengehen des Judentums mit der internationalen Sozialdemokratie erbracht worden wie in dieser Frage des Boykotts. Zum Schlusse sagt Redner, es schmerze ihn dass die Prinzipien der Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit gerade von den Sozialdemokraten durch ihre Protektionswirtschaft so sehr missachtet werde.

G.R. Dr. Klenböck wir haben im Verjahre gegen die Postbürgermeister gestimmt und hinzugefügt, dass wir ihm politisch keine Vertrauen entgegen bringen. Heute müssen wir weiter gehen. So dann bemängelt der Redner, dass vom Finanzreferenten gestern ein Bericht verlesen wurde, der schon seit einigen Monaten in der Hand der Stadtverwaltung gewesen sei ohne dem Finanzausschuss vorgelegt werden zu sein. Dass sei ein Beweis dass es der Verwaltung nicht erlaubt zu tun sei, sachliche Aufklärung zu geben. Übrigens werde in dem Berichte geltend gemacht, dass zu wenig Reserven angesammelt wurden. Jetzt vor der Vermögensabgabe kommt der Herr Referent und macht eine grosse Geschichte daraus, dass in den Industrien nicht genügend Reserven angesammelt wurden. Man werde diese Anschuldigungen des Herrn Referenten bei gewissen Unternehmungen sehr begrüssen.

Sie scheinen, fährt Heider fort einige Graue einen Ihrer Sympathien für den Bolschewismus zu zeigen. Ich habe die bestimmte Empfindung dass ein grosser Teil von Ihnen von dem System der Gewalt, woran ja der Bolschewismus im Wesen bestent fasziniert worden ist. Es ist eine Psychose wie es die Kriegspsychose war.

Redner macht aufmerksam, dass in Voranschlag die Kantonalsteuern mit drei Millionen Kronen eingesetzt worden sind, worüber kein Beschluss gefasst wurde und worüber auch im Finanzausschuss noch nicht beraten wurde. Die Bürgerrechtstaxen seien nicht eingesetzt, ein Vorgehen, das nicht gutgeheissen werden könne, da die Einrichtung der Bürger eben besteht.

G.R. Kunzeck (christl. soz.) meint, dass Stadtrat Breitner sich eine arge Ungehörigkeit geleistet habe in der Verlesung des Berichtes des Buchschwerhörigen Prof. Ziegler. Es müsse darauf bestanden werden, dass solche Berichte im Sinne der Statuten gehandhabt werden. Der Finanzausschuss hätte von dem Bericht Kenntnis erhalten sollen und der Bürgermeister hätte den Bericht auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stellen müssen. Was durch Stadtrat Breitner mit dem Berichte hier geschehen ist, sei eine grüblerische Missbrauch der Amtsgewalt.

Es ist vom Referenten auch gesagt worden, dass Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Gaswerke um 40 Millionen Kronen an die Länderbank habe verkaufen wollen. Demgegenüber müsse gesagt werden, dass es unklar ist, dass das Gaswerk um 40 Millionen Kronen an die Länderbank hätte verkauft werden sollen. Wahr ist, dass Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Herbste 1913 den Plan gefasst hat, die Gaswerke in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu verwandeln, bei welchem die Alpine Montangesellschaft und die Länderbank als Mitkompagnen mit 40% des Gesamtwertes sich beteiligen sollten; die Gaswerke aber in Eigentum der Gemeinde verbleiben. Der Plan fuasste auf folgenden Voraussetzungen, über die die Verhandlungen geführt worden sind: Die Alpine Montangesellschaft verpflichtet sich, ihre Kohle nach Wien zu bringen und den Gaswerke nur Verkokung zu überlassen. Die Länderbank sollte einbezogen werden für den Zweck, Kapital zur Erweiterung des Gaswerkes zur Verfügung zu stellen. Durch die Errichtung einer chemischen Fabrik sollte die Erzeugung von Teerprodukten ermöglicht werden. Eine Bedingung war, dass die gemeinwirtschaftliche Gesellschaft auch weiter die öffentliche Beleuchtung vollständig unentgeltlich besorgt. Es kam der Umsturz und die Alpine Montangesellschaft ist dann auf die Verhandlungen nicht weiter eingegangen und der Plan ist damit gegenstandslos geworden. Im Winter 1918 hatte die Sache schon ein Ende. Bürgermeister Dr. Weiskirchner habe im April 1919 im Finanzkomitee lediglich die Mitteilung gemacht von diesem Plane und festgestellt, dass er die Absicht hatte, auf diesem Wege der Finanznot der Gemeinde Wien zu begegnen. Es müsse

der Öffentlichkeit überlassen bleiben, sich mit der Konstruktionskunst des Finanzreferenten abzufinden und ein Urteil darüber zu bilden, ob die Besprechung der Angelegenheit durch den Finanzreferenten fair war.

Referent G.R. Breitner erwidert in seinem Schlusswort, dass er nicht neuerlich auf all die Dinge zurückkommen wolle, die in der zweiten Generaldebatte vorgebracht worden sind lediglich auf jene beiden Angelegenheiten, die gestern rechts grosse Erregung hervorgerufen haben und auch heute den Gegenstand heftiger Angriffe bildeten, müsse er eingehend zurückkommen.

Was die Berichte des besideten Buchschwerhörigen Prof. Ziegler anlangt, so sei folgendes festzustellen: Im März 1920 schuldeten die drei grossen Unternehmungen der Gemeinde rund 280 Millionen Kronen, ohne dass man bei den teilweise im Rückstand gebliebenen Büchern verlässlich wusste, wie diese Gelder verwendet worden sind. Ziegler soll erheben, wie gross die Vorräte sind, die "Wesenstände der Betriebe etc und wie die ganzen Schulden eigentlich entstanden seien. In Folge dieser

Untersuchungen prüfte er auch die Gebarung der letzten Jahre, um den Ursprung des Defizites, der ja naturgemäß einen Teil des Geldbedarfes erklärte, zu erheben. Es ist unzutreffend, dass die Berichte 3 Monate gelegen sind, ohne dem Finanzausschuss zur Kenntnis gebracht worden zu sein. Zunächst besteht der Finanzausschuss überhaupt erst seit der neuen Verfassung, das ist seit Anfang Juni, ferner sind wohl die ersten Berichte Ziegler's, in denen er über das Verbleiben der 180 Millionen berichtete, aus den Monaten März und April. Die letzten Referate aber, in denen er seine Erhebungen zusammenfasst, stammen von Mitte Juni. Es musste nun auch den in Betracht kommenden Unternehmungen Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern und sodann wurde die Angelegenheit ordnungsgemäß im Unternehmungsausschuss durch den VB. Emerling zum Vortrag gebracht. Wenn dort nicht die wörtliche Verlesung der umfangreichen Elaborate erfolgte, sondern nur die Hauptpunkte auszugsweise mitgeteilt wurden, so ist zu konstatieren, dass dieser Vorgang seitens der Mitglieder der Minderheit keinerlei Beanstandung erfuhr. Es hätte natürlich nur eines Wunsches bedürft und es wäre die wörtliche Verlesung erfolgt, die übrigens an der Tatsache, dass schon seit dem Juni 1917 eigentlich mit Unterbilanz gearbeitet wurde und die Reingewinne zu Unrecht an die Kassen der Gemeinde abgeführt worden sind, nicht geändert. Es sei zwar richtig, dass diese Angelegenheit zwei Ausschüsse betreffe, den Unternehmungs- und den Finanzausschuss. Doch hat der letztere infolge der Budgetberatung sich eben noch nicht mit der Angelegenheit befassen können. Dass die Angelegenheit im Gemeinderat vorgebracht worden ist, könne ganz und gar nicht als eine Ungehörigkeit bezeichnet werden. Die Majorität sei plötzlich sehr empfindlich, habe aber gar nichts dabei gefunden, dass der Gemeinderat Haider in der heutigen Sitzung einen an den Stadtrat Siegel gerichteten Privatbrief zur Verlesung gebracht hat, der nur auf dem Wege eines großen Vertrauensbruches in seine Hände gelangt sein kann. Weiters müsse der Referent auf die Angelegenheit des Verkaufes der Gaswerke zurückkommen und gegenüber der Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner an seiner gestrigen Darstellung festhalten. Diese Angelegenheit sei nicht zum erstenmal sondern schon vor Monaten im Gemeinderat ganz ausdrücklich vorgebracht worden, und damals habe keiner der Herren der Minorität, die in der Sitzung anwesend waren, dem Mut aufgebracht, den Sachverhalt abzuleugnen. Jetzt werde infolge einer sehr gewundenen Erklärung, die der Gemeinderat Kunschak im Namen des Dr. Weisskirchner verlesen hat, eine

Verdunkelung des Tatbestandes versucht. Redner stellt fest, und sei bereit dies auch vor Gericht zu bezeugen, wie dies auch gestern Vizibürger Emerling behauptet hat, dass die Mitteilungen des Dr. Weisskirchner sich nicht auf eine längst vergangene Sache bezogen haben, sondern einen ganz aktuellen Plan darstellen. Es sei ganz müßig darüber zu streiten, ob es sich um einen Antrag oder um einen Vorschlag gehandelt hat. In einer der letzten Sitzungen des Finanzkomitees, die unmittelbar vor den Wahlen im April 1919 stattfanden, erörterte Dr. Weisskirchner als Vorsitzender, wie er sich die Deckung des Geldbedarfes der nächsten Zeit vorstelle und führte aus, dass durch den Verkauf des Gaswerkes an die Länderbank der Gemeinde Wien zweifellos geholfen werden könnte. Von der Alpien Montan-Gesellschaft war nicht mit einem einzigen Wort die Rede. Dieser Plan kann vielleicht im September 1918 bestanden haben, im April 1919 war jedenfalls davon keine Rede mehr. Uebrigens könnte der Referent auf Grund der ihm auf anderem Weg bekannt gewordenen Tatsachen feststellen, dass mit der Länderbank im Frühjahr 1919 bereits sehr ernste Verhandlungen geführt wurden. Ob es sich um den Verkauf der ganzen Werke, oder, wie Dr. Weisskirchner jetzt erkläre, nur um 40% derselben gehandelt habe, sei im Wesen ziemlich belanglos. 40% des Gaswerkes, welches das grösste und modernste ausgestattete es ganzen Kontinentes sei, um 40 Millionen Papierkronen herbeizubringen, bedeute nicht minder eine ungehörige Verschwendung von Gemeindegeld. Jedermann weiss, und könnte auch schon in Vorjahressitzungen, dass die Gaswerke einen Wert von Milliarden repräsentieren, da ja die seither aufgewendeten Summen Goldkronen darstellen. Es wäre also, selbst wenn man nur 40% um 40 Millionen an die Länderbank verkauft worden wären, dem Grosskapital ein Geschenk von mindestens eineinhalb Millionen Kronen gemacht worden. Unmittelbar nachdem Dr. Weisskirchner in dieser Sitzung des Finanzkomitees seine Ausführungen beendet hatte, sei es, der heutige Finanzreferent zu Worte gekommen und habe in der schärfsten Weise erklärt, dass, solange die Sozialdemokraten etwas in der Wiener Gemeindestube zu reden haben ein solcher Verkauf nie geduldet werden würde. Daraus gehe zweierlei hervor: dass erstens die frühere Verwaltung gewiss dem Grosskapital sehr freundlich gegenüber stand, und dass zweitens schon im April 1919 die Lage der Gemeinde so verzweifelt war, denn sonst wäre Dr. Weisskirchner gewiss nicht auf die Idee verfallen, selbst nur 40% des Gaswerkes verkaufen zu wollen, um sich den verhältnismässig sehr bescheiden Betrag von 40 Millionen Kronen zu beschaffen.

Der Referent schliesst seine Ausführungen unter neuerlicher Betonung, dass der gegenwärtigen Verwaltung eine Feindseligkeit gegen Gewerbe, Industrie und legitimen Handel vollkommen ferne liege. Die Steuern müssen gemacht werden weil die Gemeinde sonst nicht leben kann. Er könne jedoch nicht nachdrücklich genug davor warnen das Wort von dem Steuerstreik zu gebrauchen, weil damit der Zusammenbruch der Gemeinde und damit auch der Zusammenbruch der sozialen Ordnung in Wien bewirkt werde. Aber für die besitzenden Klassen, zu denen schliesslich die jetzt Besteuernten doch noch gehören, seien die Steuergewinne nicht verhängnisvoll, so drückend sie auch sein mögen.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe I angenommen. Bgm. Reumann übernimmt den Vorsitz.

Dr. Breitner berichtet über die Gruppe II (Steuerwesen) und führt aus, dass im Juli 1919, als die Mehrheit zum erstenmal mit einem Budget hervorgetreten sei, an den Umlagen nicht das Geringste berührt worden ist. Sie sei der Meinung gewesen, dass es möglich sein werde, durch andere Dinge über die schlechte Zeit hinweg zu kommen und dass es nicht notwendig sein werde, diese schweren Belastungen vorzunehmen. Die Verhältnisse haben sich ausserordentlich verschlechtert, aber die Gemeindevverwaltung verlange nichts unmögliches. Es ist festgestellt worden, dass es sich bei den Beträgen bei der Erwerbsteuer um Sätze bis zu K 4.-- hinuntergehen. Auch bei den grossen Betrieben, und man kann vielleicht an Kaffeehäuser denken, sind die Beträge nicht gross. Bei der Mietaufwandsteuer liege die Ungerechtigkeit bei der Verschiedenheit der Zinsen in den Eigenhäusern. Wenn gesagt wird, dass bei dieser Steuer das System mörderisch ist, so sei das nicht zutreffend. Ein Betrag von 220 Millionen Kronen soll insgesamt aus den ~~INKUNFT~~ ungefähr 150.000 Gewerbetreibenden herausgeholt werden. Da kommt wohl auf den einzelnen kein überwältigender Betrag. In Wien gibt es überhaupt nur 360 Geschäftslokale, die über 30000 Kronen Mietzinszahlen. Bei der Steuer für Hausgehilfen sollen ebene die Haushaltungen auch dazu beitragen, zu den Lasten die der Gemeinde z.B. durch die Erhaltung der Tagesheimstätten der Kinder erwachsen beizusteuern. Die Abgabe von den konzessionierten Gewerben sei nicht unberechtigt und der Schacher mit den Konzessionen könne weiter nicht geduldet werden. Der Referent betont, dass er immer wieder nur sagen könne, dass die Gemeinde die Steuern benötige und wenn sie wie z.B. auch bei der Fürsorgesteuer gewisse Ungleich-

heiten und Grenzfälle ergeben, so müsse eben darauf hingewiesen werden, dass auch andere Gemeinden mit ähnlichen Steuern werden kommen müssen, wenn sich nicht in diesem Ausmass die Gemeinde Wien. Die Steuern die beide lesen werden sollen, werden ja nicht als für alle Ewigkeit bestimmt bestimmt. Im nächsten Jahre werde es für Oppositionen wohl nicht leicht sein zu erkennen, dass sich viele die Oppositionen wohl nicht als Steuern als unrichtig erweisen haben. Massgebend könne aber eben nur das Bild sein, welches sich im Augenblicke

darstellt und wie Verhältnisse Ende Juni ausgefallen haben. Mit den Steuern im Zusammenhang steht die Belegungsfrage, von Staats habe die Gemeinde die feste Zahl erhoben, dass sie 126 Millionen Kronen an Verordnungen und 350 Millionen Kronen als Voranschuss über nicht sehr drückenden Bedingungen bekommen werde. Man könne als Belegungsfrage die Punkte der Investitionslehren und die nun beschliessenden Steuern, und zu all dem erbitte sich die Mehrheit noch die Ernennung zur Durchführung einer Kreditopera-

tion. Wenn nicht die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines schwere Erschütterung erfahren werden, so wird es gelingen, im Frühjahr 1921 die Kredite zu finden um das Markanlehen, wofür sie ja in erster Linie bestimmt sein sollen, rückzahlen zu können. Referent ersucht, den Steuerverlagen sowie mit der Bedeckung und der Bilanz die Zustimmung zu geben.

Bgm. Reumann vertagt hierauf die Verhandlungen.

W i e n e r G e m e i n d e r a t . (S
Sitzung vom 31. Juli 3 Uhr nachmittags.

Bürgerm. Reumann eröffnet die Sitzung und erteilt dem G.R. Panosch das Wort zur Gruppe Steuerwesen.

(christl. soz.)

G.R. Panosch sagt es herrsche das Prinzip, den Gewerbestand zu schädigen und womöglich ganz zu vernichten. Die Steuern würden nicht jene Ziffern bringen, die man erhoffe, denn in Gewerbe und in der Industrie sei schon eine ~~Sägnation~~ ^{Sägnation} eingetreten, und durch die Abgabe für Fürsorgeanstalten werden sie neuerlich gezwungen werden die Zahl ihrer Arbeiter herabzusetzen. Der Gewerbestand werde in kürzester Zeit auf die Art und Weise wie man ihn behandelt die Antwort geben. Am Montag werde der Gewerbestand zeigen, dass ~~er~~ ^{das} Solidaritätsgefühl in ihm erwacht sei. In der Vorlage befindet sich ein gefährlicher Passus, nämlich dass der Magistrat ermächtigt sei gegebenenfalls die Steuern vorzuschreiben ohne dass der Gewerbetreibende ein Rekursrecht habe. Das habe schon eine Erbitterung hervorgerufen und ~~man~~ ^{man} die Gewerbetreibenden zu einem Schritte treiben, der dem ganzen Reiche Schaden müsse, zum Steuerstreik.

Wiener Kinder aus Bayern. Dienstag den 3. August um 6 Uhr Minuten früh kamen am Westbahnhof von München, Rosenheim, Regensburg, Peiting und Niederbayern Karitaskindern an. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

Liebesgaben in Mariahilf. Herr Marchese Enrico Cavalletti hat der Bezirksvertretung Mariahilf 47 Kisten Kondensmilch für arme Kinder gespendet. Die Verteilung findet Montag 2 Uhr nachmittags im Gemeindehause Amerlingstrasse 6 statt. Beteiligt werden arme Kinder des Bezirkes von 6 bis 14 Jahren, da keine

britischen Liebesgaben beziehen. Mitbringen: Meldezettel, Fürsorgeblatt und Milchkarte.

Wiener Kinder nach Luxemburg. Heute mittag sind 70 Mädchen und Knaben unter Führung des Caritas-Sekretars Dr. Gössnitzer nach Luxemburg gefahren, um dort mehrwöchentliche Erholung zu genießen. Das Zustandekommen dieser Aktion ist vor allem dem Pensionsdirektor Hülsemann aus ~~Kxxxxxxx~~ Echternach zu danken, der bereits im April d. Jahres über 100 Wiener Kindern nach Luxemburg gebracht hat.

G.R. Biber (christl. soz.) sagt, er könne sich nicht mit dem Gedanken befreunden, dass in einer so hoch gefährlichen Zeit in ein Gesetz Sachn hineingenommen würden, die im höchsten Grade aufreizend wirken. Und weil man schon mit einem Parteidiktat in den Sitzungssaal komme, scheine jeder Vernunftgrund ausgeschlossen und es würde nur politischen Widerstände ausgelöst. Auch die Vertreter der christlichsozialen Partei sähen wie jeder vernünftige Mensch ein dass die Verwaltung gelt brauche und man hätte einen gemeinsamen Weg finden können, aber es hätten die Punkte die undurchführbar sind aus dem Gesetze ausgeschaltet werden müssen. Gerade in Steuersachen müsste die grösste Vorsicht walten denn durch nichts wird der Mensch in seinem Innern so sehr revolutioniert, wie durch ungerechte Steuern. Wenn der Referent gesagt hat, dass eine Erwerbsteuer bis zu K 4.- abwärts gebe, so müsse dem doch entgegengehalten werden, dass eine solche Steuer höchstens ein 80 jähriger Mann, der allein kein Gewerbe ausübt zahlt. Mit den gesetzlichen Bestimmungen reise auch unvereinbar, dass die Rückwirkung bei der Erwerbsteuer festgelegt wird. Mit der Abgabe der 2 % von jedem Angestellten werde die Bevölkerung mit einer Umsatzsteuer bedacht. Hiedurch werde die Konkurrenzfähigkeit der Industrie schwer getroffen. Wenn bei der Uebertragung von Konzessionen das Vierfache des Erwerbsteuersatzes verlangt wird, so würde es hiedurch unnötlich gemacht, dass überhaupt ein Kaufverkehr bei kleinen Gewerben stattfindet. Bei der Mietzinsabgabe müsse die Nichtserhöhung der Steuer bei der Staffel von 900 - 1200 Kronen verlasst werden und gleiche

zeitig misst vor auch die anderen Stufen der Steuer als ungenügend hart anspruchsvoll für Gewerbe und Industrie bezeichnet werden. Die Zuschläge ~~zu~~ ^{zu} den höheren Mietzinsen werden aber nicht nur ~~die~~ ^{die} Industrie und das Gewerbe treffen, sie werden auch die Angestellten und Arbeiter in Mitleiden- schaft ziehen. Bei der Abgabe von Speisen und Getränken müsse verlangt werden, dass die Festsetzung der Abgabe im

Einvernehmen mit den Genossenschaften erfolge. Die Steuer ~~erstrecken~~ ^{erstrecken} Verlären Arreststrafen bis zu vier Wochen vorsehen. Wenn die ~~ernst~~ ^{ernst} die Mäßigkeit in Interesse der Industrie und des Gewerbes die von einer Partei gestellten Anträge zu berücksichtigen, die ja auch für die Arbeiter und Angestellten von Bedeutung seien.

G.R. Gabriele Walzer (christl. soz.) bespricht die Abgabe für das Halten von Hausgehilfinnen und findet es für unrichtig, dass für männliches Hauspersonal ein viel höherer Steuersatz in Anwendung kommen soll als bei weiblichem. Sie verlangt auch, dass die berücksichtigungswerten Fällen von der Einhebung einer Steuer für das Halten einer zweiten Hausgehilfin abgesehen wird., und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

G.R. Dr. Kienböck (christl. soz.) Es ist ein grosser Fehler gewesen, wenn man schon neue Finanzquellen öffnen musste, dass man nicht in einer ernstlichen Betrachtung sich die Folgen dieser Steuer im Zusammenhalte mit den gleichzeitig von der Nationalversammlung beschlossenen Steuern vergehalten hat. Ich will aber doch noch die Ansicht festhalten, dass Sie sich von Rechthaberei nicht allein leiten lassen und will den Punkt in Kürze zusammenfassen. Hinsichtlich der Fürsorgeabgabe erkläre ich nochmals, nicht die Höhe ist das Aergste, aber die Art und Weise wie es machen wollen kann nur als ein defekter Unsinn bezeichnet werden. Sie verhängen dass die 27.000 Gewerbetreibenden von Wien monatlich Bekenntnisse überreichen und dass der Magistrat sich monatlich mit dem damit befassen möge. Die meisten werden sich damit gar nicht auskennen und auch für den Magistrat bedeutet es eine ungeheure Mehrbelastung. Ich kann nicht glauben, dass das ihr letztes Wort ist, es ist zu unpraktisch.

Der zweite wesentliche Punkt sind die Umlagen. Insbesondere auf Erwerbsteuer. Sie erheben einen Zuschlag von 300 % auf eine Steuer, deren Höhe ungewiss ist. usw. in einem Momente wo die Erwerbsteuer ohne Kontingentierung eingehen werden muss. Wenn man die Kontingentierung weg lässt, fehlt ja jede gesunde Grundlage. Der Staat muss an die Stelle des Kontingents etwas setzen, was beiläufig seine Funktion erfüllt. Ohne dass wir das Problem nicht zu lösen sein.

Die aber drückendste wird die Mietzinssteuer sein. Bezüglich dieser erwartete Herr Referent eine günstige Konjunktur d. i. eine wege Hoffnung. Der Redner zeigt ~~dann~~ ein ^{ein} Beispiels und zwar an einem Hotelbetrieb in der Inneren Stadt mit 64 Zimmern und Speisenaufgabe, dass die Steuern ungefähr 2 1/2 Millionen im Jahre betragen werden. und sagt, dass ihn der Vorstand des Kremiers versichert habe, er glaube nicht, dass die 10 % auf die Speisen ~~überwälzt~~ ^{nicht} überwälzt werden können. Aber auch auf den Hotelbetrieb könnten sie nicht überwälzt werden. Der Besitzer werde daher alles mögliche tun müssen, um an Betriebe zu ersparen. Er werde alles kaputt gehen lassen, dass er vielleicht über die schwere Zeit hinweg komme. oder er werde sich fragen, ob er nicht ein Lokal an eine der neuen Export- und Importgesellschaften losschlagen solle. Reflektanten gäbe es genug dafür. In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner zu dem Schlusse, dass es angezeigt wäre, das Steuerprogramm nochmals dringlich nach allen Richtungen durchzuarbeiten und ~~sich~~ ^{so} auf einen Weg zu kommen, der es möglich macht das herauszuholen, was sich mit dem Bestande und der Hoffnung für die Zukunft noch vereinbaren lässt.

G.R. Pfeiffer (christl. soz.) bespricht ausführlich die Abgabe für Getränke und Speisen und sagt, dass man es bei der Festsetzung dieser Abgabe versäumt habe, mit den Gewerbetreibenden der Hotel-, Gasthaus- und Kaffeehaus Unternehmungen und den Angestellten dieser Unternehmungen Fühlung zu nehmen, was zur Ursache hat, dass die Existenzen der Unternehmer dieser Gewerbe wie auch der Angestellten in diesen schwer gefährdet sind. Die Vorlage bedarf einer nochmaligen Prüfung im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Faktoren.

G.R. Breiner (Christl.-soz.) sagt, die jetzt herrschende schwebende Partei sei keine sehr schlichte Konjunktur geraten. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse seien immer die Folge des Einflusses der Herrschenden. Der Herr Referent habe zwar behauptet, den Gewerbestände gehe es sehr gut, aber die Tragfähigkeit gewisser Schichten der Bevölkerung sei erreicht und könne nicht mehr ohne Schaden für das Ganze über schritten werden. Die Grenze sei erreicht und der Notschrei der Bevölkerung werde hoffentlich hineintragen in die Ohren derjenigen, die die Geschichte unserer Stadt und unseres Landes lenken. Uebermorgen sagt Redner werden sich die Gewerbetreibenden zusammenziehen nicht aus Demonstrationstun, sondern gedrängt und getrieben von der Erkenntnis der bevorstehenden unerträglichen Belastung. und ~~niemand~~ wenn die der Warnungsruf ungehört verhallt, und unbeachtet bleibt, dann sollen alle, die es angeht die aber nicht gehört haben die Verantwortung tragen. Die Gewerbetreibenden haben auch erklärt, dass die Steuern nur ein Verbraucher oder ein Narr gemachte haben könne. Wir verlangen nichts anderes, als dass der Ausdruck der Notwendigkeit der Erhaltung des Steuerträgers für den Staat Land und Gemeinde in der Vorlage zum Ausdruck kommt.

GR. Prehaack (Deutschnat.) ersucht das Experiment mit den Steuern hinauszuschieben, um die Vaterstadt Wien vor dem Untergange zu bewahren. Damit, dass die Gewerbetreibenden erschlagen werden, werden auch andere Berufskräfte, viele geistige Arbeiter getroffen, die der Staat unbedingt braucht, um auf Kultur Anspruch erheben zu können, die aber gezwungen werden, ihren Vaterland den Rücken zu kehren. Redner beantragt, die Steuern von der Tagesordnung abzusetzen und sie erst nach Durchberatung mit Heranziehung fachkundiger Männer der erledigung zuzuführen.

Referent Breitner spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus, der bei der Abstimmung abgelehnt wird.

G.R. Ellend (Christl.-soz.) bespricht die Steuern vom Standpunkte des Bauhandwerkes und sagt, wenn diese Steuer in der vorgeschlagenen Höhe zur Durchführung kommen, dann werde jeder Handwerker der bisher in Wien halbwegs ein Auskommen gefunden haben seine letzte Habe verkaufen und möglichst rasch nach einem andern Lande auswandern um dort seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau durchzuführen. Die Bauhandwerker seien gewiss bereit Opfer zu bringen nicht nur um ihre Familien sondern auch um ~~ihre~~ Arbeiter zu erhalten, man möge ihnen aber nicht unmöglich machen ihre Betriebe weiter zu führen. Er richtet daher an den Referenten die Bitte, die schwerwiegendsten Punkte der Steuervorlage zurückzustellen

und mit berufenen Organen in Unterhandlung zu treten um einen entsprechenden Ausgleich zu finden.

G.R. Dr. Scheu (Sozialdemokrat) stellt den formalen Antrag eine Uebereinstimmung des neuen Gesetzentwurfes über die Abgabe von Speisen und Getränken mit dem bereits bestehenden Gesetze betreffend die Prädenzabgabe eintreten zu lassen.

G.R. Dr. Alma Seitz (Christl.-soz.) bespricht die Angabe für Kürsorgezwecke und beantragt den Kürsorgegesetzentwurf zurückzustellen und in einräthlicher Beratung in Ausschüsse zu unterziehen.

Referent Breitner führt in seinem Schlussworte aus, dass nach der schwebenden Atmosphäre die gestern in diesen Dialekt geberrschet aus dem wieder sachliche Besatzungen geführt werden. Gerade dies beweise, dass die Mehrheit nicht von einer blinden Gewalttätigkeit getrieben werde, Leute ins Klene zu stürzen. Solange man oben in diesem Wirtschaftssystem lebe, müsse man eben Wert darauf legen, dass in dieser Stadt eine leistungsfähige Industrie ^{ein} und leistungsfähiges

Gewerbe und einen leistungsfähigen legitimen Handel haben. Die Abgaben sind unerträglich bezeichnet worden, weil eine öffentliche Körperschaft daran festhält, dass die Krone vom Jahre 1914 endgültig versunken ist. Denn wenn man bei den alten Abgabensätzen bleiben würde, so müsste man auch sagen, die Abgaben sind in Gold zu leisten. Wir sind in einer verarmten Wirtschaft, für alle Menschen reicht es nicht mehr, eine gewisse Schichte von Menschen ist in zugrunde gehen. Wir gehen keiner glänzenden Konjunktur entgegen und die Krise in der wir uns befinden, kann sich auch zu einer Katastrophe gestalten. Eine Schichte von Gewerbetreibenden ist vielleicht zugrunde gerichtet werden, aber ein sehr grosser Teil von Gewerbetreibenden, alle die Waren verkauft haben, alle die haben die Möglichkeit diesen Ueberwälzungsprozess vorzunehmen.

Redner bespricht nun eingehend die einzelnen in der Debatte gemachten Einwendungen und macht besonders darauf aufmerksam, dass für Kürsorgezwecke rund 1 1/2 Millionen Kronen zur Unterstützung der privaten Fürsorgetätigkeit angesetzt sind, weil man wisse, dass die öffentliche Fürsorgetätigkeit nicht in der Lage, allen Anforderungen die an sie gestellt werden gerecht zu werden. Seitdem es keine Titel und Orden mehr gibt, und bitten keine Erbschaften mehr wirken hat es sich gezeigt, dass das Wiener Horn sehr zugeknöpft ist. Redner betont wieder dass der Mehrheit eine Feindlichkeit gegen die in der Stadt ehrlich arbeitenden Schichten der Be-

völkerung ferne liegt. Er bitte, dass jene Kreise, die auf die Gewerbetreibenden auf die Handelstreibenden und auf die Industrie Einfluss haben, dort nicht verhetzend einwirken und nicht das Wort vom Steuerstreik gebrauchen. Die Stadt führe einen schweren furchtbaren Kampf, der Gemeindeverwaltung stellen sich Forderungen entgegen, die nicht immer mit dem gewünschten Erfolg geregelt werden können. Wenn auch die Budgetvorlage nicht mit den Stimmen der Mehrheit und Minderheit angenommen wird, so glaube Redner, dass die Steuervorlagen doch dazu bestimmt sind, gewisse Notwendigkeiten zu erfüllen. Wir haben eine grosse Katastrophe erlebt, wir haben den Zusammenbruch durchgemacht, wir haben den Zusammenbruch einer Militärherrschaft gesehen und den Zerfall eines Reiches in 6 einen der feindselig gegenüberstehende Staaten miterlebt. Der Umsturz ist schliesslich ohne alles Mitgefühl mit Ausnahme einiger beklagenswerter Opfer vor sich gegangen. Und wenn sie sehen, dass hier noch immer die Sicherheit des Lebens und des Eigentums in der Stadt herrscht, dann müssen Sie doch sagen, dass das ein Verdienst der Sozialdemokratie ist und dafür können und dürfen wir verlangen, dass nicht das Wort vom Steuerstreik hinausgetragen wird, denn das würde bewirken, dass jene furchtbaren Folgen des Umsturzes eintreten, die von uns seit dem November 1918 verhindert wurden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Reumann leitet nächst die Abstimmung über die Steuervorlagen ein.

Ein Antrag des G.R. Breiner (Christl.-soz.) auf wesentliche Abstimmung wird einstimmig angenommen. XXXXX

In einfacher Abstimmung werden die zu den einzelnen Steuergesetzen gestellten Abänderungsanträge abgelehnt, mit Ausnahme eines Abänderungsantrages Dr. Scheu (Sozialdemokrat) welcher Antrag angenommen wird.

Bei der namentlichen Abstimmung über die gesamten Steuergesetze werden 92 Stimmen mit ja und 43 Stimmen mit nein abgegeben.

G.R. Dr. Kienböck (Christl.-Soz.) konstatiert, zur Geschäftsordnung, dass der Vorsitzende seine Stimme nur abzugeben hat wenn Stimmengleichheit festgestellt wird hätte also der Bürgermeister nicht mitstimmen sollen.

Hr. Reumann fragt den Vorredner ob er die Wiederholung der Abstimmung verlange, was G.R. Dr. Kienböck verneint.

G.R. Speiser (Sozialdemokrat) erklärt zur Geschäftsordnung, dass er die Auffassung des Herrn Dr. Kienböck für unrichtig halte weil selbstverständlich ist, dass bei einer

namentlichen Abstimmung jedes Mitglied des Gemeinderates also auch der Bürgermeister seine Stimme abgeben könne. G.R. Dr. Kienböck (Christl.-soz.) : Nachdem Gem. R. Speiser das zu einem Programm aufgeworfen hat, beantrage ich Wiederholung der Abstimmung.

Hr. Reumann übergibt den Vorsitz Hr. Reumann während die Christlichsozialen Gemeinderäte den Saal verlassen, beantragt G.R. Reumann die Ausschließung des Hauses und die Fortsetzung der Sitzung, ob 100 Mitglieder anwesend sind.

Vb. Reumann beantragt zur Geschäftsordnung festzustellen, dass zur Beratung der Verhandlungsgegenstände die Zahl von 52 Mitgliedern genügt. Das über den Antrag Kienböck auf namentliche Abstimmung abgestimmt wurde. Der Antrag Kienböck wird abgelehnt. Im Reumann hat inzwischen den Vorsitz wieder übernommen und die Abstimmung wird fortgesetzt. In die der ersten Bilanz- und Bedeckung der Verwaltungsgruppe II angenommen.

Gruppe III (Gemeindevermögen)

Vb. Hess (christl. soz.) weist darauf hin, dass die christlichsoziale Partei 120 Schulen erbaut und zwar hauptsächlich in den Arbeiter- und stark bevölkerten Bezirken. Er wolle niemanden eine Schuld beimessen, dass im gegenwärtigen Budget nichts für Schulbauten eingestellt sei, wolle aber doch betonen, dass es das Verdienst seiner Partei war, wenn man jetzt ohne Schulbauten das Auslangen finden könne. Redner macht weiter auf die Notwendigkeit des Ausbaus des Zielwerkes in Oberlaa aufmerksam. Redner betont noch, dass seine Partei bezüglich der Unternehmungen getan habe, was notwendig war und keine Kritik zu scheuen habe. Was die Verpachtung oder den Verkauf der Unternehmungen anlangt, so steht Redner auf dem Standpunkt, dass diese so lange als nur möglich gehalten werden müssen. Sollte aber ein anderer Ausweg nicht mehr gefunden werden, so wäre das Nächstliegende die gewirtschaftliche Gesellschaft.

GR. Heinrich Schmid (chr. soz.) beschäftigt sich mit städtischen Unternehmungen, deren Voranschläge auf einer sehr schwankenden Grundlage aufgebaut seien. Er mache daraus den betreffenden Direktionen keinen Vorwurf, da die Kohlenpreise, die Quantität der Anlieferung, die Arbeitslöhne und die Materialpreise ungewiss seien. Beim Elektrizitätswerk seien die Schwierigkeiten nicht so groß, weil die Gemeinde Zillingdorf habe. Die Leistungen dieses Werkes seien aber durch die Räte diktatur in Ungarn und ganz besonders durch den Boykott empfindlich gestört worden. Es sei Pflicht der Gemeinde, durch Förderung der heimischen Kohlenproduktion und durch Anbau der Wasserkraft, sich von der ausländischen Kohle möglichst unabhängig zu machen. Redner stellt den Antrag: Das Stadtbaumeisteramt und die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke werden beauftragt, die Detailprojekte für die elektrischen Kraftanlagen an der II. Hochquellenleitung zu fertigmachen und alle Maßnahmen zu treffen, damit der Bau der genannten Kraftwerke baldigst in Angriff genommen werden kann. Das Gemeinderatspräsidentium wird ersucht, auf einen baldigen und günstigen Abschluss der Verhandlungen zu dringen, welche mit dem Konsortium der Wasserkraftwerke in Bezug auf die Verwirklichung für die Gemeinde liegen. Das Gemeinderatspräsidentium wird ermächtigt, für die Beschaffung der zum Bau der Ybbstal-Kraftwerke nötigen Geldmittel vorzusorgen.

Bei der Abstimmung wird Gruppe III angenommen. Der Antrag Schmid an die betreffende Gruppe gewiesen. GR. Amalie Schmid übernimmt den Vorsitz.

Gruppe IV (Gemeindeforderungen)

GR. Dr. Offenhart (christl. soz.) beantragt die Aufstellung der Gemeindeforderungen im Budget, die verschiedenen Dinge vermissen lassen und die nur bei genauestem Studium erkannt werden. Er wünscht, dass künftig diese Aufstellungen genauer gemacht werden.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe IV angenommen. Die Gruppen V (Sicherheitswesen), VI (Öffentliche Arbeiten) und VII (Markt und Approvisionierungswesen) werden ohne Debatte angenommen. Ein zu Gruppe VII gestellter Antrag der GR. Marie Wieloch (christl. soz.) wegen schärferer Aufsicht der Straßenreinigung wird der Gruppe VI zugewiesen.

Gruppe VIII (Sanitätswesen)

GR. Angeli (christl. soz.) weist darauf hin, dass trotz der bedeutenden Erhöhung der Bäderpreise der Voranschlag noch einen Abgang von über 2 Millionen Kronen enthält. Er gibt mehrere Anregungen bezüglich der Ausgestaltung der Bäder und wegen Berücksichtigung der Erleichterungen des Bäderbesuches für die Jugendlichen.

GR. Siegfried Soden weist darauf hin, dass es notwendig gewesen ist, wenn auch die Bautätigkeit ruht, doch für die Toten Ruhestätten zu schaffen. Das Budget weist auch die bezüglich Ziffern auf. Es wird an die Vergrößerung des Centralfriedhofes gegangen und an die Errichtung des grossen Südwestfriedhofes wird geschritten werden. Redner stellt weiter richtig, dass er seinerzeit bei seinem Referate über die Erhöhung der Ausschüttungsgebühren der Gräber, gesagt habe, dass Blumen und Pflanzen, welche die der Gemeinde gehören gestohlen werden und dann von den Privatgärtnern zur Ausschüttung verwendet werden. Er habe damit nicht alle Gärtnere gemeint, sondern nur die, die solche Taten begähen. Dies möchte Redner, da in ~~den~~ gewissen Kreisen eine andere Auslegung seiner Worte besteht, richtig stellen.

GR. Wieloch (christl. soz.) stellt einen Antrag wegen Instandhaltung der Heldengräber auf den Friedhöfen der Gemeinde durch diese, der der Gruppe VIII zugewiesen wird.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe VIII angenommen. BGM. Reumann übernimmt den Vorsitz und unterbricht die Abstimmung über das Budget. Er gibt bekannt, dass die erste Abstimmung über die Steuergesetze als nichtig angesehen wird.

weil er als Vorsitzender abgestimmt habe. Dies lasse der § 39 der G. O. nur dann zu, wenn Stimmgleichheit herrscht. Diese Anwendung sei vollkommen richtig und die Abstimmung solle daher noch einmal vorgenommen werden. Wenn kein Anwand erhoben wird, so soll dies ohne Namensruf geschehen. Bei der mehrmaligen Abstimmung - bei der der Namensruf nicht verlangt wurde - werden dem Steuergesetze mit mehr als 80 Stimmen zum Beschluss erhoben.

GR. Seidl übernimmt den Vorsitz. Gruppe IX (Armen- und Wohlfahrtswesen).

GR. Körber (Christl. soz.) führt darüber Beschwerde, dass der Vinszenkonferenz aus den ihr seit dem Jahre 1904 überlassenen Lokale in der Schule in Kaisermühlen verdrängt und an ihrer Stelle der Verein Kinderfreunde das Lokal erhalten hat. Er beantragt, dass der betreffende Beschluss des Ausschusses für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten aufgehoben werde.

Zu dieser Gruppe liegen noch folgende Anträge vor: GR. Josefine Kurnbauer (Christl. soz.) wegen gegenseitiger Beratung und Kontrolle der amtlichen und freiwilligen Fürsorge, GR. Gabriele Walter (Chr. soz.) wegen Systemisierung einer entsprechenden Anzahl von Stellen für die Fürsorgebeamten, auf des GR. Broszner (Soden) wegen Rücksichtnahme auf das Privatangebot bei Aufteilung der Subventionsbeträge sowie bei eventueller Verpachtung des Erholungsheimes Heulengbach. Ähnliche Anträge werden unterstützt und an die Gruppe geleitet.

Bei der Abstimmung wird Gruppe IX angenommen. Gruppe X (Kultusangelegenheiten) und Gruppe XI (Unterrichtswesen) werden ohne Debatte angenommen.

Zu letzterer liegen Anträge vor, welche unterstützt werden: GR. Amalie Pölzer (Soden) wegen Förderung der Kurse für Weisnähen und Kleidermachen durch Ueberlassung von Schulzimmern und Beistellung von Nähmaschinen und wegen Förderung jener Organisationen, die solche Kurse veranstalten; GR. Gabriele Walter wegen Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts.

Zu Gruppe XII (Kenscriptions- und Militärangelegenheiten) liegt folgender Antrag des GR. Reininger (Chr. soz.) vor: Es sollen die Strassenaufschriften in einer Höchsthöhe von 1 Meter und die Hausnummern tafeln in einer Höchsthöhe von

1 Meter 2 Meter angebracht werden, so dass sie von jedermann gelesen werden können.

Dieser Antrag wird unterstützt und die Gruppe angenommen.

BGM. Reumann übernimmt den Vorsitz. Bei Gruppe XIII (Verschiedene Einnahmen und Ausgaben) GR. Schnitz (Chr. soz.) wünscht die Schaffung eines Unterausschusses für das Kleingartenwesen und die Durchführung der Idee eigener Kuttergärten (Pflanzenschulgärten) nach den einzelnen Gartengebieten, zu schaffen oder wenigstens schaffen zu helfen.

Die Gruppe wird angenommen. Bei den Anhängen, welche ebenfalls angenommen werden, wird ein Antrag Reininger, die Strassenbahnwagen mit fortlaufenden Nummern zu versehen unterstützt.

Damit ist der Voranschlag für das Jahr 1920/21 erledigt.

BGM. Reumann dankt allen Herren und insbesondere den Referenten für ihre Mithilfe auf's Beste, insbesondere richtet er seinen Dank an die Beamten, welche es in unendlich schwerer Arbeit dahin gebracht haben, dass in verhältnismässig kurzer Zeit der Hauptvoranschlag vorgelegt werden konnte.

Nach einem Berichte des GR. Reitner wird die Drucklegung von Gemeinde-Schauweinstein-Bezeichnungen beschlossen.

BGM. Reumann: In der nächsten Zeit bis Mitte September d. J. wird, aussergewöhnliche Fälle ausgenommen, keine Sitzung des Gemeinderates stattfinden. Ich erbitte mir aus diesem Anlass die Ermächtigung, dass während dieser Zeit die der Beschlussfassung des Gemeinderates unterliegenden Gegenstände wie in früheren Jahren vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den Gemeinderat vom Stadtsenat erledigt werden können (Zustimmung).

Lobwünsche allen Damen und Herren des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei, dass sie die Zeit des kurzen Urlaubes, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, so ausnützen, dass sie mit neuen Kräften in den Gemeinderat einziehen und damit die kassierten Arbeiten, welche zu bewältigen sind, mit frischer Kraft durchgeführt werden können.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.